Plenarprotokoll 15 / **55**
**14. 12. 2012**

# Landtag von Baden-Württemberg

**55. Sitzung** **15. Wahlperiode**

Stuttgart, Freitag, 14. Dezember 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr | Mittagspause: 13:03 bis 14:01 Uhr | Schluss: 19:05 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . . 3221

Begrüßung der Premierministerin der Provinz Westkap, Republik Südafrika, Frau Helen Zille, und ihrer Delegation . . . . . 3288

1. Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – **Entlassung der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer** – Drucksache 15/2807

   – dringlich gemäß § 57 Absatz 2 Nummer 3 GeschO

2. Antrag der Fraktion der CDU – **Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid** – Drucksache 15/2808

   – dringlich gemäß § 57 Absatz 2 Nummer 3 GeschO . . . . . 3221

   Abg. Peter Hauk CDU . . . . . 3222, 3231, 3239
   Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . 3223, 3233
   Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . . 3225, 3235
   Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . . 3227, 3237
   Ministerpräsident Winfried Kretschmann. . . . 3229, 3240
   Minister Dr. Nils Schmid . . . . . 3238
   Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. . . . . 3239

   Beschluss . . . . . 3239

3. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14)**

   a) **Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2604 . . . . . 3240

   Abg. Georg Wacker CDU . . . . . 3241, 3256
   Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . . 3242, 3258
   Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD. . . . . 3245, 3259
   Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . . 3248, 3259
   Abg. Viktoria Schmid CDU. . . . . 3250
   Abg. Petra Häffner GRÜNE . . . . . 3251
   Abg. Sabine Wölfle SPD . . . . . 3252
   Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer. . . . 3253

   Beschluss . . . . . 3260

   b) **Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2614 . . . . . 3262

   Abg. Dr. Dietrich Birk CDU . . . . . 3262
   Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE. . . . . 3265
   Abg. Martin Rivoir SPD . . . . . 3268
   Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . . 3270, 3280
   Ministerin Theresia Bauer . . . . . 3272
   Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . . 3276
   Abg. Manfred Kern GRÜNE. . . . . 3278
   Abg. Helen Heberer SPD. . . . . 3279
   Staatssekretär Jürgen Walter . . . . . 3281

   Beschluss . . . . . 3285

c) **Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft –** Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2606

d) **Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2607

e) **Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2612

f) **Staatshaushaltsgesetz 2013/14 –** Drucksache 15/2560

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2616

4. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Haushaltsbegleitgesetz 2013/14** – Drucksache 15/2561

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2617

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – **Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg** – Drucksache 15/503

c) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU – **Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg** – Drucksache 15/632

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/2626

5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 20. November 2012 – **Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016** – Drucksachen 15/2562, 15/2618 . . . . . 3286

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU. . . . . 3287
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . . 3289
Abg. Hans-Peter Storz SPD . . . . . 3291
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP . . . . . 3292
Minister Dr. Nils Schmid . . . . . 3293, 3306
Abg. Joachim Kößler CDU . . . . . 3296
Abg. Muhterem Aras GRÜNE . . . . . 3298
Abg. Klaus Maier SPD. . . . . 3301
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . . 3304
Abg. Karl Klein CDU . . . . . 3308

Beschluss . . . . . 3310

Nächste Sitzung . . . . . 3316

# Protokoll

**über die 55. Sitzung vom 14. Dezember 2012**

**Beginn: 9:31 Uhr**

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 55. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Rau und Reuther erteilt.

(Zuruf: Rau ist da! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Mutter ist gestorben!)

– Herr Abg. Rau ist hier? Dann nehmen wir den Urlaub für Herrn Rau zurück.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Urlaubssperre!)

Krankgemeldet sind die Herren Abg. Heiler, Nemeth, Pix, Schoch und Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Frau Ministerin Krebs bis 10:00 Uhr, Frau Staatsrätin Erler, Herr Minister Friedrich und Herr Minister Hermann.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, mache ich Sie auf Folgendes aufmerksam: Gestern Abend ist der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Entlassung der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer –, Drucksache 15/2807, eingegangen. Mit diesem Antrag wird gemäß Artikel 56 der Landesverfassung der Ministerpräsident aufgefordert, Frau Gabriele Warminski-Leitheußer aus der Landesregierung zu entlassen. Der Antrag liegt auf Ihren Tischen.

Vor wenigen Minuten ist ein weiterer Entlassungsantrag der Fraktion der CDU eingegangen

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Peter Hauk! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Entlassung des Fraktionsvorsitzenden! – Unruhe)

– ich bitte um Ruhe –: Antrag der Fraktion der CDU – Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid –, Drucksache 15/2808.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer bietet mehr?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag wird im Augenblick verteilt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oi! Das merken wir uns!)

Solche Anträge bedürfen nach § 56 unserer Geschäftsordnung der Unterstützung durch ein Viertel der Mitglieder des Landtags oder durch zwei Fraktionen.

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2807, wurde von zwei Fraktionen eingebracht und erfüllt damit die formalen Voraussetzungen für die Zulässigkeit. Nachdem die Fraktion der CDU 60 Mitglieder hat und damit das Quorum von einem Viertel der Mitglieder des Landtags übertrifft, sind auch beim Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2808, die formalen Voraussetzungen für die Zulässigkeit erfüllt.

Bei den vorliegenden Anträgen handelt es sich um Dringliche Anträge nach § 57 Absatz 2 Nummer 3 der Geschäftsordnung. Dringliche Anträge werden nach § 57 Absatz 1 der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung gesetzt.

Entsprechend § 78 Absatz 1 der Geschäftsordnung schlage ich Ihnen vor, den Antrag Drucksache 15/2807 als Punkt 1 und den Antrag Drucksache 15/2808 als Punkt 2 der heutigen Tagesordnung aufzunehmen. Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. – Sie sind damit einverstanden.

In diesem Fall schlagen wir folgendes Vorgehen hinsichtlich der Redezeit vor: Nach § 78 Absatz 4 der Geschäftsordnung können verwandte Gegenstände gemeinsam behandelt werden. Deshalb schlagen wir eine gemeinsame Aussprache über die Punkte 1 und 2 mit einer Redezeit von fünf Minuten für die Begründung und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache vor, wobei gestaffelte Redezeiten gelten. Sind Sie damit einverstanden? – Ja.

Dann rufe ich die **Tagesordnungspunkte 1 und 2** auf:

**Punkt 1:**

**Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Entlassung der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer – Drucksache 15/2807**

**– dringlich gemäß § 57 Absatz 2 Nummer 3 GeschO**

**Punkt 2:**

**Antrag der Fraktion der CDU – Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid – Drucksache 15/2808**

**– dringlich gemäß § 57 Absatz 2 Nummer 3 GeschO**

*(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)*

Wem darf ich das Wort zur Begründung geben? – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben zwei Dringliche Anträge gestellt, die in einem inneren Zusammenhang stehen und zunächst einmal mit der Bildungspolitik zu tun haben. Die Bildungspolitik in unserem Land versagt. Sie, Frau Ministerin Warminski-Leitheußer, tragen u. a. die Verantwortung dafür. Aus diesem Grund fordern wir den Ministerpräsidenten auf, Sie mit sofortiger Wirkung aus dem Amt zu entlassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Die Begründung ist vielfältig. Sie haben es zu verantworten, dass die Baustellen in der Bildungspolitik so zahlreich wurden, dass sie Ihnen längst über den Kopf gewachsen sind. Sie haben durch Ihr planloses Bildungshandeln Doppelstrukturen geschaffen, die Sie jetzt nicht mehr handeln können.

Die Doppelstrukturen G 8 und G 9, parallel die Einführung der Gemeinschaftsschule zu den bestehenden Schularten, dies alles verschlingt Millionen, und das alles erfolgt ohne jeglichen konzeptionellen Inhalt. Das alles erfolgt ohne die von uns eingeforderte und für den Herbst zugesagte regionale Schulentwicklungsplanung, und erschwert wird das Ganze durch eine enorme Unzuverlässigkeit bei der Ausübung Ihrer Dienstgeschäfte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Gegenüber der Öffentlichkeit geben Sie durch Ihr Handeln das Ihnen anvertraute Amt ein Stück weit der Lächerlichkeit preis.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Freie Rede!)

Das gravierendste Argument aber: Sie haben auch Parlament und Öffentlichkeit belogen. Sie erklärten mehrfach auf gezielte Nachfrage, dass Ihnen die Übergangszahlen von der Grundschule auf die Gemeinschaftsschule und die anderen Schularten nicht bekannt seien. Aber uns liegt inzwischen ein Meldebogen vor. Aus diesem Meldebogen wird ersichtlich, dass dem Kultusministerium exakte Zahlen vorliegen.

Zudem liegt uns ein Schreiben eines Schulrektors vor, der sich beschwert, dass seine Meldezahlen längst vorlägen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Das bestätigt unsere Aussage.

Deshalb kommen wir abschließend zu der Bewertung: Sie haben gelogen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt hört es aber auf! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Langsam! Vorsichtig!)

und deshalb sind Sie als Kultusministerin nicht mehr tragbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist dieser berühmte Meldebogen,

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

und die Zahlen müssten auch verfügbar sein. Der Meldebogen wurde am 17. Oktober mit Stand 17. Oktober vom Kultusministerium erhoben.

Die Verantwortung für die verfehlte Politik tragen Sie aber nicht allein. Sie waren gefangen am Gängelband des Finanzministers.

(Lachen des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Er hat Ihre Berufung zur Ministerin zu verantworten. Er hat Sie in Ihrem Amt ebenso wenig unterstützt wie der Ministerpräsident. Versagt ein Minister in seinem Amt, liegt dies zum einen an der Person selbst, zum anderen allerdings auch an dem, der diese Person auswählt und ihr gegebenenfalls die nötige Unterstützung versagt. Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, Herr Finanzminister, müssen sich heute vorwerfen lassen, dass Ihre Politik nicht nur inhaltlich versagt hat. Sie haben auch im Bereich der Personalpolitik Fehler gemacht, für die heute u. a. die Kultusministerin die Quittung erhält.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vor der Presse erklärt, dass Sie die Ministerin unterstützen. Sie hätte Ihr Vertrauen haben sollen. Sie hätten sie in die Entscheidungen und Planungen auf Augenhöhe einbeziehen müssen, und das haben Sie nicht getan. Sie haben sich gemeinsam mit Ihrem Finanzminister eine schwere Last aufgeladen.

Aber Sie, Frau Warminski-Leitheußer, sind heute zum Teil auch ein Bauernopfer – ein Bauernopfer der SPD, ein Bauernopfer Ihres Finanz- und Wirtschaftsministers, der durch sein Verhalten und durch seine Politik das Fundament für Ihre katastrophale Bildungspolitik gelegt hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hm!)

Weil es aus unserer Sicht nicht sein kann, dass derjenige, der mit die Hauptverantwortung trägt, am Ende ungeschoren davonkommt, werden wir, die Opposition, heute etwas tun, was in der Geschichte sicherlich einmalig ist.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen und der SPD: Ja! – Abg. Alfred Winkler SPD: Einmalig schlecht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Um 21:08 Uhr einen Antrag stellen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Glauben Sie eigentlich die Story, die Sie hier erzählen?)

Aber das haben wir bei dieser Regierung in der Vergangenheit leider gleichermaßen schon häufig erleben müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sind der Meinung, dass nicht nur die Kultusministerin zur Rechenschaft gezogen werden muss, sondern auch Sie, Herr Finanzminister. Der Protest der Eltern- und Lehrerschaft richtet sich berechtigterweise nicht nur gegen die Kultusministerin, sondern auch gegen Ihre fehlgeleitete und motivationslose Haushaltspolitik. Die Vorsitzende der Vereinigung „Schule mit Zukunft“ hat ihren Unmut gegenüber Ihnen, Herr Fi-

nanzminister, gestern Abend im SWR deutlich geäußert. Der Schuh, den Sie sich unbedingt anziehen wollten, ist deutlich zu groß.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Als Wirtschaftsminister finden Sie faktisch nicht statt, als Finanzminister sind Sie heillos überfordert. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für die Jahre 2013 und 2014 haben Sie bei der Einbringung klar gegen geltendes Recht verstoßen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

– Ja, es ist so.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mit der Einbringung nicht, nur mit der Abstimmung! – Gegenruf von der CDU: Ist das besser?)

Nicht nur über die Kultusministerin schüttelt Ihre eigene Partei den Kopf. Bereits im letzten Jahr haben Sie regelmäßig Argumente dafür geliefert, warum Sie in diesem Amt untragbar sind. Der Umgang mit der Schlecker-Insolvenz, Personalentscheidungen in Ihrem Haus, eine Ämterpatronage, wie es sie in der Geschichte Baden-Württembergs noch nie gab –

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

überall, wo Sie Verantwortung übernehmen, findet sich am Ende Chaos.

(Zuruf: Glauben Sie selbst, was Sie da erzählen?)

Die Krönung Ihres Handelns war die ICC-Schiedsklage des Landes Baden-Württemberg.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

In mehreren Pressekonferenzen und hier im Landtag haben Sie erklärt, dass aufgrund der Vertraulichkeit keine näheren Angaben gegenüber Parlament und Öffentlichkeit zur Klageschrift gemacht werden könnten. Ich zitiere Ihre Aussage aus dem Plenarprotokoll von Mittwoch, 20. Juni 2012 – Zitat Nils Schmid –:

> *Ich will einfach noch einmal deutlich machen: Das Schiedsverfahren ist nicht öffentlich, sondern vertraulich. Das ist eine Vereinbarung, die nicht wir getroffen haben, sondern die Herr Mappus bei Unterzeichnung des Kaufvertrags getroffen hat.*

Herr Finanzminister, eine solche Vereinbarung gibt es aber gar nicht. Das belegt nicht nur eine gutachtliche Äußerung der Landtagsverwaltung, sondern das belegt auch eine von uns mandatierte Kanzlei, die klar zu dem Ergebnis kommt, dass ein Schiedsverfahren ohne anderslautende Parteivereinbarung – und diese liegt nicht vor – zwar nicht öffentlich, aber auch nicht, wie von Ihnen behauptet, vertraulich ist. Das bedeutet, dass besondere Schriftsätze der Parteien, Korrespondenz mit dem Sekretariat der ICC und auch verfahrensrechtliche Anordnungen und Entscheidungen des Schiedsgerichts ohne eine entsprechende Vereinbarung der Parteien nicht vertraulich zu behandeln sind. Deshalb konnte das Land auch diese Dokumente dem Landtag überhaupt zugänglich machen, ohne die ICC-Schiedsgerichtsordnung zu verletzen, weil eben Entsprechendes nicht vereinbart war.

Damit, Herr Finanzminister, haben Sie die Öffentlichkeit belogen. Sie haben auch diesen Landtag belogen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer aber lügt, um nur einen kurzfristigen rhetorischen Vorteil zu erzielen, der ist als Amtsträger und Minister auch dem baden-württembergischen Volk nicht mehr zuzumuten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die einzige Zumutung sind Sie doch!)

Dem muss man auch anderes bei anderen Gelegenheiten unterstellen.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Da Sie nicht in der Lage sind, trotz mehrfacher Aufforderung Verantwortung zu übernehmen, fordern wir den Ministerpräsidenten heute auf, nicht nur die Kultusministerin, sondern auch Sie aus dem Amt zu entlassen und die Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik in seriösere Hände zu übergeben.

Als Finanzminister sind Sie heillos überfordert. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf haben Sie gegen geltendes Recht verstoßen. Sie haben gegen § 18 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung verstoßen. Auch die Kritik an Ihnen als Mitverantwortlichem der desaströsen Bildungspolitik und als Verantwortlichem der grenzenlosen Schuldenpolitik ist im Land mittlerweile unüberhörbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fordern deshalb Sie, Herr Ministerpräsident, auf, die Frau Kultusministerin und den Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer bietet mehr?)

aus ihren Ämtern zu entlassen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Da sind nicht alle einer Meinung! Da klatschen einige nicht!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt wird der Unsinn noch getoppt!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie auf, Kultusministerin Warminski-Leitheußer aus Ihrem Kabinett zu entlassen. Die Kultusministerin – das ist deutlich geworden – ist in jeder Hinsicht mit ihrem Amt überfordert. Sei es, dass es um die konzeptionellen Aufgaben geht, die Ihre Regierungskoalition ihr gestellt hat, sei es, dass es darum geht, mit ihrem eigenen Haus zusammenzuarbeiten, oder sei es, dass es darum geht, ihren eigenen Terminplan in den Griff zu bekommen – diese Kultusministerin ist in jeder Hinsicht überfordert.

Sie haben ihr die Aufgabe gestellt, die Gemeinschaftsschule einzuführen. Wir halten davon wenig, aber es ist Ihr politisches Recht, nachdem Sie ins Amt gewählt worden sind, diese Entscheidung zu treffen.

(Unruhe)

Doch es stellt jeder im Land fest, dass keine Planung vorliegt, dass es keinen organisatorisch-finanziellen Rahmen gibt, dass keine Bildungspläne vorliegen, dass es keine Pläne für Lehrerfortbildung gibt und dass es auch keine pädagogischen Erfahrungswerte gibt. Wie die kommunalen Landesverbände kommt jeder im Land Baden-Württemberg zu einer vernichtenden Kritik, wenn es um die Umsetzung dieser Gemeinschaftsschule geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben überstürzt und konzeptionslos die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft, ohne eine Bedarfsplanung zu haben, sodass die Lehrereinstellung zum Schuljahr 2012/2013 chaotisch aus dem Ruder gelaufen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Ich dachte, Sie stehen für Freiheit!)

Sie haben in dieser Koalition einen Formelkompromiss zum Thema G 8/G 9 zuwege gebracht und haben dann der Kultusministerin die Aufgabe gestellt, diesen Formelkompromiss irgendwie umzusetzen. Jetzt haben wir an verschiedenen Stellen im Land ohne Plan und Ziel sowie ohne Sinn und Konzept nebeneinander laufende G-8- und G-9-Züge. Auch das ist nicht im Interesse unseres Landes.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Kultusministerin ist darangegangen, das Gymnasium zu schleifen

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auweia! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ungeheuerlich!)

mit Einheitsbildungsplänen, mit Einheitslehrern, mit einer Zielsetzung, die letztlich die Gemeinschaftsschule als einzige Schulform für Baden-Württemberg vorsieht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Genau so ist es!)

Das war Ihre klare strategische Zielsetzung. Alle – auch die Lehrerverbände – sind davon ausgegangen, es käme der Einheitsbildungsplan. Der Ministerpräsident hat die Notbremse gezogen und auf den letzten Metern dem Gymnasium seinen eigenen Bildungsplan zugestanden. Aber die Zielsetzung ist eine andere. Diese Kultusministerin will das Gymnasium schleifen, und das ist absolut nicht im Interesse des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie dünnen die Berufsschule aus, stellen ihr nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung. Sie machen mit der Realschule einen überaus erfolgreichen Schultyp kaputt, und Sie haben überhaupt keine Lehrerbedarfsplanung. Die Kultusministerin hat sich noch im Sommer dieses Jahres dafür gefeiert, 711 gesperrte Stellen entsperrt zu haben. Kurz danach erklärt der Ministerpräsident – offensichtlich ohne Konsultation der Kultusministerin –, dass 11 600 Lehrerstellen gestrichen würden.

Ihre Personalpolitik ist katastrophal. Einzelne Schulleiter werden mit einem Maulkorb versehen,

(Zuruf: Was?)

oder sie werden von Herrn Zeller angerufen, der ihnen dann erklärt, sie dürften sich nicht öffentlich äußern. Wenn dann anschließend die Opposition von Ihnen Auskunft wünscht, wird diese Anfrage der Opposition nicht beantwortet, oder sie wird bewusst missverstanden. Sie desinformieren auch das Parlament.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Widerspruch des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das Betriebsklima in Ihrem Haus ist eine Katastrophe.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war ja vorher schon schlecht!)

Zu Weihnachten 2011 erklärt einer Ihrer Abteilungsleiter, der Ministerwechsel werde von vielen Mitarbeitern „weniger als Aufbruch als vielmehr als Abbruch wahrgenommen“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schöne Formulierung, aber falsch!)

So ist die Situation im Kultusministerium.

Die „Stuttgarter Zeitung“ vom 4. Dezember schreibt:

*Sie entscheidet nichts, klagen Mitarbeiter ...*

Selbst Ihr traditioneller Verbündeter GEW kommt zum Ergebnis, diese Landesregierung sei noch schlechter als Schwarz-Gelb. Das schreibt Ihnen die GEW ins Stammbuch.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das müsste Ihnen zu denken geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber kein Kompliment für Sie! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie waren ja kaum zu toppen bei der Schlechtigkeit!)

– Aus dem Mund der GEW ist das das größtmögliche Kompliment für Schwarz-Gelb, Herr Kollege Schmiedel.

(Vereinzelt Beifall)

Die größte Katastrophe, Frau Ministerin, ist Ihr Zeitmanagement. Die Pressekonferenz vom September 2011 haben Sie offensichtlich schlicht verschlafen. Im Jahr 2012 waren Sie dann im Urlaub. Da kann man wieder nur die GEW zitieren:

*Ich kann nicht verstehen, dass die Kultusministerin in dieser entscheidenden Phase für die Haushaltsberatungen ... Urlaub macht und sich nicht für eine solide Finanzierung der Reformen starkmacht.*

So etwas hat es in 30 Jahren nicht gegeben.

Bei einer Personalversammlung in Stockach warten 600 Lehrer vergeblich auf die Kultusministerin,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist echt ein Skandal!)

die dann behauptet, sie sei im Koalitionsausschuss gebunden. Aber in diesem Koalitionsausschuss wurde sie offensichtlich auch nicht gesehen.

Bei den Etatberatungen des eigenen Arbeitskreises kam sie so spät, dass mehrere SPD-Abgeordnete beim Eintreffen der Ministerin demonstrativ den Raum verlassen haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Volles Verständnis! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Woher wissen Sie denn das?)

Sie haben das Ganze dann auch noch der Presse gesteckt, damit es auch ja bekannt wird. So ist der Rückhalt der SPD-Fraktion gegenüber dieser Ministerin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann gibt es noch die Landespressekonferenzen. Ich zitiere den „Südkurier“ vom 4. Dezember:

> *Als müsste sie beweisen, dass alle Vorwürfe gegen sie völlig zu Recht die Runde machen, kommt Gabriele Warminski-Leitheußer ... zur Pressekonferenz eine Viertelstunde zu spät.*

Was zu beweisen war, meine Damen und Herren.

An den Schulen des Landes heißt es bereits: „Wenn die Ministerin zum Schulbesuch kommt, dann ist sie so pünktlich, dass bei ihrem Eintreffen nur noch der Hausmeister da ist.“

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist die Situation dieser Kultusministerin.

Die Landespresse spottet – „Südwest Presse“ vom 4. Dezember 2012 –:

> *Unter Journalisten wurde derweil gelästert, dass die ... Ministerin auch zu ihrem Rücktritt zu spät kommen werde.*

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Frau Warminski-Leitheußer, immerhin jetzt sind Sie hier. Sie haben jetzt noch die Gelegenheit, nicht zu spät zu kommen und wenigstens zeitgerecht zurückzutreten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Rede ist ja frech! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Rülke, wärst du nur in Pforzheim geblieben! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich sage nur: der Fall Pforzheim!)

Das ist offensichtlich auch das, war Ihr Parteivorsitzender mit Ihnen vorhat. Minister Schmid sagte – ich zitiere –:

> *Wir besetzen das nach, was nachzubesetzen ist,*

– gemeint ist der Staatssekretär –

> *erst mal.*

„Südwest Presse“ vom 4. Dezember:

> *Auch in der Fraktion ist zu hören: „Wann, wenn nicht jetzt?“*

Meine Damen und Herren, wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen. Herr Ministerpräsident, ermöglichen Sie, dass das wichtigste landespolitische Thema, die wichtigste landespolitische Aufgabe, nämlich die Bildungspolitik, in bessere Hände kommt. Entlassen Sie diese Kultusministerin.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich: Was ist aus der einst stolzen und selbstbewussten CDU in Baden-Württemberg unter Ihrer Führung, Herr Hauk, bloß geworden?

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt kommt die übliche Bewertung, das wissen wir schon! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Sie haben jedes Maß verloren, Herr Kollege Hauk, und Sie treten hier selbst den Beweis dafür an. Es liegen zwei Anträge auf unseren Tischen; einer mit Eingang um 19:17 Uhr am gestrigen Abend.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da wart ihr wahrscheinlich auf dem Weihnachtsmarkt! – Abg. Martin Rivoir SPD: Nach dem Glühweinstand! – Abg. Andreas Stoch SPD: Nach dem vierten Glühwein! Mut angetrunken!)

– Wir waren nicht auf dem Weihnachtsmarkt, aber vielleicht ist Ihnen die Idee ja auf dem Weihnachtsmarkt gekommen.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich weiß nicht, ob es nach dem ersten oder dem zweiten Glühwein war.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Vierter! – Weitere Zurufe)

Auf jeden Fall war die FDP/DVP auf dem Weihnachtsmarkt irgendwann wohl nicht mehr dabei,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

es ging wohl fröhlich weiter. Da haben Sie sich gedacht: Na ja, wenn wir schon einmal einen Entlassungsantrag stellen, dann machen wir glatt noch einen; dann lohnt es sich wenigstens.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die ganze Regierung!)

Eingang heute Morgen um 9:18 Uhr: Die CDU beantragt die Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Zwölf Minuten vor Sitzungsbeginn! – Weitere Zurufe)

*(Edith Sitzmann)*

Sie haben selbst gesagt, Herr Hauk – da muss ich Ihnen wirklich recht geben –: Das ist in der Geschichte dieses Parlaments ein einmaliger Vorgang, tatsächlich einmalig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unwürdiger Vorgang! – Abg. Andreas Stoch SPD: Tischfeuerwerk für Dreijährige!)

Ich kann Ihnen auch sagen, warum es einmalig ist:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil es leider nötig ist! – Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

In der Geschichte dieses Hauses hat es bis zum März 2011 eine ernsthafte Opposition gegeben und nicht eine Krawallopposition, wie Sie es sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Klamauk! – Abg. Peter Hauk CDU: Es fehlen die Argumente!)

Meine Damen und Herren, mir wäre so ein Antrag peinlich. Ich bin mir sicher: Auch vielen von Ihnen ist er peinlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Ministerin ist peinlich!)

Der Applaus, den wir gerade vernommen haben, deutet nicht darauf hin,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie auch noch etwas zur Bildungspolitik? Das wäre interessant!)

dass Sie geschlossen hinter dieser einmaligen Aktion stehen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haben Sie etwas zum Thema zu sagen?)

Mir wäre es peinlich; vielen von Ihnen ist es auch peinlich.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie wäre es, wenn Sie jetzt zum Thema kämen?)

Wahrscheinlich sitzen Sie hier mit geballter Faust in der Tasche und tragen mit, was sich Ihre Fraktionsspitze

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Noch ein paar Worte zur Bildungspolitik!)

gestern Abend, gestern Nacht ausgedacht hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mehr haben Sie zur Bildungspolitik nicht zu sagen?)

– Über die Bildungspolitik haben wir gestern in einer Aktuellen Debatte diskutiert,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Deshalb muss man solche Plattitüden loslassen!)

wir haben beim Einzelplan 02 darüber diskutiert, und wir werden heute, wenn es um den Einzelplan 04 geht,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Nachher!)

wieder über die Bildungspolitik diskutieren, meine Damen und Herren.

Es bleibt, wie es war: Die Bildungspolitik der CDU ist im letzten Jahr abgewählt worden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus!)

Sie ist abgewählt worden,

(Abg. Peter Hauk CDU: Und das Chaos ist größer!)

weil sie nicht dafür sorgt, dass alle Kinder – egal, welcher Herkunft – die gleichen Chancen haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut!)

Deshalb wird diese grün-rote Landesregierung weiter eine Bildungspolitik machen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Des Chaos!)

die genau diesen Anspruch erfüllt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Uns interessiert: Mit wem? – Gegenruf von der SPD: Nicht mit Ihnen, Herr Röhm! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mit oder ohne Warminski-Leitheußer?)

Genau dafür stehen wir, dafür steht die Gemeinschaftsschule. Da können Sie hier so viel polemisieren, wie Sie wollen. Ganz viele Menschen im Land stehen hinter der Gemeinschaftsschule.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hat man gestern aber gut gesehen!)

Sonst gäbe es nicht so viele Anträge, wie wir vorliegen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, dass Sie mit der Bildungspolitik nicht einverstanden sind, wissen wir. Die Bildungspolitik, die wir machen, ist die bessere Alternative. Die werden wir weiter so machen, und wir werden auch die Finanzpolitik endlich auf ein seriöses Fundament stellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Auf ein Lügengebäude stellen Sie sie!)

Sie waren diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass wir heute die Aufgabe haben, zu konsolidieren. Sie haben Schuldenberge hinterlassen, und wir werden diese Schuldenberge Schritt für Schritt abtragen. Ich bin mir sicher – das zeigen auch alle Wahlergebnisse in letzter Zeit –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt kommt das wieder!)

dass die Bürgerinnen und Bürger diesen Kurs mittragen. Sie tragen diesen Kurs mit. Wir haben es beim Ergebnis der Landtagswahl gesehen, wir haben das in sämtlichen Umfragen, die es danach über die Landesregierung gegeben hat, noch einmal verstärkt bekommen. In dieser Zeit hätten wir noch einmal besser abgeschnitten als am 27. März 2011. Wir haben

*(Edith Sitzmann)*

Oberbürgermeisterwahlen gewonnen, in Stuttgart, in Karlsruhe,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

wir werden auch bei weiteren Wahlen gut abschneiden. Schade, dass Sie das nicht verkraften können. Traurig, was aus der CDU in Baden-Württemberg geworden ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein Päckchen Papiertaschentücher her!)

Traurig, wie Sie mit den Gepflogenheiten des Parlaments und der einst guten Umgangskultur umgehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Solidaritätsbekundung! Wo bleibt die Solidaritätsbekundung? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Am liebsten würden Sie doch selbst mitstimmen!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Schmiedel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen die Solidaritätsbekundungen!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sommer gehen meine Kinder gern ins Zeltlager mit dem CVJM.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Bravo!)

Da gibt es folgendes Spiel: Die, die zu alt geworden sind für das Zeltlager

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die bleiben daheim!)

– nein, die bleiben nicht daheim –, die treffen sich außerhalb;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zum Viertele!)

sie sitzen zusammen, meist nachts, und besprechen, wie sie in das Zeltlager eindringen.

(Heiterkeit)

Man nennt sie „Überfäller“.

(Zurufe, u. a. der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie kommen mir ein bisschen so vor wie „Überfäller“. Sie dürfen in der Regierung nicht mehr mitspielen, und jetzt rotten Sie sich nachts zusammen und überlegen, wie Sie stören können.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: So viel zum Niveau! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wissen Sie, was mit den „Überfällern“ passiert, die scheitern und gefangen genommen werden? Die werden „geessensrestet“.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Das wollen wir Ihnen ersparen. Aber es ist schon bemerkenswert. Edith Sitzmann hat recht mit ihrer Beurteilung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Indem sie nichts gesagt hat! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie hatten für gestern eine Aktuelle Debatte zur Schulpolitik beantragt. Was haben Sie sich dabei im Vorfeld eigentlich gedacht?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nichts, wie immer! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Offensichtlich doch nicht, dass diese Schulpolitik dazu führt, dass man die Abberufung der Ministerin beantragen muss. Wann ist Ihnen denn das eingefallen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beim Glühwein gestern Abend!)

Wenn Sie das schon länger geplant haben, warum bringen Sie das dann nicht anständig ein? Warum erst um 19:17 Uhr?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollten Ihnen den Vortritt lassen! Wir wollten Ihnen die Chance geben, selbst zu handeln! – Unruhe)

Warum nicht gestern? Es geht Ihnen also nicht um die Sache; denn das, was Sie der Ministerin im Kern vorwerfen, ist die Bildungspolitik der Koalition. Das steht alles im Koalitionsvertrag.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Steht auch im Koalitionsvertrag, dass man zu spät kommen soll?)

Sie werfen ihr vor, dass sie Gemeinschaftsschulen umsetzt – ich bitte Sie, das ist ihr Auftrag, und darin unterstützen wir sie natürlich; das ist doch ganz klar.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Beim Chaos!)

Wenn Sie sagen, eine Wahlmöglichkeit zwischen G 8 und G 9 liege nicht im Interesse des Landes: Haben Sie eigentlich beobachtet, dass sich 80 % der Eltern da, wo es geht, für G 9 entschieden haben?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum machen Sie es dann nicht flächendeckend?)

Haben Sie es beobachtet oder nicht?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum sieht es der Ministerpräsident anders? – Unruhe)

Wenn Sie behaupten, es gäbe keinen Rahmen für die Gemeinschaftsschule, frage ich Sie: Ist das Gemeinschaftsschulgesetz an Ihnen vorbeigerauscht?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht gelesen!)

Das ist doch die gesetzliche Grundlage für diese Schule.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht gelesen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn Sie sie behalten wollen, müssen Sie sagen, dass sie gut ist!)

*(Claus Schmiedel)*

Sie haben immer noch nicht kapiert, was Gemeinschaftsschule ist, wenn Sie so tun, als wäre das eine Einheitsschule. Natürlich kommen dort die Bildungspläne des Gymnasiums, der Realschule und der Hauptschule zur Geltung;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jeder macht, was er will! – Zuruf: Alles in einen Topf!)

denn wir wollen ja gerade in der Gemeinschaftsschule alle drei Bildungsniveaus abbilden. Deshalb hat das Gymnasium natürlich seinen eigenen Bildungsplan. Das ist ja logisch. Denn das Gymnasium ist das Gymnasium, und die Gemeinschaftsschule ist die Gemeinschaftsschule.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das begreifen sie nicht!)

So einfach ist das.

Das mit der Lüge geht mir jetzt wirklich ein bisschen auf den Geist. Ich weiß gar nicht, was das soll, wenn Sie da mit Meldezahlen argumentieren und mit irgendwelchen Papieren herumwedeln.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer wedelt denn sonst?)

Tatsache ist, dass wir dann mit Ihnen über die Lehrerversorgung diskutieren werden, wenn wir die amtliche Schulstatistik vorliegen haben, auf die man sich berufen kann, und nicht einzelne Meldezettel.

Also bleibt wenig übrig.

(Unruhe bei der CDU)

Jetzt kommt der Vorwurf gegen Nils Schmid. Das ist ja besonders dubios. Mussten Sie noch darüber schlafen, oder was ist da passiert?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Putzig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: 9:18 Uhr!)

Das ist ja so skurril, dass Sie nicht einmal Ihren Oppositionspartner dafür gewonnen haben. Das spricht eigentlich auch für sich.

Im Einzelnen: Dass Sie den Mund so voll nehmen und sagen, der Finanzminister sei mit der Haushaltsaufstellung überfordert – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja nicht von der Hand zu weisen!)

Sie haben 50 Jahre lang die Verfassung verletzt, weil Sie es bei der Einbringung des Haushalts nie rechtzeitig geschafft haben. Nie!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Sie haben es nicht hingekriegt!)

Jedes Jahr haben Sie gegen die Verfassung verstoßen. Unglaublich!

Dann die Schiedsklage:

(Abg. Peter Hauk CDU: Loben Sie doch einmal!)

– Für die Schiedsklage lobe ich ihn. Natürlich lobe ich ihn,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

weil er die Interessen des Landes vertritt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Eigentlich, Herr Kollege Hauk, hätten wir, wenn es darum geht, die Gesamtinteressen des Landes zu vertreten – es geht um 834 Millionen €; das ist viel Geld –, erwartet, dass Sie sich hinter diese Forderung stellen. Aber bei Ihnen weiß man gar nicht, auf welcher Seite Sie stehen –

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

wohl eher auf der Seite der Franzosen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: So sieht es aus! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Landesverrat! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haben Sie etwas gegen Franzosen, oder was?)

Jetzt kommen Sie wieder mit dem Vorwurf, der schon beim letzten Mal in sich zusammengefallen ist: Ämterpatronage. Ich mache Ihnen ein Angebot: Wir schauen einmal nach, wie viele Abteilungsleiter und wie viele Referatsleiter zum Zeitpunkt der Regierungsübergabe an uns entweder das Parteibuch der CDU oder der FDP einerseits oder das Parteibuch der SPD oder der Grünen andererseits hatten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das machen Sie! Da können Sie eine Umfrage machen!)

Für jeden Abteilungsleiter und jeden Referatsleiter, der zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme das Parteibuch der SPD oder der Grünen hatte, bekommen Sie eine Flasche Wein von mir.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Für jeden, der zu diesem Zeitpunkt das Parteibuch der CDU oder der FDP hatte, bekomme ich eine Flasche Wein von Ihnen. Dann ist mein Weinkeller nämlich voll.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Viel Glühwein! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt vielleicht noch ein Wort zur Kultusministerin! Das wäre interessant! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ihnen geht es um den Rabatz. Wie den „Überfällern“ geht es auch Ihnen um den Rabatz. Weihnachten steht kurz bevor. Da darf man sich etwas wünschen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Wort zur Kultusministerin!)

Was wir uns wünschen, ist eine Opposition, die sachlich Kritik übt, die sich gut aufstellt, die uns herausfordert; denn wir wollen ja noch besser werden, als wir ohnehin schon sind. Aber dazu brauchen wir auch eine Herausforderung, und an der mangelt es uns derzeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Wort zur Kultusministerin! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kein Wort zur Ministerin!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vielleicht sagt er jetzt mal, dass sie gut ist!)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir befinden uns mitten in den Haushaltsberatungen. Das ist bekanntermaßen eigentlich die Stunde der Opposition, in der sie die Regierung präzise, sachkundig angreift.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Tja!)

Statt dass Sie das machen, stellen Sie jetzt Anträge auf Entlassung von gleich zwei Ministern. Jeder weiß: Entlassungsanträge stellt man bei schweren Verfehlungen im Amt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das sind sie doch!)

Da ist mir von meinem Vorgänger einiges bekannt. Da hätten Sie aktiv werden können, Herr Hauk.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum sind Sie nicht aktiv geworden?)

Da haben Sie sich lieber in Vasallentreue geübt bis zum bitteren Ende.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind auch nicht aktiv geworden, oder? – Abg. Peter Hauk CDU: Das war die Schwäche der damaligen Opposition! Da kam gar nichts!)

Weil das so ist, sieht unsere Verfassung eine Zweidrittelmehrheit für Entlassungsanträge vor.

Jetzt sind Sie nach meiner Wahrnehmung bei diesen Haushaltsberatungen durch Verbalradikalismus aufgefallen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Griechen!)

Sie haben gesagt: Da kommen jetzt die apokalyptischen Reiter, und das Armageddon steht bevor, sozusagen der Endkampf, den jetzt die FDP/DVP hier ansagt.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie so weitermachen, dann kommt es so!)

Heute folgt diesem Verbalradikalismus blinder Aktionismus. Damit toppen Sie das jetzt noch.

Jetzt werfen wir einmal einen Blick auf die Bildungspolitik, die Sie ja skandalisieren. Sie haben uns einen Reformstau hinterlassen, weil Sie zentrale Zukunftsaufgaben nicht angegangen sind und sich den neuen Anforderungen verweigert haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Sie haben den Klassenteiler gesenkt –

(Abg. Winfried Mack CDU: Unglaublich!)

an und für sich eine gute Sache –, aber Tausende dieser Stellen einfach nicht durchfinanziert. Das haben Sie uns hinterlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Rot wollte 25!)

Sie haben 8 050 Lehrerstellen mit k.w.-Vermerken versehen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

aber Sie haben nie den Mut aufgebracht,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

auch mit der Umsetzung zu beginnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Haben Sie dagegen gestimmt, oder was?)

Sie sind die notwendigen Strukturveränderungen nicht angegangen, z. B. die regionalen Schulentwicklungspläne,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die haben auch Sie bis heute noch nicht!)

obwohl der Rückgang aufgrund der demografischen Entwicklung schon lange begonnen hat.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist richtig!)

Sie kritisieren nun, dass wir das jetzt schnell angehen müssen, weil uns nichts anderes übrig bleibt, um nicht massiv Ressourcen zu vergeuden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darum hat diese Ministerin einen schweren Job. Sie wissen selbst, dass man als Kultusminister – schon generell und erst recht in einer so schwierigen Situation, in der man zugleich den Haushalt sanieren muss – keinen Beliebtheitspreis einfahren kann. Das ist nun einmal eine Tatsache.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das kritisieren wir auch nicht!)

Wir machen Bildungspolitik für Kinder und junge Menschen in diesem Land. Wir versuchen, ihrer Individualität gerecht zu werden. Wir haben die Kleinkindbetreuung massiv ausgebaut. Wir bauen die Ganztagsschulen aus. Wir finanzieren die Schulsozialarbeit. Wir erhöhen die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft. Das sind alles sehr ambitionierte Maßnahmen, die wir hier angehen.

Was hören wir von Ihnen? Nichts! Es gibt keine Gegenkonzepte. Es ist nichts vorhanden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD zu CDU und FDP/DVP: Immer dagegen!)

Vollends grotesk wird es dann mit dem Antrag auf Entlassung meines Stellvertreters, Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Nils Schmid. Sie begründen ihn damit – das muss man sich

einmal vorstellen –, dass er als Finanzminister darangeht, den Haushalt zu sanieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Das ist ja lächerlich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schulden machen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schuldenmacherei! Was habt ihr für eine Wahrnehmung? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 3,3 Milliarden €! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Angesichts der demografischen Entwicklung und des Rückgangs der Zahl der Schülerinnen und Schüler beginnt er damit, Lehrerstellen nicht wieder zu besetzen. Das kritisieren Sie – Sie, die der Meinung sind, wir könnten den Haushalt auf einen Schlag sanieren. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Was haben Sie selbst geliefert, um die Nullneuverschuldung in diesem Jahr zu erreichen?

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Null!)

Luftbuchungen und winzige Anträge, die überhaupt nicht auch nur in die Nähe der Größenordnung kommen, die Sie fordern. Völliges Versagen haben Sie hier dargestellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bravo! Jawohl! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bravo! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Was Sie hier machen, das ist blanker Populismus – blanker Populismus!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Was Sie hier machen, ist beleidigte Leberwurst spielen!)

Warum ich ziemlich geladen bin, das sage ich Ihnen noch zum Schluss, Herr Kollege Hauk.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sind Sie immer, wenn man Sie kritisiert! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Unruhe)

Man trägt das hier über einen sachlichen Streit aus, und man stellt keine Entlassungsanträge.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt der Oberlehrer! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie machen eine Politik der schrillen Töne und jetzt auch noch schrille Aktionen. Sie müssen einfach begreifen: Sie sind abgewählt worden.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Peter Hauk CDU: Und Sie setzen weiterhin auf die Ministerin!)

Bekanntlich verantwortet das ganze Kabinett die Haushaltspolitik und den Haushalt. Es muss den Haushaltsentwurf schließlich verabschieden. Das haben wir gemeinsam getan. Wir nehmen die schwierigen Seiten auf uns und tragen die Verantwortung auch für Dinge, die wir selbst nicht gern machen, aber machen müssen, weil wir die Schuldenbremse bis 2020 einhalten müssen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber ehrgeizig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unglaublich! – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie müssen es jetzt schon erfüllen! Das steht in der Haushaltsordnung!)

Das ist das, was wir machen. Von diesem Weg lassen wir uns durch Ihre absurden Entlassungsanträge nicht abbringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie setzen weiterhin auf die Ministerin! Sagen Sie es doch!)

Jetzt will ich noch einmal sagen, warum ich auch geladen bin.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sind Sie immer, wenn man Sie kritisiert! – Abg. Peter Hauk CDU: Das vertragen Sie halt nicht! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zuhören!)

Auf Initiative des ehemaligen Bundesratspräsidenten Wedemeier wird seit 1994 in der jeweils letzten Plenarsitzung des Bundesrats vor der Weihnachtspause der Opfer der Sinti und Roma während der Zeit der NS-Verfolgung gedacht. Anknüpfungspunkt für das Gedenken ist der 16. Dezember 1942, der Tag, an dem der Reichsführer der SS den sogenannten Auschwitz-Erlass unterzeichnet hat.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was hat das damit zu tun?)

Aus diesem Anlass sollte ich heute im Bundesrat, und zwar als Bundesratspräsident, eine Rede zum Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Völkermords an den Sinti und Roma und der Gruppe der Jenischen halten.

Ich habe Sie gestern angerufen, Herr Kollege Hauk, und Sie gebeten, die Entlassungsanträge auf den Nachmittag zu verschieben. Diesem Wunsch haben Sie sich kühl verweigert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Unglaublich! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist gar nicht wahr! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich! – Zurufe von den Grünen und der SPD: Pfui! – Pfui Teufel! – Unglaublich! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte wirklich wissen – –

(Anhaltende lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Ich möchte wirklich wissen, was es an Ihren Entlassungsanträgen geändert hätte, wenn Sie diese auf heute Mittag verschoben hätten

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Pfui Teufel! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu CDU und FDP/DVP: Unglaublich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich! – Lebhafte Unruhe)

*(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)*

und damit dem Bundesratspräsidenten die Möglichkeit gegeben hätten, diese Gedenkrede zu halten. Ich möchte einmal wissen, was da der Unterschied gewesen wäre.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist unglaublich, was für Zusammenhänge Sie herstellen wollen! Eine Unverschämtheit! Entschuldigen Sie sich! – Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Selbstverständlich können Sie solche Entlassungsanträge stellen.

(Abg. Helmut Rau CDU: Sie sind ein Heuchler, Herr Ministerpräsident! – Lebhafte Gegenrufe von den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Es hätte überhaupt nichts geändert, wenn Sie das heute Nachmittag gemacht hätten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie stellen Zusammenhänge her! Das ist unglaublich!)

gerade wenn der Bundesratspräsident turnusgemäß vom Land Baden-Württemberg gestellt wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das wissen Sie. Ausgerechnet Sie hindern mich daran, das zu machen. Ich habe wirklich die Befürchtung, dass dies bei den Sinti und Roma zu Irritationen führt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oh!)

Denn sie müssen glauben, mir seien andere Dinge wichtiger. Natürlich ist es klar, dass ich dann, wenn Sie beantragen, zwei Minister zu entlassen – darunter noch meinen Stellvertreter –, hier sein muss. Das gebietet der Respekt vor diesem Haus. Das ist gar keine Frage.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ja da! Das ist in Ordnung!)

Aber ich möchte noch einmal sagen: Ich hoffe, dass es nicht zu diesen Irritationen kommt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber ich finde, auch das ist ein Zeichen dafür, dass Sie den Weg von Maß und Mitte verlassen haben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kein Wort zu GWL!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Kollegen Hauk das Wort.

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann CDU und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Abg. Peter Hauk** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! An dieser Debatte ist vor allem auch das interessant, was nicht gesagt wurde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es!)

Sie, Frau Kollegin Sitzmann, üben sich, wie immer, in der aus Ihrer Sicht bewährten Form, Bewertungen über die Union, über die Opposition überhaupt abzugeben. Punkt, das war's.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die schlechteste Opposition in der Geschichte des Landes ist das!)

Was war denn Ihre Botschaft zur Frage der Entlassung der Kultusministerin? Wo war denn Ihre Botschaft zum Finanzminister?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Fehlanzeige!)

Stützen Sie ihn, oder stützen Sie ihn nicht?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wir haben die Ministerin ausdrücklich nicht ob ihrer Bildungspolitik kritisiert,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

sondern wir haben sie – – Sie haben eine knappe Mehrheit in diesem Parlament und haben die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Aber wir haben das Management kritisiert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum haben Sie das denn heute Morgen gemacht?)

Wir haben das Chaos, das sie anrichtet, und ihre Terminuntreue kritisiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zurufe von der SPD)

In beiden Fällen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir nicht nur eine Leichtfertigkeit im Umgang mit der Wahrheit kritisiert,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das müssen gerade Sie sagen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dazu kein Wort!)

sondern auch die Tatsache, dass die Kultusministerin Parlament und Öffentlichkeit belogen hat.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Früher waren Lügen an der Tagesordnung!)

Ich sage es noch einmal: Die Fragen wurden gestellt –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht beantwortet!)

ich kann Ihnen den Meldebogen noch einmal zeigen –, auch hinsichtlich der Übergänge. Die Antwort war stets: „Es gibt keine Zahlen. Es liegen keine Zahlen vor."

*(Peter Hauk)*

Letztmalig habe ich diese Frage auf einer gemeinsamen Fahrt mit der Kultusministerin zu Gemeinschaftsschulen – auch unter großer Beteiligung der Presse – gestellt. Auch dort kam die Antwort: „Es liegen keine Zahlen vor.“ Daran kann man wohl füglich zweifeln.

Was halten Sie denn davon, wenn ein Amtsträger dieses Landes so leichtfertig mit der Wahrheit umgeht?

(Zuruf von der SPD: Wieso denn? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch! – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ein Quatsch! Meldezettel!)

Was halten Sie davon, was sagen Sie denn dazu, wenn damit offensichtlich auch Oppositionsrechte verletzt werden sowie auch Ihre Rechte, Frau Sitzmann, Herr Schmiedel?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich verweise noch auf ein Schreiben eines Rektors, der uns auf eine Anfrage hin antwortet:

*Zu den Fragen der Grundschulempfehlung*

– das ist der letzte Absatz –

*merke ich an, dass die Daten auf dem Dienstweg weitergegeben wurden, mithin der gesamten Bildungsbürokratie auch vorliegen.*

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Vielleicht sind sie zusammengefasst worden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da geht es um die Frage der persönlichen Amtsführung. Es geht, Herr Ministerpräsident, nicht um die Frage der Bildungspolitik, sondern es geht um die Frage, wie dieses Amt ausgefüllt wird,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja unglaublich!)

was da passiert, welche Antworten auf berechtigte Fragen aus diesem Parlament – auch vonseiten der Opposition – herausgegeben werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Meldezettel! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der schlechteste Oppositionsführer in der Geschichte des Landes!)

Dann zur Amtsführung des Finanzministers. Man kann in der Frage des Haushalts unterschiedlicher Meinung sein. Das haben Sie ja füglich bewiesen. Wir haben auch durch entsprechende fundierte Haushaltsanträge – –

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Herr Ministerpräsident, die scheinen Ihnen schlichtweg nicht gefallen zu haben, weil Sie ja politisch alles torpediert haben. Sie haben alles torpediert: deutsch-schweizerisches Abkommen, Einmalzahlungen und strukturelle Mehreinnahmen, Fragen des Länderfinanzausgleichs. Ich will jetzt gar nicht in die politische Diskussion abgleiten, denn um diese Frage geht es auch beim Finanzminister am Ende nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Länderfinanzausgleich!)

Es geht auch beim Finanzminister um die Frage der Amtsführung. Es geht um die Frage, ob er in das für Bildung zuständige Ministerium, das Kultusministerium, hineinregiert hat. Es geht um die Frage, wie er seinen Haushalt hier in das Parlament eingebracht hat, auf den Weg gebracht hat. Zum Abschluss geht es auch darum,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Glauben Sie eigentlich selbst, was Sie erzählen?)

ob er dieses Parlament – nein: dass er dieses Parlament vorsätzlich belogen hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt reicht es aber!)

Darum geht es.

Ich zitiere noch einmal seine Aussage zu der Vereinbarung:

*Das Schiedsverfahren ist nicht öffentlich, sondern vertraulich. Das ist eine Vereinbarung, die nicht wir getroffen haben, ...*

Es ist nicht vertraulich. Übrigens gibt es ein Dokument des Finanzministers selbst. Auf eine Frage zum Sachstand des Schiedsverfahrens im Rahmen des Antrags Drucksache 15/2309 gab er selbst mit Schreiben vom 5. Oktober 2012 die folgende Antwort – ich zitiere mit der Erlaubnis der Frau Präsidentin –:

*Zutreffend ist, dass das Schiedsgericht am 6. September 2012 erstmals im Rahmen einer sogenannten Verfahrensmanagementkonferenz tagte. Es wurde das weitere Verfahren ... vereinbart ...*

Und dann heißt es entscheidend:

*Auf Veranlassung des Gerichts ist das weitere Verfahren vertraulich zu führen.*

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, und jetzt?)

Das war das Verfahren ab 6. September. Vorher war nichts vertraulich, vorher war definitiv nichts vertraulich. Es gibt auch keine Vereinbarungen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Werfen Sie einmal einen Blick in die Schiedsgerichtsordnung! Sie haben ja keine Ahnung!)

Ich frage Sie, Herr Finanzminister: Warum enthalten Sie uns diese Informationen vor? Warum versuchen Sie, die Verantwortung auf Vorgänger abzuwälzen, obwohl in diesem Fall ein Informationsrecht des Parlaments vorliegt?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das steht in der Schiedsgerichtsordnung!)

Das ist die entscheidende Frage.

*(Peter Hauk)*

Wenn Sie nicht in der Lage sind – schon um des rhetorischen Vorteils willen –, in einer Parlamentsdebatte die Wahrheit zu sagen, dann müssen wir vermuten, dass Ihre Haushaltszahlen, dass Ihre Amtsführung auch in der Zukunft nicht auf Wahrheit aufgebaut sind. Auch das ist ein Faktum, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: So was von billig!)

Jetzt zu Ihnen, Herr Ministerpräsident: Die politische Aussprache ist das eine. Die führen wir im Rahmen der Haushaltsdebatte. Zu den Entlassungsanträgen aufgrund der Amtsführung von Ministern und der Verfehlungen von Ministern war von Ihnen kein Wort zu hören.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Welche Haushaltsdebatte, Herr Hauk?)

Auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident, kein Wort zur Kultusministerin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum?)

Kein Wort!

(Lachen bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie nicht zugehört?)

Kein Wort zur Amtsführung des Finanzministers. Kein Ton!

(Lachen der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Wo bleiben Ihre Aussagen hierzu?

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wo waren Sie? Waren Sie draußen?)

Haben diese Minister Ihr Vertrauen oder nicht? Haben sie es?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie drücken sich doch in wortgewaltigen Ergüssen gekonnt darum herum, indem Sie Angriffe auf die Opposition fahren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zu Recht!)

Mit wortgewaltigen Ergüssen drücken Sie sich darum herum, eine Solidarisierung in Ihrem Kabinett herbeizuführen. Sie sind doch nicht solidarisch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Wir haben doch die Ablösung des Finanzministers nicht wegen der Frage der Sanierung des Haushalts gefordert. Wir haben dies wegen der Führung seiner Amtsgeschäfte gefordert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Das ist auch deutlich geworden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo?)

Das Letzte – das halte ich für den Gipfel der Unverschämtheit –: Sie haben mich gestern um 22:05 Uhr angerufen und mich gefragt, ob es stimme, dass die CDU-Fraktion die Entlassung des Finanz- und Wirtschaftsministers beantragen würde. Das habe ich bestätigt. Sie haben mich dann weiter gefragt, ob wir diesen Entlassungsantrag auf den kommenden Mittwoch verschieben könnten. Das habe ich verneint.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Aha! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nicht auf den Nachmittag! Da gibt es nämlich gar keine Sitzung!)

Ich kann sagen: Das ist die Wahrheit.

(Zuruf von der CDU: Das ist der Gipfel! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie haben sehr wohl auf die mit Ihrem Amt als Bundesratspräsident verbundenen Schwierigkeiten hingewiesen; das ist wohl wahr. Vom Nachmittag war nie die Rede,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

zumal wir als Opposition nicht Herr des Verfahrens in dieser Frage gewesen wären.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist Blödsinn!)

Davon war nie die Rede.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein Dringlichkeitsantrag ist in der Geschäftsordnung definiert! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es erfolgte in dieser Frage auch keine Bitte.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Verlogenes Unschuldslamm!)

Ich will der Ehrlichkeit halber darauf entsprechend hinweisen. Das war auch ein Teil. Das, Herr Ministerpräsident, nehme ich Ihnen auch persönlich übel; um das auch klar zu sagen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Alles nur um der Moral willen!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben zu diesen Entlassungsanträgen drei Redner der Regierungskoalition gehört. Diese drei Redner hatten eines gemeinsam: Niemand hat etwas zur Sache gesagt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl! – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Die Kollegin Sitzmann und der Kollege Schmiedel hatten es nur vom Wein – teilweise erhitzt, teilweise nicht erhitzt, dieser Wein.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das muss man Ihnen auch unterstellen, in der Tat!)

Herr Kollege Schmiedel, ich bin gern bereit, mit Ihnen eine Wette einzugehen. Ich biete Ihnen an: Sie bekommen von mir eine Flasche Wein für jeden, der seit dem Regierungswechsel mit FDP-Parteibuch in eines der Ministerien des Landes eingezogen ist,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das geht gar nicht! Die sind in Berlin im Entwicklungshilfeministerium!)

und ich bekomme eine Flasche Wein für jeden Genossen, den Sie versorgt haben, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Die ganze FDP war schon drin! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben doch gar nicht so viel Leute! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn wir das machen, Herr Schmiedel, dann können sich wahrscheinlich noch meine Urenkel ins Delirium tremens trinken.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler: Die FDP-Mitglieder sind doch alle bei Herrn Niebel!)

Auch der Ministerpräsident hat nichts zum Thema gesagt. Aber was Sie heute hier gemacht haben, Herr Ministerpräsident Kretschmann, war schon sehr bedenklich.

(Zurufe von der CDU: Ja! – Sehr wahr!)

Zunächst einmal möchte ich Sie fragen, warum Sie mich eigentlich nicht angerufen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der Antrag auf Entlassung der Kultusministerin lag gestern um 22:05 Uhr schon längst vor; der muss Ihnen bekannt gewesen sein. Dieser Entlassungsantrag hat die Unterschriften beider Oppositionsfraktionen getragen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vermutlich wollte er da noch in Berlin bleiben!)

Also ist doch gar nicht die entscheidende Frage,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

ob heute Nachmittag die Entlassung des Finanzministers behandelt wird, sondern die entscheidende Frage dafür, ob Sie heute Morgen hierher nach Stuttgart kommen mussten oder nicht, ist die Frage der Entlassung der Kultusministerin.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Dieser Entlassungsantrag hat beide Unterschriften getragen. Ich frage Sie, warum Sie dann, wenn Ihnen das so wichtig war, nur einen Oppositionsführer angerufen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er ist beleidigt! Das ist natürlich schlimm!)

Herr Ministerpräsident, was Sie hier gemacht haben, ist eine Infamie!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben die Opposition – auch meine Fraktion – in die Nähe von Leuten gerückt, die das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nicht zulassen wollen. Das ist ein Unding!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Spitze! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mäßigen Sie sich! Das ist niederträchtig! – Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abg. Dr. Rülke! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich im Ton zu mäßigen – auch Sie, Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Er hat völlig recht! Es ist sein gutes Recht, sich dagegen zu verwahren! Es ist sein gutes Recht, seine Empörung zu zeigen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schauspieler! – Anhaltende lebhafte Unruhe)

Ich bitte Sie, sich in der Lautstärke und im Ton zu mäßigen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Vizepräsidentin, einverstanden. Ich mäßige mich in der Lautstärke,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

aber ich mäßige mich nicht in meiner Aussage.

(Unruhe)

Das, was Sie hier getan haben, Herr Ministerpräsident, insbesondere auch gegenüber meiner Fraktion, ist eine Infamie, die sich seit 60 Jahren keiner Ihrer Vorgänger an diesem Platz geleistet hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Bravo! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Hier sitzen doch Schülergruppen! Das ist doch peinlich!)

Sie haben, was die Kultusministerin anlangt, keines der Argumente der Opposition entkräftet. Deshalb gehen wir davon aus, dass Sie sie entlassen. Das ist die logische Folge.

(Lachen des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warten Sie die Abstimmung ab!)

Was den Finanzminister anlangt: Die FDP/DVP-Fraktion ist bescheiden; wir haben uns an dem Entlassungsantrag nicht beteiligt. Uns reicht ein Minister pro Plenartag.

(Lachen bei der SPD)

*(Dr. Hans-Ulrich Rülke)*

Wenn Sie jetzt die Schul- und die Haushaltspolitik in einen Zusammenhang bringen, kann ich nur feststellen: Die schwarzgelbe Landesregierung hat keine Lehrerstellen abgebaut.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dafür Schuldenberge aufgebaut! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie hat 43 Milliarden € Schuldenberge hinterlassen!)

Wir haben den Lehrern auch ihre Gehälter ohne Kürzungen bezahlt und haben trotzdem zweimal die Nullneuverschuldung geschafft, meine Damen und Herren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie haben Schuldenberge aufgehäuft!)

Die Vorwürfe des Kollegen Hauk gegenüber dem Finanzminister sind berechtigt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie schließen sich dem Antrag an?)

Der Finanzminister, zugleich SPD-Landesvorsitzender, hat die Verantwortung für das Handeln der Kultusministerin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Auch noch!)

Er verantwortet einen katastrophalen Haushalt, der das Land Baden-Württemberg über Jahre in zusätzliche Neuverschuldung treibt. Er hat bei der Einbringung dieses Haushalts geltendes Recht verletzt, nämlich die Landeshaushaltsordnung. Er verantwortet die Personalpolitik der SPD innerhalb der Landesregierung. Er hat eine Informationspolitik, insbesondere was die ICC-Schiedsklage anbelangt – Kollege Hauk hat darauf verwiesen –, betrieben, die die Rechte des Parlaments missachtet.

Wir haben in dieser Woche deutlich gemacht: Wir werden das vor Gericht klären. Der Staatsgerichtshof wird dazu ein Urteil sprechen. Wenn wir dieses Urteil haben, Herr Minister Schmid, dann kommen wir sicher auf Sie zurück, auch dann, wenn Sie heute nicht entlassen werden sollten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter! Genießen Sie Ihre letzte Legislaturperiode!)

Aber selbstverständlich werden wir, wenn die CDU-Fraktion Ihre Entlassung beantragt, das unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, die Art und Weise und das Niveau dieser Debatte machen mich doch sehr nachdenklich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sagen Sie das dem Ministerpräsidenten!)

Ich finde es unglaublich, dass Sie der Kultusministerin und dem Finanzminister hier mehrfach Lüge vorwerfen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn es so ist!)

Ich finde es unglaublich, dass Sie sich hier hinstellen und von Infamie oder Heuchelei sprechen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist es doch auch!)

Eigentlich hatte ich gedacht, dies sei auch Ihrer nicht würdig. Auf jeden Fall aber ist es dieses Parlaments nicht würdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie setzen hier keine moralischen Maßstäbe! Sie nicht!)

– Jeder kann die moralischen Maßstäbe anwenden, die er selbst für richtig hält.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Indem man den anderen Schlechtigkeit unterstellt! Das ist Ihre Methode!)

Davon werde ich mich von Ihnen nicht abbringen lassen, Herr Kollege. Sie wären gut beraten, Ihre Wertgrundlagen, Ihr Wertefundament selbst noch einmal zu überprüfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Komm! Hören Sie auf! Hören Sie auf, Moralin zu versprühen!)

Vielleicht sollten Sie in dieser vorweihnachtlichen Zeit ein bisschen abrüsten. Das würde uns allen guttun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Vor allem euch!)

Sie beantragen hier Entlassungen wegen Meldezetteln. Das haben Sie mehrfach ausgeführt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, wegen Lüge! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wegen Falschinformation des Parlaments!)

Sie haben gesagt, es habe einen Meldezettel von einem Schulleiter gegeben, von dem Sie nichts gewusst hätten. Das ist doch absurd.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, finden Sie GWL jetzt gut oder nicht gut?)

Wenn es um Entlassungen geht, dann geht es um schwere Verfehlungen im Amt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Zirkus!)

Wenn Sie finden, dass ein Meldezettel, der Ihnen nicht bekannt ist oder der Ihnen nicht mitgeteilt worden ist, eine schwere Verfehlung im Amt darstellt, dann haben Sie wirklich die Orientierung verloren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was sagen Sie denn jetzt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie solidarisch mit der Ministerin?)

Sie müssen schon die Kirche im Dorf lassen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Werfen Sie sich doch vor Frau Warminski-Leitheußer!)

*(Edith Sitzmann)*

Denn mit dem, was Sie hier tun, reden Sie sich selbst um Kopf und Kragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist jetzt nicht einmal Pflicht, was Sie hier machen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sagen Sie einmal ein menschliches Wort zur Ministerin! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr unengagiert! – Weitere Zurufe)

– Sie können hier vorn gleich wieder reden,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Bloß nicht!)

wenn Sie wollen. Sie hatten genug Redezeit, Herr Hauk.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie solidarisch?)

Warum haben Sie das nicht getan? Lassen Sie doch einmal die Zwischenrufe, und hören Sie einfach nur zu, auch wenn Sie es vielleicht nicht hören wollen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie sagen gerade gar nichts!)

Selbstverständlich wird unsere Fraktion die Anträge, die Sie hier vorgelegt haben – gestern um 19:18 Uhr und heute Morgen um 9:25 Uhr –, ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Weil die GWL gut ist?)

Denn das, was Sie hier an Vorwürfen in den Raum stellen, ist einfach nur absurd.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Lehnen Sie ab, weil Sie hier die Mehrheit haben, oder weil Sie die Ministerin gut finden? – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Die Anträge, die Sie einbringen, sind ein Offenbarungseid Ihrer eigenen Politik, meine Damen und Herren.

Ich möchte daran erinnern: Es gab einen CDU-Ministerpräsidenten, der einen EnBW-Deal in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, ohne Due Diligence, ohne Beteiligung des Parlaments, auf der Grundlage des Notbewilligungsrechts des Finanzministers auf den Weg gebracht hat, einen Deal, der hinterher nicht mehr reversibel war. Das war eine Aktion, die selbst der Staatsgerichtshof für eklatant verfassungswidrig erklärt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

An diesem Ministerpräsidenten haben Sie keine Kritik geübt, aber bei einer Kultusministerin, deren Meldezettel Sie nicht kennen, fordern Sie die Entlassung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Über Monate haben Sie versucht, das Verhalten des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus zu rechtfertigen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf von den Grünen: Das tun sie ja heute noch!)

Sie haben so getan, als wäre das Urteil des Staatsgerichtshofs nichts wert. Gerade Sie sollten sich sehr zurückhalten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt einmal zur Bildungspolitik!)

Ich kann es an dieser Stelle noch einmal sagen: Die Bildungspolitik, die wir und diese Landesregierung machen, ist die Bildungspolitik der grünen Fraktion. Das ist das, was wir verabredet haben. Es ist das, was wir wollen und wofür wir eintreten. Da ist es egal, ob es um das Thema „Frühkindliche Bildung“ oder um Themen wie Schulsozialarbeit, Gemeinschaftsschulen, „Schulen in privater Trägerschaft“, „Abschaffung der Studiengebühren“ oder was auch immer geht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es geht doch gar nicht um Bildungspolitik! Es geht um Frau Warminski-Leitheußer!)

Das ist die Politik der Regierungskoalition, und diese Politik tragen wir mit; sie ist richtig so.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dass wir den Haushalt konsolidieren müssen, das tragen wir auch mit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Geben Sie Frau Warminski-Leitheußer ein gutes Wort?)

Wir tragen es mit, weil es keinen anderen Weg als Alternative gibt. Leider kommen wir im Bildungsbereich nicht darum herum,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellen in Maßen und in klaren Schritten abzubauen. Wir haben ein Kultusministerium mit einem Haushaltsvolumen von 9 Milliarden €, 110 000 Stellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Seit 2003 geht die Zahl der Schülerinnen und Schüler kontinuierlich zurück. Wenn wir den Weg gehen, 11 600 Lehrerstellen abzubauen, dann bedeutet das, dass wir bei um 20 % rückläufigen Schülerzahlen 10 % der Lehrerstellen abbauen. Das heißt, es bleiben immer noch 10 % mehr im System

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

in Relation zur Schülerzahl.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bekunden Sie Solidarität!)

Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir werden es Ihnen so oft erklären, wie Sie wollen. Wir werden die Maßnahmen dazu einleiten, dies auf den Weg zu bringen. Dazu gehört eine regionale Schulentwicklung. Die haben Sie nicht auf den Weg gebracht, obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler seit 2003 zurückgeht.

Wir haben seit Jahren das Problem, dass es sehr viele Schulen im ländlichen Raum – Haupt- und Werkrealschulen und Realschulen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch gibt!)

*(Edith Sitzmann)*

aber hauptsächlich Haupt- und Werkrealschulen – mit stark rückläufigen Schülerzahlen gibt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben doch gerade keine Bildungsdebatte!)

Wir wissen, dass wir, wenn man diesen Prozess nicht steuert, nicht dahin kommen werden, dass es für alle Kinder und Jugendlichen im Land, egal, wo sie wohnen, ein gutes Bildungsangebot gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann loben Sie die Ministerin doch!)

Deshalb machen wir regionale Schulentwicklung, Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir machen regionale Schulentwicklung, weil sich auch an anderen Beispielen zeigt,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir hatten gestern eine Bildungsdebatte!)

z. B. bei der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

dass es eben nicht funktioniert, wenn man nicht steuert, sondern dass es dann, wenn man nicht steuert, dazu kommt, dass es Regionen, Orte, Flecken gibt, wo es keinen Hausarzt mehr gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bekunden Sie doch endlich Solidarität!)

Das wollen wir im Bildungsbereich nicht. Deswegen machen wir regionale Schulentwicklung,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sind wir jetzt beim Thema Hausärzte?)

was Sie in den vergangenen Jahren versäumt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe: Ablenkung!)

Was wollen Sie eigentlich? Vorhin haben Sie gesagt, wir sollten doch einmal zu den inhaltlichen Fragen der Bildungspolitik und der Finanzpolitik Stellung nehmen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch: Es geht um den Haushalt!)

Genau das tue ich jetzt. Wir haben auch gestern bei der Aktuellen Debatte zur Bildungspolitik dazu Stellung genommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es geht heute Morgen um eine Person! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Tanz auf der Rasierklinge!)

Wir werden es heute bei der Beratung des Haushalts wieder tun. Dass Sie heute diese Debatte noch einmal aufmachen, das habe nicht ich zu verantworten; das haben Sie gemacht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt sagen Sie doch etwas zur Ministerin!)

Sie haben eine Stellungnahme zur Bildungspolitik gefordert; die bekommen Sie von uns. Es ist unsere Bildungspolitik, und zu der stehen wir auch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und zur Ministerin auch? – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist langsam krankhaft!)

Ich schließe jetzt einmal mit einem Zitat – mit Erlaubnis der Präsidentin; das versteht sich –:

*Die Opposition scheint manchmal zu vergessen, dass wir hier Politik machen und keine Theatervorstellung geben.*

Joschka Fischer 2001.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schmiedel das Wort.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg. Peter Hauk CDU: Räuber Hotzenplotz!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hauk, ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich am Ende der Debatte hier hinstellen und sich entschuldigen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut!)

Sie haben jetzt mehrfach den Vorwurf der Lüge erhoben – darauf stützen Sie ja auch ganz wesentlich den Entlassungsantrag –, und Sie haben erneut mit diesem Meldezettel herumgewedelt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mit einem!)

Ihre Behauptung: Wenn die Ministerin sagt: „Es liegen noch keine Zahlen vor“, dann sei das gelogen. Denn Sie haben ja Meldezettel eines Schulleiters. Sie haben dabei verschwiegen, unterschlagen,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

dass diese Meldezettel im Oktober nicht an die Kultusministerin, sondern an das Statistische Landesamt geschickt werden, dort ausgewertet werden und Mitte Januar vorliegen –

(Zurufe: Aha!)

und das seit Jahr und Tag.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Damit ist diese unverschämte Behauptung, dieser unverschämte Vorwurf, es sei eine Lüge gewesen – weil es einen Meldezettel gibt –, dass noch keine Zahlen vorliegen, absolut widerlegt. Wenn Sie noch einen Funken Anstand haben, entschuldigen Sie sich für diesen absurden Vorwurf.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

*(Claus Schmiedel)*

Dasselbe gilt für den Vorwurf an den Finanzminister bezüglich des Schiedsverfahrens. Im Vertrag ist geregelt – im Vertrag, den Herr Mappus unterschrieben hat –, dass das Schiedsverfahren auf Wunsch der Parteien vertraulich ist. Wann ist ein Verfahren erfolgreicher? Wenn man vertraulich auf der Grundlage von Gutachten miteinander verhandelt, oder wenn man auf den offenen Markt geht und herumschreit? Wer auf den offenen Markt gegangen ist und herumgeschrien hat, dass die Klage nicht berechtigt sei, dass der Preis angemessen sei und dass es am besten wäre, wenn das Land Baden-Württemberg eine Niederlage hinnehmen müsste, das sind Sie – nur weil es Ihnen nicht in den Kram passt, dass beim EnBW-Deal zu viel gezahlt wurde. Sie wollen es heute noch nicht einsehen, weil Sie heimlich immer noch zu diesem EnBW-Deal stehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Auch in diesem Fall ist der Vorwurf absurd und eine Entschuldigung überfällig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Völliger Quatsch wird es dann, wenn Sie, offensichtlich beeindruckt von der GEW-Demonstration, jetzt dem Finanzminister vorwerfen, dass im Haushalt 2013/2014 Lehrerstellen gestrichen werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das werfen wir nicht vor!)

– Das werfen Sie uns nicht vor? Ich habe gedacht, das werfen Sie uns vor.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist selektives Hören! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Da habe ich mich wohl verhört? Sie haben doch gesagt, die Haushaltspolitik führe dazu usw.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt gehen wir einmal hinein in Ihre Planungen, in den Haushalt, den Sie gemeinsam mit der FDP/DVP im Jahr 2011 aufgestellt haben. Da waren ab dem Schuljahr 2011/2012 711 Stellen nicht mehr finanziert. In der mittelfristigen Finanzplanung haben Sie für den Zeitraum 2013/2014 die Streichung von 1 900 Stellen vorgesehen. Das macht zusammen 2 611 Stellen. Da sind 411 Stellen mehr weg als im vorliegenden Haushalt. Die GEW hat in der Einschätzung natürlich völlig recht, dass Sie kein gescheiter Partner sind.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch: Die haben gestern nicht gegen uns demonstriert!)

– Sie kann ja nicht gegen Sie demonstrieren, Sie regieren ja nicht mehr. Das verwechseln Sie. Gegen die Opposition demonstriert man nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Was ich jetzt als persönliche Beleidigung auffasse und was natürlich auch eine Beleidigung der Koalitionsfraktionen ist, das ist, dass Sie in der schriftlichen Begründung, die Sie nach dem Glühweinstand zusammengeschrieben haben, eine Story stricken,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Seien Sie ein bisschen vorsichtig, Herr Kollege!)

die so klingt, als sei das Staatsministerium mit Zetteln befasst, die es dann an das Kultusministerium schickt, und dann werde irgendetwas umgesetzt. Die Schulentwicklungsplanung zielt auf eine so gravierende Veränderung in der Schullandschaft, dass das natürlich in den Koalitionsfraktionen, in den Arbeitskreisen, innerhalb der Koalition, zwischen Kultusministerium und Staatsministerium besprochen wird. Sie ist sogar so gravierend – weil wir ja in der Bildungslandschaft nicht allein sind, sondern die kommunalen Partner haben –, dass das, was die Koalition jetzt verabschiedet hat, mit den kommunalen Partnern besprochen wird; denn wir müssen ja in dieselbe Richtung gemeinsam an einem Strang ziehen. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen: Wir verordnen nichts von oben, sondern wir schaffen mit denen, mit denen wir in Partnerschaft arbeiten, zusammen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das spürt man deutlich!)

Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, uns vorzuwerfen, das sei immer noch nicht unterwegs. Das wird sehr gut vorbereitet und dann umgesetzt, während Sie dies jahrelang haben liegen lassen.

Zum Schluss, Herr Rülke, zu Ihrem Wettangebot, einmal zusammenzuzählen, wie viele der neu eingetretenen Beamtinnen und Beamten bei der FDP sind. Ich finde, ich kann dies nicht annehmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das haben wir uns schon gedacht!)

Denn die FDPler, die dafür in Baden-Württemberg infrage kommen, sind alle schon drin.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Da gibt es ja gar keinen mehr. Deshalb bleibe ich bei meinem Angebot – das haben Sie ja nicht ausgeschlagen; vielleicht lassen wir uns einmal darauf ein –: Wir zählen die, die drin sind, einmal zusammen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann zählen wir eure Neuen!)

Ferner zählen wir die, die unter Ihrer Ägide reinkamen. Dann habe ich – da bin ich mir sicher – fast für den Rest meines Lebens ausgesorgt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Schmid das Wort.

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hauk hat mich der Lüge bezichtigt. Ich will diesen Vorwurf in aller Form hier und heute im Parlament zurückweisen. Ich habe in der besagten Plenardebatte ausgeführt: Es gibt eine Vereinbarung, die Herr Mappus unterzeichnet hat, aus der sich die Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens ergibt. Dem

*(Minister Dr. Nils Schmid)*

ist so. Im Kaufvertrag des Landes mit der EdF über den Ankauf der EnBW-Anteile ist eine Vereinbarung enthalten, wonach etwaige Streitigkeiten nach dem ICC-Statut verhandelt werden, und nach ICC-Statut sind Schiedsverfahren grundsätzlich vertraulich zu führen.

Herr Hauk, ich fordere Sie auf, diesen Vorwurf zurückzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hauk das Wort.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Nur eine kurze Bemerkung, Herr Finanzminister. In der Tat ist das Schiedsverfahren nach der Ordnung vertraulich zu führen.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Aber dieses wird mit der ersten Sitzung des Schiedsverfahrens vereinbart. Das ist genau am 6. September – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Falsch! Keine Ahnung! Aber davon jede Menge! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

Das genau wurde damals vereinbart. Die Klageerhebung ist sehr wohl überhaupt nicht vertraulich. Dafür gibt es keine Grundlage, weder eine Vereinbarungsgrundlage noch eine Schiedsgerichtsgrundlage.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Unruhe bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist mit dem Meldezettel?)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich dem Kollegen Dr. Kern nach § 82 b der Geschäftsordnung die Möglichkeit zu einer persönlichen Erklärung geben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Er distanziert sich, oder?)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich möchte kurz und sachlich auf das Thema Bundesrat bzw. „Gedenktag für die Opfer der Schoah“ eingehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch keine persönliche Erklärung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Themen, da müssen sich Demokraten in unserem Land einig sein, und dazu gehört gerade auch das ehrende Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist doch keine persönliche Erklärung! – Unruhe)

Zu diesem Thema stehen zwei Aussagen über ein Telefonat zwischen Ihnen und dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Peter Hauk, gegenüber.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine persönliche Erklärung!)

Ich kann nicht entscheiden, was stimmt. Unstrittig scheint jedoch zu sein, dass Sie die FDP/DVP gestern nicht angerufen haben.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ja und?)

Ihre heutigen Vorwürfe haben Sie aber auch an unsere Adresse, an die Opposition insgesamt gerichtet.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist keine persönliche Erklärung gemäß der Geschäftsordnung, Kollege! – Unruhe)

Meine Frage an Sie: Wäre es zu viel verlangt,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wenn Sie uns Liberalen gegenüber jetzt sagen würden, dass Ihnen diese Vorwürfe leidtun?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, das ist keine persönliche Erklärung!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege – –

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Denn wir hatten ja gar keine Chance, Ihrer Bitte nachzukommen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine persönliche Erklärung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe.

Lieber Kollege Dr. Kern, eine persönliche Erklärung darf nur zur Zurückweisung eines persönlichen Angriffs erfolgen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Unruhe)

Ich habe nicht gehört, dass es einen persönlichen Angriff gegen die FDP/DVP oder gegen Sie als Person gegeben hätte.

(Abg. Andreas Stoch SPD zu Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sind Sie Mitglied der CDU-Fraktion? – Abg. Wolfgang Drexler SPD zu Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Setzen! – Unruhe)

Das war keine persönliche Erklärung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entlassungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2807, mit folgendem Wortlaut:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*gemäß Artikel 56 der Landesverfassung den Ministerpräsidenten aufzufordern, Frau Gabriele Warminski-Leitheußer aus der Landesregierung zu entlassen.*

*(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)*

Nach Artikel 56 der Landesverfassung muss der Ministerpräsident einem dahin gehenden Ersuchen entsprechen, wenn der Beschluss von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags gefasst wird. Dies bedeutet, dass dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP mindestens 92 Mitglieder des Landtags zustimmen müssen. Andernfalls ist der Antrag erfolglos.

Wer dem Antrag auf Entlassung von Frau Warminski-Leitheußer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag Drucksache 15/2807 hat nicht die erforderliche Anzahl von Stimmen – Zweidrittelmehrheit – erhalten und ist somit abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Entlassungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2808, mit folgendem Wortlaut:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*gemäß Artikel 56 der Landesverfassung den Ministerpräsidenten aufzufordern, Herrn Minister Dr. Nils Schmid MdL aus der Landesregierung zu entlassen.*

Für diesen Antrag gilt das Gleiche wie für den vorherigen: Es ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Das heißt, mindestens 92 Mitglieder des Landtags müssen zustimmen. Andernfalls ist der Antrag erfolglos.

Wer dem Antrag auf Entlassung von Herrn Dr. Schmid zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich war natürlich gestern Abend in Sitzungen und habe dann abends erfahren, dass die CDU beantragt, Minister zu entlassen. Im Laufe des Abends wurde mir zugetragen – das wussten wir nur gerüchteweise –, dass auch die Entlassung des Ministers Nils Schmid von ihr beantragt wird.

Ich habe Sie, Herr Kollege Rülke, deswegen nicht angerufen, weil ich überlegt habe, ob, wenn sich der Entlassungsantrag ausschließlich auf die Kultusministerin bezieht, dann nicht mein Stellvertreter Nils Schmid hier den Antrag zurückweisen und ich die Gedenkrede im Bundesrat halten kann. Das war der Grund, warum ich nur den Kollegen Hauk angerufen habe. Es war klar, dass der Antrag auf Entlassung des Ministers Nils Schmid von ihm ausging. Das war der Grund, warum ich nur Herrn Hauk angerufen habe und nicht Sie, Herr Rülke. Denn es ist klar, dass ich, wenn sich ein Entlassungsantrag auf meinen Stellvertreter bezieht, dann unbedingt hierher muss. Das war der Grund, warum ich Sie nicht angerufen habe.

Ich bin mir jedenfalls ganz sicher, dass ich von Mittag und nicht von Mittwoch gesprochen habe.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Glühwein!)

Aber jetzt nehmen wir es vielleicht einmal so: Ich habe Mittag gesagt, und Sie haben Mittwoch verstanden, Kollege Hauk.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja billig!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, ich rate, das nicht zu vertiefen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Doch, doch, doch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist billig!)

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das kann passieren! Um das geht es auch nicht! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Glocke der Präsidentin)

– Herr Kollege Röhm, jetzt geht es mit der Bildungspolitik weiter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, bitte! – Unruhe)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14)**

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

**Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2604**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei**

**Berichterstatter für die Sportförderung sowie Jugend und kulturelle Angelegenheiten: Abg. Jörg Fritz**

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit der Beratung des Haushalts fort. Ich bitte Sie, Ihre Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern und ansonsten Ruhe zu bewahren.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Wacker für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da Frau Kultusministerin Warminski-Leitheußer nach wie vor im Amt ist, wird der Schwerpunkt unserer Kritik natürlich auch ihre Amtsführung beinhalten; denn das bildungspolitische Chaos, das wir tagtäglich im Land wahrnehmen, ist maßgeblich auf ihre Amtsführung zurückzuführen. Insofern kann man an dieser Stelle die persönliche Kritik nicht von der sachlichen Kritik trennen, auch nicht in dieser Haushaltsdebatte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir nehmen die Stimmungslage als sehr schwierig wahr. Die Sorgen und Zukunftsängste bei Eltern, Lehrkräften und Schulträgern sind außerordentlich hoch. Die einen lehnen die Gemeinschaftsschule ab, weil sie vom pädagogischen Konzept keineswegs überzeugt sind. Aber auch Ihre politischen Anhänger sind von der Art und Weise, wie Sie die Gemeinschaftsschule umsetzen, schwer enttäuscht.

Sie sprechen von einer „Schulentwicklung von unten nach oben“. Aber dennoch machen sich viele Kommunen große Sorgen um die Existenz ihrer Schulen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Ein Kommunalpolitiker der SPD, der Schulleiter eines Gymnasiums im Landkreis Böblingen ist, hat es in einem Presseinterview sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich darf hoffentlich zitieren, Frau Präsidentin.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Gern.

**Abg. Georg Wacker** CDU:

> *Waren die Lehrer und Schulleiter nach dem Regierungswechsel fast euphorisch angesichts der Vorhaben der neuen Ministerin, so ist heute überall Unverständnis, ja Wut und Zorn festzustellen.*

So lautet die Aussage dieses SPD-Kommunalpolitikers. Dieses Zitat spricht Bände.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerin, Sie machen es niemandem recht. Sie sitzen zwischen allen Stühlen. Dieser Haushaltsentwurf, über den wir beraten, spiegelt genau diese Stimmungslage wider. Sie haben immer wieder versprochen, die Unterrichtsversorgung werde sich verbessern, die Ganztagsschulen würden ausgebaut und die Inklusion werde in die Wege geleitet. Sie nähren damit sehr hohe Erwartungen.

Dann kam die Enttäuschung: Bis zum Jahr 2020 werden bekanntermaßen 11 600 Stellen abgebaut, davon 2 200 Stellen in diesem Doppelhaushalt. Dabei zeigen Sie nicht einmal auf, welche der konkreten Maßnahmen, die Sie propagieren, Sie in diesem Zeitraum tatsächlich umsetzen wollen.

Ich darf einige konkrete Kritikpunkte aufführen. Die 11 600 Stellen, die bis zum Jahr 2020 eingespart werden sollen, bezeichnen Sie bekanntermaßen als demografische Rendite. Wir wissen aber, dass das Kultusministerium von Anfang an davon ausgegangen ist, dass der sich im Zuge der zurückgehenden Schülerzahlen ergebende Rückgang der Zahl der Deputate niedriger ist. Da haben Sie sich zum ersten Mal vom Finanzministerium über den Tisch ziehen lassen.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben Sie auch von einer Brutto-Netto-Option gesprochen, indem Sie immer wieder gesagt haben, im Zuge des Rückbaus der Lehrerstellen müsse eben für die pädagogischen Verbesserungen, von denen Sie sprechen, ein Drittel der Stellen im System belassen werden. Von dieser Dritteloption reden Sie gar nicht mehr.

(Zuruf: Doch!)

Vielmehr haben Sie im Finanzausschuss lediglich gesagt, von der demografischen Rendite sollten auf der Wegstrecke bis zum Jahr 2020  3 300 Deputate im System bleiben.

Jetzt möchte ich einmal eine Rechnung aufmachen. Haushaltsdebatten sind auch dazu da, um gemeinsam zu rechnen. Wenn wir die 3 300 Stellen, von denen Sie sagen, dass sie im System verbleiben können, auf den Stellenverbleib pro Jahr umrechnen – natürlich wissen wir, dass das von Jahr zu Jahr unterschiedlich ist –, stellen wir fest: Das sind ab dem Haushaltsjahr 2013 durchschnittlich 412 Deputate – 412 Deputate, die Sie für Ihre pädagogischen Verbesserungen investieren wollen.

Jetzt wollen Sie die KV-Stellen ausbauen – jedes Jahr um 200 Stellen –, Sie wollen die Ganztagsschulen ausbauen. Wenn Sie das bisherige Landesprogramm umsetzen, was Ihnen ja zu wenig ist, sind das allein auch 150 Stellen. Sie wollen den Pädagogischen Assistenten weiterfinanzieren. Folglich muss er aus der demografischen Rendite finanziert werden. Das sind insgesamt auch noch einmal deutlich über 500 Stellen pro Jahr. Die Inklusion haben Sie noch gar nicht beziffert. So gibt es weitere Beispiele.

Das heißt, diese Ressourcen werden Ihnen vorn und hinten nicht reichen, um in Ihre bildungspolitischen Vorhaben zu investieren. Damit bleibt Ihnen für Ihre neuen Projekte, die Sie propagieren, keine Luft zum Atmen. Vielmehr sind nur Ihre Gemeinschaftsschulen im Blickfeld Ihrer Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Da Sie diese Ressourcen nicht zur Verfügung haben, Frau Ministerin, schwächen Sie eben die Unterrichtsversorgung der anderen Schulen zugunsten der Gemeinschaftsschule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bewusste Vernachlässigung!)

Das belegen die Zahlen.

Im Übrigen – auch das können wir aus dem Protokoll über die Beratung im Finanzausschuss ersehen – werden in den nächsten beiden Jahren 2 600 Deputate zugunsten der Gemeinschaftsschule umgeschichtet. Wenn Sie diese Stellen nicht aus der demografischen Rendite nehmen können, können Sie diese Stellen nur den anderen Schulen wegnehmen.

Dann ist es schon blanker Hohn, dass ein Abgeordneter der SPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen gesagt hat, für die Gemeinschaftsschule entstünden keine zusätzlichen Kosten.

*(Georg Wacker)*

Meine Damen und Herren, um es als erstes Fazit zu formulieren: Sie liefern mit Ihrem Haushaltsentwurf den haushaltspolitischen Beweis dafür, dass Sie alle anderen Schularten zugunsten der Gemeinschaftsschule systematisch zerschlagen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Boser das Wort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sport kommt in der zweiten Runde!)

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, mit diesem Bildungshaushalt zeigt die grün-rote Landesregierung Verantwortung für die Finanzsituation im Land. Ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € kann nicht an einzelnen Häusern vorbei saniert werden, und es kann schon gar nicht am größten Haus in der Landesverwaltung vorbei saniert werden. Nein, das macht mir als Bildungspolitikerin keinen Spaß. Aber wir sind ja nicht bei „Wünsch dir was“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie von der Opposition konnten bis heute in keinem einzigen Punkt erklären, wie Sie mit diesem strukturellen Defizit, das Sie in den vergangenen Jahren verursacht haben, umgegangen wären, geschweige denn haben Sie dafür Lösungsansätze geliefert.

Opposition funktioniert nicht, wenn man Realitäten ausklammert. Opposition funktioniert nur, wenn man sich mit den Realitäten auseinandersetzt – vor allem, wenn man diese Realitäten selbst geschaffen hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie schaffen es nicht einmal aus der Opposition heraus, eine seriöse Politik auf den Weg zu bringen. Kein Mensch nimmt Ihnen ab, dass Sie aus der Regierung heraus die Haushaltskonsolidierung geschafft und hier einen gangbaren Weg gefunden hätten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Es müsste doch jedem Politiker klar gewesen sein, dass dann, wenn im Bildungsbereich Stellen mit k.w.-Vermerken belegt werden, diese irgendwann auch zu einem Stellenabbau führen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, eben! Irgendwann! – Abg. Viktoria Schmid CDU: Das ist ja der Punkt!)

Da müssen wir uns selbstverständlich die Frage stellen: Wann, wenn nicht jetzt, solange sich keine anderen Finanzquellen für uns auftun, fangen wir mit diesem Stellenabbau an?

Wenn wir einen Abbau der mit k.w.-Vermerken belegten Lehrerstellen vornehmen, dann müssen wir immer auch im Blick haben, dass wir in Zukunft den Referendaren und den Studierenden im Land eine Einstellungsperspektive liefern müssen. Daher werden wir den Abbau der Lehrerstellen in einem kontinuierlichen Zeitrahmen fortführen, damit wir auch künftig Lehrerstellen im System neu besetzen können,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

damit wir auch künftig wieder Lehrer einstellen können. Dies können wir nur, wenn wir diese Politik nachhaltig gestalten und hier sukzessive einen Stellenabbau voranbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher werden wir mit diesem Haushalt die ersten Stellen im kommenden Jahr nicht wiederbesetzen.

Ich verstehe die Proteste der Gewerkschaften,

(Abg. Georg Wacker CDU: Ah ja!)

und ich verstehe, dass das den Lehrerverbänden nicht passt. Aber, meine Damen und Herren, ich sehe momentan keine andere Lösung, als dass wir diesen Stellenabbau jetzt beginnen, damit wir trotzdem garantieren können, dass in den nächsten Jahren weiter Lehrer eingestellt werden können, und damit wir mit diesem strukturellen Defizit nicht bis 2020 gegen die Wand fahren, sondern uns der Verantwortung dafür bewusst sind, dass alle in diesem Land gemeinsam diese Konsolidierung schaffen müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Damit wir darüber hinaus kontinuierlich den neuen Bildungsaufbruch fortsetzen können, werden wir selbstverständlich strukturelle Maßnahmen anstoßen, die auf die aktuelle Situation eingehen und die künftige Entwicklung im Land berücksichtigen. Der demografische Wandel zeigt doch bereits jetzt in vielen Regionen, dass die Schülerlandschaft einem Wandel unterliegt. Immer mehr Haupt- und Werkrealschulen weisen geringe Schülerzahlen aus. In diesem Jahr konnten mehrere Haupt- und Werkrealschulen keine fünfte Klasse mehr bilden. Die Folge davon ist, dass die Vielzahl von Kleinstklassen auch zulasten der Qualität in der Fläche geht.

Kleine Haupt- und Werkrealschulen – das möchte ich hier betonen – leisten hervorragende Arbeit.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ah ja! – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Aber es werden dabei auch Ressourcen gebunden, die dringend im ganzen Land benötigt werden. Wenn wir hier nicht gegensteuern und über eine regionale Schulentwicklungsplanung die Bildungslandschaft in einem Dialog und in einem Beteiligungsprozess zukunftsfähig gestalten, wird uns die Breite des Bildungsangebots in der Fläche auf Dauer verloren gehen. Diesem Prozess wollen und müssen wir entgegensteuern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher werden wir bei einer regionalen Schulentwicklungsplanung das Zweisäulenmodell in Baden-Württemberg als Zukunftsmodell einführen. Dass Sie hier ständig fordern, dass diese regionale Schulentwicklungsplanung endlich auf den

*(Sandra Boser)*

Weg gebracht wird, beantworte ich mit dem Hinweis, dass Sie ja 57 Jahre Zeit gehabt hatten, das zu tun.

(Abg. Georg Wacker CDU: Sie machen ja gar nichts!)

Hätten Sie bei der Reform der Werkrealschule eine regionale Schulentwicklungsplanung zugrunde gelegt, dann wären wir heute bereits in einer ganz anderen Situation

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

und müssten nicht mit diesen Ressourcen umgehen, die wir derzeit zur Verfügung haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dieses Gespenst, das Sie draußen ständig verbreiten, dass wir die Gymnasien abschaffen wollten, ist

(Zuruf von der SPD: Blödsinn!)

völliger Unsinn und blanker Hohn.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Eine Schule für alle!)

Wir haben uns öffentlich mehrfach dafür ausgesprochen, dass zwei Säulen, zwei gleichwertige Säulen aus Gemeinschaftsschule und Gymnasium

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aus der Not geborenes Modell!)

die Zukunft für Baden-Württemberg sein sollen. Von einer Abschaffung des Gymnasiums war an keiner Stelle die Rede.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von einer Schule für alle war die Rede! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Eine Schule für alle!)

Nur dann, wenn wir die regionale Schulentwicklungsplanung auf den Weg bringen, wird es uns gelingen, die Breite an Bildungsabschlüssen vorzuhalten und vor allem dem ländlichen Raum und den Schülerinnen und Schülern im ländlichen Raum neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Die Gemeinschaftsschule wird hier eine wichtige Rolle spielen. Daher werden wir auch in diesem Haushalt den Ausbau in der Fläche voranbringen. Denn wir sind vom pädagogischen Konzept überzeugt und lassen uns sehr gern von diesen Schulen begeistern, wie es ja auch der Kollege Hauk getan hat oder wie es auch andere Kollegen aus der CDU getan haben, die in den Gemeinschaftsschulen waren und gesehen haben, wie gut die Gemeinschaftsschule funktioniert. Ich kann Ihnen sagen: Das sind keine Einmalbeispiele.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das können Sie erst in ein paar Jahren beurteilen! – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Die Gemeinschaftsschule funktioniert deswegen so gut, weil die Gemeinschaftsschule auf das Gelingen ausgerichtet ist und das pädagogische Konzept auf das Gelingen ausgerichtet ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das bleibt abzuwarten!)

Wie schon mehrfach zuvor gesagt: Diese Schulen sind keine Erfindung von Grün-Rot. Diese Schulen haben bereits in anderen Bundesländern und in anderen Staaten weltweit gezeigt, dass die Gemeinschaftsschule die Zukunft von Schule ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber mit anderen Inhalten!)

Wir können es uns nicht auf Dauer leisten, dass wir in diesem Land Bildungsverlierer produzieren, meine Damen und Herren. Wir brauchen alle Begabungen im Land, wir wollen alle Begabungen fordern, und wir wollen alle Begabungen fördern.

Die Gemeinschaftsschule bietet zudem eine Antwort auf den demografischen Wandel, eine Möglichkeit, im ländlichen Raum trotz zurückgehender Schülerzahlen ein breites Bildungsangebot vorhalten zu können. Denn ansonsten werden wir beobachten, wie die Schulen nach und nach aus der Fläche verschwinden und es den Schülerinnen und Schülern am Ende nur noch bei weiten Fahrtwegen möglich ist, ihren Bildungsabschluss zu erreichen. Ist es das, was Sie wollen? Wollen Sie, dass am Ende keine Schulen mehr im ländlichen Raum vorhanden sind? Wenn Sie das wollen, dann machen Sie mit Ihrer Bildungspolitik so weiter. Unsere Bildungspolitik sieht hier anders aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Weiter geht's!)

Wir wollen das breite Bildungsangebot vor Ort erhalten, und dafür brauchen wir die Gemeinschaftsschulen; denn gerade für den ländlichen Raum sind sie eine große Chance.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Falsch! Zu Ende gedacht falsch!)

Dass Sie die komplette Streichung der Stellen für die Gemeinschaftsschulen im Doppelhaushalt beantragt haben, meine Damen und Herren von der Opposition

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: He! Moment mal!)

– von der CDU –,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das passiert schon zum zweiten Mal heute!)

das zeigt, dass Sie die Notwendigkeit nicht erkannt haben und dass Sie auch das Prinzip überhaupt nicht erkannt haben. Diese Stellen sind im Haupt- und Werkrealschulbereich doch schon lange vorhanden. Wenn Sie diese Stellen streichen, streichen Sie die Stellen im Haupt- und Werkrealschulbereich und entziehen damit den Schulen ihre Arbeitsgrundlage. Sie sind diejenigen, die die Haupt- und Werkrealschulen damit kaputt machen, und nicht wir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ihren immer wiederkehrenden Vorwurf, wir würden die Gemeinschaftsschule über das Maß hinaus fördern, kann ich, ehrlich gesagt, nicht mehr hören.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist doch so! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Es stimmt doch!)

Haben Sie sich denn einmal die Stundenausstattung der Gemeinschaftsschule angeschaut?

(Abg. Georg Wacker CDU: Wie finanzieren Sie die 2 600 Deputate?)

– Die zusätzlichen Deputate, die an die Gemeinschaftsschule gegeben werden, werden an die Ganztagsgemeinschaftsschulen gegeben.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist doch nicht die Frage!)

Wir schaffen damit den Ausbau der Ganztagsangebote in Baden-Württemberg, etwas, was Sie lange versäumt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt noch ein paar Worte zur Bildungsplanreform. Das ist eines der Themen, die auch in diesem Haushalt angestoßen werden.

(Abg. Georg Wacker CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Kollegin Boser – –

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Nein. Am Schluss.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Die Bildungsplanreform erfolgt in einem ganz normalen Turnus, den wir hier in diesem Jahr wieder angestoßen haben. Für uns ist es dabei das wichtigste Ziel, dass mit der neuen Bildungsplanreform die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten horizontal und vertikal verbessert wird. Denn in den vergangenen Jahren wurde es immer schwieriger, zwischen den Schularten Realschule und Gymnasium zu wechseln, weil die Bildungspläne sehr unterschiedlich waren. Wir wollen, dass diese Durchlässigkeit in den kommenden Jahren wieder verbessert wird.

Selbstverständlich werden innerhalb dieses Bildungsplans Leistungsunterschiede definiert, die auf den jeweiligen Abschluss hinweisen. Es war nie die Rede von einem Einheitsbildungsplan, der am Ende nur noch einen einzigen Abschluss anbietet. Wir wollen die Kompetenzen untereinander ausrichten, damit den Schülerinnen und Schülern die Übergänge erleichtert werden. Dabei möchte ich ganz klar sagen: Ich begrüße es außerordentlich, dass die beruflichen Gymnasien bei der Expertenkommission endlich eine Rolle spielen, damit auch die Übergänge an die beruflichen Gymnasien endlich verbessert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir werden weiterhin das Prinzip verfolgen, unten zu fördern statt oben zu reparieren. Mit der Einführung der Sprachförderung ab dem ersten Kindergartenjahr haben wir eine wichtige Leistung geschaffen. Wir werden hier weiter ansetzen, um hier fortzufahren und die Qualität in den Kindergärten zu verbessern. Das Betreuungsgeld, das Sie eingeführt haben, hilft uns an dieser Stelle überhaupt nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Qualität und individuelle Förderung sind die Schwerpunkte, die bei uns in der Mitte stehen. Daher werden wir auch die von der Enquetekommission empfohlenen Maßnahmen zur beruflichen Bildung weiter fortführen, damit wir auch hier die individuelle Förderung an den beruflichen Schulen verbessern können.

Darüber hinaus gilt für uns lebenslanges Lernen als wünschens- und unterstützenswert. Daher bauen wir die Förderung an den Volkshochschulen kontinuierlich aus. Das haben Sie in den vergangenen Jahren kontinuierlich verpasst. Wir schaffen mit der Förderung der Alphabetisierungskampagne eine wichtige Voraussetzung, um benachteiligten Menschen im Land eine Möglichkeit zu geben, sich weiterzubilden und ihrem Defizit ein Ende zu bereiten. Doch diese Maßnahmen reichen bei Weitem noch nicht aus, um das herzustellen, was Sie 57 Jahre lang verpasst haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Viktoria Schmid CDU)

Ich möchte hier die Krankheitsvertretungen in den Vordergrund stellen. Sie haben jahrelang verpasst, feste Krankheitsvertretungsreserven zu erstellen. Sie haben immer wieder über Schöpfmittel agiert, die am Ende doch nicht gereicht haben. Wir haben diese Krankheitsvertretungsreserve kontinuierlich auf inzwischen 1 500 Stellen ausgebaut. Wir werden hier weiter ansetzen, damit die Unterrichtsversorgung im Land gesichert ist und hier keine Unterrichtsausfälle wie in vergangenen Jahren zu verzeichnen sind.

(Beifall bei den Grünen)

Auch die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft, die Sie jahrelang versäumt haben und für die Sie nie einen Stufenplan erstellt haben, werden wir kontinuierlich ausbauen, damit am Ende der Legislaturperiode eine Förderquote von 80 % keine Frage mehr ist, sondern eine Grundsätzlichkeit. Dieses Ziel werden wir weiterverfolgen.

Wir sind noch lange nicht am Ende. Wir wissen, dass es noch viele Punkte gibt, die wir nicht allein umsetzen können, wie beispielsweise den Ganztagsschulausbau an allen Schulen und die Inklusion. Wir brauchen alle, die sich an den Bildungsaufgaben beteiligen können. Der Bund ist hier ebenso gefordert wie die Länder und die Kommunen. Daher fordere ich Sie auf, sich mit dem Bund zusammenzusetzen und eine Möglichkeit im Hinblick auf das Kooperationsverbot zu schaffen. Ich glaube nicht, dass wir das mit einer CDU-geführten Bundesregierung schaffen. Daher brauchen wir im nächsten Jahr den Wechsel im Land.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Beim Land, richtig!)

– Den Wechsel in Deutschland.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ach so!)

– In Deutschland, Herr Dr. Bullinger. – Wir brauchen den Wechsel, damit in Baden-Württemberg Bildungsgerechtigkeit

*(Sandra Boser)*

weiter Einzug halten kann. Denn mit einer CDU-geführten Bundesregierung wird es das nicht geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Fulst-Blei das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Herren und Damen von der Opposition, immerhin haben Sie es heute zustande gebracht, dass sich der 14. Dezember nach meinem politischen Empfinden als einer der peinlichsten Tage in meiner mittlerweile 25-jährigen politischen Karriere erweisen wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wegen Kretschmann!)

Es ist eine unwürdige Debatte, die jetzt übrigens, Herr Wacker, noch ihre Fortsetzung findet, indem Sie hier noch nicht einmal irgendeine inhaltliche Aussage machen, sondern im Grunde mit den alten Worthülsen kommen. Das ist schade, weil diese Debatte uns die Aufmerksamkeit für die wichtigen Punkte nimmt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

die in diesem Haushalt stehen. Ich empfehle: Lesen bildet.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Dieser Kultusetat ist nämlich sowohl bildungs- als auch finanzpolitisch richtungweisend. Er ist nichts anderes als der Ausdruck eines Bildungsetatsanierungsprogramms. Er macht nämlich Schluss mit den von Ihnen hinterlassenen versteckten Lasten. Er macht Schluss mit unfinanzierten Maßnahmen, mit ungedeckten schwarz-gelben Schecks auf die Zukunft – Schecks, die jetzt fällig werden. Wir werden in 17 Tagen davon reden müssen, dass die von Ihnen eingeführte Klassenteilersenkung – die uns 230 Millionen € kostet – nicht mehr finanziert ist. In 48 Tagen ist die Frage der Pädagogischen Assistenten fällig; das sind zusammen mit der ersten Tranche 60 Millionen € – von Ihnen eingeführt, aber nicht finanziert. In den nächsten sieben Jahren sind es, wenn man es genau betrachtet, 8 685 von Ihnen gestrichene Lehrerstellen – nicht kumuliert ein Gegenwert von 625 Millionen €.

Es stimmt: Wir sagen Ihnen das immer wieder. Weil Sie es nicht kapieren, setze ich mittlerweile auf Teletubby-Pädagogik in diesem Haus. Man muss es Ihnen immer wieder sagen, damit es bei Ihnen irgendwann ankommt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gott, sind Sie arrogant!)

– Das hat nichts mit Arroganz zu tun. Das hat etwas mit Entsetzen zu tun. Ihre Fraktionsvorsitzenden stellen sich hier hin und ziehen über Griechenland her, dass die Griechen in unserem Bundesland zu Recht entsetzt sind, und gleichzeitig nehmen Sie nicht zur Kenntnis, dass sich Ihre Abschlussbilanz allein im Kultusetat auf summa summarum minus 988 Millionen € beläuft. Das ist Ihr Bildungsbankrott. Das ist nichts anderes als die Abschlussbilanz einer schwarz-gelben Kultus-Bad-Bank.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind aber mehr als nur Ihre Insolvenzverwalter. Das ist doch das, was Sie ärgert: Die Landesregierung hat trotz schwieriger Rahmenbedingungen in dieser kurzen Zeit große Erfolge erzielen können. Wir haben schon davon gesprochen: 364 Millionen € für den Ausbau von Kinderkrippen und Tagespflege, 32 Millionen € für Sprachförderung, und 25 Millionen € haben wir für die Schulsozialarbeit extra bereitgestellt.

(Zuruf: Das kann man alles nachlesen!)

– Ja, lesen Sie es nach! Aber Sie tun es ja nicht. – Was Sie am meisten ärgert, ist doch, dass wir durch die Gemeinschaftsschule eine pädagogische Innovationskraft freigesetzt haben.

Herr Kern, dass wir den Elternwillen gestärkt haben, indem wir die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft haben, ist ein Beitrag zu mehr Freiheit und Wahlrecht der Eltern und Kinder. Das vergessen die Liberalen sehr schnell.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vielen Dank für die Nachhilfe!)

Wir haben die Aufgabe, unser Bildungssystem zukunftssicher und gerechter zu machen. Es ist kein Ruhmesblatt, dass Baden-Württemberg immer noch das Land ist, das laut einer Studie von Bertelsmann Spitzenreiter bei den Ausgaben für Nachhilfe ist. 131 € monatlich pro Haushalt sind kein Pappenstiel, meine Damen und Herren. Es hat sich am Dienstag dieser Woche durch die aktuellen Ergebnisse bei TIMSS und IGLU nochmals bestätigt: Wir können es uns nicht erlauben, dass Talente der – immer weniger werdenden – Kinder in unserem Land aufgrund eines schmalen Geldbeutels verloren gehen. Hier müssen wir gegensteuern. Denn Sie haben in all den Jahrzehnten versagt, was das Bildungssystem angeht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Schöne Bewerbungsrede!)

– Kein Neid, bitte!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe mich damit abgefunden, dass ich nichts mehr werden kann!)

Sie haben doch an dieser Stelle noch nicht einmal zur Kenntnis genommen, dass selbst die Wirtschaft – Handwerkskammern, Südwestmetall – uns bei der Gemeinschaftsschule unterstützt, Herr Kollege Wacker. Denn die Kultusministerin hat völlig recht, und zwar nicht nur mit Blick auf den Fachkräftemangel, wenn sie sagt – Frau Präsidentin, ich darf mit Ihrer Erlaubnis zitieren –:

*Kein Kind darf zurückbleiben. Jedes Mädchen, jeder Junge muss durch frühe, konsequente und intensive Förderung die Chance bekommen,*

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Geht das jetzt in die Geschichtsbücher ein?)

*den jeweils bestmöglichen Bildungsabschluss zu schaffen, um optimal auf das Leben vorbereitet zu sein.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Dafür tun wir alles! Jeden Tag!)

– Wunderbar. Ich freue mich, dass ich wenigstens einmal in meinem Leben von Ihnen Zustimmung bekomme. – Wenn Sie

aber jetzt vor diesem Hintergrund einmal den Etatentwurf und das Beiheft dazu richtig lesen, Herr Röhm, dann werden Sie feststellen, dass wir diese Strategie konsequent umsetzen.

Im Wesentlichen geht es diesmal um drei G's. Es geht um Grundschule, es geht um Ganztagsschule, und es geht um Gemeinschaftsschule.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es geht nicht um das Gymnasium? – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und um das Gymnasium!)

Wir wollen die Grundschule stärken, weil wir gezielt auf frühe Förderung setzen. Das ist übrigens die konsequente Fortsetzung unseres Investierens in Sachen Orientierungsplan und frühkindliche Bildung. Wir sind der Überzeugung, dass jeder Euro, jede Stelle, die wir in den Vorschul- und in den Primärbereich investieren, später auch den weiterführenden Schulen zugutekommt.

Wir werden deshalb auch die Ganztagsbetreuung ausbauen. Wir streben 2013 einen Pakt mit den Kommunen an, um den Bedarf bis 2020 zu decken. Aufgrund der finanziellen Restriktionen fokussieren wir uns zunächst auf die Grundschulen. Das ist aber auch richtig; denn wir denken damit die Ganztagsbetreuung konsequent weiter, von der Krippe über den Kindergarten bis in den Primärbereich hinein. Andernfalls nämlich würden wir in dieselbe Betreuungsfalle hineintappen, in die wir in Deutschland durch die Einführung des Elterngelds ohne einen parallelen Ausbau der Krippeninfrastruktur im Grunde bereits hineingeraten sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sprechen von der gebundenen Ganztagsschule?)

Diese Ausweitung des Ganztagsschulangebots ist übrigens tausendmal sinnvoller, es ist ein viel besseres Angebot als Ihr Betreuungsgeld aus Neandertalerzeiten, Herr Röhm. Das muss ich Ihnen sagen. Wir haben deshalb im Haushalt auch die Mittel für Baumaßnahmen für Ganztagsschulen um insgesamt 14 Millionen € erhöht.

Schließlich zum Ausbau der Gemeinschaftsschule: Ja, meine Damen und Herren, wir sind stolz auf die Erfolge, die diese neue Schulform bereits in dieser kurzen Zeit erzielen konnte. Einzügige Schulen haben nach ihrer Umwandlung in Gemeinschaftsschulen zwei- bis dreizügig starten können. Viele Eltern in unserem Land können sich vorstellen, ihre Kinder auf diese Schulart zu schicken. Ich habe als Beleg bereits die Mannheimer Studie vom November angeführt. Dieser Studie zufolge sagen allein 67 % aller Eltern von Kindern mit Realschulempfehlung und übrigens auch 42 % aller Eltern von Kindern mit einer Gymnasialempfehlung: Jawohl, ich kann mir vorstellen, mein Kind auf eine Gemeinschaftsschule zu schicken. Das ist bemerkenswert für eine Stadt, die diese Schulart im Grunde noch gar nicht anbieten kann.

Dies stellt für eine Großstadt aufgrund der innovativen Pädagogik mit Fokus auf das individuelle Lernen ein attraktives Bildungsangebot dar. Kollegin Boser hat aber völlig recht, wenn sie sagt: Für den ländlichen Raum ist das noch wesentlich bedeutender.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn diese Schulform ist die Chance dafür, dass auch in Zeiten zurückgehender Schülerzahlen die Möglichkeit zum Erreichen aller Abschlüsse in erreichbarer Entfernung aufrechterhalten werden kann.

Aber klar ist an dieser Stelle übrigens auch, dass diese Schulart in einem Wettbewerb steht. Sie steht in einem Wettbewerb in Sachen Qualität, und sie steht natürlich in einem Wettbewerb bezüglich der Perspektiven. Für die SPD hat bei der Genehmigung neuer Gemeinschaftsschulen die Frage nach der Qualität des pädagogischen Konzepts absoluten Vorrang. Der Wunsch nach Standortsicherung ist völlig legitim, aber dies darf nicht auf Kosten der Qualität gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Hierfür brauchen wir dann eben auch die regionale Schulentwicklungsplanung. Pädagogische Qualität wie finanzielle Restriktionen verlangen in Zeiten deutlich zurückgehender Schülerzahlen verlässliche Rahmenbedingungen. Schulträger brauchen Investitionssicherheit. Klar ist: Wir werden nicht jede Schule erhalten können. Aber wir können – gerade mit der Gemeinschaftsschule – so viele Standorte aufrechterhalten, wie es pädagogisch sinnvoll und natürlich finanziell auch möglich ist.

Im Zentrum unseres Bestrebens steht in der Tat der Aufbau eines Zweisäulenmodells. Wir investieren in alle Schularten, indem wir den Bildungsplan überarbeiten.

Schade, dass Herr Schebesta gerade nicht da ist. Einen „Gong" muss ich ihm für gestern noch mitgeben – richten Sie es ihm bitte aus –:

(Abg. Winfried Mack CDU: Einen was?)

Ich finde, es ist eine Unverschämtheit, wenn Herr Schebesta sich in der Aktuellen Debatte hier hinstellt und als Beweis dafür, warum es keinen einheitlichen Bildungsplan für alle Schulen geben könne, darauf hinweist, dass im Lehrplan für die Gymnasien etwas von „Denken" stehe, während dies beim Lehrplan für die Hauptschule nicht der Fall sei; daher würde das nicht gehen. Das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat nur zitiert! Er hat aus dem Lehrplan zitiert!)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass auch Hauptschüler denken können, und hören Sie mit dieser unsäglichen Diffamierung auf.

(Abg. Viktoria Schmid CDU: Es geht um Reflexion!)

Mir kamen gestern die Tränen. Beim Bildungsplan geht es um das Verzahnen unterschiedlicher Niveaustufen und Schularten. Neben einem inhaltlich-methodischen Update geht es um die Verbesserung von Übergängen und um Entzerrungen, übrigens auch mit Blick auf das G 8. Bis dahin begrüßt die SPD ausdrücklich die Genehmigung weiterer G-9-Schulen im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

*(Dr. Stefan Fulst-Blei)*

Wir sind überzeugt, dass es nicht nur um die Förderung von Schwachen geht. Vielmehr glauben wir, dass auch Fünftklässler einen Anspruch auf Work-Life-Balance haben. Wir glauben, dass neben Pauken auch Zeit für Freizeit, Sport und Vereine bleiben muss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für das Pony!)

Wir wollen – der Vorsitzende meiner Fraktion hat darauf hingewiesen – dem starken Elternwillen nachgeben, der sich in den hohen Anmeldezahlen für die ersten G-9-Schulen im Land gezeigt hat.

Schließlich ist diese Reformoption übrigens auch deutlich günstiger – Herr Wacker, Sie wissen das – als manche andere, weil wir im Wesentlichen nichts anderes machen,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

als die G-8-Deputate, die Stundenanzahl zu dehnen. Unter der Voraussetzung gleich großer Klassen ist das im Grunde im Verhältnis nicht besonders teuer. Das können Sie im Haushalt nachlesen.

Als Schulversuch machen wir dies deswegen – auch das immer wieder zur Erklärung –, weil das alte G 9 mit dem neuen G 9 überhaupt nichts zu tun hat. Denn wir nehmen den neuen G-8-Plan und probieren ihn hier sozusagen in gestreckter Form aus. Das hat die Opposition leider auch noch nicht verstanden.

Im Wesentlichen geht es uns aber unabhängig von der Kostenfrage eben um mehr Zeit für Reflexion, mehr Zeit für Analyse, mehr Zeit für Kritik und auch mehr Zeit für die Frage nach dem Warum. Deshalb investieren wir auch an dieser Stelle in die Zukunft der Gymnasien.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür braucht man Stunden! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Was Realschulen betrifft – da unterscheiden wir uns übrigens auch –, stellen Sie sich hier allen Ernstes hin und behaupten

(Zurufe)

– hallo, hier spielt die Musik! –, Sie hätten die Realschulen in den letzten Jahren unterstützt. Wer hat denn zum ersten Mal 1,5 Poolstunden – im letzten Haushalt – für die Realschulen eingeführt? Das war doch diese Landesregierung und nicht Ihre.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Wir werden die Realschule auch weiterhin in ihrer Entwicklung unterstützen. Wir glauben in der Tat, dass sich auch noch viele auf den Weg zur Gemeinschaftsschule begeben werden. Aber wir setzen hier auf Überzeugung und nicht auf Zwang. Das ist übrigens auch ein Stilunterschied zu früheren Zeiten.

(Zurufe der Abg. Karl Klein und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir werden natürlich auch den Hauptschulen und Werkrealschulen besondere Aufmerksamkeit widmen. Das müssen wir aufgrund der Schülerzahlen auch. Die Schulentwicklungsplanung ist hier ein zentrales Instrument, um Planungssicherheit zu schaffen. Es gibt Reformoptionen; wir haben sie ja schon besprochen.

Im Bereich der beruflichen Bildung werden die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben“ im Rahmen des Möglichen weiter umgesetzt. Beispiele sind der Ausbau der beruflichen Gymnasien, die Ausweitung von Ganztagsangeboten – auch hier – und der Ausbau individueller Unterstützungssysteme.

In allen Schularten wollen wir in der Tat den Unterrichtsausfall eindämmen. Erste Erfolge zeigen sich hier übrigens schon. Selbst der Philologenverband – er ist nicht gerade eine SPD-Vorfeldorganisation, meine Damen und Herren –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das kann man nicht sagen! – Zurufe von der SPD: Noch nicht! – Wir arbeiten daran!)

weist darauf hin, dass die Zahl der ausgefallenen Stunden bei den Gymnasien im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr – ich zitiere hier die Zahlen einer Pressemitteilung des Philologenverbands – um zwei Drittel von wöchentlich 1 622 auf 664 Stunden zurückgegangen ist und gleichzeitig die Bugwelle um 16 % abgebaut wurde. Das ist auch das Resultat der 4 000 Stellen, die wir im System gelassen haben und die Sie übrigens zum Teil schon deutlich früher abbauen wollten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Zahlen kann man nicht anschreien? Herr Rülke kann das schon!)

Wir sind natürlich noch nicht damit zufrieden. Das System ist noch immer zu intransparent. Wir werden deshalb aber die Zahl der Krankheitsvertretungen in jedem Jahr um 200 aufstocken. Die sogenannten Schröpfmittel, Schöpfmittel werden fest verankert.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Bitte im Protokoll festhalten: „Schröpfmittel“! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Weitere 10 Millionen € stehen als Sicherungsreserve zur Verfügung. Dies allein entspricht übrigens einem Äquivalent von 200 Lehrerstellen. Wir reden hier gerade, was den Bereich Unterrichtssicherung angeht, von 75 Millionen € in diesem Haushalt. Das ist ein wichtiges Zeichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, Frau Boser hat es ausgeführt, ich mache es kürzer:

Die Mittel für die Privatschulen wurden deutlich aufgestockt: bereits 7,5 Millionen € im abgelaufenen Jahr, im nächsten Jahr 6,7 Millionen €, dann noch einmal 22,7 Millionen €. Wir kommen den 80 % nach dem Bruttokostenmodell deutlich näher. Da haben Sie im Grunde Ihren Ankündigungen auch nie etwas folgen lassen.

Stellen für Pädagogische Assistenten werden von uns entfristet. Die SPD sagt: Die gute Arbeit an dieser Stelle ist wichtig, keine befristeten Beschäftigungsverhältnisse.

*(Dr. Stefan Fulst-Blei)*

Wir, die Fraktionen, haben die Arbeit der Elternstiftung, Jugendkunstschulen, den Tagesmütterverband und auch Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützt.

Zudem haben wir das große Feld der Weiterbildung, des zweiten Bildungswegs unterstützt, indem wir im Bereich der Volkshochschulen und Ähnlichem 1,2 Millionen € im Jahr 2013 und noch einmal 2,3 Millionen € im Jahr 2014 zur Verfügung stellen. Die Folge ist: Man kann dort z. B. für die Abendrealschule die Kursgebühren weiter senken. 200 000 € gibt es zudem für die Alphabetisierungskampagne.

Man kann uns also wirklich nicht vorwerfen, dass wir in diesem wichtigen Bereich nichts machen würden. Grün-Rot liefert auch hier.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir werden uns auch in Zukunft nicht über fehlende Arbeit beklagen können. Bildungsplanreform, Inklusion, Modernisierung der Lehrerbildung – das sind nur einige Stichworte für das, was uns neben den bereits angestoßenen Reformen in den nächsten zwei Jahren beschäftigen wird, und zwar in der Tat parallel zur Frage der Haushaltskonsolidierung. Denn, meine Damen und Herren, die Landesregierung hat beschlossen, 2013 1 000 und 2014 1 200 Lehrerstellen abzubauen. Wir bleiben damit in der Tat unter dem, was Sie für die Jahre 2011/2012 und 2013/2014 angesetzt hatten. Als Bildungspolitiker juble ich nicht – aber wir machen Politik für unsere Kinder.

(Widerspruch des Abg. Georg Wacker CDU)

Wir wollen ihnen eine bestmögliche Bildung geben, wir wollen ihnen aber, Herr Wacker, nicht gleichzeitig ihre Zukunft durch riesige Schuldenberge verbauen. Ist Ihnen bewusst, dass wir aktuell 1,2 Milliarden € jährlich an Zinsen zahlen? Das sind Zinsen für Schulden, die Sie uns hinterlassen haben. Wir wollen unseren Kindern die Zukunft zurückgeben, damit sie in Zukunft handlungsfähig sind. Wir werden uns der Aufgabe stellen; das wird nicht leicht sein. Aber trotzdem stellen wir heute selbstbewusst fest: Der Bildungsaufbruch wirkt, der Bildungsaufbruch geht weiter, und wir werden weiter liefern. Wir haben bereits geliefert, und das trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, in denen wir uns befinden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ob Sie den Mentrup ersetzen können? – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das entscheiden nicht Sie!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, Sie haben sich gerade gezwungenermaßen hinter Ihre Kultusministerin gestellt, und aus Sicht der Kultusministerin kann man vermutlich sagen: „Endlich!“ Ihr heutiges Verhalten ist aus meiner Sicht trotzdem von einer großen Scheinheiligkeit geprägt, weil Ihre grün-rote Bildungspolitik doch maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass das Ansehen der Ministerin so ist, wie es ist. Es ist scheinheilig, sich heute hinter die Ministerin zu stellen; denn Sie haben sie in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder im Regen stehen gelassen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Die Ministerin setzt jedoch in erster Linie das 1 : 1 um, was Grüne und SPD mit Mehrheit hier im Parlament beschlossen haben. Sie alle von Grün-Rot sind verantwortlich für den Zustand der Bildungspolitik in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt möchte ich mich an die Adresse der SPD wenden: Ich bewundere ganz ehrlich Ihre Geduld mit Ihrem grünen Koalitionspartner. Da rennt Ihre Kultusministerin durchs Land und geißelt die alte Landesregierung, weil sie im Bildungsbereich 711 Stellen gesperrt habe, die das SPD-geführte Kultusministerium jetzt aber wieder freigeben würde. Und was macht Ihr grüner Koalitionspartner? Mit einem Paukenschlag grätscht der Ministerpräsident der Ministerin in die Parade und verkündet, es würden 11 600 Stellen gestrichen.

(Zurufe der Abg. Muhterem Aras und Sandra Boser GRÜNE)

Ein grobes Foul der Grünen gegenüber Ihrer Ministerin. Faktisch lässt sich mit diesem Streichungsprogramm keine der versprochenen Bildungsreformen mehr umsetzen. Das kann die Ministerin gar nicht mehr. Anschließend heulen die Verbände – zu Recht – auf und greifen Ihre Ministerin scharf an. Das Foul in der Koalition hat der grüne Ministerpräsident begangen, die rote Karte bekam aber Ihre Ministerin in der Öffentlichkeit.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Fouls innerhalb der Koalition gingen vonseiten der Grünen noch weiter. Die FDP/DVP beantragte in den Haushaltsberatungen die Entwicklung eines Stellenbedarfskonzepts für die Schulen in unserem Land, die Grünen begründeten dann in der Beratung wortreich, warum so ein Konzept völlig unnötig sei, und zusammen stimmten SPD und Grüne mit ihrer Mehrheit unseren Antrag nieder. Die Kultusministerin musste sich dann öffentlich dafür rechtfertigen, dass ihre Einsparungen im Lehrerbereich ohne vorherige Bedarfsanalyse beschlossen wurden. Auf dem Grünen-Parteitag

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Parteitag? Wissen Sie, wie ich abgestimmt habe?)

vor wenigen Tagen aber beschließen dann ebendiese Grünen exakt so ein Stellenbedarfskonzept und sonnen sich in der Öffentlichkeit als die Helden, die der Ministerin zeigen, wie man Bildungspolitik macht. Und die SPD-Ministerin steht wieder im Regen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kommen Sie einmal zum Haushalt! Frau Präsidentin! Das ist eine Haushaltsdebatte! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Vor knapp 2 000 Jahren hat man ein solches Verhalten Pharisäertum genannt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Im Übrigen haben wir unseren Antrag noch einmal gestellt. Wir freuen uns, dass sich die Grünen unserer Position angeschlossen haben, und bitten daher um Zustimmung.

Wie gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich bewundere, dass Sie diese Rollenverteilung Ihres Koalitionspartners so klaglos mitmachen. Aus meiner Sicht stehlen sich die Grünen hier im Haus immer wieder aus der Verantwortung, wenn es öffentlich unangenehm werden könnte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bleiben Sie einmal fair!)

Das ist nicht nur dann so, wenn es um die Diätenanpassung geht – die Sie aber mitbeschlossen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Es bleibt festzuhalten: Die gemeinsam zu verantwortende grün-rote Bildungspolitik ist gekennzeichnet durch eine unheilvolle Mixtur aus grüner Ideologie,

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

rotem Dirigismus und einem ordnungspolitischen Blindflug. Dass Ihnen der ordnungspolitische Kompass fehlt, zeigt sich vor allem an der Gemeinschaftsschulthematik. Sie genehmigen lustig, fröhlich, fromm und frei munter weitere Gemeinschaftsschulen, ohne dass Sie eine regionale Schulentwicklungsplanung vorlegen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Es ist doch noch gar keine genehmigt! Was erzählen Sie denn?)

Wie soll denn eine Schulentwicklungsplanung aussehen, wenn Sie vorher Fakten schaffen?

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Boser?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Nein.

(Unruhe – Abg. Andreas Stoch SPD: Dann könnte er nicht mehr ablesen!)

Da Sie sich des Erfolgs der Gemeinschaftsschule nicht ganz so sicher sind, statten Sie diese mit zahlreichen Privilegien aus mit der Folge, dass gut funktionierende Hauptschulen und auch Werkrealschulen kaputtgehen.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Da Sie auch daran zweifeln, dass Sie genügend gymnasiale Lehrkräfte für die Gemeinschaftsschule bekommen, reduzieren Sie neue Stellen an den Gymnasien und stellen somit die fertigen Referendare vor die Alternative:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Arbeitslosigkeit oder Gemeinschaftsschule. Sie erpressen die jungen Menschen, und das ist schäbig von Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Lehmann?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Nein. Sie müssen das auch einmal ertragen, sich das anzuhören.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das ist alles falsch, was Sie sagen! – Unruhe)

Sie nutzen die demografisch bedingte Not der Kommunen aus, um Ihr langfristiges Ziel der einen Schule für alle, also der Einheitsschule, durchzudrücken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Die grüne Ideologie lässt sich auch bei der Gemeinschaftsschule anschaulich erläutern. Beim Thema Gemeinschaftsschule hat sich die SPD von den Grünen bequatschen lassen und sich deren sozialromantisches Einheitsschulmodell ebenfalls zu eigen gemacht. Die Grünen meinen: Wenn wir alle Schüler in einer Klasse – Entschuldigung: in einer Lerngruppe – zusammenpacken, wenn wir durch verschiedene Maßnahmen wie beispielsweise die Abschaffung des Sitzenbleibens die Niveaus insgesamt absenken, dann schaffen wir mehr Aufstiegsmöglichkeiten.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Sie werden damit aber genau das Gegenteil erreichen: Die Gemeinschaftsschulen werden eben nicht die neuen Aufsteigerschulen werden. Die Aufsteigerschulen gibt es schon, nämlich die unterschiedlichen Wege im beruflichen Bildungswesen und die Realschule, aber die – gerade die – wollen Sie ja plattmachen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wir Liberalen wollen aber keine sozialromantische Bildungsrhetorik, sondern für uns zählen in erster Linie Ergebnisse. Gerade bei denen kann sich unser bisher noch gegliedertes Bildungswesen in Baden-Württemberg sehen lassen, das Sie aber einstampfen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir tatsächlich mehr Bildungsaufsteiger produzieren wollen, dann müssen wir über die Qualität an den Schulen reden, das heißt: kleinere Klassen, bessere Unterrichtsversorgung, möglichst kurze Schulwege, individuelle Betreuung von schwächeren Schülern, mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Aber das alles würde natürlich auch erheblich mehr Geld kosten, und deshalb drücken Sie sich vor den eigentlich wichtigen Entscheidungen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Haben Sie eine Geldruckmaschine?)

Sie packen zu den Schwächeren einfach die Stärkeren und beruhigen damit Ihr Gewissen. Dabei setzen Sie einseitig auf eine Pädagogik, bei der die Schwächeren größere Schwierigkeiten haben werden als die Stärkeren.

Deshalb mein Appell: Stimmen Sie unserem heutigen Entschließungsantrag zu. Bevor Sie weitere Gemeinschaftsschulen einrichten, müssen Sie vernünftigerweise erst eine regionale Schulentwicklungsplanung vorlegen. Vor Ort muss entschieden werden, wie das regionale Schulkonzept aussieht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Mein Gott!)

Außerdem sollten wir die konkreten Ergebnisse der bisherigen Gemeinschaftsschulen abwarten. Wenn sich dann in ein paar Jahren die Gemeinschaftsschulen tatsächlich als Aufsteigerschulen erweisen sollten, dann müssen sie sich wie alle anderen Schularten auch dem freien Wettbewerb stellen, aber immer unter der Voraussetzung, dass keine Schulart privilegiert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum dritten Kennzeichen Ihrer Bildungspolitik, nämlich dem roten Dirigismus. Sie wollen, auch wenn Sie es abstreiten, langfristig, vielleicht sogar mittelfristig, dem Gymnasium ans Leder. Aus diesem Grund hievt Grün-Rot einen bekannten Gegner der Gymnasien auf den Stuhl des Schulpräsidenten in Freiburg. Herr Bosch vor Zeugen:

> *Am liebsten würde ich das Gymnasium abschaffen. Aber das ist politisch derzeit noch nicht durchsetzbar.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Entlarvend!)

Und Professor Bohl über die Gemeinschaftsschule im „Reutlinger General-Anzeiger“ am 19. Juni 2012 – Zitat –:

> *Was die neue Schulform allerdings nicht sofort leisten könne, sei, die Bildungsungleichheiten abzuschaffen. Jedenfalls nicht, solange sie noch mit anderen Schulformen konkurrieren müsse.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Sie regieren auch in die Privatschulen hinein und gängeln diese. Erstens knüpfen Sie eine Vereinbarung zum Erreichen der 80-%-Quote nach dem Bruttokostenmodell an unerfüllbare Bedingungen. Würden sich die Privatschulen auf Ihre Bedingungen einlassen, würde das für viele von ihnen das finanzielle Aus bedeuten. Zweitens regieren Sie auch in die Privatschulen hinein, indem Sie die staatliche Anerkennung von einem Kollegium abhängig machen, das zu zwei Dritteln über das zweite Staatsexamen verfügt.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Furchtbar! Qualität als Voraussetzung! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das sind doch Lehrer! Mein Gott, ist das peinlich!)

Auch damit geben Sie zu erkennen, welch „große“ Wertschätzung Sie dem Privatschulbereich zukommen lassen.

Den roten Dirigismus sieht man auch beim Thema G-9-Schulversuche. Denn nur um Gesichtswahrung zu betreiben, haben Sie sich im Koalitionsstreit auf einen G-9-Modellversuch pro Landkreis geeinigt. Das hat nichts mit Bedarfsgerechtigkeit zu tun, aber sehr viel mit einer Feigenblattaktion am Reißbrett.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da wäre es wesentlich vernünftiger gewesen, auf diese Ressourcenvergeudung zu verzichten und lieber erst einmal die neunjährige Alternative über die beruflichen Gymnasien auszubauen. Auch darauf zielt unser heutiger Antrag.

Dort, wo Sie aber tatsächlich dringend handeln müssten, da lassen Sie es schleifen. Nicht nur der baden-württembergische Sport wartet dringend auf eine Vereinbarung mit dem Kultusministerium über das Thema „Kooperation von Ganztagsschule und außerschulischen Bildungspartnern“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir Liberalen haben schon vor Monaten eine Aktuelle Debatte hierzu beantragt. Die Regierungsfraktionen und das Kultusministerium befinden sich bei diesem wichtigen Thema aber schon das ganze Jahr über im Winterschlaf.

Ich habe es an dieser Stelle schon einmal gesagt: Die grün-rote Koalition steht heute zusammen mit ihrer Kultusministerin auf den rauchenden Trümmern einer völlig verfehlten Bildungspolitik. Sie machen das Gegenteil einer freiheitlichen Bildungspolitik; denn das freie Spiel der Kräfte könnte ja zu Ergebnissen führen, die nicht in Ihr Weltbild passen. Ihr Hauptziel war es und bleibt es auch für die Zukunft, das differenzierte, vielfältige und erfolgreiche baden-württembergische Schulwesen umzugraben. Das ist aber das Gegenteil einer Bildungspolitik, die der Freiheit und der Eigenverantwortung vor Ort Vorfahrt gibt. Die Menschen in Baden-Württemberg bräuchten das Gegenteil von dem, was Sie in der Bildungspolitik tun.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es richtig!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Schmid das Wort.

**Abg. Viktoria Schmid** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz auf zwei Themen zu sprechen kommen. Das sind zum einen die beruflichen Schulen, und das ist zum anderen der Sport.

Ich hätte es mir hier heute einfach machen können und hätte einfach eine alte Rede vom vergangenen Jahr oder von diesem Jahr herausziehen und noch einmal halten können, denn es hat sich im letzten Jahr überhaupt nichts verändert. Aber das will ich nicht tun.

Die Unterrichtsversorgung – das muss man ganz klar sagen – ist so schlecht wie nie zuvor. Sie haben eine völlig falsche Prognoseberechnung vorgelegt mit der Aussage, dass es etwa 15 000 Schülerinnen und Schüler weniger an den Schulen ge-

*(Viktoria Schmid)*

be. Tatsächlich sind es aber nur etwa 5 000 Schülerinnen und Schüler weniger.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Erstellen wir die Prognosen? Das macht doch das Statistische Landesamt!)

Die Folge ist eine völlig chaotische Lehrereinstellung unter der grün-roten Landesregierung.

Wie ist die Situation jetzt? Es fehlen im laufenden Schuljahr etwa 600 Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen. Eine so grobe Fehlplanung kann im laufenden Schuljahr kaum mehr ausgeglichen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Käppeler SPD meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

– Nein, ich lasse jetzt auch keine Zwischenfrage zu, nicht einmal bei Herrn Käppeler.

Die beruflichen Schulen haben die Belastung zu tragen. Ich muss fragen: Was macht die Landesregierung, um dieser Situation Herr zu werden und eine Lösung herbeizuführen? Es ist ein echtes Handicap für die Wirtschaft, für die Betriebe in Baden-Württemberg. Sie sind dringend auf qualifizierte, gute Fachkräfte angewiesen. Auf der anderen Seite sichert der Weg über die beruflichen Schulen vielen jungen Menschen den Start in ihre Arbeitswelt.

Was mich aber ganz besonders schmerzt, ist die Tatsache, dass Sie die Beschlüsse der Enquetekommission, die von der Wirtschaft, den Schulträgern und den Lehrern gemeinsam getragen wurden, völlig in den Wind schlagen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo sind Ihre Anträge dazu?)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Beschlüsse der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ einstimmig verabschiedet. Heute entziehen Sie sich Ihrer Verantwortung und tun so, als hätten Sie noch nie etwas davon gehört. Sie vergeben eine wichtige Chance.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben im letzten Haushalt rund 10 Millionen € für das erste Maßnahmenpaket eingestellt. Das war ein ganz wichtiger Aufschlag, um die ersten Beschlüsse auf den Weg zu bringen.

Im jetzigen Haushalt haben Sie die Mittel auf verschiedene Einzelpläne aufgeteilt. Ich glaube nicht, dass das zur gebotenen Transparenz führt, die Sie ständig vor sich hertragen und für die Sie sich angeblich einsetzen wollten.

Für eine bessere Unterrichtsversorgung wäre die Umsetzung der interfraktionell beschlossenen zusätzlichen drei mal 400 Lehrerstellen dringend nötig gewesen. Aber Sie haben die Mittel nicht, wie vereinbart, bereitgestellt. Mit Ihrer Politik gefährden Sie die berufliche Bildung in Baden-Württemberg massiv. Sie verstärken mit Ihrer Politik den sich abzeichnenden Fachkräftemangel. Ich kann nur eindringlich an Sie appellieren: Benachteiligen Sie nicht die beruflichen Schulen zugunsten der Gemeinschaftsschulen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein weiterer Punkt, den ich an dieser Stelle gern ansprechen möchte, ist die Sportpolitik. Positiv erwähnen möchte ich, dass Sie den Solidarpakt Sport uneingeschränkt bis 2016 fortführen. Er gibt den Vereinen die ganz wichtige und dringend nötige Planungssicherheit in finanzieller Hinsicht. Denn gerade die schulpolitischen Entwicklungen wie der Ausbau der Ganztagsschule und auch das G 8 haben die Arbeit der Sportvereine stark verändert. Dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Es ist deshalb besonders wichtig, dass die Vereine eine verlässliche Unterstützung erhalten, um auch in Zukunft ihren Nachwuchs rekrutieren zu können. Der Vereinssport ist die Basis für Leistungssport bis hin zum Spitzensport. Das dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Außerdem müssen wir weiterhin der überaus wichtigen Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft gerecht werden. Die CDU-Fraktion wird deshalb alle Bereiche des Sports im Auge behalten: den Schulsport, das Förderprogramm „Kooperation Schule/Verein“, den Behindertensport, den Breiten- und Freizeitsport, den Leistungssport und die Nachwuchsförderung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hoffentlich auch den Radsport!)

– Sicher.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Radsport hat eine ganz wichtige Bedeutung, wenn wir jetzt Radwege bauen! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhang ist mir auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die energetische Sanierung von Sportstätten nicht aus dem Auge verloren werden darf. Sie ist eine große Herausforderung für die Vereine und für die Kommunen, für deren Bewältigung es der Unterstützung des Landes bedarf.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal allen Beteiligten im Sport, ganz besonders den Vertretern der Landessportverbände, aber auch den Trainern, Betreuern und ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement zu danken. Nur gemeinsam werden wir den Sport für unsere Gesellschaft voranbringen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das klang aber nett!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Häffner das Wort.

**Abg. Petra Häffner** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Haushaltsberatungen ist viel vom Sparen die Rede. In vielen Bereichen müs-

*(Petra Häffner)*

sen wir die Mittel konzentrieren und Prioritäten setzen, was nichts anderes bedeutet, als dass nicht alles, was wünschenswert ist, auch verwirklicht werden kann.

Im Bereich Sport setzt die Landesregierung auf Kontinuität. Gemeinsam mit dem LSV schreiben wir den Solidarpakt Sport fort. Soeben wurde auch von Frau Kollegin Schmid erwähnt, dass sie sich darüber freut.

In diesem Punkt sind wir uns über die Fraktionsgrenzen hinweg einig. Sport hat eine überragende gesellschaftliche Funktion.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Sportlich aktive Menschen tun etwas für ihre Gesundheit, überwinden miteinander sportlich fair gesellschaftliche Barrieren zwischen Alt und Jung. Die unterschiedliche kulturelle oder soziale Herkunft der Menschen spielt dabei keine Rolle.

Welche riesengroße Bedeutung Sport hat, habe ich im Frühjahr in Burundi erlebt. Dort, in dem ärmsten Land der Welt, ist es nicht selbstverständlich, man könnte sogar sagen, ist es vielleicht sogar purer Luxus, sich über Sport zu unterhalten oder sich Gedanken über Sport zu machen. Wo aber Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit geboten wird, zusammen zu spielen und Sport zu treiben – dort geschieht dies hauptsächlich beim Fußball –, da werden Vorurteile und soziale Gegensätze spielerisch überwunden.

Beeindruckt hat mich dabei, dass der Sport in diesem von Krieg und Konflikt gezeichneten Land auch eine heilende Wirkung hat. Sport hilft traumatisierten Menschen, Jugendlichen, ihre Erlebnisse zu verarbeiten. Werte und Respekt dem anderen gegenüber werden vermittelt und werden durch den Sport, das gemeinsame Spiel gelehrt. Das ist übrigens auch ein ganz wesentlicher Bereich in der Gemeinschaftsschule, weil wir dort nämlich genau die gleichen Aspekte wiederfinden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir in Baden-Württemberg sind im Sport auf gutem Weg. Dennoch oder gerade deswegen besteht noch Handlungsbedarf. Darum werden die Handlungsfelder „Bildung durch Sport“, „Spitzensportland Baden-Württemberg“ und „Substanzerhaltung von Sportstätten“ seit dem Haushalt 2012 durch Erhöhung des jährlichen Fördervolumens um 2,32 Millionen € gestärkt.

Zum Spitzensport: Der Landessportverband hat bereits 2012 damit begonnen, seine Fördermaßnahmen über den Nachwuchsleistungssport hinaus auszudehnen, und unterstützt ausgewählte Profilsportarten, baden-württembergische Athletinnen und Athleten mit der Chance auf die Teilnahme an Olympischen Spielen, Weltmeisterschaften oder Europameisterschaften. Das sind in Baden-Württemberg die Disziplinen Skisprung, Ski nordisch, Mountainbiking, Turnen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Turnen! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Radsport!)

Leichtathletik und Fechten. Die Landesregierung unterstützt dieses Vorgehen und hat dafür unter den Maßnahmen zur Förderung des Spitzensports erstmals 281 000 € für das Jahr 2013 und 364 000 € für das Jahr 2014 in den Haushalt eingestellt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es erfolgt also keine pauschale finanzielle Individualförderung, sondern die Sportfachverbände bzw. die Sportvereine Baden-Württembergs können ihren Spitzensportlerinnen und -sportlern bessere Trainingsvorbereitungen bieten, z. B. durch Ausbildung und Schulung der Trainer in Technik, Didaktik und auch in der Dopingprävention.

Zudem sehen die Vereine seit geraumer Zeit die Notwendigkeit, ihre Spitzensportlerinnen und -sportler auf die Zeit nach ihrer aktiven Zeit vorzubereiten, und stellen dafür Personal zur Verfügung – eine Entwicklung, die sinnvoll und verantwortlich ist.

Beim Sportstättenbau ist uns wichtig, die vorhandenen Mittel zielgerichtet und effizient einzusetzen. Darum sind wir mit dem LSV und den kommunalen Verbänden im Gespräch, um z. B. über interkommunale Kooperationen nachzudenken, um den Bedarf an Sportstätten zu decken.

Was bleibt zu tun? Wir müssen Regelungen finden, wie die Mitgestaltung bei den Ganztagsschulen durch die Sportvereine, aber auch die anderen Vereine genau aussehen soll. Dabei spielen der finanzielle Ausgleich und die rechtliche Grundlage eine wesentliche Rolle.

Ein weiteres Ziel ist es, die tägliche Stunde Schulsport in der Grundschule zu implementieren und mehr Fachlehrerinnen und -lehrer in den Sportunterricht zu bringen.

Wie ich bereits zu Beginn sagte: Nicht alles, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben und was wünschenswert ist, wird mit diesem Haushalt erreicht. Ich sehe das als sportliche Herausforderung. Wir werden die noch anstehenden Ziele in guter Kondition mit langem Atem und guter Vorbereitung erreichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Wölfle das Wort.

**Abg. Sabine Wölfle** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Kürze der Zeit beschränke ich mich auf folgende Aussagen – einige Zahlen sind ja schon genannt worden –: Die grün-rote Landesregierung sichert die Sportförderung auch weiter auf hohem Niveau. Hier muss man sagen, dass wir auch interfraktionell sicherlich dasselbe Ziel haben. Die sportpolitischen Sprecherinnen und Sprecher sind sich da einig. Frau Schmid hat das soeben auch erwähnt.

Wir legen Wert auf eine solide Sportförderung. Der Sport kann sich auch in den kommenden zwei Jahren im Rahmen dieses Doppelhaushalts auf eine verlässliche finanzielle Basis stützen. So wurde das bisherige Fördervolumen des Solidarpakts Sport in Höhe von rund 65 Millionen € in diesem Jahr um einen Festbetrag von 2,32 Millionen € erhöht. Damit trägt die grün-rote Landesregierung der Bedeutung des Sports im Ganzen Rechnung. Wichtige Handlungsfelder werden gestärkt, etwa auch die Substanzerhaltung von Sportstätten.

*(Sabine Wölfle)*

Zusätzlich stellt die Landesregierung seit 2011 jährlich stufenweise 400 000 € zweckgebunden für die Qualifizierung von ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und -leitern und von sonstigen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zur Verfügung. Die sehr wertvolle Arbeit dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird damit auf ein sicheres Fundament gestellt.

Darüber hinaus werden dem kommunalen Sportstättenbau in den Jahren 2013 und 2014 je 12 Millionen € aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen Zuschüsse für Sporthallen und Sportfreianlagen von Privatschulen in Höhe von je 900 000 € in den kommenden zwei Jahren. Damit leisten wir einen sehr wichtigen Beitrag zum Abbau des bestehenden Antragsstaus im Sportstättenbau.

In den Haushaltsentwurf 2013/2014 wurden durch Umschichtungen im Rahmen des Solidarpakts Sport vorsorglich für 2013 40 000 € und für 2014 260 000 € für die Bewegungsstunde in der Grundschule aufgenommen. Damit wurde eine zentrale Forderung des Sportkonzepts der SPD-Landtagsfraktion umgesetzt.

Ich möchte mich besonders bei den Sportverbänden bedanken, die uns in den letzten anderthalb Jahren sehr konstruktiv und sehr positiv begleitet haben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich habe vorhin schon Wegweisendes zum Sport gesagt!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Absolute Ruhe!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Bildung junger Menschen investieren wir mit dem kommenden Doppelhaushalt mehr Geld als je zuvor. Der Einzelplan 04 wird im Haushaltsjahr 2013 9,485 Milliarden € an Ausgaben umfassen. Im Vergleich zum Jahr davor ist dies eine Steigerung um 251 Millionen €. Im Haushaltsjahr 2014 werden es 9,62 Milliarden € sein.

Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 werden zugleich wichtige strukturelle Veränderungen in Angriff genommen, die die Finanzierbarkeit von Bildung auf Dauer sicherzustellen helfen. Die zurückgehenden Schülerzahlen tragen dazu bei, dass dies möglich ist. In Bildung investieren und gleichzeitig schonend mit den finanziellen Ressourcen umgehen, das ist ein wichtiger Beitrag, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen Haushaltskonsolidierung und gleichzeitig Innovationen an unseren Schulen, und wir werden den Nachweis erbringen, dass dies möglich ist. Nachhaltig finanzieren heißt insbesondere – da zeigt sich der Unterschied zur Vorgängerregierung –, dass alle Ausgaben auch in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt worden sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Schwarz-gelbe Finanzierung hieß allzu oft, etwas zu beginnen, ohne sich darum zu kümmern, woher mittelfristig das Geld dafür kommt. Damit ist jetzt Schluss. Wir finanzieren neue Maßnahmen solide. Von der vorherigen Landesregierung ins Leben gerufene, aber nicht ausfinanzierte Projekte wie z. B. die Absenkung des Klassenteilers stellen wir auf sichere Beine. Meine Damen und Herren, ich spreche dabei nicht von einer vernachlässigbaren Größenordnung, ich spreche allein in diesem Bereich von gut 3 000 Deputaten, die nicht finanziert waren. Das haben wir vorgefunden, und das werden wir jetzt solide ausfinanzieren.

Was haben wir in den ersten eineinhalb Jahren unserer Regierungsverantwortung bereits erreicht? Davon war heute schon vielfach die Rede. Wir haben Bildung und Betreuung im frühkindlichen Bereich durch den Pakt mit den Kommunen weit vorangebracht. Die Kommunen können jetzt ausreichend viele Krippenplätze schaffen. Im Kindergarten bekommen die Kinder die Sprachförderung, die sie brauchen. Das sind Meilensteine für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Den Übergang vom Elementarbereich in die Grundschule unterstützen wir durch Lehrerstunden – auch eine Baustelle, die Sie nicht angepackt haben. Die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung haben wir abgeschafft. Jetzt haben die Eltern das letzte Wort bei der Wahl der weiterführenden Schule. Damit haben wir Druck aus den Familien herausgenommen, Druck aus den Grundschulen genommen und vor allem Druck von den Kindern genommen. Denn es ist eine ganz wichtige Aufgabe von Bildungspolitik, Kinder zu fördern und sie nicht durch Druck im Lernprozess zu deformieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Deformieren?)

Wir haben dafür gesorgt, dass man auch in der zehnten Klasse der Werkrealschule den Hauptschulabschluss machen kann. Mehr junge Menschen haben damit die Chance auf einen Bildungsabschluss.

Die Realschulen erhalten erstmals – man kann es nicht oft genug betonen: erstmals – Poolstunden für mehr individuelle Förderung. Das ist ein sichtbares Zeichen für die Wertschätzung dieser Schulart und für die Wertschätzung der Arbeit, die dort von den Lehrerinnen und Lehrern geleistet wird.

An den beruflichen Gymnasien haben wir 50 neue Eingangsklassen geschaffen, damit mehr junge Leute, die tatsächlich die Qualifikation haben, auch an beruflichen Gymnasien die Hochschulreife erreichen können.

Die Unterrichtsversorgung haben wir durch zusätzliche, fest installierte Krankheitsstellvertreter gestärkt.

Wir haben die Gemeinschaftsschule eingeführt. Die Gemeinschaftsschule ist ein eindeutiges Signal an die Menschen in diesem Land, aktiv mit- und weiterzudenken. Mit dieser Schulart haben wir einen jahrzehntelangen Reformstau in der Bildungspolitik beendet. Die Gemeinschaftsschule bringt Innovation an die Schulen. Sie sichert die Standorte weiterführender Schularten im ländlichen Raum, und sie löst Begeisterung aus – bei den Eltern, den Lehrkräften, den Schülerinnen

*(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)*

und Schülern, in der Kommunalpolitik und bei jedem, der diese Schule besucht, sogar bei Herrn Hauk.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

So, meine Damen und Herren, sieht Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg aus. Wir werden diesen Weg konsequent weiter beschreiten.

Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 werden die Bildungschancen der jungen Menschen im Land durch pädagogische Innovation und durch die Fortentwicklung unserer Schulstrukturen weiter verbessert. Mein Leitmotiv lautet: früh fördern statt teuer reparieren, früh fördern statt Probleme verschleppen.

Im Jahr 2012 haben wir die Zuweisungen des Landes für die Kleinkindbetreuung um 315 Millionen € auf 444 Millionen € erhöht. Im Haushaltsjahr 2013 werden die Mittel hierfür auf 477 Millionen € erhöht, im Haushaltsjahr 2014 auf 507 Millionen €. Mit diesem Geld schaffen wir neue Betreuungsplätze.

Außerdem setzen wir uns für die Ausbildung von zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern ein und sorgen für die Qualifizierung und Fortbildung von Tagespflegekräften. Allein hierzu werden im Jahr 2013 2,8 Millionen € und im Jahr 2014 3,7 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Fast jedes dritte Kindergartenkind braucht eine Sprachförderung. Wir sorgen dafür, dass diese Kinder die Förderung auch bekommen. Dafür haben wir die verschiedenen Programme unter dem Dach SPATZ zusammengeführt. 32 Millionen € pro Jahr stehen für die Sprachförderung zur Verfügung.

Im Elementarbereich haben wir also Verbesserungen erreicht. Jetzt gilt es, die Grundschule zu stärken. Diese Schulart leistet einen wichtigen Beitrag für gelingende Bildungsbiografien. Die Kinder müssen gezielt gefördert werden, damit sie einen optimalen Start in die weiterführende Schule haben. Baden-Württemberg hat hier einen Nachholbedarf.

Ich zitiere aus dem sogenannten Baumert-Gutachten, das im April 2011 veröffentlicht worden ist. Dort können Sie nachlesen – Frau Präsidentin, ich zitiere mit Ihrem Einverständnis –:

> *Anders als in anderen Ländern sind in Baden-Württemberg zwischen 2001 und 2006 jedoch*

– es geht um die Grundschule –

> *keine Leistungszuwächse erkennbar. Sowohl im Bundesdurchschnitt als auch in Bayern haben sich die Leistungen der Viertklässler hingegen signifikant verbessert.*

Das ist Stagnation, meine Damen und Herren. Genau deshalb müssen wir das Bildungssystem in Baden-Württemberg weiterentwickeln, weil wir ansonsten unsere Spitzenplätze verlieren würden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Hinter diesem Spitzenplatz in der Statistik stehen immer konkrete Lebenschancen für die jungen Menschen in diesem Land, und dafür sind wir verantwortlich.

Wir werden in einem ersten Schritt den Grundschulen verbindliche Stunden für Fördermaßnahmen zuweisen – auch dies erstmalig in diesem Land. Wir starten mit insgesamt 70 Deputaten und werden jährlich um weitere 70 Deputate erhöhen.

In einem zweiten Schritt, mit der Einführung der neuen Bildungspläne, werden wir den Grundschulen mehr Lernzeit zur Verfügung stellen. Es dient ebenfalls der Stärkung der Grundschulen, dass wir auch die Pädagogischen Assistenten und Assistentinnen weiterbeschäftigen. Die bislang befristeten Verträge können im neuen Jahr in unbefristete umgewandelt werden. Auch hier haben Sie uns eine Baustelle hinterlassen, die wir nunmehr bereinigen.

Wir werden ferner gemeinsam mit den Kommunen den Ausbau der Ganztagsschulen vorantreiben. Das ist eine wichtige Frage für Baden-Württemberg, was die Bildungschancen von jungen Menschen angeht, aber vor allem, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht. Wir haben auch hier einen dramatischen Nachholbedarf, wenn man das mit anderen Bundesländern vergleicht. Derzeit nehmen rund 9 % der Grundschulkinder ein Ganztagsangebot in Anspruch. Das ist viel zu wenig; der Bedarf ist deutlich größer. Nach der frühkindlichen Phase darf keine Betreuungslücke entstehen, wenn die Kinder in die Grundschule überwechseln. Deshalb wollen wir bis zum Jahr 2020 erreichen, dass jeder Grundschüler, jede Grundschülerin, wenn die Eltern dies wollen, ein Ganztagsangebot in erreichbarer Nähe vorfindet. Wir werden dies in einem Pakt mit den Kommunen absichern. Die Verhandlungen dazu haben bereits begonnen.

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist auch in den kommenden Schuljahren ein zentrales Anliegen. Als Vertretungsmittel für die öffentlichen Schulen haben wir derzeit 65 Millionen € jährlich im Haushalt vorgesehen. Hinzu kommt eine Steuerungsreserve von 10 Millionen €, um Engpässe in der Unterrichtsversorgung zu überbrücken. Ferner erhöhen wir wie vorgesehen die Zahl der festen Krankheitsvertreter bis 2015 um insgesamt 800 Deputate. Wir sorgen zudem für Transparenz in den Strukturen und in den Prozessen bei der Ressourcenzuweisung. Wir entwickeln das konsequent weiter.

Jetzt noch ein Wort zur Unterrichtsversorgung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie wissen ganz genau, dass belastbare Zahlen darüber, wie die Unterrichtsversorgung im gesamten Land aussieht, erst Mitte Dezember vorliegen. Am Mittwoch nächster Woche werde ich die validierten, überprüften Zahlen aus meinem Haus vorliegen haben. Das ist ein bewährtes Verfahren; es ist lange bekannt, dass wir dies so handhaben. Dann werden wir uns neu darüber unterhalten, wie die Unterrichtsversorgung tatsächlich aussieht. Ich bestreite den Vorwurf ausdrücklich, die Unterrichtsversorgung sei in diesem Jahr schlechter als jemals zuvor. Sie werden sehen, dass das nicht so ist; die Zahlen werden dies beweisen.

Im Übrigen haben wir deshalb immer wieder so lange zeitliche Abläufe zu ertragen, bis valide Zahlen vorliegen, weil Sie es versäumt haben, ein aussagefähiges und tatsächlich leistungsfähiges EDV-Programm auf den Weg zu bringen. Das tun wir jetzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

*(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)*

Die Zahl der Gemeinschaftsschulen wird weiter wachsen. Uns liegen inzwischen 120 Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule vor. Wir sehen, dass diese innovative Art, Schule zu machen, eine hohe Zustimmung im Land erfährt. Mit dieser Schule überwinden wir dauerhaft das überholte dreigliedrige Schulsystem und ermöglichen eine leistungsfähige und breit gefächerte, weiterführende Schulinfrastruktur gerade im ländlichen Raum. Daran sehen Sie: Wir unterstützen den ländlichen Raum. Sie hätten es zugelassen, dass der ländliche Raum an dem Dinosaurier „Dreigliedriges Schulsystem“ erstickt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft werden wir in den kommenden Jahren erhöhen. Kopfsatzschulen werden im Jahr 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von 6,7 Millionen € erhalten. Insgesamt wird das Land im Jahr 2013 für die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft 744 Millionen € ausgeben. Im Jahr 2014 kommen noch einmal 16 Millionen € mehr hinzu.

Daran sehen Sie: Wir reden nicht nur über Privatschulförderung, sondern wir erfüllen auch unsere gesetzlichen Verpflichtungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zu den Ergebnissen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ als Grundlage für die Weiterentwicklung an den beruflichen Schulen. Damit die Empfehlungen dieser Enquetekommission keine Eintagsfliegen bleiben, werden im Doppelhaushalt 4,3 bzw. 5,3 Millionen € für das zweite Maßnahmenpaket eingesetzt.

Erhebliche Teile der Qualitätsoffensive Bildung führen wir weiter, so die Senkung des Klassenteilers und die Erhöhung der Leitungszeit für Schulleitungen – dies, obwohl diese Maßnahmen von der Vorgängerregierung nicht ausfinanziert waren. Ohne unsere wirklich sehr umfassend abgewogenen Entscheidungen wären diese Maßnahmen am Ende, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Durch die regionale Schulentwicklung werden wir gemeinsam die Frage beantworten, wie wir unter veränderten Rahmenbedingungen pädagogisch leistungsfähige Schulen und erreichbare Schulstandorte erhalten. Meine Damen und Herren, bringen wir es doch einmal auf den Punkt: Die alte Landesregierung hat sich vor dieser Frage gedrückt. Sie hat sich davor gedrückt, diese Frage zu entscheiden und den entsprechenden Prozess anzugehen. Wir machen dies jetzt. Wir machen es wohlstrukturiert. Wir machen es gründlich vorbereitet. Dafür brauchen wir ein bisschen Zeit. Alles werden wir in einem Jahr nicht hinbekommen; das wissen Sie ganz genau.

Fest steht: Wir werden von den Schulträgern vor Ort sehr gut unterstützt. Denn diese haben längst begriffen, wohin die Reise geht.

Was tun wir für den Sport in Baden-Württemberg? Wie versprochen, haben wir den mit den Sportvereinen vereinbarten Solidarpakt im Haushalt abgesichert. Im Haushaltsplan 2013/2014 sind jährlich über 68 Millionen € veranschlagt. Diese Mittel werden jährlich um weitere 400 000 € steigen. Darin enthalten sind jährliche Zuschüsse von rund 20 Millionen € zugunsten der nebenberuflichen Übungsleiter in unseren Turn- und Sportvereinen. Für den Vereinssportstättenbau, insbesondere für Maßnahmen zur energetischen Sanierung, sind jährlich 14 Millionen € eingeplant.

Erstmals veranschlagen wir auch Mittel für Maßnahmen zur Förderung des Spitzensports, für beide Haushaltsjahre rund 650 000 €. Damit wird der Sport endlich in die Lage versetzt, seine Fördermaßnahmen über den Nachwuchsleistungssport hinaus auf baden-württembergische Athletinnen und Athleten mit der Chance auf Olympia-, WM- und EM-Teilnahme in ausgewählten Profilsportarten auszudehnen. Wir haben in diesem Bereich sehr viele Talente.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ferner werden wir die Mitwirkung der Sportvereine bei der Gestaltung von Ganztagsschulen mit einem Rahmenvertrag absichern und gemeinsam die Weiterentwicklung an der Grundschule unterstützen.

Im Doppelhaushalt, meine Damen und Herren, beginnen wir auch mit einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung. Es ist absolut richtig, dass die Bildungsausgaben eine wichtige Investition für die Zukunft eines Landes sind. Das ist absolut richtig. Deshalb kämpfe ich für jeden Euro und für jede Lehrerstelle zugunsten der Schulen in diesem Land. Dennoch müssen wir, die Landesregierung, es in gemeinsamer Verantwortung – in gemeinsamer Verantwortung! – hinbekommen, dass ab 2020 die Schuldenbremse eingehalten wird.

Was sind die Gründe dafür, dass auch der Bildungshaushalt einen Einsparbeitrag leisten muss?

Erstens: Der Bildungshaushalt macht 23,3 % des gesamten Ausgabenvolumens unserer Landesverwaltung aus. Rund die Hälfte der Personalstellen der Landesverwaltung entfallen auf das Kultusministerium. Wir sprechen hier von über 8 Milliarden €.

Zweitens: Wir haben umfangreiche finanzielle Altlasten im Bildungssektor vorgefunden, die uns die vorherige Landesregierung hinterlassen hat. 8 055 Stellen – man kann es nicht oft genug wiederholen – sind mit „künftig wegfallend“-Vermerken versehen. Nicht wenige dieser Stellen sind aber mit Daueraufgaben verbunden. Sie hätten deshalb auch auf Dauer finanziert sein müssen. Sie haben diese Stellen auf Pump eingerichtet.

Ich nenne auch die unsolide Finanzierung der Qualitätsoffensive Bildung; sie war nur bis Ende 2012 gesichert. Es geht hier um 226 Millionen €.

Das sind nur die größten Brocken. Wenn Sie alles zusammenrechnen, dann reden wir von einem Altlastenpaket von einer Dreiviertelmilliarde Euro. Es ist vollkommen klar, dass man diesen Brocken nicht abbauen kann, ohne dass man ernsthafte Einsparungen vornimmt.

Wir müssen nun diese Schulden – sie machen pro Schüler übrigens 500 € aus – abstottern. Wir werden deshalb im Doppelhaushalt 2013/2014 den größten Teil der demografischen Rendite zur Altlastensanierung einsetzen. Von den aufgrund des

*(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)*

Schülerzahlenrückgangs nicht mehr benötigten Lehrerstellen werden im Jahr 2013 1 000 und im Jahr 2014 1 200 Stellen nicht wiederbesetzt.

Um darüber hinaus Spielraum für bildungspolitische Weiterentwicklung zu haben, müssen wir nach Einsparmöglichkeiten suchen. Dabei schauen wir uns die Bedarfe, die Strukturen und die Personalkosten genau an. Alles kommt auf den Prüfstand. Wir priorisieren und formulieren kleinere Schritte. Für mich steht dabei immer die folgende Frage im Vordergrund: Wo bringt der Euro, den wir einsetzen, den größten bildungspolitischen Nutzen? Absoluten Vorrang haben – wie immer – die Sicherung der Unterrichtsversorgung und dazu in diesem Doppelhaushalt die Stärkung der Grundschulen und der Ausbau der Ganztagsschulen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bei den Bedarfen, also den Ressourcen, die wir z. B. für die Inklusion, für weitere Poolstunden oder für sonstige bildungspolitische Maßnahmen brauchen, werden wir uns an den finanziellen Möglichkeiten orientieren, die uns zur Verfügung stehen. Wir werden nur das umsetzen, was wir uns auch leisten können, weil wir eben nicht wollen, dass der Schuldenrucksack unserer Schülerinnen und Schüler weiter anwächst.

Ich möchte es noch deutlicher auf den Punkt bringen: Wir erwirtschaften unsere bildungspolitischen Innovationen, indem wir gleichzeitig gründlich überprüfen, an welcher Stelle derzeit Ressourcen ineffizient eingesetzt werden oder gar für Aufgaben eingesetzt werden, die entbehrlich geworden sind oder anders erledigt werden können. Nicht alles ist in Stein gemeißelt, und viele Dinge haben sich überholt, weiterentwickelt oder einen anderen Stellenwert erhalten. Deshalb werden wir uns sehr genau und gründlich anschauen, wo Potenzial für Veränderungen oder Umschichtungen besteht. Eine verbesserte Schülerstromlenkung mit weniger Kleinstklassen, eine verbesserte Ressourcensteuerung bei der Krankheitsvertretung – das sind zwei Beispiele für strukturelle Verbesserungen, die wir angehen werden. Im EDV-Bereich wollen wir ebenfalls aufholen und mehr Transparenz ermöglichen.

Bei einem Personalkostenanteil des Kultusetats von fast 90 % ist es naheliegend, dass auch die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in die Gesamtbetrachtung einbezogen werden muss. Hier hat der Rechnungshof bereits die eine oder andere Option benannt, die wir selbstverständlich mit den Betroffenen diskutieren und weiter diskutieren werden. Wir befinden uns in einem Prozess, den wir gemeinsam mit der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur gestalten werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich einige Maßnahmen sehr zeitnah umsetzen lassen, andere hingegen Zeit brauchen, bis sie volle Wirksamkeit entfalten. Je besser es uns gelingt, Strukturen zu optimieren und Personal effizienter einzusetzen, desto größer können die Schritte sein, mit denen wir bei den bildungspolitischen Innovationen vorankommen.

Ich fasse zusammen: Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 geben wir in Baden-Württemberg so viel Geld für Bildung aus wie nie zuvor. Dennoch erreichen wir es, dass der Bildungsbereich seinen Beitrag für die Sanierung des Landeshaushalts leistet.

Mit dem Einzelplan 04 für die nächsten beiden Haushaltsjahre schaffen wir den Beginn einer soliden Sanierung der übernommenen Altlasten in der Größenordnung von insgesamt einer Dreiviertelmilliarde Euro sowie eine weitere Stärkung des Primar- und Elementarbereichs durch zusätzliche Lehrerstunden für die Grundschulen und durch die Entfristung der Arbeitsverträge von Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten an den Grundschulen. Damit bringen wir die Bildungsgerechtigkeit einen großen Schritt voran. Die Weiterfinanzierung großer Teile von Maßnahmen und Projekten, die die Vorgängerregierung begonnen und nicht konsequent finanziert hat, können wir auch garantieren und retten somit die Klassenteilersenkung und die Freistellung für die Schulleitungen.

Wir gehen sorgfältig und nachhaltig mit den Landesfinanzen um. Nichts wird auf Pump finanziert, jeden Euro wollen wir dort einsetzen, wo er den größten Nutzen bringt. Wo immer möglich, verbessern wir deshalb Prozesse und Strukturen. Wir sorgen für Antworten auf die Frage, wie das baden-württembergische Bildungssystem unter veränderten demografischen Bedingungen gut aufgestellt werden kann. Jeder junge Mensch soll auch weiterhin die Möglichkeit haben, in erreichbarer Nähe seinen gewünschten Bildungsabschluss zu erlangen.

Wir setzen uns ein für ein sozial gerechtes und gute Leistung förderndes Bildungssystem in Baden-Württemberg. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Wacker das Wort.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich kann nicht auf alles eingehen, was Sie von sich gegeben haben. Aber ein Begriff ist mir wirklich sehr in Erinnerung. Sie sprachen davon, dass die Kinder, die in der Vergangenheit den durch die verbindliche Grundschulempfehlung vorgegebenen Weg durchlaufen haben, „deformiert“ wurden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Man muss sich nur einmal diesen ungeheuerlichen Begriff auf der Zunge zergehen lassen. Frau Ministerin, wenn Sie immer wieder von einem sozial gerechten System sprechen, das Sie einführen wollen, muss ich an dieser Stelle noch einmal sagen: Schauen Sie sich doch einmal die Bildungsbiografien der Kinder und Jugendlichen an, die Sie als deformiert bezeichnet haben. Wie ist denn das Ergebnis der letzten Jahre gewesen, das Ergebnis eines differenzierten Bildungssystems, das stets aufstiegsorientiert war? Am Ende haben 77 % der Jugendlichen, die im Jahr 2010 einen Bildungsabschluss gemacht haben, mindestens die mittlere Reife absolviert. Es wurde jeder zweite Hochschulzugang nicht über ein allgemeinbildendes Gymnasium erworben. Selbst fast 50 % der Hauptschulabsolventen haben hinterher die mittlere Reife erreicht. Sind das deformierte Kinder? Das sind erfolgreiche Kinder, die hier ein Bildungssystem durchlaufen haben, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich.)

– Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

*(Georg Wacker)*

Ich möchte ein Weiteres ansprechen. Damit möchte ich endlich einmal mit einer Legende aufräumen. Lieber Kollege Fulst-Blei, Sie persönlich nehme ich davon aus, weil Sie in der letzten Legislaturperiode noch nicht dem Landtag angehörten. Aber die Opposition der Vergangenheit hätte natürlich sehr gern regiert.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie waren die Opposition der Zukunft!)

Die Opposition der Vergangenheit hat für sich stets in Anspruch genommen, konstruktive Haushaltsvorschläge einzubringen, wie Sie, Herr Ministerpräsident, das im Zuge dieser Haushaltsberatungen seinerzeit auch immer wieder betont haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Jetzt sage ich Ihnen aber eines: Wenn wir all das, was Sie zur Personalausstattung an unseren Schulen beantragt haben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

einmal addieren, kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir, um es einmal vorsichtig zu sagen, in unserem Bildungssystem heute das Dreifache an Personalstellen hätten, die heute abgebaut werden müssten. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt darf ich Ihnen einfach einmal ein paar Beispiele aufführen.

In der Plenardebatte am 28. Juni 2006, nachzulesen im Plenarprotokoll auf Seite 70, hat der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE, Winfried Kretschmann, gefordert – das hat sich in Anträgen niedergeschlagen; Zitat –:

> *Wir brauchen knapp 2 000 Stellen für Ganztagsschulen, damit 40 % aller Schulen bis 2011 zu Ganztagsschulen ausgebaut sind, sowie 800 Stellen für Haupt- und Realschulen entsprechend den Poolstunden an den Gymnasien, damit wir auch diese Schulen besser fördern können.*

Das sind schon einmal 2 800 Stellen, die Sie damals zusätzlich gefordert haben. Hätten Sie die Mehrheit gehabt, hätten wir sie heute in unserem Budget der Personalstellen.

Ein zweites Beispiel: Die Abg. Zeller und Dr. Mentrup begründeten ausweislich der Landtagsdrucksache 14/1508 und des Plenarprotokolls vom 11. Juli 2007 ihre Forderung nach zusätzlichen Lehrerstellen wie folgt – Zitat –:

> *Durch 1 150 zusätzliche Lehrerstellen verbessern sich neben der Unterrichtsversorgung an den Schulen auch die Einstellungschancen der Junglehrerinnen und -lehrer.*

Da kommen wir auf fast 4 000 zusätzliche Lehrerstellen, die Sie schon damals beantragt haben.

Jetzt, lieber Herr Kollege Schmiedel – er ist leider nicht da, aber ich weiß, dass er das mit Interesse nachlesen wird –: Sie haben sich ja bekanntermaßen zu den kleinen Schulstandorten geäußert. Sie stellen diese kleinen Schulstandorte offensichtlich infrage. Kollege Schmiedel hat in der Plenarsitzung am 27. Februar 2008 – nachzulesen im Plenarprotokoll auf Seite 2 675 – in einer Debatte gesagt:

> *Wir brauchen auch und gerade in Zeiten kleiner werdender Klassen mehr Lehrer und nicht weniger Lehrer.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Meine Damen und Herren, hört, hört! Wo sind die Aussagen von damals heute, wenn Sie über den Stellenabbau reden? Aber es ist nun Heuchelei, wenn Sie heute so tun, als hätte es für Sie niemals eine Vergangenheit gegeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das sind schon einmal 4 000 Stellen. Nächstes Mal präsentiere ich Ihnen weitere Beispiele. Dann kommen wir allmählich auf eine sehr beachtliche Zahl, die Sie damals gern beschlossen hätten.

Jetzt möchte ich eine weitere Rechnung aufmachen. Weder Sie, Frau Ministerin, noch Sie, Frau Kollegin Boser – ich hätte da gern die Zwischenfrage gestellt, aber es war Ihr gutes Recht, diese nicht zuzulassen –, haben mir erklären können, wie Sie die 2 600 Deputate für die Gemeinschaftsschulen, die im Doppelhaushalt ausgewiesen sind, finanzieren wollen.

Ich erinnere mich sehr gut, dass, als Sie die Starterschulen eingerichtet haben, alle Redner der Regierungsfraktionen sich hier vorn hingestellt und gesagt haben: „Was wollen Sie denn? Das sind ja nur 60 Deputate für die Starterschulen. Deren Finanzierung ist überhaupt kein Problem.“

Jetzt erkennen wir die Wahrheit: im Doppelhaushalt 2 600 Deputate durch Umschichtung. Sie haben es selbst zugegeben: Die demografische Rendite oder die verbleibenden 3 300 Lehrerstellen – dies haben Sie im Finanzausschuss selbst bestätigt – können diese Gemeinschaftsschulen nicht finanzieren.

Jetzt ziehen Sie den Bestand der bestehenden Werkrealschulen ab. Da sagt Ihr Haus: „50 % sind bereits in den bestehenden Schulen. Ziehen wir die einfach einmal ab.“ Aber das sind ja bereits aufwachsende Schulen. Das heißt, dieser Lehrerbedarf steigt von Jahr zu Jahr bei den jetzt zu genehmigenden Gemeinschaftsschulen in den Jahren 2013 und 2014. Es kommen aber noch die dazu, die in den nächsten Jahren folgen werden. Wo wollen Sie die Stellen hernehmen?

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt entlarven Sie sich. Sie wollen die Realschulen kaputt machen. Sie wollen die beruflichen Schulen kaputt machen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Sie wollen die Gymnasien kaputt machen. Sonst erbringen Sie diese Lehrerstellen nicht. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Tabula rasa!)

Frau Ministerin, nun zu den Ganztagsschulen. Wir sind uns ja eigentlich einig, dass wir den Ausbau der Ganztagsschulen wollen. Ich erinnere mich – da muss ich Sie allerdings von der persönlichen Kritik ausnehmen, weil Sie in der letzten Legis-

laturperiode keine Verantwortung getragen haben –: Es verging im letzten Jahr vor der Landtagswahl so gut wie keine Debatte, in der nicht entweder von den Grünen oder von der SPD ein Antrag eingereicht wurde mit dem Ziel, das Schulgesetz endlich einmal zu novellieren, um die Ganztagsschulen verbindlich einzuführen, sodass ein Rechtsanspruch für jede Schule besteht, eine Ganztagsschule einzurichten. Davon sagen Sie heute keinen Ton mehr. Auf Nachfrage im Bildungsausschuss sagen Sie: Eine Schulgesetznovellierung gibt es frühestens im übernächsten Doppelhaushalt. Das ist auch Heuchelei.

Sie sagen, Sie wollen die Ganztagsschulen ausbauen. Wie wollen Sie sie denn finanzieren? 150 Deputate sind es im Durchschnitt, die aus Ihrem Haus in den Ausbau der Ganztagsschulen einfließen, wenn Sie den Ausbau so fortsetzen, wie es die frühere Landesregierung getan hat. Selbst diese 150 Deputate können Sie schwerlich aus der verbleibenden demografischen Rendite finanzieren. Wie wollen Sie da mehr machen? Das geht doch gar nicht. Natürlich haben die Gemeinschaftsschulen den Anspruch, verbindliche Ganztagsschulen einzurichten, aber die anderen lassen Sie damit allein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, nach und nach erkennen das die Menschen in der Fläche des Landes. Die Eltern, die Gesamtelternkonferenzen, die Lehrkräfte, die Schulleitungen, die Lehrerverbände durchschauen mittlerweile in zunehmendem Maß die Details und die Offenbarungseidliste Ihrer Bildungspolitik. Das ist natürlich letztlich auch die Bildungspolitik der gesamten Landesregierung und nicht nur Ihrer Person.

(Zurufe)

Jetzt darf ich noch eines zu den Realschulen sagen. Ja, Sie haben die Realschulen durch die Poolstunden gestärkt: zunächst einmal 200 Deputate. Das ist aber auch nur die halbe Wahrheit. Nicht einmal 100 Deputate kommen den Schulen für den Unterricht zugute, weil die anderen etwas mehr als 100 Deputate in die Umsetzung der Kompetenzanalyse fließen. Also ein Tropfen auf den heißen Stein – wobei alle Realschulen sagen: Die Heterogenität hat in den Eingangsklassen maßgeblich zugenommen, gerade durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung. Dazu sagen Sie nichts.

Im Übrigen gehört auch zur Wahrheit, dass durch die Senkung des Klassenteilers in den letzten Jahren fast 900 Unterrichtsdeputate nur den Realschulen zugutegekommen sind. Deswegen wäre es auch heute in der Tat außerordentlich schwierig, wenn diese Deputate den Schulen nicht zur Verfügung stehen würden.

Jetzt kommt noch eines: Man muss sich einfach einmal die parlamentarischen Vorgänge genau anschauen. Auch die Antworten auf Große Anfragen der Fraktionen, Herr Ministerpräsident – das ist eine gute Tradition; das ist auch heute noch so –, werden letztlich vom Ministerrat verabschiedet. Das heißt, die Beantwortung der Großen Anfragen erfolgt durch das Kabinett.

Jetzt schauen wir uns doch einmal die Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag, den wir im letzten Jahr zum Thema Realschulen gestellt haben, genau an. Erstunterzeichner war damals unser Fraktionskollege Karl Traub. Ich darf sinngemäß aus der Landtagsdrucksache 15/1294 zitieren: Eine Erhöhung des Pools – es ging um die Frage: was will die Landesregierung zur Stärkung der Realschulen tun? – auf zwei Stunden je Zug analog zu den Werkrealschulen werde vorgeschlagen. Donnerwetter! Frau Ministerin, kein Ton zu dem, was Sie damals in der Stellungnahme der Landesregierung geschrieben haben. Sie lassen die Realschulen allein. Sie verfahren nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“. Sie versuchen die Realschulen zu ködern, indem Sie ihnen sagen: „Wenn ihr eine Gemeinschaftsschule werdet, bekommt ihr mehr Ressourcen.“ Auf der anderen Seite setzen Sie Ihre Schulverwaltung ein, um auf die Realschuldirektoren massiven Druck auszuüben. Das ist unredlich, unfair,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Die Menschen im Land werden das auch in zunehmendem Maß begreifen, weil auch die Unternehmen vor Ort diese Bildungseinrichtung als eine außerordentlich erfolgreiche Schulart wertschätzen. Da verheben Sie sich, Frau Ministerin.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Legendenbildung hier ist unsäglich. Sie klammern die Realitäten ständig aus, beispielsweise die Realitäten im ländlichen Raum. Ihre Bildungspolitik der vergangenen Jahre, Ihr Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem hat verursacht, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum ständig zurückgeht. Der Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Haupt- und Werkrealschulen wird dazu führen, dass die Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum in den kommenden Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Diese Abstimmung mit den Füßen hat schon vor Jahren und nicht erst unter unserer Landesregierung begonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dass Sie an Ihrer Bildungspolitik weiterhin festhalten und das dreigliedrige Schulsystem hochhalten – –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir haben in der Bürgerschaft, mit den Handwerksbetrieben, mit den kommunalen Landesverbänden breiten Konsens, dass der Weg hin zu einem Zweisäulenmodell aus einem integrativen Schulsystem und dem Gymnasium der richtige ist. Ihre Bildungspolitik passt zu einem Schwarz-Weiß-Fernseher, aber für einen HD-Fernseher ist das völlig untauglich. Daher war es richtig, dass Sie abgewählt wurden und eine neue Bildungspolitik im Land Einzug gehalten hat.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ende mit dem Schwarz-Weiß-Denken!)

*(Sandra Boser)*

Diese Bildungspolitik führt endlich dazu, dass alle Schülerinnen und Schüler im Land die gleichen Chancen erhalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Georg Nelius SPD: Genau! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Kollegen Dr. Fulst-Blei das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Wissen Sie, Herr Wacker, das Problem ist,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zweiter Teil der Bewerbungsrede!)

dass Sie sich die ganze Zeit vor dem Vollzug dessen, was finanzpolitisch auch im Kultusetat notwendig gewesen wäre, gedrückt haben.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es ist im Grunde wirklich ein Hohn, dass Sie sich hier hinstellen. Wo sind denn Ihre Anträge? Wo sind denn ernst zu nehmende Anträge, in denen Sie sagen: „Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen, um den Kultusetat finanziell auf solide Füße zu stellen“? Bei Ihnen geht es doch die ganze Zeit nur um eines, ob das nun Kohl, Merkel, Mappus oder Hauk ist: Machterhalt statt Schuldenabbau. Wir müssen jetzt die Suppe auslöffeln, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Georg Wacker CDU: Schlechte Bewerbungsrede, Herr Kollege! – Abg. Volker Schebesta CDU: Zur Sache! Sie sollten etwas zur Sache sagen!)

Ersparen Sie mir Ihren Neid. Ich habe mir vorgenommen, Ihnen zwei, drei Dinge sachlich mitzuteilen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber schön! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Da müssen Sie sich aber noch Mühe geben!)

– Zu Ihnen komme ich zum Schluss, Herr Kern.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das Beste zum Schluss! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Stichwort „Berufliche Schulen“: Wir haben in diesem Jahr alle Neubewerber, alle Referendare übernommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Georg Wacker CDU: Zwischenfrage!)

– Keine Zwischenfragen. – Im Regierungspräsidium Tübingen ist der Unterrichtsausfall nach Aussage der Leiterin der Abteilung 7 von 4,6 % auf 2,5 % gesunken.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich sage Frau Schmid gern zu: Es wird keine Benachteiligung der beruflichen Schulen zugunsten der Gemeinschaftsschule geben.

(Zuruf: Die gibt es doch schon!)

Eine Sache noch, Herr Kollege Kern – mir läuft gerade die Zeit davon; es wäre noch viel zu sagen –: „Einheitsschule“, „platt machen“, „roter Dirigismus“,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

„Schwarz-Weiß-Denken“ – das riefen Sie gerade Frau Boser zu. Ersparen Sie mir das wenigstens an anderer Stelle, wenn Sie hier „herumsülzen“ und sagen: „Ach, ich bin jetzt betroffen.“ Mein Angebot steht: Ich habe Ihnen gesagt: Ich rede auch nicht mehr von Selektion aufgrund der verbindlichen Grundschulempfehlung. Aber bitte kommen Sie von dieser Rhetorik herunter, ersparen Sie sie uns. Diese Rhetorik ist der Würde des Hauses nicht zuträglich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Georg Wacker CDU: Keine Aussage! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Vizepräsidentin, halten Sie durch! – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Fulst-Blei, Sie erinnern mich, wenn Sie so emotional werden, an einen ÖTV-Funktionär am 1. Mai. Wenn ich es nicht besser wüsste, würde ich Sie eher dort einsortieren.

(Zurufe von der SPD und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Lebhafte Unruhe bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Frau Ministerin, es ist unheimlich schwer, auf das, was Sie gesagt haben, auf Ihren Bericht zu antworten. Denn was soll man im Grunde auf eine Schallplatte antworten, auf der immer wieder ...

(Anhaltende Unruhe bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte noch einmal um Ruhe.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: ... – vielen Dank, Frau Präsidentin –

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

das Gleiche gesagt wird:

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja, eben!)

„Wir glauben an die Gemeinschaftsschule, weil sie gut ist, und die Gemeinschaftsschule ist gut, weil wir an sie glauben.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Georg Wacker CDU: Es gibt Variationen!)

Das ist die gesamte inhaltliche Begründung für die Gemeinschaftsschule. Ich habe Ihnen bereits gestern nachweisen können, dass Sie zur Bewältigung des demografischen Problems, der Herausforderung, vor der wir natürlich stehen, dieses pädagogische Konzept nicht brauchen. Das können Sie mit Verbundschulen lösen. Da gibt es gute Antworten. Sie zerschlagen – dabei bleibt es, auch wenn Sie es nicht gern hören – funktionierende Schulen und das Allerbeste bei den Realschulen. Das ist wirklich das Allerbeste.

Haben Sie die Realschulen eigentlich einmal gefragt, ob sie sich in dieser zweiten Säule auflösen wollen? Haben Sie sie einmal gefragt?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Brauchen sie auch nicht! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Der Kollege Sckerl hat gegenüber der Presse gesagt: „Die Realschulen sind die geborenen Gemeinschaftsschulen, aber sie wissen es noch nicht."

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Trittsteine" hat es geheißen!)

Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: „Die Realschulen sind die geborenen Gemeinschaftsschulen, aber sie wissen es noch nicht." Ein Kennzeichen linker Politik ist, dass Linke immer wissen, was besser für andere ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Klaus Käppeler SPD: Diese Schallplatte hat einen Riss!)

Dann sprechen Sie auch immer vom Zweisäulenmodell. Ja, welches meinen Sie denn? Wenn Sie das sächsische Zweisäulenmodell meinen, können wir sofort in Gespräche eintreten.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aber Sie meinen ein ganz besonderes: Ihr Zweisäulenmodell.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Lehmann?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Nein. Vorhin wurden auch keine Zwischenfragen zugelassen. Das macht keinen Sinn.

Zu den Anträgen: Sie behaupten, die Opposition habe keine Anträge gestellt. Das stimmt nicht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Heute Morgen erst einen! – Unruhe)

– Frau Präsidentin, ich finde das nicht fair. Sie müssen auch einmal sagen, dass es zu unruhig ist.

(Beifall des Abg. Volker Schebesta CDU – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das habe ich gerade gesagt, Herr Kollege.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: So hören die zu. – Wir haben einen Antrag zum Stellenbedarfsprogramm für die Schulen gestellt. Weder Frau Boser noch Herr Dr. Fulst-Blei, noch die Ministerin sind darauf eingegangen. Wie stellen Sie sich denn zu diesem Antrag?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist doch völlig klar!)

Gegen diesen Antrag kann es gar keine vernünftigen Einwände geben.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie müssen doch wissen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer Sie für Ihre Reformen in den nächsten Jahren brauchen. Sie lehnen unser Anliegen nur aus einem einzigen Grund ab: Es kommt halt von der „falschen" Fraktion. Eine inhaltliche Begründung für die Ablehnung haben Sie nicht. Auch die Grünen haben es auf ihrem Landesparteitag beschlossen. Aber Sie müssen dann Ihrer Basis selbst erklären, warum Sie unseren Antrag ablehnen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Machen wir! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Dazu brauchen wir Sie nicht!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Wir kommen deshalb zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2604. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und schlage vor, die Abstimmungen über die Ziffern 1 und 2 – Kapitel 0401 – Ministerium – und Kapitel 0402 – Allgemeine Bewilligungen – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 0401 und Kapitel 0402

Wer den beiden Kapiteln 0401 und 0402 gemäß der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0401 und 0402 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen über die Ziffern 3 und 4 – Kapitel 0403 – Obere Schulaufsichtsbehörden – und Kapitel 0404 – Staatliche Schulämter – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 0403 und Kapitel 0404

Wer den beiden Kapiteln 0403 und 0404 gemäß der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0403 und 0404 mehrheitlich zugestimmt.

*(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)*

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 5 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0405

Grund-, Haupt- und Werkrealschulen

Hierzu liegen zwei Entschließungsanträge vor. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2704-1. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist aber wenig! – Gegenruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Hohes Niveau!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2704-4. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Aber knapp! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Da entscheidet halt Quantität!)

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0405. Wer stimmt Kapitel 0405 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0405 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen über die Ziffern 6 und 7 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 0408 – Sonderschulen, Staatliche Sonderschulen und Staatliche Heimsonderschulen – und Kapitel 0410 – Realschulen – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 0408 und Kapitel 0410

Wer den beiden Kapiteln 0408 und 0410 gemäß der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0408 und 0410 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 8 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0416

Gymnasien und Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Dazu liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2704-2, vor. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0416. Wer stimmt Kapitel 0416 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0416 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 9 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0418

Gemeinschaftsschulen

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2704-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2704-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0418. Wer stimmt Kapitel 0418 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0418 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 10 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Dazu liegt Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2704-2, vor. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 2 dieses Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0420. Wer stimmt Kapitel 0420 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Kapitel 0420 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 11 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 0428

Staatliche Berufliche Schulen Villingen-Schwenningen und Furtwangen

Wer stimmt Kapitel 0428 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0428 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Zurufe: Einstimmig!)

– Einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 12 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer stimmt Kapitel 0435 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0435 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 13 bis 16 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – bis Kapitel 0440 – Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten – zusammen vorzunehmen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

*(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)*

Kapitel 0436 bis Kapitel 0440

Wer diesen vier Kapiteln gemäß den Ziffern 13 bis 16 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0436 bis 0440 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 17 bis 24 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 0441 – Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer – bis Kapitel 0465 – Jugend und kulturelle Angelegenheiten – zusammen vorzunehmen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 0441 bis Kapitel 0465

Wer diesen acht Kapiteln gemäß der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0441 bis 0465 ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Abschließend haben wir noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2604, abzustimmen. Hier schlägt Ihnen der Finanz- und Wirtschaftsausschuss Kenntnisnahme vor. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – angelangt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie noch auf Folgendes hinweisen: Gleich zu Beginn der Mittagspause der Plenarsitzung darf ich Sie ganz herzlich einladen, sich beim Weihnachtsbaum in der Lobby einzufinden. Herr Kollege Blenke sowie Vertreterinnen und Vertreter aus den Gemeinden Höfen, Bad Wildbad und Enzklösterle werden uns den Weihnachtsbaum übergeben. Bereits zum zwölften Mal wird der Weihnachtsbaum aus dem Staatswald dieser Gemeinden gespendet. Zu diesem Auftakt für die Weihnachtszeit lade ich Sie ganz herzlich ein.

Wir setzen die Sitzung um 14:00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:03 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:01 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

**Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2614**

**Berichterstatterin für die Bereiche Ministerium, Allgemeines sowie Hochschulen und Forschung: Abg. Katrin Schütz**

**Berichterstatter für die Bereiche Bibliothekswesen und Kunst: Abg. Peter Hofelich**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung dieses Einzelplans eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Berichterstatter wünschen nicht das Wort.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk das Wort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Regierung sollte schon auch da sein, zumindest die Ministerin! – Gegenruf von der SPD: Sie ist da!)

– Die Regierung ist da, und auch die Ministerin ist da.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Soeben eingetroffen!)

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Dietrich Birk** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Forschung und Wissenschaft sind wichtig für die Zukunft unseres Landes Baden-Württemberg. Ohne Forschung und Wissenschaft gibt es keine Innovation, keine Zukunftstechnologie und auch keine Nachhaltigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Bravo!)

Deshalb möchte ich mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, gern aus dem Vorwort der Frau Ministerin zum Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Staatshaushaltsplan 2013/2014 zitieren:

> *Wer eine nachhaltige Gesellschaft will, darf keine Schuldenberge anhäufen, muss künftigen Generationen finanziellen Handlungsspielraum lassen.*

Wie wahr, wie wahr, sehr geehrte Frau Ministerin. Wenn man sich allerdings den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf des Landeshaushalts anschaut, dann muss man ganz klar feststellen, dass Sie dieses Ziel bei Weitem verfehlen. Sie machen 3,3 Milliarden € neue Schulden, Sie setzen 3,3 Milliarden € an Steuermehreinnahmen für zusätzliche Ausgaben ein; hinzu kommen Kreditaufnahmen in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 von jeweils 560 Millionen € auf der Basis alter Kreditermächtigungen. Das macht einen Betrag von über 7,7 Milliarden € aus, und dafür wird nicht einmal ein erheblicher Teil für Wissenschaft und Forschung eingesetzt. Deshalb haben Sie, die Landesregierung, das Ziel der Nachhaltigkeit nicht erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Schwacher Beifall!)

Im letzten Jahr haben Sie auch noch die Studiengebühren abgeschafft, die immerhin 170 Millionen € zur Verbesserung der Lehre beigetragen haben. Die daraus resultierenden Einnahmeausfälle müssen jetzt aus Haushaltsmitteln aufgefangen werden. Wir sind gespannt, ob Sie im Jahr 2020, wenn spätestens die Schuldenbremse gilt, von dieser Entscheidung eingeholt werden. Sie ist aus unserer Sicht eine Fehlentscheidung, erstens weil die Studiengebühren für die Verbesserung der Lehre eingesetzt wurden und zweitens auch deshalb, Frau Ministerin, weil die Studierenden bei einer Finanzierung über diese Mittel einen ganz anderen Anspruch gegenüber ihren

*(Dr. Dietrich Birk)*

Hochschulen auf eine gute Lehre haben. Jetzt wird das über den Haushalt, über Qualitätssicherungsmittel finanziert. Wir finden das von der Systematik her falsch.

Wir möchten Sie daran erinnern, dass Sie in Ihrer Oppositionszeit nachlaufenden Studiengebühren gegenüber durchaus aufgeschlossen waren. Bitte bringen Sie in den nächsten Jahren einen entsprechenden Entwurf ein. Sie haben uns und die FDP/DVP an Ihrer Seite, wenn es um eine adäquate Beteiligung, wenn es um eine sozial faire Beteiligung der Studierenden an ihren eigenen Ausbildungskosten geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr gut!)

Indessen erhöht die Landesregierung durch die Hintertür, möglichst schmal und unbemerkt, den Verwaltungskostenbeitrag der Studierenden von 40 auf 60 € – immerhin eine Erhöhung um 50 %. Das ist ein Beitrag, der nicht der Lehre zugutekommt, sondern der ausschließlich der Verwaltung der Studierenden zugutekommt. Frau Ministerin, auch hierzu möchten wir Sie auffordern, uns einmal ganz dezidiert zu erklären, wieso diese Erhöhung jetzt vorgenommen wird. Hierfür setzen Sie immerhin einen Betrag von 12 Millionen € zusätzlich im Haushalt an.

Unsere Vermutung ist: Sie kommen mit Ihrem eigenen Haushalt nicht klar, und deshalb werden Sie vom Finanzminister ganz massiv dazu gezwungen, eigene Beiträge zu erbringen. Sie machen sich dies nun ganz einfach, indem Sie ganz schnell einmal den Verwaltungskostenbeitrag erhöhen. Das ist keine besonders kreative Lösung, sondern das ist eine Lösung, die die Studierenden bei uns in Baden-Württemberg belastet. Deshalb sind wir dagegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was nun?)

Ein nächster Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren: Im Zuge des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ waren wir uns immer einig, dass wir für die Studierenden in Baden-Württemberg natürlich auch Chancen zum Einstieg in den Master schaffen müssen. Denn diejenigen Bundesländer, die eine durchgehende Studienstruktur haben, vom Bachelor in den Master bis hin zur Promotion, sind auch am attraktivsten. Das gilt auch nicht nur für Deutschland, sondern das gilt europaweit. Deshalb haben Sie eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Bedarf an Masterstudienplätzen, an Masterstudiengängen in den nächsten Jahren durch alle Hochschularten hindurch ermitteln soll.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Damit sind Sie ja wohl einverstanden!)

Wir wurden im Ausschuss des Öfteren damit vertröstet, dass bis zum Ende des Jahres – zunächst hieß es, bis zum Herbst dieses Jahres – die Ergebnisse feststehen sollten.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Bis zum Jahresende!)

Bis heute hatten wir keine Gelegenheit, im Fachausschuss darüber zu sprechen. Bis heute liegt uns kein Konzept der Landesregierung vor, aus dem hervorgeht, wo, in welchen Hochschulen, in welchen Studiengängen Sie ebendiese Masterstudienplätze ausbauen möchten. Im September haben Sie noch von 6 000 Studienplätzen gesprochen. Zwischenzeitlich sind es nun laut Kabinettsbeschluss vom vergangenen Dienstag 6 400 Studienplätze. Was brauchen Sie denn in den nächsten Jahren nun? Da sind wir der Meinung, Frau Ministerin: Bevor Sie hier haushaltswirksame Beschlüsse auf den Weg bringen, bringen Sie doch zunächst einmal ein Konzept für den Master in Baden-Württemberg in den Landtag von Baden-Württemberg ein,

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Gibt es doch!)

damit die Hochschulen wissen, damit die Politik weiß und damit auch die Studierenden wissen, wie die Rahmenbedingungen zur Schaffung dieser Masterstudienplätze und Masterstudiengänge in den nächsten Jahren aussehen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das gibt es!)

Das haben Sie bislang nicht getan. Ein solches Konzept bleiben Sie bis heute schuldig. Wir fordern Sie hierzu auf. Wir haben dazu einen Entschließungsantrag vorgelegt und bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Damit schaffen wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit, und das ist das Mindeste, was unsere Hochschulen in Baden-Württemberg erwarten können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das ist doch schon im Ausschuss ausführlich erklärt und zugesagt worden!)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch Folgendes anfügen: Sie berufen sich auf den „Hochschulpakt 2020“ und wollen, dass auch der Bund zunehmend Masterstudienplätze mitfinanziert. Auch dafür sind wir zu gewinnen. Sie wären aber glaubwürdiger, wenn Sie dafür auch eigenständige Mittel in die Hand nehmen würden. Stattdessen haben Sie in diesem Haushaltsentwurf nun aber eine gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ und dem Bereich Masterstudienplätze vorgesehen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das steht nicht drin!)

Da sind Sie auf halber Strecke stehen geblieben.

Frau Ministerin, Sie könnten dann glaubwürdig für sich in Anspruch nehmen, etwas für den Master zu tun, wenn Sie zusätzliche Mittel des Landes in die Hand nehmen würden, wenn Sie hier vorangehen würden, wenn Sie einen Masterplan für die Einrichtung von Masterstudienplätzen auf den Weg bringen und erst danach in Verhandlungen mit dem Bund eintreten würden. Aber Sie haben einen anderen Weg gewählt. Ich bin mir sicher, dass Sie mit dem Bund in dieser Angelegenheit nicht sehr erfolgreich verhandeln werden und dass Ihr Konzept aus diesem Grund von vornherein falsch angelegt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Frau Ministerin, einen weiteren Punkt muss ich Ihnen in diesem Zusammenhang auch vorhalten: Die jungen Menschen in

Baden-Württemberg, die in diesen Jahren die Hochschulreife erwerben, wollen möglichst schnell an eine Hochschule, um dort zu studieren. Deshalb hat die Vorgängerregierung das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ auf den Weg gebracht. Wir haben in einem ganz eng abgestimmten Kommunikationsprozess mit der Wirtschaft und mit vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen festgelegt, in welchen Studiengängen wir den Bachelor in welcher Form mit Studienplätzen ausstatten wollen.

Die Landesregierung hat hierzu auch noch nichts zu der Frage vorgelegt, wie sie dies im Bereich des Masters machen möchte. Sie hat vor allem die Hochschulen bislang in dem Glauben gelassen, dass das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ ganz klar für den Bachelor priorisiert ist. Jetzt wird auf einmal versucht, auch den Master mit Tranchen zu belegen. Das ist nicht die Verlässlichkeit und die Planungssicherheit, die wir von einer Landesregierung im Hinblick auf den in den nächsten Jahren weiterhin hohen Bedarf an Bachelorstudienplätzen erwarten.

Wenn Sie den Hochschulen auch für die kommenden Jahre garantieren, dass sie ihre Bachelorausbauprogramme so halten können, dann hätten Sie für uns hier eine Verhandlungsgrundlage eingebracht. Jetzt haben Sie aber einen Haushaltsentwurf vorgelegt, in dem die Bachelor- und Masterprogramme gegenseitig deckungsfähig sind.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE und Abg. Martin Rivoir SPD: Stimmt nicht!)

Dies greift aus unserer Sicht zu kurz. Damit lassen Sie vor allem die Hochschulen im Regen stehen, die sich auf den Bachelor konzentrieren, insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und auch die Duale Hochschule.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Deshalb können wir diesen Weg nicht mitgehen und werden den hierzu eingebrachten Antrag der Regierungsfraktionen heute Nachmittag ablehnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema ist die Forschungsförderung. Forschung, Entwicklung sowie grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung sind die Zukunftsgebiete der nächsten Jahre in Baden-Württemberg. Sie haben die baden-württembergische Wirtschaft stark gemacht. Wir tun alles und müssen alles dafür tun, um auch in der Zukunft eine gute Forschung in Baden-Württemberg vorzuhalten.

Wenn wir dies nicht tun, dann laufen wir Gefahr, dass über kurz oder lang die Forschungskapazitäten, die im Bereich der Wirtschaft aufgebaut wurden, in andere Länder abwandern, und zwar nicht nur in andere Bundesländer. Auch in einem europäischen, in einem globalen Wettbewerb um die besten Forschungsstandorte stehen wir in der Verantwortung für unsere Unternehmen, in der Verantwortung für unsere jungen Wissenschaftler und auch in der Verantwortung für die vielen wirtschaftsnahen Forschungsinstitute, deren Sitz sich in Baden-Württemberg befindet.

Wenn wir im Haushaltsentwurf lesen müssen, dass die Forschungsförderung an den Universitäten in den Jahren 2013 und 2014 um jeweils 5 Millionen € gekürzt wird – von 20 Millionen € auf 15 Millionen € –,

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das stimmt doch auch nicht!)

dann können wir zwar noch akzeptieren, dass ein Teil die Konkretisierung der globalen Minderausgabe betrifft, Frau Ministerin, aber die Beträge sind letztendlich zu hoch. Wir glauben, dass Sie deutlich stärker kürzen, als es die globale Minderausgabe hier vorgibt.

Deshalb raten wir und bitten wir Sie eindringlich: Bringen Sie endlich ein Forschungskonzept für den Standort Baden-Württemberg auf den Weg. Lassen Sie uns an die erfolgreichen Achtzigerjahre und Neunzigerjahre anknüpfen, in denen wir mit Zukunftsoffensiven, mit Privatisierungsmitteln mehr Forschung ermöglicht haben. Fahren Sie die Forschung nicht weiter zurück, so wie Sie das derzeit tun;

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

das ist nicht im Sinne des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Schonen Sie Ihre Stimme! Sie müssen nicht so schreien!)

Dann ein weiterer Punkt, bei dem Rot-Grün anscheinend auch fremdelt: Während Sie bei den Privatschulen mit dem Bruttokostenmodell für eine bessere Finanzierung, für eine bessere Verlässlichkeit sorgen wollen, lassen Sie die nicht staatlichen Hochschulen – sowohl die kirchlichen als auch die privaten – im Stich, wohl wissend, dass gerade diese Hochschulen aufgrund der Abschaffung der staatlichen Studiengebühren mehr denn je auch auf Studiengebühren von ihren Studierenden angewiesen sind.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wenn jetzt aber noch der Anteil der öffentlichen Förderung weiter zurückgefahren wird, dann ist das eine noch stärkere Benachteiligung der nicht staatlichen Hochschulen, insbesondere auch der kirchlichen Hochschulen.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Deshalb: Die fünfprozentige Kürzung, die Sie, Frau Ministerin, hier vorgenommen haben, ist völlig fehl am Platz. Denn wir brauchen starke private und starke öffentliche Hochschulen. Wir brauchen das enge Miteinander, die enge Verbundenheit. Vor allem brauchen wir private Hochschulen, die sich auch im Wettbewerb halten können. Deshalb ist es unsere Pflicht und Verantwortung, auch seitens des Landes Baden-Württemberg unseren Beitrag für eine gute finanzielle Ausstattung der privaten Hochschulen zu leisten. Sie kürzen diese Mittel; das ist der falsche Weg.

Wir fordern Sie hier an dieser Stelle nochmals auf: Nehmen Sie diese Kürzung zurück. Tragen Sie als Wissenschaftsministerin Verantwortung, und zwar nicht nur für die staatlichen, sondern auch für die privaten Hochschulen.

Wir, die CDU-Fraktion, bekennen uns zu dieser Verantwortung. Wir sind an Ihrer Seite, wenn es darum geht, die privaten Hochschulen stärker zu unterstützen und auch entsprechend zu fördern. Ich gehe davon aus, dass die FDP/DVP mit an Bord ist, wenn wir hier aktiv werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Finanzierungsvorschlag? – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wo sparen Sie dann? – Zuruf: „Wünsch dir was“!)

Dann, Frau Ministerin, zur Zweckbindung der Mittel für den Hochschulbau. Bis 2013 haben wir diese Mittel noch; wie es ab 2014 weitergeht, ist derzeit noch offen. Es sind immerhin 100 Millionen €, die wir vom Bund für den Bereich der Hochschulen zur Verfügung gestellt bekommen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

40 % von diesen 100 Millionen € entfallen auf den Einzelplan 14. Auch hierzu möchten wir von Ihnen eine klare Antwort auf die Frage: Wie weit sind die Verhandlungen mit dem Finanzministerium im Hinblick auf die Zweckbindung dieser Mittel? Weil wir im Bereich des Hochschulbaus, im Bereich der Sanierung, im Bereich der Forschungsbauten, im Bereich der wissenschaftlichen Bauten einen Nachholbedarf haben, ist es mehr denn je notwendig – da unterstützen wir Sie ausdrücklich –, dass diese Mittel auch künftig für den Hochschulbau zur Verfügung gestellt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Einzelplan 14 hat Licht und Schatten. Licht ist überall dort, Frau Ministerin,

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Wo Rot-Grün ist! – Zuruf: Zur Sonne, zur Freiheit!)

wo Sie in der Kontinuität der Vorgängerregierung Programme fortsetzen,

(Beifall bei der CDU)

wenn Sie etwa einen Schwerpunkt darauf legen, bei den Studienplätzen und den Studiengängen geburtenstarke Jahrgänge im Zuge des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ zu berücksichtigen. Überall dort, wo Sie versuchen, Einsparungen vorzunehmen, machen Sie es im Einzelplan 14 schlecht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch die Frage der Personalpolitik der Landesregierung im Bereich der Gewinnung von jungen Nachwuchswissenschaftlern kritisch ansprechen. Wir sind mehr denn je darauf angewiesen, nicht nur im Landtag, sondern auch in der Wissenschaft fähige junge Leute zu bekommen.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

– Herr Kollege Walter, wenn Sie einen Zwischenruf machen, setzen Sie sich bitte weiter vorn hin.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ein Hinterbänkler! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: War das eine Einladung?)

Wir sind im Bereich von Wissenschaft und Forschung mehr denn je auf junge Leute angewiesen. Jetzt will die Landesregierung als Sparmaßnahme die Eingangsbesoldung absenken. Frau Ministerin, das darf nicht Schule machen. Wir stehen in einem Wettbewerb um die besten Köpfe – nicht nur bundesweit, sondern europaweit und weltweit.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das machen, was die Landesregierung hier vorhat, dann ist das der Ausverkauf der Forschung in Baden-Württemberg, und dem können wir nicht zustimmen. Deshalb hätten wir von Ihnen erwartet, dass Sie hier ein klares Signal setzen. Auch dieses sind Sie schuldig geblieben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat denn die Eingangsbesoldung als Erstes gekürzt?)

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Einzelplan 14 abzulehnen, Herr Kollege Schmiedel,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch gegen die Wissenschaft! Aha!)

weil eben die Wissenschaftspolitik in vielen Bereichen weit unterhalb der Möglichkeiten ist, die das Land Baden-Württemberg hat. Deshalb: Steuern Sie nach, verbessern Sie den Haushaltsplan, sorgen Sie vor allem dafür, dass unsere Hochschulen mehr Planungssicherheit bekommen. Dann haben Sie uns an Ihrer Seite.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr.

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Birk, Sie hätten gar nicht so laut schreien müssen. Sie hätten Ihre Stimme ein bisschen schonen können. Geschrien wurde heute Morgen genug.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt können wir zum Einzelplan 14 einmal über die Sachpolitik sprechen. Ich denke, da haben wir alle das gleiche Ziel: Wir wollen eine starke und gute Wissenschafts- und Forschungspolitik in Baden-Württemberg. Wir sprechen jetzt einmal darüber, wie man das erreichen kann und was die richtigen Schritte dafür sind.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir haben mittlerweile einen Antrag vorgelegt, und Sie wissen ganz genau, dass es im Finanzausschuss schon den Hinweis darauf gab, dass es darüber noch Diskussionen geben wird; das können Sie im Protokoll nachlesen. In unserem Antrag steht jetzt dezidiert drin, wie der Masterausbau in den nächsten Jahren aussehen wird. Das von Ihnen eingeforderte Konzept gibt es; es ist finanziell im Haushalt abgedeckt. Sie können gern dem zustimmen, was wir heute vorgelegt haben. Sie sind dazu herzlich eingeladen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

*(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)*

Wie von der Ministerin versprochen, wird dieses Ausbauprogramm für den Master kommen. Es beinhaltet in der ersten Tranche knapp 3 900 zusätzliche Masterplätze. Sie sind dringend notwendig, denn – ich denke, da sind wir alle gleicher Meinung – es ist für unsere Wissensgesellschaft wichtig, diese Plätze in Baden-Württemberg zu schaffen. Aber der Unterschied zu Ihrem Antrag ist, dass Sie nur ein Konzept fordern, während wir ein Konzept vorlegen, das auch finanziert ist. Auch darin unterscheidet sich unser Antrag grundsätzlich von Ihrem Antrag. Dieser Antrag ist nur ein Beispiel. Die grundsätzliche Richtung spiegelt sich auch in ganz vielen anderen Dingen wider. Deswegen ein paar grundsätzliche Worte vorneweg.

Ein guter Haushalt muss drei Kriterien gerecht werden. Er muss erstens die jeweiligen Aufgaben in einem ausreichenden und sachgerechten Maß finanzieren. Er muss zweitens dem Gebot finanzieller Nachhaltigkeit entsprechen, und er muss drittens Haushaltsklarheit und vor allem -wahrheit bieten. Ich denke, in diesen Kriterien sind wir uns grundsätzlich einig. Sie werden sicherlich nichts dagegen sagen. Der Einzelplan 14 wird diesen drei Kriterien nach meiner Auffassung völlig gerecht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das gilt seit 300 Jahren!)

– Es ist schön, dass Sie dem zustimmen, Herr Hauk.

Schauen wir einmal, wie es bisher war. Obwohl das Land mit der rapide gestiegenen Studierendenzahl einer nie gekannten Herausforderung gegenübersteht – und das, obwohl alle Ressorts unter der Maßgabe harter Einsparungen agieren mussten –, kann ich vorneweg klar sagen: Ich freue mich sehr, dass in diesem Haushaltsplan der Einzelplan 14 als sehr gut dargestellt werden kann, weil die Finanzierung sauber ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir werden uns das jetzt im Einzelnen anschauen.

Dieser Entwurf ist das Ergebnis harter Verhandlungen. Trotz dieser harten Verhandlungen stehen wir mit Wissenschaft und Hochschulen besser als je zuvor da. Ganz deutlich sichtbar wird hier, dass sich die grün-rote Regierung einig darin ist, wie Wissenschaft und Bildung Priorität einzuräumen ist. Wir wissen, wie wichtig diese Punkte für die Zukunft des Landes sind. Ich betone diese Einigkeit, weil ich doch feststellen muss, dass die Opposition hier ganz anders aufgestellt ist und sich in dieser Frage nicht grün ist. In der Generaldebatte am Mittwoch haben wir gehört, wie der Kollege Hauk mit großer Vehemenz dazu aufgefordert hat, zu sparen, zu sparen, zu sparen – aber eigene Vorschläge: Fehlanzeige.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ist es!)

Gleichzeitig versuchte Kollege Hauk am Mittwoch – das war nicht das erste Mal –, den vorgelegten Haushaltsentwurf schlechtzureden, indem er auf vermeintliche Fehleinsparungen im Forschungsbereich hingewiesen hat. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Reden Sie einmal mit dem Kollegen Birk; er hätte Ihnen gern erklärt, wie die globalen Minderausgaben funktionieren.

Gleichzeitig kommen die abstrusesten Forderungen – Kollege Birk hat es heute wieder gesagt –, wenn es darum geht, mehr Geld auszugeben. Da wird dann im Wissenschaftsausschuss – wir haben schon ein paarmal darüber diskutiert – fast 1 Milliarde € an zusätzlichen Mitteln für die europäische Forschungsförderung beantragt, ohne eine Idee einzubringen, wie man das gegenfinanzieren soll.

Jetzt sprachen Sie als Beispiel auch noch etwas an, mit dem wir etwas Gutes für den Haushalt tun. Wir verlangen nämlich einen korrekt berechneten Verwaltungskostenbeitrag. Das, was wir da tun, ist nichts Unmögliches, sondern es ist berechnet worden, dass das angemessen ist. Eine solche Erhöhung ist völlig in Ordnung. Jetzt stellen Sie das aber auch noch infrage. Im gleichen Atemzug beschweren Sie sich, dass nicht genug für den Haushalt gemacht werde. Das halte ich für nicht sehr konsequent. Ich kann nicht nachvollziehen, wie die CDU da von einer soliden Sparpolitik sprechen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mich beschleicht da ein übler Verdacht, nämlich der Verdacht, dass es nicht erst im letzten Jahr zum Hobby der Opposition geworden ist, mit der Gießkanne über das Land zu ziehen. Wenn ich mir anschaue, wie viele nicht ausfinanzierte Projekte im Haushalt vorzufinden sind und wie viele Stellen und Töpfe errichtet wurden, und wenn ich dann einen Blick auf die mittelfristige Finanzplanung der alten Regierung werfe, die etwa die tatsächliche Entwicklung der Studierendenzahlen nur unzureichend wiedergibt, dann bleibt mir nur ein Schluss: Solide gehaushaltet wurde da noch nie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kollege Hauk hat vorgestern von der finanziellen Nachhaltigkeit gesprochen. Dazu ist Folgendes anzumerken: Was haben wir im alten Einzelplan 14 vorgefunden? Haufenweise Planungen, die gerade einmal vom Frühstück bis zum Mittagstee gereicht haben, aber keinen Gedanken an morgen, geschweige denn an übermorgen verschwendeten. Wenn das für Sie Nachhaltigkeit ist, dann gute Nacht, Herr Hauk.

(Beifall bei den Grünen)

Aber dieses Erbe gehört zu dem Rohmaterial, aus dem jetzt ein guter Haushalt – sachgerecht, nachhaltig und transparent – geschnitzt wurde. Das war bei dieser Vorlage keine einfache Aufgabe, aber eine Aufgabe, die die Landesregierung mit Bravour gemeistert hat. Der jetzt vorliegende Haushalt hält genau diese Balance.

Lassen Sie mich an einem konkreten Beispiel zeigen, welchen Herausforderungen die Landesregierung im Einzelplan 14 begegnet ist und wie die Wissenschaftsministerin diese bewältigt hat. Denn es ist so: Die Planzahlen der vergangenen Jahre haben nicht die Wahrheit gesagt. Das Stichwort – ich habe es schon angedeutet – ist der wunderbare Begriff „globale Minderausgabe“. Nehmen wir exemplarisch Kapitel 1403 Titelgruppe 74: Forschungszusatzausstattung für die Universitäten. Herr Birk, Sie haben genau das angesprochen. Hier behauptet die Opposition, die Mittel seien gekürzt worden, und verläuft sich damit in dem Nebel, den sie während ihrer Regierungszeit selbst erzeugt hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr schöne Formulierung!)

Denn hier wurde nicht gestrichen. Das haben wir im Ausschuss schon zu erklären versucht, und mich wundert, dass es nicht angekommen ist. Hier hat das Ministerium endlich die notwendige Haushaltsklarheit durchgesetzt.

Deswegen ein Blick auf die Zahlen: Haushaltsansatz 2008 18,3 Millionen €, tatsächlich ausgezahlt 11,1 Millionen €; Haushaltsansatz 2009 21 Millionen €, tatsächlich ausgezahlt 15,5 Millionen €; Haushaltsansatz 2010 20 Millionen €, tatsächlich ausgezahlt 16 Millionen €. Die Differenz zwischen diesen Planzahlen und den tatsächlichen Ausgaben, die jedes Jahr eklatant war, das sind die globalen Minderausgaben, die Sie seit Jahren über die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in diesem Land hinwegkippten, wobei Sie immer so taten, als ob Sie die hohen Ansätze tatsächlich realisieren würden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aha!)

Die Ministerin hat die Herkulesaufgabe akzeptiert, diesen Stall auszumisten.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Stelle wurde wie an vielen anderen Stellen die globale Minderausgabe in großen Teilen – nicht im Ganzen – konkretisiert. Dem hatten Sie auch im Ausschuss zugestimmt und hatten gesagt: „Gute Sache."

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das habe ich auch vorhin gesagt!)

Deswegen finde ich es wichtig, dass man das einfach noch einmal erwähnt. Es war allen klar, was da passiert.

Deswegen haben wir 2013 und 2014 an dieser Stelle rund 15 Millionen € veranschlagt – das sind die echten Zahlen –, nicht weil wir die Forschungsmittel kürzen, sondern weil wir es für ein Gebot der Ehrlichkeit halten, keine Zahlen in den Haushalt zu schreiben, von denen wir heute schon wissen, dass sie morgen nicht einzuhalten sind.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Johannes Stober SPD)

Diese Planungssicherheit sind wir unseren Forschungseinrichtungen und Hochschulen schuldig.

Für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier heißt das: Wir haben für 2013 und 2014 einen Haushalt vorliegen, in dem erstmals echte Zahlen stehen, Zahlen, mit denen wir als Haushaltsgesetzgeber ernsthaft arbeiten können.

Ich habe es mehrfach betont: Wir legen die Priorität auf Wissenschaft und Hochschulen und auch auf den Kulturbereich, zu dem mein Kollege Manfred Kern gleich noch einige positive Dinge sagen wird.

Lassen Sie mich daher an ein paar Beispielen zur Wissenschaft aufzeigen, was die Schwerpunktsetzung bedeutet. Wir nehmen die Herausforderungen der weiterhin steigenden Studierendenzahlen und der steigenden Bildungsbeteiligung an. Das betrifft nicht nur, aber vor allem den Masterausbau. Deswegen haben wir heute einen Antrag hierzu vorgelegt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wieso nicht gleich im Haushalt?)

Aber auch darüber hinaus gilt: Das Programm „Hochschule 2012" wird auch über das namensgebende Jahr hinausgeführt. Nun ist der Bund am Zug. Lässt Bildungsministerin Schavan 2014 die Hochschulen im Regen stehen, oder schafft sie es, mehr als nur Ankündigungen für den Bundesanteil im „Hochschulpakt 2020" umzusetzen?

(Staatssekretär Jürgen Walter: Die ist dann doch gar nicht mehr im Amt!)

Das Land steht jedenfalls zur Finanzierung dieses Ausbauprogramms. So viel können wir jetzt schon zusagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Duale Hochschule ist ein weiteres gutes Beispiel für die fehlende schwarz-gelbe Planungssicherheit. Ein großer Teil der dortigen Studienanfängerplätze ist bisher nur über das Ausbauprogramm finanziert. Wir nehmen mehr als 10 Millionen € je Haushaltsjahr zusätzlich in die Hand, um Studienplätze endlich in die Grundlast zu überführen. Denn die Duale Hochschule ist die am schnellsten wachsende Hochschule in Baden-Württemberg. Sie ist ein Erfolgsmodell, das nicht auf tönernen Füßen stehen darf.

Ich sage es noch einmal: Wir legen die Priorität auf Hochschulen und Wissenschaft. Der exzellente Status Baden-Württembergs spiegelt sich in der Bedeutung wider, die den verschiedenen Forschungsmitteln von der Kofinanzierung der Exzellenzinitiative bis hin zu kleineren Programmen wie der Suche nach Alternativmethoden zu Tierversuchen im Haushalt zukommt. Bei uns bleibt Baden-Württemberg Spitzenland für Innovation, Wissenschaft und Forschung.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass trotz hoher Sparauflagen die Grundfinanzierung der Hochschulen und Universitäten in Baden-Württemberg gesichert bleibt. Bis 2014 läuft der Solidarpakt II. Für mich ist klar: Auch für die 2014 anstehende Weiterentwicklung des Solidarpakts müssen die Grundsätze gelten, dass eine aufgabengerechte und nachhaltige Haushaltsaufstellung mit Klarheit und vor allem mit Planungssicherheit zusammenkommen muss. So stellen wir sicher, dass sich unsere Studierenden und unsere Hochschulen auf uns verlassen können.

Jetzt noch ein Satz zu Ihren privaten Hochschulen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wieso „Ihre"?)

– Zu Ihren Aussagen zu den privaten Hochschulen. – Sie wissen doch ganz genau, dass es selbst bei den kirchlichen Hochschulen völlig unterschiedliche Regelungen gibt. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass das eigentlich einheitlich sein sollte, dass man über die Rolle der Hochschulen nachdenken muss? Sie können das doch nicht mit der Regelung für die privaten Schulen im Bildungssystem vergleichen, denn die haben dort eine Ersatzfunktion. Diese gibt es bei den Hochschulen nicht. Dieser Vergleich hinkt also hinten und vorn. Insofern bringt das in dieser Debatte überhaupt nichts.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie weichen aus!)

Ich fasse zusammen: Wissenschaft und Forschung, Kunst und Bildung kommt die Priorität zu, die diesen Zukunftsfeldern angemessen ist. Das wird im Entwurf des Haushalts 2013/2014 deutlich. Darum ist es ein guter Haushalt. Ich hoffe, dass Sie diesem auch zustimmen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rivoir das Wort.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Birk, Ihre Ausführungen kamen mir ein bisschen so vor, als ob Sie uns dazu auffordern, wesentlich mehr Geld auszugeben und gleichzeitig wesentlich mehr zu sparen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Prioritäten sind falsch!)

Wie das funktionieren soll, müssen Sie mir vielleicht einmal bei der viel zitierten Flasche oder einem Glas Wein erklären.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gern! Das können wir einmal machen!)

Das funktioniert nicht.

(Unruhe)

Wir haben in den letzten zweieinhalb Tagen hier in diesem Haus sehr deutlich über die Haushaltslage gesprochen. Wir alle wissen, wie es um die finanzielle Lage unseres Landes steht.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Wir Fachpolitiker dürfen alle durchaus zufrieden sein mit dem, was in diesem Einzelplan 14 an finanziellen Möglichkeiten für unsere Hochschulen und Universitäten abgebildet ist.

Es wird sehr klar, dass auch diese Regierung hier in die Zukunft investieren will und ganz deutlich sieht, wie wichtig Forschung und Lehre in unserem Bundesland Baden-Württemberg sind.

Natürlich ist ein großer Teil der Mittel in diesem Einzelplan durch den Solidarpakt festgeschrieben. Das ist richtig. Herr Kollege Schmidt-Eisenlohr hat schon darauf hingewiesen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Dr. Schmidt-Eisenlohr! So viel Zeit muss sein!)

Der Solidarpakt läuft Ende 2014 aus. Wir alle werden sicherlich dafür kämpfen, dass die Hochschulen in den nächsten Jahren wieder eine ähnliche Planungssicherheit bekommen.

Unterm Strich meine ich, dass wir durchaus zufrieden sein können mit dem, was hier nun vorliegt. Ich will ein paar Beispiele nennen.

Das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ ist schon hinreichend gewürdigt worden. Wir haben das auch zu unseren Oppositionszeiten immer wohlwollend begleitet. Das war eine richtige Initiative der damaligen Regierung. Wir haben immer gesagt: „Wir brauchen noch ein paar Studienplätze mehr.“ Unsere Prognose ist am Schluss eingetroffen: Mit den 22 500 Studienplätzen, die jetzt zur Verfügung stehen, lagen wir, denke ich, schon immer richtig.

Sie glauben ja nicht wirklich, dass wir nur Bachelorstudienplätze zur Verfügung stellen. Selbstverständlich werden wir – die Vorlage zur Abstimmung liegt auf den Tischen – hier weitermachen und mit der Schaffung von Masterstudienplätzen dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg in einem Durchgang studiert werden kann.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, sind die Studiengebühren. Auch unter den Rahmenbedingungen unseres Haushalts ist es einfach eine große Tat dieser Regierung gewesen, die Studiengebühren abzuschaffen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber eine falsche!)

Studiengebühren sind unsozial. Studiengebühren halten vom Studium ab.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das stimmt nicht! Das ist doch Quatsch! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Stereotyp!)

– Auch Ihre Aussagen sind stereotyp. – Ich sage es immer wieder gern: Offensichtlich tut es Ihnen noch immer weh – das merke ich an Ihren Reaktionen –, wenn ich sage, dass wir die Studiengebühren zu Recht abgeschafft haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es lässt sich statistisch das Gegenteil von dem, was Sie sagen, zeigen! Umverteilung von unten nach oben!)

Aber was ich wirklich nicht verstehe – das müssten wir auch einmal in einem Vieraugengespräch klären –, ist, dass Sie hier einerseits gegen die Abschaffung der Studiengebühren argumentieren und andererseits unsere minimale Erhöhung der Verwaltungsgebühren ablehnen. Das passt irgendwie nicht zusammen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das passt nie zusammen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Doch! Das eine ist für die Lehre! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

– Es belastet auf jeden Fall die Studierenden. – Die Verwaltungsgebühren sind, wie der Name schon sagt, Gebühren. Den Gebühren müssen entsprechende Ausgaben in der Hochschule gegenüberstehen. Wir sind sogar gewissermaßen gezwungen, diese Gebühren so zu erhöhen, um die Kosten, die in den Hochschulen anfallen, durch die Gebühren entsprechend abzudecken. Insofern ist das natürlich ein Vorgang, der hier nicht mit Jubel begrüßt wird; aber er ist verträglich und leider unumgänglich.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Keine Lappalie!)

Herr Kollege Dr. Birk, ich will noch etwas dazu anmerken, dass Sie gesagt haben, irgendwann würden wir die Kompensationsmittel abschaffen. Ich glaube, die Unkenrufe, die Sie

hier auch schon geäußert haben, als wir das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren verabschiedet haben, treffen einfach nicht zu. Die Hochschulen bekommen verlässlich ihr Geld, ihre Kompensationsmittel. Ich kenne in diesem Zusammenhang an unseren Hochschulen eigentlich nur Zufriedene – auf der einen Seite die Studierenden, die keine Studiengebühren mehr bezahlen müssen, und auf der anderen Seite die Hochschulen, die verlässlich ihr Geld bekommen.

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren, der uns Sozialdemokraten sehr wichtig ist, ist das Thema „Entfristung der Stellen im Hochschulbereich“. Wir haben im vergangenen Haushalt über 700 Stellen entfristet, und wir werden in diesem Haushalt weitere 600 Stellen entfristen. Wir haben für Hochschulen auch die Möglichkeit geschaffen, weitere Stellen in Absprache mit dem MFW zu entfristen.

Ich denke, das ist ein wichtiger und guter Beitrag zum Thema „Gute Arbeit an unseren Hochschulen“. Er ist genauso wichtig wie die anderen Randbedingungen, die wir hier geschaffen haben.

Ein weiterer Punkt aus dem sozialen Bereich im Einzelplan 14 ist das Thema „Ausstattung der Studentenwerke“. Wir haben bereits im letzten Haushalt die Mittel erhöht. Wir haben die Erhöhung jetzt in diesen Doppelhaushalt weitergetragen. Wir können dadurch die Studentenwerke z. B. in die Lage versetzen, über 3 000 neue Wohnheimplätze in unserem Land zu schaffen – etwas, was wir übrigens seit vielen Jahren gefordert haben, was Sie nie gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Wir haben eine große Wohnungsnot in unseren Städten. Sie trifft die Studierenden in den großen Städten besonders. Durch diesen Haushalt wird hier weitere Abhilfe geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber das reicht wohl nicht aus!)

– Ja. Es sind aber erste Anschubfinanzierungen. Ich denke schon, dass wir da einen großen Schritt nach vorn kommen. 3 100 Plätze sind wirklich ein Wort. Wir haben auch noch entsprechende Mittel im Wohnungsbauprogramm.

Ein Punkt, den ich hier auch noch ansprechen möchte – Kollege Schmidt-Eisenlohr hat auch schon darauf hingewiesen –, ist die Duale Hochschule Baden-Württemberg. Sie ist wirklich ein Erfolgsmodell. Sie ist praxisnah, an der Wirtschaft orientiert und vermittelt eine gute Ausbildung. Sie bietet auch den Vorteil, dass während der Ausbildung schon etwas Geld bezahlt wird.

Dieses Erfolgsmodell – ich sage es jetzt einmal etwas flapsig – ist fast am eigenen Erfolg erstickt, weil die Duale Hochschule auf einmal so viele Studierende hatte. Deswegen, meine ich, ist es ein wichtiges Zeichen, dass wir auch in diesem Bereich Finanzmittel bereitstellen – Sie haben es erwähnt –, um dort mehr Studienplätze in die Grundlast zu überführen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das war höchste Zeit!)

– Das war höchste Zeit.

Zwei Punkte, die ich, in die Zukunft gerichtet, noch ansprechen will: Was kommt auf uns zu? Wir werden uns in der nächsten Zeit mit einer Neugestaltung und Neudefinition der Hochschulräte beschäftigen. Da besteht aus unserer Sicht Handlungsbedarf.

Wir wollen, dass die Hochschulräte unseren Hochschulen weiterhin beratend und mit Einfluss zur Seite stehen. Das sind wichtige Ratgeber. Wir wollen aber eine Neugestaltung in diese Richtung vornehmen, damit zumindest die ganzen Konflikte, die im Moment zwischen universitären Gremien und den Hochschulräten durch die Satzung vorgegeben sind, ausgeräumt werden.

Wir werden also dieses Gesetz entsprechend modernisieren, so, wie wir auch daran sind, das Universitätsmedizingesetz nach dem Prinzip des Gehörtwerdens zu novellieren. Vor einigen Wochen war in Ulm eine Veranstaltung, die schon erste richtungweisende Ergebnisse gebracht hat.

Meine Damen und Herren, eines ist auch wichtig, glaube ich: Die beste Forschungs-, die beste Hochschulpolitik nützt nichts, wenn sie in Gebäuden und in Orten stattfindet, in die es hineinregnet. Deswegen bin ich sehr froh, dass ein Großteil der Sanierungsmittel, die in diesem Haushalt zur Verfügung stehen, für die Sanierung von Hochschulgebäuden eingesetzt werden – ein wichtiges Signal auch an unsere Hochschulen und Universitäten. Es wird nicht nur saniert, sondern es werden ungefähr zehn Gebäude neu gebaut, z. B. auch das Helmholtz-Institut für Batterieforschung in Ulm. Andere Maßnahmen an fast jedem Hochschulstandort des Landes sind im Haushalt verankert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schön, dass Sie es übernommen haben! Wir haben es beschlossen!)

– Ihr habt es beschlossen, wir haben es finanziert – ganz einfach.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schön, dass Sie es übernommen haben!)

So ist die Arbeitsteilung gewesen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sanieren tun wir! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

– Sanieren. Aber das Hochschulgebäude in Ulm – Helmholtz –, da weiß ich noch – –

(Unruhe)

Aber die Finanzierung hat hier stattgefunden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt gönnen Sie uns doch auch einmal etwas!)

– Wenn ich irgendwie vermitteln kann, dann mache ich das gern.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch einmal einen Dank aussprechen und auf Folgendes hinweisen:

*(Martin Rivoir)*

Wir stellen in diesem Landtag Geld zur Verfügung, wir schaffen Rahmenbedingungen. Aber das, was an Exzellenz in der Forschung, was in der Lehre dann tatsächlich tagtäglich draußen geleistet wird, das geschieht eben durch die Professorinnen und Professoren, durch die Forscherinnen und Forscher, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Mittelbau und natürlich auch durch die Studierenden. Deswegen spreche ich all diesen an dieser Stelle einen Dank für ihren tagtäglichen Einsatz aus.

Ich bedanke mich auch für Ihr Zuhören. Frau Heberer wird zum Bereich Kunst und Kultur in einer zweiten Runde noch etwas sagen. Ihr bleiben dafür acht Minuten und 22 Sekunden.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man durchs Land reist und mit Vertretern von Hochschulen spricht, hört man des Öfteren Lob für die grüne Wissenschaftsministerin. Frau Bauer mache ihre Sache gut, heißt es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Staatssekretär Jürgen Walter: Richtig! Sehr gut!)

– Ich habe es Ihnen ja gestern schon gesagt: Liberale gehen der Sache gern etwas auf den Grund. Deshalb warten Sie doch erst einmal ab.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Manchmal seid ihr auch auf Grundeis gestoßen!)

Fragt man genauer nach, wird die positive Bewertung meist damit begründet, dass Frau Bauer im Grunde all das fortführe, was ihre Amtsvorgänger aus der christlich-liberalen Ära begonnen haben.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Ich habe gewusst, dass es ein vergiftetes Lob ist! – Zurufe von den Grünen: Ah!)

Dazu gibt es Folgendes anzumerken. Erstens: Die Wissenschaftsministerin hat das Vorgefundene fortgeführt. Das spricht ganz offensichtlich dafür,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Fürchtet die Geschenke der Danaer!)

dass ihre Amtsvorgänger nicht ganz danebenlagen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Verfasste Studierendenschaft!)

Deshalb ist es zweitens sehr zu begrüßen, dass im Wissenschaftsbereich nicht ständig das Rad neu erfunden wird und stattdessen Kontinuität und Verlässlichkeit großgeschrieben bleiben. Ich möchte betonen, dass uns diese Kontinuität und Verlässlichkeit im Bildungsbereich auch sehr guttun würden.

Mit dem Solidarpakt wurde unter der CDU-FDP/DVP-Landesregierung eine Arbeitsteilung zwischen Staat und Hochschulen erreicht, nach der der Staat für verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen sorgt und ansonsten die Hochschulen eigenständig mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen wirtschaften.

Aus Sicht der FDP/DVP hat sich der Solidarpakt mit den Hochschulen bewährt und sollte über das Jahr 2014 hinaus fortgeführt werden. Die spannende Frage aber ist: Lässt sich dieser Kurs der verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen auch mittel- oder gar längerfristig durchhalten? Oder anders gefragt: Werden die zur Verfügung gestellten Mittel beispielsweise auch im Jahr 2020 noch ausreichen, damit unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen im internationalen Wettbewerb um die beste Forschung und Lehre weiterhin mithalten können?

Es gilt ja, sich nicht auf den Lorbeeren der für unsere Hochschulen so erfolgreich verlaufenden Exzellenzwettbewerbe auszuruhen, sondern die Grundlagen für eine Fortsetzung dieses Erfolgskurses zu sichern.

Aber wenn man sich die Weichenstellungen, die die grün-rote Landesregierung für die Finanzierung des Wissenschaftsbereichs vorgenommen hat, einmal näher ansieht, kommen einem doch gehörige Zweifel, ob Ihr Haushalt, Frau Bauer, nicht doch auf Sand gebaut ist.

(Zuruf von den Grünen: Nein, nein!)

Man darf ja nicht vergessen, dass auf den Wissenschaftsbereich zusätzliche Aufgaben zukommen. Insbesondere gilt es, im Interesse der künftigen Studierenden und im Interesse der Fachkräftesicherung den aktuellen Stand des Hochschulausbaus zu halten.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

An dieser Stelle zeigen sich auch schon sehr deutlich die engen finanziellen Grenzen, die dem Wissenschaftsbereich gesetzt sind.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Schuldenbremse!)

Das Programm zum Ausbau der Masterstudienplätze – die logische Folge des Ausbaus der Studienanfängerplätze in den vergangenen Jahren – ist vollständig abhängig vom Abbau der Anfängerplätze. Mit anderen Worten: Für jeden zusätzlichen Masterstudienplatz muss erst ein Bachelorstudienplatz abgebaut sein.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist natürlich alles andere als ein bedarfsgerechter Masterstudienplatzausbau und sowieso etwas ganz anderes, als was Sie im Wahlkampf versprochen haben.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das war alles korrekt!)

Völlig unklar bleibt auch, wo der Ministerpräsident denn noch vor 2020 den Rotstift im Wissenschaftsbereich ansetzen will, wie er angekündigt hat. Vielleicht sollten Sie ihm klarmachen, dass er das besser bleiben lassen sollte.

*(Dr. Timm Kern)*

Dass ein so auf Kante genähtes Programm keine Lösung ist – erst recht nicht angesichts der Tatsache, dass die Hochschulen in vielen Bereichen seit Jahren Überlast fahren –, ist Ihnen bewusst, Frau Ministerin. Aber statt nach wirksamen Lösungsansätzen zu suchen, machen Sie es sich sehr einfach und rufen nach dem Bund.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Es bietet sich aus Ihrer Sicht ja auch an, den Schwarzen Peter dorthin zu schieben. Denn im Bund regieren ja die Konservativen und die Liberalen. Doch im Grunde wissen Sie genau, dass der Bund für die Hochschulfinanzierung gar nicht zuständig ist. Sie wissen auch, dass der Bund, obwohl er in dieser Legislaturperiode über 12 Milliarden € zusätzlich für Bildung aufwendet und vieles – wie die Exzellenzinitiative – freiwillig mitfinanziert, auch keinen Dukatenesel zur wundersamen Geldvermehrung in einem Berliner Keller versteckt hält und bei ihm genauso wie bei den Ländern 2020 die Schuldenbremse greift.

Da wäre es aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion klüger, die baden-württembergische Landesregierung nähme eine konsequente Haltung für den Wettbewerbsföderalismus im Bildungsbereich ein und würde sich eindeutig zu ihrer Verantwortung für die Hochschulen bekennen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Tun wir doch!)

Dann hat man im Übrigen auch einen besseren Stand gegenüber dem Bund, wenn einmal über eine neue Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern verhandelt wird. Denn nur wer für einen Bereich verantwortlich ist, kann auch mit Recht die nötige Finanzausstattung für die Erfüllung seiner Aufgaben einfordern. Wenn Sie in dieser Frage eine ähnlich klare Position wie Ihr Ministerpräsident einnehmen, haben Sie uns Liberale an Ihrer Seite.

Wo Sie uns aber nicht an Ihrer Seite haben, ist Ihr ideologiegeleiteter Kurs in der Frage der Studiengebühren.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Zu kritisieren ist aus Sicht der FDP/DVP vor allem, dass Sie sich bislang jeglicher Prüfung von Alternativen zu einer Totalabschaffung von Studiengebühren verweigert haben.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Dabei sind nachlaufende Studiengebühren, die erst ab einer bestimmten Einkommensgrenze zur Rückzahlung fällig werden, durchaus eine Möglichkeit,

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Sozialverträglichkeit mit einer angemessenen finanziellen Beteiligung der Studierenden an ihrem Hochschulstudium zu verbinden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl!)

Nach außen die Monstranz der Studiengebührenfreiheit herumzutragen, aber gleichzeitig den Verwaltungskostenbeitrag schleichend zu erhöhen, wie Sie es mit diesem Haushalt angefangen haben, ist dagegen eher scheinheilig.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nutzen Sie deshalb die Chance, die Ihnen die FDP/DVP mit dem vorliegenden Entschließungsantrag eröffnen möchte, und erarbeiten Sie mit Experten ein Konzept nachlaufender Studiengebühren für Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Dieses Thema ist durch!)

Sie wissen ganz genau, dass es auch in Ihren Reihen einige Sympathisanten für dieses Modell gibt. Wenn Sie schon eine Regierung des Gehörtwerdens sein wollen, dann hören Sie doch wenigstens auf Ihre eigenen Überzeugungen in diesem Bereich.

In der Tat ist es ja nicht so, dass eine Vollkompensation der Studiengebühren erfolgt wäre. Sie haben bei Ihrer Pro-Kopf-Kompensation nämlich nicht 500 €, sonder nur 280 € angesetzt, vor allem weil hier die Befreiung aufgrund der Geschwisterregelung eingerechnet wurde.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Dauerhaft und zuverlässig!)

Eine Geschwisterbefreiung wäre aber bei nachlaufenden Studiengebühren obsolet, sodass den Hochschulen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Die rund 170 Millionen € an Kompensationsmitteln würden an anderer Stelle im Hochschulbereich dringend gebraucht.

Es gibt noch einen weiteren Bereich, um den wir Liberalen uns Sorgen machen: die Innovation, also im weiteren Sinn das Ergebnis eines fruchtbaren Zusammenspiels von Wirtschaft und Wissenschaft. In einem freien Spiel der Kräfte zwischen Theorie und praktischer Anwendungsorientierung entstehen Ideen und Konzepte oftmals auch ungeplant als Nebenprodukt. Das hier bestehende Potenzial ist von großer strategischer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstands. Deshalb ist es aus Sicht der FDP gefährlich,

(Staatssekretär Jürgen Walter: Der FDP/DVP!)

wenn schleichend die Forschungsfreiheit eingeschränkt wird, indem der Staat mit positiven Begriffen wie „Nachhaltigkeit“ steuernd eingreift.

Leider begegnen Sie nicht nur den Wissenschaftlern mit grünem Misstrauen, sondern auch der Wirtschaft.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Wer?)

Schließlich wollen Sie die Wirtschaftsvertreter in den Hochschulräten ihrer echten Mitsprache berauben.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Wo haben Sie das her?)

Dabei haben diese die Eigenständigkeit und das Selbstbewusstsein der einzelnen Hochschule wirksam gestärkt – aber genau das war wohl unerwünscht.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Nach Auffassung der FDP/DVP ist es Aufgabe des Staates, fördernde Rahmenbedingungen für Innovationen zu setzen, damit dieses Zusammenspiel gelingen kann, beispielsweise dass innovative und kreative Köpfe an den Hochschulen ihre Ideen entwickeln können, ohne sich Sorgen um ihre Existenz machen zu müssen,

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das ändern wir jetzt gerade!)

oder dass sie bei der Existenzgründung auf der Grundlage ihrer Erfindung unterstützt werden.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ja!)

Wir haben deshalb einen Antrag auf verbesserte Ausstattung des Programms „Junge Innovatoren“ noch einmal eingebracht, nachdem er im Ausschuss leider keine Mehrheit fand. Wir hoffen, dass sich die Regierungsfraktionen mit einer Zustimmung zu diesem Antrag zur Fortsetzung der bisherigen innovationsfördernden Politik des Landes bekennen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Zum Kunstbereich spreche ich nachher.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Staatssekretär Jürgen Walter: Das Fazit ist: Draußen wird die Ministerin überall gelobt, und von der FDP/DVP wird sie kritisiert!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

(Ministerin Theresia Bauer meldet sich.)

– Wenn die Regierung das Wort will, muss sie sich melden. Ansonsten, wenn weitere Abgeordnete reden möchten, erteile ich den Abgeordneten das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn man natürlich ratscht!)

Frau Ministerin, wollen Sie jetzt zwischendurch sprechen?

(Ministerin Theresia Bauer: Ja!)

– Gut. Die Regierung erhält jederzeit das Wort.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich erteile der Frau Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer das Wort.

(Unruhe)

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Dr. Kern, ich möchte mich vorweg für das Lob bedanken, das Sie mir ausgesprochen haben, für den Ruf, den ich im Land genieße.

(Vereinzelt Beifall – Staatssekretär Jürgen Walter: Andere haben es ausgesprochen, nicht er!)

– Aber er hat es ausgerichtet. Das freut mich.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wenn es angemessen ist, haben wir kein Problem damit!)

Wenn man zurückblickt auf die eineinhalb Jahre, die ich jetzt hier Wissenschaftsministerin sein darf, dann ist festzustellen, dass wir einige Dinge auf den Weg gebracht haben. Lassen Sie mich ein paar Punkte stichwortartig nennen.

Wir haben das Universitätsmedizingesetz rückabgewickelt. Wir haben die Studiengebühren durch Qualitätssicherungsmittel ersetzt.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr gut!)

Wir haben nach über 30 Jahren die Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt

(Staatssekretär Jürgen Walter und Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr gut!)

und dabei den Politikaward für unser vorbildliches Beteiligungsverfahren gewonnen.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Noch besser! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Innovation!)

Wenn alles, was wir im letzten Jahr gemacht haben, im Sinne meines Amtsvorgängers ist, dann freue ich mich sehr über die beachtliche Lernkurve, die er genommen hat, nachdem er in den Ruhestand getreten ist.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben in der Tat eine breite Basis, einen erheblichen Bereich, bei dem wir von Gemeinsamkeiten ausgehen können.

Lassen Sie mich, bevor wir in die Einzelheiten gehen, auf die Situation Bezug nehmen, in der sich unsere Gesellschaft – in Baden-Württemberg wie in Deutschland – befindet: Wir haben auf unserem Globus erhebliche Herausforderungen zu bewältigen. Wir stehen vor großen Problemen: die globale Erderwärmung, unsere Art zu wirtschaften und zu leben, der demografische Wandel, Sicherheitsfragen, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte und die Frage, wie sie zurückzuführen ist. Das alles sind große und schwierige Fragen, für die wir sehr dringend eine Lösung brauchen werden. Wir werden sie nur finden, wenn wir den Geist, das Wissen, die Fantasie unserer Hochschulen, unserer Forschungsinstitute und unserer Kultureinrichtungen nutzen.

Baden-Württemberg ist ein Zentrum für Innovation. Es gehört in Europa zu den stärksten Regionen – mit den höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Baden-Württemberg ist führend beim Ausbau von Studienplätzen. Baden-Württemberg ist führend bei der Exzellenzinitiative.

Im Kunstbereich setzt Baden-Württemberg ebenfalls Maßstäbe, sei es im Bereich der Medien, der Filmförderung, sei es bei den Theatern oder auch bei unseren soziokulturellen Zentren. Wir müssen uns allerdings bei der Frage, wie wir uns bei den Haushaltsberatungen aufstellen, in einem schwierigen Spannungsfeld bewegen zwischen der Notwendigkeit zu konsolidieren – das trifft alle Bereiche – und der Notwendigkeit zu investieren, und zwar in besonderer Weise in unsere Zu-

*(Ministerin Theresia Bauer)*

kunftsthemen Bildung, Forschung, Wissenschaft und Kultur. Hinzu kommt die Notwendigkeit, Politik mit Weitblick, mit Perspektive zu formulieren, um denjenigen, die von unseren Entscheidungen abhängig sind, eine gewisse Planungssicherheit und Verlässlichkeit zu geben. In diesem Dreieck bewegen wir uns mit dem, was wir in dem Entwurf des Haushalts 2013/2014 vorlegen.

Lassen Sie mich anhand von ein paar Beispielen erläutern, wie wir dieses Spannungsfeld aufgezogen haben. Stichwort Konsolidierung: Was leistet der Einzelplan 14 zur Konsolidierung des Haushalts? Wenn man konsolidieren will, muss man zunächst für Transparenz sorgen. Wir haben mit einer lang geübten Praxis der Vorgängerregierung Schluss gemacht, die in keinem Einzelhaushalt stärker als im Einzelplan 14 Nebelkerzen aufgestellt und für Intransparenz gesorgt hat, indem sie seit Jahren eine globale Minderausgabe von mehr oder weniger 100 Millionen € wie einen Schleier über den Haushalt gelegt hat, um dann zu schauen, wo sie diese Kürzungen jeweils konkretisieren kann.

Und jetzt stellen Sie sich heute hier hin – Herr Abg. Schmidt-Eisenlohr hat es erläutert – und behaupten, wir würden Forschungsausgaben kürzen. Wir kürzen keine Forschungsausgaben, wir investieren in Forschung! Und wir sorgen für Klarheit und Transparenz,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das haben wir auch gesagt!)

für ein Stückchen mehr Wahrheit für das Parlament sowie für die Forschungseinrichtungen und die Hochschulen, damit diese wissen, woran sie sind. Wir können Ihnen anhand von Einzelbeispielen belegen, dass wir gerade bei den Ansätzen im Forschungsbereich die real konkretisierten und niedriger angesetzten Haushaltsmittel in keinem Fall geringer bemessen haben als die Beträge, die Sie früher – nach Berücksichtigung der versteckten globalen Minderausgabe – veranschlagt hatten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben in diesem Haushalt etwa 50 % der globalen Minderausgabe, die auf dem Einzelplan 14 liegt, konkretisiert. Das bedeutet, dass wir immer noch eine erhebliche globale Minderausgabe zu erbringen haben. Nach wie vor wird man zu Beginn nicht alles wissen. Vielmehr haben wir noch immer eine erhebliche Arbeit vor uns, wenn es darum geht, die globalen Minderausgaben zu präzisieren.

Wir haben bei den Hochschulen, die durch den Solidarpakt geschützt sind und seit Jahren eine globale Minderausgabe von 50 Millionen € zu tragen hatten, die entsprechende globale Minderausgabe bis zu einem Anteil von 75 % konkretisiert. Dadurch haben wir nach außen wie nach innen für ein Stück mehr Klarheit und Transparenz gesorgt. Vielleicht bedeutet das ein bisschen weniger Flexibilität für das eigene Haus. Dennoch: Der erste Schritt zum Konsolidieren ist, die Fakten auf den Tisch zu legen und Ehrlichkeit herzustellen. Dann kann man besser vorgehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr gut!)

Wir haben als Beitrag zur Konsolidierung in einem zweiten Schritt die Einnahmen erhöht, indem wir den Verwaltungskostenbeitrag von 40 auf 60 € pro Semester angehoben haben. Dieser Verwaltungskostenbeitrag lässt sich errechnen; er ist unter der alten Landesregierung jahrelang nicht angepasst worden. Wir haben die Kosten für die Hochschulen neu erhoben; dabei geht es um Kosten, die beispielsweise für Immatrikulation, Beurlaubungen, Rückmeldungen, Exmatrikulation, für die zentrale Studienberatung, das Akademische Auslandsamt, das Amt für Praktika sowie für das gesamte Prüfungswesen anfallen. Dabei sind wir auf Kosten gekommen, die noch deutlich über den Einnahmen aus dem erhöhten Beitrag liegen, den wir jetzt mit 60 € pro Semester erheben.

Wir befinden uns mit dieser Anhebung bundesweit im Mittelfeld und nicht etwa an der Spitze. Daher kann ich überhaupt nicht verstehen, wie man eine solche Anpassung an die real anfallenden Kosten verweigern kann – und zwar, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Dr. Birk, mit dem Argument, diese Kostensteigerung würde die Studierenden belasten. Sie sind doch derjenige, der die ganze Zeit davon redet, dass die 500 € Studiengebühren keine Belastung für die Studierenden gewesen seien.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Moment! Das war für die Verbesserung der Lehre, nicht für die Verwaltung!)

Wie können Sie jetzt argumentieren, 20 € pro Semester mehr seien eine Belastung? – Herr Dr. Birk, wir haben oft darüber geredet. Die von uns vorgenommene Abschaffung der Studiengebühren haben wir nicht dadurch erkauft, dass es in irgendeiner Weise zu Einschnitten oder Verschlechterungen bei der Lehre gekommen wäre. Wir haben die den Hochschulen daraus entstehenden Einnahmeausfälle – gesetzlich festgeschrieben – in vollem Umfang durch Qualitätssicherungsmittel ersetzt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Bis jetzt mal! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Mit Ausnahme der DHBW!)

– Nein, nicht mit Ausnahme der DHBW. – Gesetzlich festgelegt ist ein Beitrag von 280 € pro Studierendem und Semester für die Hochschulen, dynamisch angelegt; bei steigenden Studierendenzahlen steigt dieser Betrag. Kein anderes Bundesland hat ein solches Modell verankert wie wir in Baden-Württemberg. Ich wäre froh, wenn Sie alle miteinander ein wenig stolz auf das wären, was wir hier auf den Weg gebracht haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Am Ende wird es sich zeigen!)

Wir wissen, dass wir hierzu Steuermittel heranziehen müssen. Aber unsere Hochschulen sind uns dies wert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit der Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bringen wir dem Landeshaushalt Mehreinnahmen von jährlich 12 Millionen €. Das ist ein ordentlicher Betrag; dieser Betrag kann sich sehen lassen. Gleichzeitig überfordert er die Studierenden nicht.

*(Ministerin Theresia Bauer)*

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit kurz auf eine weitere Maßnahme eingehen und damit ein Beispiel dafür aufzeigen, dass wir im Hochschulbereich bei all den spezifischen Aufgaben und Belastungen, die wir zurzeit haben, dennoch über strukturelle Veränderungen nachdenken müssen und auch weiter nachdenken werden. Sie haben die Kürzung der Förderung für die privaten Hochschulen beklagt. In der Tat werden wir darüber beschließen, die institutionelle Förderung für einen Teil unserer privaten Hochschulen um 5 % zu kürzen. Erstens sind 5 % dieser institutionellen Förderung ein vertretbarer Betrag, zweitens gibt es diese institutionelle Förderung in dieser Form außer in Baden-Württemberg in keinem anderen Bundesland.

Man muss sich fragen, ob es ein vertretbares Prinzip ist, dass die privaten Hochschulen sagen: „Wo privat draufsteht, muss privat drin sein“, in Wirklichkeit aber über alte Bestandssicherungsregelungen vom Staat einen relevanten Betrag erhalten.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ja!)

Deswegen war es erstens aus finanziellen Gründen notwendig, diesen Deckel einzuziehen. Übrigens war er aus einem Ausgabenrestetopf – Privatisierungserlöse, auslaufende Finanzierung – finanziert. Der Topf ist leer, aber es besteht eine Rechtsverpflichtung; sie steht im Gesetz. Das ist eine der vielen Lücken, die wir im Haushalt vorgefunden haben, sodass wir jetzt reagieren und eingreifen mussten.

Zweitens möchte ich noch einmal folgende Frage stellen: Ist es das richtige Prinzip, dass wir private Hochschulen – übrigens nur die früher gegründeten – institutionell fördern? Oder ist es nicht das bessere Prinzip, dass wir bei den privaten Hochschulen sehr genau schauen, wie die Qualität ist, welche Studiengänge sie anbieten, ob wir sie brauchen und ob wir das Angebot für die Studierenden, für die jungen Menschen in unserem Land für angemessen halten? Und finanzieren wir deshalb die Studiengänge, die wir in Ergänzung zum staatlichen Angebot für besonders wertvoll halten?

In diesem Sinn haben wir ein Programm zur Förderung von Studiengängen im Bereich der sozialen Arbeit und des Sozialwesens aufgelegt, die von den privaten Hochschulen zum Teil in hervorragender Weise angeboten werden. Wir werden diese Studiengänge finanzieren, weil wir sie brauchen und nicht selbst anbieten. Dieses Angebot – da bin ich mir ganz sicher – wird auch unseren kirchlichen Hochschulen entgegenkommen.

Solche strukturellen Veränderungen brauchen wir. Wir werden weiter daran arbeiten, diese Korrekturen in die Landeshaushalte der Zukunft zu schreiben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich zum nächsten Stichwort kommen, zur Frage der Planbarkeit und der Politik mit Weitblick. Wir haben das Jahr 2012; das Programm „Hochschule 2012“ zur Finanzierung der Anfängerplätze für den doppelten Abiturjahrgang ist auf seinem Zenit angekommen. Wir haben 22 500 zusätzliche Bachelorstudienplätze geschaffen. Begonnen wurde das Programm unter der alten Landesregierung, angestoßen damals auch von der Opposition. Baden-Württemberg ist damit in der Tat vorbildlich. Wir werden dieses Programm auch in Zukunft innovativ und mit Weitblick fortschreiben, auf einer vertretbaren Höhe erhalten und gleichzeitig die Aufgabe annehmen, jetzt in einem angemessenen Umfang zusätzliche Masterstudienplätze aufzusetzen.

Deswegen bin ich den Regierungsfraktionen sehr dankbar, dass sie unsere Rahmenbeschlüsse, die wir vor einigen Wochen im Kabinett getroffen haben, sehr schnell aufgegriffen, präzisiert und umgesetzt haben, sodass wir sie in diesem Doppelhaushalt niederlegen können. Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland in Deutschland ein Programm zum Ausbau der Masterstudienplätze in zwei Schritten auflegen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr gut!)

Der erste Schritt erfolgt mit dem Doppelhaushalt 2013/2014, mit dem wir 3 900 neue Masterstudienplätze im Land schaffen werden. In einem zweiten Schritt werden wir mit dem nächsten Doppelhaushalt weitere Studienplätze schaffen, sodass wir in dieser Legislaturperiode in der Summe 6 300 zusätzliche Masterstudienplätze schaffen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Ausbauprogramm ist ambitioniert. Dennoch ist es ein Programm mit Augenmaß. Denn wir werden mit diesem Ausbau am Ende im Durchschnitt nicht mehr als 50 % aller Bachelorabsolventen einen Masterstudienplatz anbieten. Das ist ein klares Bekenntnis dazu, dass wir den jungen Menschen faire und gute Perspektiven bieten wollen, dass wir zum Bologna-Prozess stehen, inklusive des Bachelors, den wir für einen guten berufsqualifizierenden Abschluss halten. Wir werden eben nicht auf jeden Bachelorstudiengang einen Masterstudiengang draufsetzen, sondern einen starken Bachelor und in vertretbarem Umfang Masterstudienplätze anbieten, vom konsekutiven Master über den Weiterbildungsmaster bis hin zu berufsbegleitenden und auch dualen Angeboten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir werden für dieses Masterausbauprogramm ab 2014 knapp 40 Millionen € jährlich aufwenden. Wir werden für den ersten Ausbauschritt 132 Professuren in W 2 und W 3 einrichten und eine entsprechende Anzahl von Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Infrastrukturstellen ausbringen.

Ein weiteres Stichwort, über das schon gesprochen wurde und auf das ich noch einmal eingehen möchte, ist die DHBW. Wir haben mit der DHBW in der Tat ein Erfolgsmodell in Baden-Württemberg. Die DHBW ist erheblich gewachsen. Wir werden die DHBW weiterhin darin unterstützen, dass sie die notwendigen Anfängerplätze und Anfängerkurse zur Verfügung stellen kann. Wir werden zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um die Spitzenauslastung des letzten Jahres auch in den nächsten Jahren fortführen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir werden darüber hinaus einen zweistelligen Millionenbetrag jährlich in die Hand nehmen, um eine relevante Anzahl der Ausbaukurse in die Grundlast der DHBW zu überführen, und damit eine bessere finanzielle Ausstattung, Planbarkeit und Perspektive herstellen, weil das die Grundlage dafür ist,

*(Ministerin Theresia Bauer)*

gute Beschäftigungsverhältnisse und nicht immer wieder befristete Beschäftigungsverhältnisse anzubieten.

Damit bin ich bei einem weiteren Stichwort, das uns wirklich wichtig ist, wenn wir über qualitätsvolle Arbeit auch im Bereich der Wissenschaft sprechen. Wir müssen in relevantem Umfang Stellen im Bereich der Wissenschaft, aber auch der Infrastruktur entfristen, wenn es sich um dauerhaft wahrgenommene Aufgaben handelt.

Herr Dr. Birk, Sie haben vorhin angesprochen, dass wir uns um die Attraktivität und Qualität unseres Standorts Sorgen machen müssten, wenn die Eingangsbesoldung gesenkt wird. Das ist in der Tat eine Belastung für junge Menschen. Sie ist aber tragbar, weil sie mit einer klaren Perspektive verbunden ist. Das ist der Unterschied zwischen einer Zumutung, die man vielleicht beim Einstieg ins Berufsleben macht, und der alten Politik, die mit dauerhaft befristeten Arbeitsplätzen gearbeitet hat; denn das Letztgenannte ist keine Perspektive, sondern die Schaffung von dauerhafter Unsicherheit. Wir haben dieses Prinzip umgedreht: Wir haben von 2012 an, gerechnet bis zu diesem Doppelhaushalt, 1 300 Stellen im Wissenschaftsbereich entfristet. Das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann. Das ist die neue Perspektive, die wir den jungen Menschen geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich komme zum dritten Stichwort: Investitionen. Ich würde mich freuen, wenn man zur Kenntnis nehmen würde, dass es uns allen wirklich ein großes Anliegen ist und auch Auftrag sein muss, uns in Zukunft noch stärker im Bereich der Forschungsförderung zu engagieren, denn die Konkurrenz schläft in diesem Bereich beileibe nicht. Wir haben im Bereich der Forschungsausgaben eine klare Steigerung – im letzten Jahr, aber auch für diesen Doppelhaushalt – vorgesehen. 2012 haben wir 341 Millionen € für Forschung ausgegeben, 2013 werden es 360 Millionen € sein und 2014 382 Millionen €. Das ist eine klare Perspektive nach oben. Deswegen würde ich mich freuen, wenn Sie an diesem Punkt keine falschen Darstellungen produzieren würden, nur weil Sie darauf setzen, die Geschichte mit den globalen Minderausgaben in Form einer billigen Polemik für sich nutzen zu können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das haben wir ja nicht gemacht!)

– Okay, dann nehme ich das gern zurück.

Ich kann Ihnen gern die Zahlen zur Verfügung stellen. Im Forschungsbereich gehen unsere Haushaltsansätze deutlich und kontinuierlich nach oben. Ich erwarte und erhoffe mir, dass diese Richtung auch in Zukunft gehalten wird.

Wir sind uns bewusst, dass wir die Anstrengungen in der Forschung schon lange nicht mehr allein bewältigen können. Wir brauchen in der Forschung Kooperationen mit verschiedenen Wissenschaftsorganisationen bundesweit, mit dem Bund und mit der EU. Deswegen ist eine unserer Strategien, dass wir unsere Forschungseinrichtungen und die Hochschulen in die Lage versetzen müssen, sich erfolgreich beim Einwerben von Mitteln zu beteiligen. Dafür brauchen sie eine Spitzenaufstellung. Diese Unterstützung müssen wir ihnen mit aller Kraft geben. Wir können dabei auf einige erfolgreiche Entwicklungen in den letzten Jahren und für die nächsten Jahre blicken. Ein Beispiel im Bereich der Forschung ist der Hoch- und Höchstleistungsrechner in Stuttgart, den wir in diesem Jahr eingeweiht haben. Damit haben wir aktuell Deutschlands schnellsten Supercomputer. Er kostet eine erhebliche Summe Geld, versetzt aber unsere Wissenschaft und Wirtschaft in die Lage, auf höchstem Niveau zu rechnen. Er wird in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern finanziert. Im Haushaltsentwurf sind allein für den Landesanteil für diesen Supercomputer 21,4 Millionen € im Jahr 2013 und 14,4 Millionen € im Jahr 2014 veranschlagt.

Es gibt ein weiteres Beispiel für die gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern, oder umgekehrt gesagt: Je erfolgreicher unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind, desto mehr zahlen wir mit, und das tun wir gern. Bei der Exzellenzinitiative sind wir in der zweiten Runde noch erfolgreicher als in der letzten; der Landesanteil wird deswegen steigen, und zwar von bislang 29 Millionen € auf 32 Millionen € im Jahr 2013. Entsprechend hoch fällt aber auch die Bewilligungssumme des Bundes aus.

Der dritte Bereich der gemeinsamen Anstrengungen ist der Pakt für Forschung und Innovation. Mit diesem Pakt finanzieren wir gemeinsam die Wissenschaftseinrichtungen Helmholtz, Max Planck, DFG und Fraunhofer. Wir haben gemeinsam mit dem Bund einen Pakt geschlossen, bei dem wir jährliche Steigerungsraten von 5 % vorsehen. Das bedeutet, da das Land Baden-Württemberg im Bundesvergleich überproportional viele solcher Einrichtungen hat, dass wir in unseren Landeshaushalten erhebliche Steigerungen der Ausgaben in diesem Bereich zu verzeichnen haben. Das Land erhöht in diesem Bereich seinen Beitrag im Jahr 2013 um 13 Millionen € und im Jahr 2014 um weitere 16 Millionen € auf 346 Millionen €.

Im Zusammenhang damit muss man wahrnehmen, dass diese Steigerungsraten die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und nicht in diesem Umfang die Universitäten betreffen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Schere zwischen den Universitäten und den Forschungseinrichtungen nicht immer weiter auseinanderdriftet.

Damit wäre ich beim Stichwort „Hochschulbau und Zweckbindung“. Verehrter Herr Abg. Dr. Birk, in der Tat haben Sie uns einen gewaltigen Sanierungsstau im Bereich des Hochschulbaus hinterlassen. Wir müssen uns erheblich anstrengen, um diese Lücke zu schließen. Das ist eine Anstrengung, die über viele Jahre läuft. Wir dürfen nicht nachlassen, finanzielle Ressourcen sowohl des Bundes als auch des Landes zur Verfügung zu stellen, um hier die Lücke zu schließen. Deswegen brauchen wir die 102 Millionen €, die der Bund dem Land Baden-Württemberg für den Hochschulbau zur Verfügung stellt, in den nächsten Jahren für diesen Bereich, und wir brauchen noch viel mehr.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Unsere finanziellen Anstrengungen liegen bei Weitem höher als diese 102 Millionen €. Wir brauchen diese Bundesmittel aber in den nächsten Jahren. Ich bitte Sie alle, daran mitzuwirken. Das Land Baden-Württemberg lässt keinen Zweifel daran, dass dieses Geld für den Hochschulbau gebraucht wird und wir es dafür einsetzen werden. Wir brauchen aber auch den Bund. Dieser darf sich nicht aus der Finanzierungsver-

*(Ministerin Theresia Bauer)*

pflichtung verabschieden. Er hat jedoch schon angekündigt, dass er die Höhe in den nächsten Jahren überprüfen wird. Wir brauchen Ihre Unterstützung – fraktionsübergreifend –, damit der Bund sich hier nicht aus der Verantwortung zurückzieht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Schluss: Der Haushalt des Wissenschaftsministeriums vermag drei Dinge zu leisten: Er sichert das hohe Niveau unserer wissenschaftlichen Einrichtungen, er schafft Raum für neue Entwicklungen, und er behält dabei das Ziel der Nullneuverschuldung im Auge.

Ich bitte Sie daher um breite Zustimmung zum Haushalt des Wissenschaftsressorts.

Auf die Kunstthemen – nicht minder wichtig – wird Herr Staatssekretär Walter gleich im Einzelnen eingehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Birk hat von Licht und Schatten in diesem Einzelplan gesprochen. Im Kulturbereich – das müssen wir schon zugeben – gibt es ziemlich viel Licht. Für die CDU-Fraktion kann ich durchaus sagen, dass wir grundsätzlich sehr zufrieden damit sind, dass die Kulturpolitik auf der Basis des Konsenses, den wir mit der Kunstkonzeption gefunden haben, fortgeführt wird und dass es unter kulturpolitischen Gesichtspunkten zu nur wenigen Kürzungen im Haushalt kommt.

Wir werden Sie, Frau Ministerin, aber an Ihren Versprechungen messen, dass es im Haushaltsvollzug nicht zu größeren Kürzungen als bisher kommt. Sie haben ausgeführt, dass Sie bereits 50 % der globalen Minderausgaben konkretisiert haben. Das trägt zur Transparenz bei. Das ist löblich. Aber spannend wird schon die Frage sein: Woher werden Sie die zweiten 50 %, die zweiten etwa 5 Millionen € holen? Das werden wir sehr genau beobachten.

1 Million € werden Sie wahrscheinlich über den Innovationsfonds erbringen. Es war ja auch in diesem Haushalt schon zu beobachten, dass Sie da nicht die gesamten 3 Millionen € für die kulturellen Projekte ausgegeben haben, wie Sie das versprochen hatten. Wenn Sie mit dieser Augenwischerei fortfahren, dann haben Sie schon 10 % der GMA im Kulturhaushalt erbracht. Aber bei den Kulturschaffenden kommen eben nur zwei Drittel der versprochenen Mittel an.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das ist schon mehr als früher!)

Eine weitere Unwägbarkeit für die Kulturschaffenden sind die Tarifabschlüsse, die wir im Frühjahr zu erwarten haben. Das könnte für die freien Träger, aber auch für die Landesbühnen zu einem Problem werden. Denn im Haushalt ist dafür nichts oder nur ganz wenig vorgesehen.

Wir wissen aus anderen Ministerien, dass sie Lieblingskinder haben. Bei Ihnen im Kulturbereich scheint es sogar Stiefkinder zu geben. Das Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim jedenfalls fühlt sich als solches von Ihnen behandelt

(Lachen des Staatssekretärs Jürgen Walter)

und liegt Ihnen ständig in den Ohren und macht jetzt auch darauf aufmerksam, dass diese Tariferhöhungen zu einem Problem werden könnten. Sie wissen: Das ist das einzige soziokulturelle Zentrum, Herr Walter, dessen Zuschüsse im Land gedeckelt werden. Das ist schon ein ganz besonderer Vorgang.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Ja, genau!)

Aber strukturelle Einsparmaßnahmen sind im Kulturhaushalt bisher überhaupt nicht zu finden. Ich hoffe wirklich, dass sich der Verzicht auf den Erweiterungsbau der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart nicht noch als solche entpuppt. Das wäre nämlich dann an der falschen Stelle gespart. Die Sanierung und der Erweiterungsbau sind – das wissen Sie selbst – absolut notwendig. Das pfeifen schon die Spatzen von den Dächern. Sie selbst, Herr Walter, waren ja dort zu Besuch. So habe ich das jedenfalls einer vollmundigen Pressemitteilung vom 2. Mai 2012 entnommen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Vollmundig? Hat er den Mund voll gehabt?)

Wahrscheinlich haben Sie genauso wie ich gesehen, dass da die Wassereimer in den Magazinen stehen, um die Bücher vor dem Regenwasser zu bewahren. Dass die Landesbibliothek aus allen Nähten platzt, wissen Sie auch. Aber anscheinend konnten Sie sich innerhalb der Regierung nicht durchsetzen. Sogar der Ministerpräsident hat gesagt, er wolle mehr Platz für Bücher. Das stand jedenfalls am 13. November 2012 in der „Stuttgarter Zeitung“. Offensichtlich knirscht es auch hier ganz kräftig zwischen den beiden Regierungsfraktionen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zwischen uns passt kein Blatt!)

Gegen die SPD konnten sich die beiden grünen Bücherfreunde jedenfalls nicht durchsetzen. In diesem Doppelhaushalt stehen null Euro für die Württembergische Landesbibliothek in Stuttgart.

Auch in einem anderen Punkt agieren Sie doch sehr halbherzig, nämlich bei den Großen Landesausstellungen. Da fragt man schon: Was gilt, hü oder hott? Da haben Sie in jedem Haushaltsjahr ungefähr eine halbe Million Euro eingespart.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Die bleiben alle erhalten! Das ist doch toll!)

Anfangs wollten Sie eine Ausstellung komplett streichen, nämlich die Große Landesausstellung im Haus der Geschichte zum Ersten Weltkrieg in Südwestdeutschland. Das haben Sie dann zurückgenommen, nachdem der Förderverein eingesprungen ist. Jetzt haben Sie das Geld auf verschiedene Häuser verteilt. Da müssen also alle ein bisschen bluten. Ich habe Sie schon im Ausschuss gefragt, ob es da einmal zu einer strukturellen Einsparung und einer grundlegenden Verände-

rung bei den Großen Landesausstellungen kommt. Das haben Sie, wie ich finde, noch nicht eindeutig verraten.

Aber, meine Damen und Herren, strukturelle Einsparungen hat diese Landesregierung an ganz anderer Stelle zugelassen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber Sie haben keine Vorschläge gemacht!)

Sie haben nämlich tatenlos zugesehen, wie der Südwestrundfunk seine beiden Orchester fusioniert hat.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Schlechter Witz! – Zurufe der Abg. Dr. Markus Rösler und Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Unter dem Vorwand der Staatsferne, meine Damen und Herren – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Frau Abg. Kurtz. – Bitte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Danke schön, Herr Präsident.

Wir haben im Ausschuss mit der Bitte um fraktionsübergreifende Unterstützung den Antrag gestellt, dass die Regierung den SWR dabei unterstützt, andere Lösungen zu finden. Das haben Sie unter fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Da kam überhaupt nichts. Nur am Anfang hat sich der Europaminister einmal – und viel aktiver als der Kunststaatssekretär – eingeschaltet

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Wie haben sich denn Ihre Kollegen verhalten?)

und hat versucht, eine grenzüberschreitende Lösung herbeizuführen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Abg. Kurtz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kern, ja oder nein?

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Nein. Im Moment gestatte ich sie wegen meiner Redezeit nicht.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gut. – Bitte, Frau Kurtz.

(Unruhe)

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Die beiden Rundfunkorchester – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie doch bitte Frau Abg. Kurtz ausreden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gern! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir bemühen uns! – Zuruf von den Grünen: Machen wir doch!)

Bitte, Frau Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass beide Rundfunkorchester in der Kunstkonzeption sehr ausführlich erwähnt sind und dass darin ihr Beitrag zur kulturellen Bildung lobend hervorgehoben wird. Wir gehen davon aus, dass durch diese Fusion sehr viel Porzellan zerschlagen wird, und zwar nicht nur hinsichtlich der kulturellen Bildung.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Schwäbischer Zentralismus!)

Wir kündigen Ihnen an, dass wir sehr sorgfältig beobachten werden, wie es in diesem Punkt weitergeht; denn der SWR hat ja eindeutig auch einen kulturellen Auftrag.

Ich will noch kurz einen weiteren Aspekt ansprechen, der für die Kultur in unserem Land wichtig ist, nämlich die Freilichtmuseen. Ich finde den Beschluss, der im Gemeinderat von Herbertingen gefasst worden ist, ausgesprochen bedauerlich. Dieser Beschluss führt dazu, dass das Museum Heuneburg geschlossen werden muss.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist der Wahnsinn!)

Ich finde es nicht in Ordnung, dass die Regierung so etwas zulässt, dass Sie nicht dafür sorgen, dass eine kleine Gemeinde im ländlichen Raum mit 5 000 Einwohnern ein solch hervorragendes Museum im sogenannten „schwäbischen Troja“ betreiben kann. Es hätte eines Zuschusses von 150 000 € für die Betriebskosten bedurft.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist die Politik für den ländlichen Raum!)

Weder das Finanzministerium noch das Kunstministerium haben sich bereit erklärt, zu helfen. Ich finde, das ist ein Armutszeugnis für die Kultur in unserem Land. Ich weiß nicht, ob Sie sich zwischen Rot und Grün gegenseitig den Schwarzen Peter zugeschoben haben. Auf jeden Fall ist das Ergebnis fatal. Ihnen bleibt ein Dreivierteljahr, um hier vielleicht nachzubessern. Und das Ganze spielt sich in einer Zeit ab, in der sich die Landeshauptstadt in der Großen Landesausstellung „Die Welt der Kelten“ sonnt.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Ich komme jetzt gern zum Schluss. – Sie werden es mir schon zugestehen: Als Oppositionsfraktionen müssen wir kritisch darauf schauen, wie das alles von Ihnen auf den Weg gebracht wird. Das ist durchaus unsere Aufgabe und völlig legitim. Sie dürfen sich da wirklich nicht gestört fühlen, Herr Staatssekretär.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Überhaupt nicht! – Unruhe)

Ich kann Sie einfach nur auffordern: Nehmen Sie den Auftrag der Kunstkonzeption ernst. Stärken Sie Kunst und Kultur in allen Landesteilen. Behandeln Sie alle Kunstarten und Kunstsparten gleich.

*(Sabine Kurtz)*

Von dieser Stelle aus auch die Bitte: Kommunizieren Sie innerhalb der Regierung und zwischen den verschiedenen Ressorts endlich einmal zielführend im Dienste von Kunst und Kultur in diesem Land.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Kern das Wort.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Manfred, jetzt sag ihnen einmal, wer sich beim SWR wie verhalten hat!)

**Abg. Manfred Kern** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, Frau Kurtz, Ihnen die Frage zu stellen – Sie können die Frage zwar nicht mehr beantworten, aber ich möchte sie dennoch gern stellen –: Wie haben denn die CDU-Rundfunkrätinnen und CDU-Rundfunkräte zur Frage der Orchesterfusion abgestimmt? Ich weiß nur, dass unsere Rundfunkrätinnen und Rundfunkräte nicht dafür gestimmt haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aber die der CDU sehr wohl!)

Machen wir einmal einen kleinen Spaziergang durch die Kulturlandschaft von Baden-Württemberg. Wir starten in Stuttgart, in Mannheim, in Karlsruhe oder auch in Freiburg. Das spielt keine Rolle. Denn in allen größeren Städten des Landes werden Sie ein gut bestelltes Feld an kulturellen Einrichtungen vorfinden: Staatstheater, Ballett, Landesmuseen und Orchester. Baden-Württemberg hat viele kulturelle Leuchttürme. Darauf können wir stolz sein.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Und alles seit anderthalb Jahren!)

Aber spazieren wir weiter – die Zukunft liegt vor uns, Herr Pröfrock –, weg aus den Ballungszentren, hinaus in die weniger dicht besiedelten Gebiete, dorthin, wo kleine Theater in den vergangenen Jahren ums Überleben gekämpft haben, wo Chöre um Nachwuchs werben, wo Ehrenamtliche Kunstausstellungen organisieren und wo kleine Orchester mit großem Engagement und kleinem Budget Konzerte auf die Beine stellen. Siehe da: Hier beginnt unsere Saat zu keimen, zu wachsen und nach anderthalb Jahren erste Früchte zu tragen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Laienmusikverbände und die Amateurtheater werden von uns mit Mitteln aus der Spielbankabgabe nachhaltig gefördert. Dies versetzt sie dauerhaft in die Lage, ihren Mitgliedsvereinen professionelle Unterstützung im künstlerischen Bereich zukommen zu lassen.

Nach wie vor gilt: Wir wollen Spitzen- und Breitenkultur nicht gegeneinander ausspielen. Aber mit diesem Haushalt setzen wir ein klares, wichtiges Signal hin zu mehr Kultur überall im Land. Jeweils annähernd 380 Millionen € investiert das Land in den nächsten beiden Jahren in Kunst und Kultur.

Wenn Sie von der FDP/DVP nun in Ihrem Änderungsantrag behaupten, wir hätten Kürzungen vorgenommen, die einseitig die Theater träfen,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja!)

dann haben Sie den Haushaltsplan wohl nicht richtig gelesen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Doch, besser als Sie! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nicht verstanden!)

– Das würde ich verneinen. – Kein Cent weniger fließt in die kleineren Theater. Wir haben es bereits angedeutet: Es wurde vielmehr Klarheit geschaffen, indem wir die globale Minderausgabe nicht, wie bisher geschehen, irgendwo versteckt, sondern sie zum großen Teil bei den einzelnen Titeln direkt ausgewiesen haben. Nun wissen die Kulturbetriebe endlich, mit welchen Summen sie rechnen dürfen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von den Grünen: So ist es!)

Das ist mehr und nicht weniger Klarheit, Herr Dr. Kern.

Gerade erst haben die Regierungsfraktionen insgesamt 400 000 € zusätzlich für den Bereich der kulturellen Bildung außerhalb der Ballungszentren bereitgestellt. Profitieren werden davon gerade die kleinen, nicht staatlichen Theater. Das ist ein wichtiges Signal in den ländlichen Raum.

Von Kürzung kann also überhaupt keine Rede sein. Auch wenn sich die Regierungsparteien derzeit anschicken, nach und nach die Chefsessel der Rathäuser in den großen Städten zu erobern, haben wir den ländlichen Raum nicht vergessen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch: Da können sie vor Kraft nicht laufen!)

– Das können diese großen Städte sehr wohl verkraften. – Wir haben dieses Geld lockergemacht, um gerade die Theaterarbeit mit Kindern und Jugendlichen in den ländlichen Regionen zu unterstützen. Auch da ist eine Zielgruppe von uns. Die werden wir auch noch gewinnen, so wir sie nicht schon gewonnen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Sabine Kurtz CDU: Ist das jetzt Wahlkampf, oder was? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ist das eine Drohung?)

– Es ist immer Wahlkampf, wie bei Ihnen auch. Oder steht nur Ihnen das Recht zu, dauernd Wahlkampf zu machen?

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Außerdem bekommen die Volksschauspiele Ötigheim einen Investitionszuschuss als Startkapital für einen dringend notwendigen Neubau zur Unterbringung der Darsteller. Es ist eines der renommiertesten und größten Amateurtheater in Baden-Württemberg und benötigt diesen Neubau, um seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können.

Auch die Fortführung des Mozart-Sommers haben wir gesichert. Dieses kulturelle Ereignis strahlt in den gesamten Rhein-Neckar-Kreis und führt nicht nur international heraus-

ragende Künstler zusammen, sondern auch Musikhochschulen und Gesangvereine. Mozart, der in Mannheim und Schwetzingen als Wunderkind gewirkt hat, wird damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht – dank eines Landeszuschusses von 100 000 €. Das ist das erste Mal, dass so etwas vor meiner Haustür passiert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Erst vor zwei Tagen habe ich im Stuttgarter Theaterhaus eine hervorragende Uraufführung besucht, die Teil eines Projekts aus Mitteln des neu geschaffenen Innovationsfonds war.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Unter dem Titel „Experiment STIMME“ fand dort im Rahmen von „Musik der Jahrhunderte“ eine vierteilige Konzertreihe mit einem Symposium statt, bei der 20 junge Komponistinnen und Komponisten ihre Werke aufführen konnten.

Über den Innovationsfonds werden wir auch in den kommenden Jahren vielen jungen Talenten im Land eine Bühne bieten. Darauf freuen wir uns schon heute.

(Beifall bei den Grünen)

An die Adresse von Frau Kurtz noch einmal, weil Sie immer sagen: „Da ist Geld übrig geblieben“: Lieber wenige gute Projekte über den Innovationsfonds fördern als viele mittelmäßige.

Ebenso haben wir in der Kreativwirtschaft Akzente gesetzt. An der Filmakademie in Ludwigsburg wird eine international anerkannte Ausbildung angeboten. Gerade bei der Filmförderung zeigt sich in besonderem Maß, dass Kulturförderung auch Wirtschaftsförderung ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kultur ist ein wesentlicher Standortfaktor. Egal, ob in den großen Städten oder auf dem Land: Eine bunte, vielfältige Kulturlandschaft fördert die Lebensqualität. Dort, wo Raum für Innovation und Kreativität ist, entsteht doch überhaupt erst ein Klima, in dem sich zukunftsträchtige Wirtschaftszweige entwickeln können. Damit wird ein Lebensraum erst attraktiv.

Auch für die Erinnerungskultur haben wir etwas übrig. Die im laufenden Jahr erhöhte Förderung der Gedenkstätten wird fortgeschrieben. Das Haus der Geschichte erhält zusätzliche Mittel für die Erweiterung seiner Dauerausstellung.

Dies sind nur einige wenige Beispiele aus dem Einzelplan 14. Sie zeigen aber: Längst wissen wir, dass Kultur ein wesentlicher Entwicklungsmotor jeder Gesellschaft ist. Die Teilhabe am kulturellen Geschehen darf nicht vom Wohnort abhängig sein. Auch auf dem Land wollen die Kinder eine Musikschule besuchen oder Unterricht an der Jugendkunstschule nehmen. Ihre Eltern wollen Konzerte besuchen oder Ausstellungen genießen. Hochwertige Kultur macht nicht hinter den Stadttoren halt.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Politik für den ländlichen Raum!)

Sich immer wieder mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen und selbst schöpferisch zu wirken, gehört zu einem ganzheitlichen Bildungsansatz. Es muss uns deshalb ein gemeinsames Anliegen sein, das kulturelle Bildungsangebot im ganzen Land weiter auszubauen. Einen wichtigen Schritt hat das Ministerium bereits getan, indem es den Fachbeirat Kulturelle Bildung eingerichtet hat.

Wir werden nun mit dem Haushaltsbegleitgesetz die Jugendkunstschulen den Musikschulen im Jugendbildungsgesetz gleichstellen und damit einen lang gehegten Wunsch der auf dem Gebiet der kulturellen Jugendbildung Tätigen endlich erfüllen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Kooperationen zwischen Vereinen, Kindergärten, Schulen und Kultureinrichtungen sind ein wichtiger Baustein, um niederschwellig und nachhaltig breite Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Die Kulturagenten im Land haben ihre Arbeit aufgenommen. Wir sind gespannt auf ihre erste Bilanz.

Unser Ziel muss es sein, Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Schichten den Zugang zur Kultur und zur kulturellen Bildung zu ermöglichen, und zwar nicht nur dort, wo das Netz an professionellen Kulturorganisationen und Kulturpädagogen bereits besonders engmaschig ist, sondern vor allem dort, wo die Pflänzchen gerade erst beginnen zu sprießen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Es grünt so grün!)

Ganz klar stehen wir deshalb dafür: Kultur ist für uns Zukunft. Kultur ist dieser Regierung etwas wert, und zwar überall im Land. Sie können auf uns zählen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr gut, Manfred!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Heberer das Wort.

**Abg. Helen Heberer** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann mit meinen Ausführungen über Kunst und über Kulturfragen direkt an meinen Kollegen Martin Rivoir oder auch an Manfred Kern anschließen. Denn auch hier werden jetzt und weiterhin sehr viele neue und sehr viele innovative Akzente gesetzt und wird gleichzeitig der Status unserer etablierten hervorragenden Kultureinrichtungen gehalten.

So wurde schon in der Konzeption „Kultur 2020“, die wir konsequent weiterverfolgen und in neu konzipierten Konzepten und Bereichen konkret umsetzen, Folgendes formuliert – ich zitiere –:

> *Es ist wichtig, finanzielle Flexibilität für innovative Projekte zu behalten. ... Spielräume für Innovationsfonds in der Kunst werden geprüft.*

So wurde es damals fixiert. Und nun prüfen wir nicht nur, sondern wir setzen längst um.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Man fragt sich nur, wie! – Gegenruf des Abg. Ulrich Lusche CDU: Und was!)

*(Helen Heberer)*

Deshalb ist es ein wesentlicher Schwerpunkt für uns, im Kunstbereich gute Rahmenbedingungen für Innovationen zu schaffen und ein offenes Kunstverständnis zu fördern. Neu geschaffene Mittel werden aus dem Innovationsfonds weiter fortgeschrieben, und damit werden innovative künstlerische Projekte, also Kunst- und Kulturprojekte aller Sparten, die mit neuen und experimentellen Methoden und Kunstformen arbeiten und dabei auch spartenübergreifende neue Kooperationen eingehen, gefördert.

Der Aussage, die Hubert Burda traf, nämlich: „Nirgendwo lernen wir mehr über Innovation als in der Auseinandersetzung mit Kunst“, die er bewusst mit Blick auf die Wirtschaft getroffen hat, wollen wir damit gezielt und bewusst einen realistischen Boden bereiten.

Der zweite Schwerpunkt ist die kulturelle Bildung. Mit jeweils 3,1 Millionen € in den Jahren 2013 und 2014 werden Mittel für die flächendeckende kulturelle Grundversorgung bereitgestellt, wobei die bereits 2012 erfolgte Aufstockung für die 2:1-Förderung der soziokulturellen Zentren fortgesetzt wird – ein längst fälliger Schritt, der auch künftig den Zentren Planungssicherheit verschaffen soll. Auch die Laien- und Amateurtheater – mein Kollege hat es angesprochen –, die einen spürbaren Nachholbedarf haben, sollen hier zusätzliche Mittel erhalten.

Denn genau an diesen Orten, meine Damen und Herren, werden Angebote gemacht, die eine breite neue Nutzerschaft für die Kunst erschließen, und hier werden soziale Impulse mit vielfältigsten künstlerischen Mitteln umgesetzt oder – umgekehrt – durch künstlerische Projekte soziale Prozesse in Gang gesetzt, die für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung von allergrößter Bedeutung sind.

In diesem Sinn werden auch Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen und Schulen oder Kindertagesstätten wie auch Theaterprojekte mit Jugendlichen, besonders auch außerhalb der Ballungsräume, in den Fokus genommen. Auch das wurde hier berichtet.

Der dritte Schwerpunkt ist die interkulturelle Kulturarbeit. Auch dies ist ein Novum. In der Debatte am vergangenen Mittwoch zur Notwendigkeit einer sinnvollen Integrationspolitik wurden hier erfolgreiche Beispiele von interkultureller Kulturarbeit, davon auch einige aus Mannheim, genannt; Frau Grünstein hat darüber berichtet. Ich kenne jedes einzelne dieser Projekte, und in jedem dieser Projekte konnte ich eines erleben: Ob es Jugendliche aus allen Nationen dieser Welt sind – in der Stadt Mannheim leben Menschen aus 172 Nationen –, ob es muslimische Frauen, neue Zuwanderer aus Osteuropa, Asylanten, Sinti und Roma oder Spätaussiedler sind, alle schaffen sich durch die universelle Sprache der Musik, des Tanzes, des Theaters oder der bildenden Kunst einen neuen Blick auf den anderen, und alle erleben etwas kulturell Neues, etwas anderes, etwas kulturell Interessantes am anderen – dazu gehört sogar oft auch die Kulinarik in einem abschließenden gemeinsamen Fest am Ende eines Projekts –, und alle gehen anders, vertrauter und vertrauensvoller aufeinander zu. Das ist ein wichtiger Prozess in unserer Gesellschaft – mit Mitteln der Kunst einfach und sogar preiswert zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jugendliche erproben eigene Ausdrucksformen, die sie auch in Sprache umzusetzen lernen, wodurch sich neben der Stärkung des Selbstbewusstseins auch in einem ganz enormen Maß die Sprechqualität verbessert, und dies wiederum verbessert die schulische Teilhabe, sodass man nicht selten hervorragende schulische Entwicklungen verfolgen kann. Immer wieder – auch nach der Schule – kehren viele zurück in ihre Mal-, Musik-, Theater- oder Tanzgruppe.

Alles, meine Damen und Herren, was in diesem Bereich mit wenigen Mitteln investiert wird, zahlt sich in vielfacher Weise gesamtgesellschaftlich und wirtschaftlich aus.

Ich lade Sie alle deshalb sehr gern ein, ein solches Projekt kennenzulernen oder den großen interkulturellen „Nachtwandel“ zu erleben, in welchem sich in einer langen Nacht alle diese Projekte präsentieren. Wandeln Sie mit mir gern einmal durch eine Nacht in Mannheim.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Vereinzelt Heiterkeit – Staatssekretär Jürgen Walter: Mannheimer Nächte sind lang!)

Über notwendige Erhöhungen bei den verschiedenen Einrichtungen mit struktureller Unterdeckung, mit Personalkostensteigerungen, notwendigen Bauinvestitionen oder Sanierungsaktivitäten wurde und wird hier berichtet. Dies gilt für die Filmakademie und die Filmförderung, für das Literaturarchiv Marbach, das ZKM, die Popakademie, die Akademie für Darstellende Kunst, das Badische Staatstheater, die Württembergischen Staatstheater, die kommunalen Theater und Museen und die Kunst- und Musikhochschulen. Alle haben mehr Geld gebraucht – alle haben mehr Mittel bekommen.

Alles in allem verfolgen wir ein ehrgeiziges Programm – das ist wahr –, um trotz Einsparauflagen die richtigen und zukunftsfähigen Weichenstellungen vorzunehmen, um kulturelles Erbe zu sichern und Neues zu ermöglichen – und das im Sinne Odo Marquards: Herkunft braucht Zukunft – Zukunft braucht Herkunft. Lassen Sie uns vor diesem Hintergrund gemeinsam unsere Kulturpolitik gestalten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kern – Dr. Kern, Entschuldigung.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Jetzt aber!)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Kein Problem, Herr „Dr. Exler“.

(Heiterkeit – Zuruf: Das sind wir so nicht gewohnt!)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die Vertreter von Grünen und SPD über den Kunstbereich reden höre, dann frage ich mich, warum ich mich eigentlich im Studium der katholischen Theologie mit dem eschatologischen Vorbehalt herumgeplagt habe. Denn mit Grün-Rot ist das Paradies unmittelbar auf der Erde erschienen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wir arbeiten fleißig daran! – Zurufe von den Grünen und der SPD: Jawohl! – Weiter so!)

*(Dr. Timm Kern)*

Zurück zur Realität. Im Bereich der Kunst fehlt es dem grünen Staatssekretär leider an einem ordnungspolitischen Kompass. Vordergründig wird das Schauspiel inszeniert: Bei Grün-Rot hat die Kunst endlich wieder einen Stellenwert. Festgemacht wird dies beispielsweise daran, dass die 2:1-Förderung für Kulturinitiativen und soziokulturelle Zentren, von allen Fraktionen angestrebt, jetzt endlich erreicht wurde.

Schaut man aber hinter den Vorhang, dann ist hier schon wieder ein Deckel eingefügt, das heißt eine Obergrenze für die maximale Förderung. Das trifft vor allem diejenigen, die erfolgreich Mittel bzw. kommunale Zuschüsse einwerben. Auch wenn Sie es nicht gern hören: Außerdem haben Sie für die 2:1-Förderung 2 Millionen € aus dem 5 Millionen € umfassenden Innovationsfonds Kunst abgezogen,

(Staatssekretär Jürgen Walter: Hör doch auf!)

hinter dem Rücken des Parlaments, das dafür noch 5 Millionen € beschlossen hatte. Die Mittel waren eigentlich für innovative Projekte und nicht für eine Grundförderung gedacht, die eben aus einem anderen Topf hätte kommen müssen. Da wir so etwas ahnten, beantragten wir in den vergangenen Haushaltsberatungen eine konkrete Ausgestaltung des Innovationsfonds. Ein Teil der Mittel hätte demnach für Kooperationsprojekte von Schulen und Kunstschaffenden, ein weiterer Teil für einen Wettbewerb mit Jury für innovative Kulturprojekte und schließlich ein Teil für eine Koordinierungsstelle zur Provenienzforschung ausgegeben werden sollen. Ziel war ein transparentes Verfahren und ein fairer Zugang zu den bereitgestellten Mitteln. Der Antrag der FDP/DVP-Landtagsfraktion wurde als Oppositionsantrag natürlich abgelehnt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So sind sie halt!)

Immerhin, wenn auch sehr spät, hat das Ministerium dann doch noch eine Jury einberufen. Für die Kooperationsprojekte Schule/Kulturschaffende wurden im Haushalt 2013/2014 Mittel an anderer Stelle veranschlagt.

So verstärkt sich die von unserer Seite immer wieder geäußerte Befürchtung, dass der Kulturhaushalt zunehmend zu einer intransparenten Schatulle wird, aus der der grüne Staatssekretär nach eigenem Gutdünken Wohltaten verteilt.

(Lachen des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Zählen Sie doch einmal die Summen zusammen! Das stimmt doch gar nicht! Herr Schmiedel, haben Sie einen Taschenrechner dabei?)

Bestätigt wird dies durch eine massive Kürzungsrunde im jetzt vorliegenden Kulturhaushalt 2013/2014, die nahezu ausschließlich zulasten der kleineren und freien Theater geht. Da Sie einen Antrag der FDP/DVP-Fraktion auf Rücknahme dieser einseitigen Kürzungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss abgelehnt haben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

haben wir für die besonders betroffene Gruppe der kleinen Bühnen diesen Antrag noch einmal gestellt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Herr Staatssekretär, so, wie Sie verfahren, nach eigenem Gutdünken und ohne ordnungspolitischen Kompass, demotivieren Sie Kulturschaffende. Gerade in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel im Kulturbereich stellen sich die Fragen der Transparenz und Fairness umso dringender. Dessen sollten Sie sich annehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Walter das Wort.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Mein Gott, Walter! – Unruhe)

**Staatssekretär Jürgen Walter:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn die Abgeordneten Rösler und Kern ihren Dialog beendet haben, kann ich beginnen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist Sache des Präsidenten! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist die neue Überheblichkeit!)

Herr Kollege, ich kann Sie beruhigen. Wir haben nicht den Anspruch, dass wir im Paradies sind. Grün-Rot ist nicht das Paradies, auch nicht das künstlerische Paradies. Die Freiheit des Denkens, die Freiheit des Geistes hat erst mit der Vertreibung aus dem Paradies begonnen. Grün-rote Kulturpolitik wird nie die Kreativität, die Freiheit des Denkens einschränken. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist schon ein bisschen auffallend, was Sie bei diesen Haushaltsberatungen – das sollten Sie sich als Opposition abgewöhnen; dieser Hinweis gilt ausnahmsweise für den Kulturbereich nur für die FDP/DVP – vermitteln: Die Menschen in Baden-Württemberg haben nicht den Eindruck, dass sie in Afghanistan leben. Aber Sie tun bei jedem Haushaltstitel so, als ob Baden-Württemberg gar nicht mehr existieren würde.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auch wenn man in der Opposition ist, lebt man nicht im Feindesland. Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das können die nicht!)

Da kann man auch konstruktiv mitgestalten. Das tun Sie leider nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das tun wir doch!)

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen: Wir stehen vor einer großen Herausforderung, was die Sanierung des Haushalts anbelangt. Trotzdem – ich weiß nicht, was für einen Haushaltsentwurf Herr Dr. Kern zugespielt bekommen hat;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir erhalten den Haushalt! Da wird nichts zugespielt!)

offensichtlich hat er nicht dieselbe Fassung wie alle anderen – frage ich: Wo sind denn die flächendeckenden Kürzungen

*(Staatssekretär Jürgen Walter)*

im Kulturhaushalt? Das Gegenteil ist doch der Fall. Noch um Pfingsten herum haben die „Stuttgarter Nachrichten“ getitelt: „Kahlschlag in der Kultur“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Recht haben sie gehabt!)

Was ist denn von dieser Überschrift übrig geblieben? Nichts, gar nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Wer hat denn diese Überschrift lanciert? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir können doch nichts für Ihre Listen!)

Meine Damen und Herren, das kommt daher, dass die beiden Fraktionen, die diese Regierung tragen, ein klares Statement abgegeben haben, das lautet: Wir stehen zu Kunst und Kultur in Baden-Württemberg. Denn Kunst macht reich. Deswegen werden Kunst und Kultur von diesen beiden Fraktionen hier auch weiterhin stark unterstützt werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe)

Ein letztes Beispiel – da sollte Herr Dr. Kern ausnahmsweise einmal zuhören –: Die beiden Regierungsfraktionen haben noch einmal 200 000 € pro Jahr bereitgestellt, um die kulturelle Bildung außerhalb der Ballungsräume und der Ballungszentren zu stärken.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Glücklicher ländlicher Raum!)

Dafür danke ich sowohl den Grünen als auch der SPD. So gestaltet man Kulturpolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir haben das ausdrücklich mitgetragen!)

– Sie tragen das mit. Dafür danke ich Ihnen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir haben im Ausschuss auch dafür gestimmt! Das nur der Vollständigkeit halber!)

– Aber der Antrag kam nun einmal vonseiten der Koalitionsfraktionen. Herr Kollege Dr. Birk, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie hierzu gar keine Änderungsanträge gestellt haben. Das zeigt, wie zufrieden Sie mit dem sind, was wir machen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Mit diesem Punkt sind wir zufrieden! – Abg. Sabine Kurtz CDU: „Paradies“! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eher Apokalypse!)

Das ist ja auch okay. Wir haben Kunst- und Kulturpolitik seit jeher im Konsens gemacht. Ich hoffe, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird, und baue auch darauf.

Meine Damen und Herren, ein Weiteres war uns sehr wichtig – der Kollege Manfred Kern hat schon darauf hingewiesen –: Wir stärken die Ausbildung im Bereich Film, etwa mit der Filmakademie.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist sein Lieblingskind!)

Wir dürfen natürlich nicht vergessen, dass auch die Hochschule für Medien hier in Stuttgart eine sehr gute Ausbildungsstätte in diesem Bereich ist. Als beispielsweise Pixomondo einen Oscar für Visual Effects bekommen hat,

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Dafür können Sie aber nichts!)

waren ca. 50 % der Menschen, die dort gearbeitet haben, in Ludwigsburg ausgebildet, und die anderen 50 % hatten eine entsprechende Ausbildung in Stuttgart absolviert. Wir können stolz darauf sein, solche Ausbildungsstätten in Baden-Württemberg zu haben. Diese Ausbildungsstätten werden wir auch weiterhin stärken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Weil wir wissen, dass der Bereich Visual Effects, Animation insbesondere bei den amerikanischen Blockbuster-Filmen einen immer größeren Anteil am Gesamtbudget einnimmt, und weil wir wissen, dass damit auch Arbeitsplätze in Baden-Württemberg geschaffen werden können, stärken wir den Animationsbereich, das Animationscluster Stuttgart im nächsten Jahr sowie im übernächsten Jahr

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist unsere Film-Koalition! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– ruhig bleiben! – nochmals mit 700 000 € pro Jahr.

Einer der herausragenden Leuchttürme in Baden-Württemberg ist bekanntlich das Deutsche Literaturarchiv Marbach.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Es ist vom Wissenschaftsrat als herausragende Einrichtung mit internationaler Ausstrahlung eingestuft. Das Deutsche Literaturarchiv erhält zusätzlich jeweils 450 000 € in den beiden kommenden Jahren. Das hat auch damit zu tun, dass das Suhrkamp-Archiv übernommen wurde. Wir unterstützen die Arbeit, die dort gemacht wird. Das ist eine ganz hervorragende Einrichtung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, zusammen mit der Stadt Karlsruhe das strukturelle Defizit – es hat, Herr Kollege Dr. Birk, über Jahre hinweg bestanden – beim Zentrum für Kunst- und Medientechnologie in Karlsruhe zu beseitigen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Da ist viel Licht! – Unruhe)

Wir stellen dafür 900 000 € pro Jahr zur Verfügung; die Stadt Karlsruhe stellt ebenfalls 900 000 € pro Jahr zur Verfügung. Das, meine Damen und Herren, ist ein weiterer Meilenstein in unserer grün-roten Kulturpolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie vereinnahmen die Kultur zu sehr! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

*(Staatssekretär Jürgen Walter)*

Wir alle haben das Problem gesehen, dass die Mittel der Zukunftsoffensive bei der Popakademie ausgelaufen sind. Da stellen wir in beiden Jahren jeweils 500 000 € zur Verfügung. Denn auch die Popakademie hat sich in den letzten Jahren prächtig entwickelt. Auch diesen Leuchtturm werden wir zukünftig noch weiter stärken.

Ebenso haben wir – weil auch dort dasselbe Problem besteht – die Akademie für Darstellende Kunst mit mehr Mitteln ausgestattet. Dort läuft zurzeit eine Evaluation. Danach werden wir sehen: Wo steht diese Einrichtung, und wie müssen wir sie weiterentwickeln?

Meine Damen und Herren, es ist uns trotz der Sparauflagen gelungen, im Kulturbereich das Geld zusammenzuhalten. Mehr noch – ich habe ein paar Beispiele genannt, vom Kollegen Kern wurden auch schon einige genannt –: Wir haben noch einmal zusätzliche Millionen in die Hand genommen. Das ist ein großer Erfolg unserer Kulturpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir alle wissen – das wurde schon von Kollegin Kurtz angesprochen –: Eine besondere Herausforderung für die öffentlichen Haushalte stellen die Tarifsteigerungen dar. Wir alle wissen: Die Kultureinrichtungen können nur gut sein, wenn sie motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben.

Ich kann Ihnen versichern: Trotz der schwierigen Haushaltslage ist die Landesregierung auch hier ein verlässlicher Partner. In vielen Bereichen wie z. B. den Staatstheatern, den Kommunaltheatern, den Festspielen und den staatlichen Museen

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

werden wir die Tarifsteigerungen anteilig ausgleichen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass es uns endlich gelungen ist, mit der Stadt Tübingen einen Vertrag zu schließen, mit dem wir bis zum Jahr 2017 die 70:30-Finanzierung beim Landestheater Tübingen erreichen. Auch das garantiert übrigens das Ausgleichen der Tarifsteigerung. Auch das war im letzten Jahr ein wichtiger Schritt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Stadt Tübingen dankt!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort zur Soziokultur sagen. Ich finde es schon etwas absurd, wenn eine Partei wie die FDP, die 15 Jahre an der Regierung beteiligt war und 15 Jahre lang davon gesprochen hat, dass es eine 2:1-Förderung geben soll, jetzt, da wir diese eingerichtet haben, anfängt herumzumaulen.

Jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Wir müssen natürlich auch ans Sparen denken. Wir haben einen Oberdeckel von 350 000 € eingezogen. Von diesem Oberdeckel ist eine einzige Einrichtung in Baden-Württemberg betroffen. Was Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, meine Damen und Herren, ist: Diese Einrichtung bekommt pro Jahr 96 000 € mehr als unter Schwarz-Gelb. Das sollte man doch dann nicht immer nur verniedlichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ein Quantensprung!)

Selbst dann, wenn wir einen Deckel von 250 000 € einziehen würden, wäre nur eine einzige Einrichtung betroffen. Das zeigt: 60 soziokulturelle Zentren sind jetzt glücklich darüber, dass sie endlich anders haushalten können. Das haben sie uns zu verdanken und nicht Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Kultureller Fortschritt!)

Ich erspare es mir jetzt, dem FDP/DVP-Kollegen noch einmal zu erklären,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Er kapiert es nicht! – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

wie es sich mit dem Innovationsfonds verhält. Wir haben es so oft getan. Ich glaube, es nützt einfach nichts. Jeder in diesem Landtag hat es begriffen. Es steht auch noch im Bericht zum Haushalt 2012 – wer es noch einmal nachlesen möchte. Irgendwann ist es einfach vorbei.

Was allerdings nicht geht, Frau Kollegen Kurtz, ist, dass Sie sagen, wir würden hier Augenwischerei betreiben.

(Zuruf: Doch!)

Wir legen großen Wert darauf, dass es eine unabhängige Jury gibt. Im Übrigen ist es nicht Ihre Erfindung gewesen, Herr Dr. Kern, eine unabhängige Jury einzuführen. Vielmehr habe ich als Oppositionsabgeordneter bereits im Jahr 2006 in einem Antrag

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

die Einsetzung einer unabhängigen Jury für einen Innovationsfonds gefordert.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr gut!)

Es ist also völlig lächerlich, wenn Sie jetzt immer behaupten, Sie hätten das erfunden.

(Zuruf: Sie waren Ihrer Zeit weit voraus!)

Klar ist, meine Damen und Herren, dass dann, wenn die Jury im nächsten oder übernächsten Jahr entscheidet, dass sie 3 Millionen € ausgibt, die 3 Millionen € ausgegeben werden. Das ist doch ganz selbstverständlich. In diesem Jahr hat sie sich nicht so entschieden. Deswegen hatten wir noch 1 Million € übrig. Diese mussten wir in die GMA stellen, weil wir sonst wieder bei anderem hätten sparen müssen. Aber von Augenwischerei kann nicht ansatzweise die Rede sein.

Meine Damen und Herren, zur Konkretisierung der globalen Minderausgabe wurde schon etwas gesagt. Deshalb möchte ich darauf nicht mehr eingehen.

Lassen Sie mich noch etwas zur Orchesterfusion sagen, meine Damen und Herren. Ich halte diese Orchesterfusion – deshalb habe ich im Rundfunkrat auch dagegen gestimmt – für einen völlig falschen Schritt,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

*(Staatssekretär Jürgen Walter)*

völlig unabhängig von der Frage, ob das verbleibende Orchester – „verbleibend“ muss man hier schon fast in Anführungszeichen setzen – in Stuttgart oder in Freiburg ressortieren wird. Man hat sich jetzt für Stuttgart entschieden. Man führt hier zwei Orchester zusammen, die ganz unterschiedlich sind. Man zerstört hier wirklich kulturelle Vielfalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Das haben Sie nie gesagt!)

– Natürlich, das habe ich im Rundfunkrat immer gesagt. Frau Kurtz, das ist der Unterschied zu Ihnen. Es entscheidet ja nicht der Landtag, ob diese Orchester fusioniert werden oder nicht, sondern das entscheidet der Rundfunkrat. Ich habe nichts gegen Ihren Antrag in der Sache gehabt, nur sind wir in der Sache nicht zuständig. Ich hätte mir gewünscht, dass wenigstens einer der CDU-Abgeordneten oder jemand aus der CDU-Riege, der als Vertreter irgendeiner anderen Organisation im Rundfunkrat ist, in Ihrem Sinn das Wort erhoben hätte. Keine und keiner hat es getan, und das ist das Problem.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die CDU ist es!)

In der Sache sind wir uns vollkommen einig. Das ist wirklich eine Maßnahme von Technokraten, die von Musik im Allgemeinen und von Orchestern im Besonderen nichts verstehen.

Ich frage mich auch: Was passiert mit den Donaueschinger Musiktagen? Ist das das Nächste, was eingerissen wird, wenn wir gar nicht mehr das dazu passende Orchester haben werden? Wir müssen höllisch aufpassen, was beim SWR passiert. Auf jeden Fall war das eine der negativsten Schlagzeilen in diesem Jahr, was den Kulturbereich in Baden-Württemberg betrifft.

Heuneburg: Ich habe bereits als Oppositionsabgeordneter einen Antrag gestellt, dass die Landesregierung aktiv werden soll. Frau Kurtz, Sie hätten die Chance gehabt, damals meinem Antrag zuzustimmen. Das ist leider nicht geschehen. Der Kollege Löffler hat es, glaube ich, gemacht und hat ihn unterstützt. Ich kann Ihnen versichern, wir sind da vollkommen einig mit Ihnen; auch der Ministerpräsident ist dieser Meinung. Wir werden gemeinsam mit dem Kollegen Rust nach einer Lösung suchen. Selbstverständlich ist die Heuneburg ein herausragender Ort der frühen Keltensiedlungen in ganz Europa. Das müssen wir sichern.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Das ist ein wichtiger Bestandteil unseres kulturellen Erbes. Sie können sich darauf verlassen: Wir haben jetzt ungefähr noch ein Jahr Zeit, und bis Ende nächsten Jahres wird es eine Lösung geben.

Noch ein Wort zur Württembergischen Landesbibliothek: Ich bin wirklich unglücklich darüber, wie das gelaufen ist. Manchmal muss man sich eben den Fakten beugen. Wir sind aber alle dran; das gilt auch für das Finanzministerium, das gilt auch für die SPD. Da gibt es gar keinen Keil zwischen uns. Wir werden versuchen, möglichst schon beim Nachtrag 2014 weitere Gelder einzusetzen. Das ist unser Bestreben. Die Situation ist so, wie Sie sie geschildert haben, vollkommen richtig geschildert. Wir müssen bei der Württembergischen Landesbibliothek endlich handeln. Aber ich sage Ihnen noch einmal: Wir regieren seit eineinhalb Jahren, und die Missstände, die dort herrschen, sind nun wirklich schon ein paar Jahre älter.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: 1994 ist es zum ersten Mal versprochen worden! Von Ihnen!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur kulturellen Bildung sagen, weil die kulturelle Bildung eine der zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren sein wird. Es wird ganz wichtig sein, dass wir uns da zusammen mit dem Kultusministerium einigen werden, die Vorschläge, die auch vom Fachbeirat Kulturelle Bildung gemacht wurden, mit in die Bildungspläne einfließen zu lassen. Denn selbstverständlich muss kulturelle Bildung an den Orten stattfinden, wo wir alle Kinder und Jugendlichen antreffen, und das sind nun einmal die Schulen. Wenn diese Angebote nicht nur für eine bestimmte Gruppe gelten sollen, dann müssen sie in der Schule gemacht werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir immer mehr Ganztagsschulen bekommen. Deswegen werden wir in diesem Sinn arbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kurtz?

**Staatssekretär Jürgen Walter:** Das ist dann zwar schon eine Abschlussfrage, aber gern.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Herr Staatssekretär, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das Thema „Kulturelle Bildung“ und den Fachbeirat Kulturelle Bildung noch einmal angesprochen haben. Ich hatte es aus meiner Rede gestrichen, weil die Zeit sonst nicht gereicht hätte. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Sie die Zusage gegeben haben, dass die Empfehlungen, die der Fachbeirat Kulturelle Bildung erarbeitet hat, in die Bildungspläne, die das Kultusministerium jetzt erarbeiten will, einfließen werden? Denn in der letzten Sitzung, die wir gemeinsam erlebt haben, gab es ziemlich großen Unmut vonseiten der Kulturschaffenden, die sich beklagt hatten, dass sie zwei, drei Jahre lang in Beiräten und Arbeitsgruppen diese konkreten Maßnahmen und Empfehlungen erarbeitet hatten und das Kultusministerium dann – in Ihrem Beisein – erkennen ließ, dass es überhaupt keine Vorstellung davon hatte, wie jetzt diese konkreten Empfehlungen in den Bildungsplan einfließen könnten.

Sie müssen mir wahrscheinlich zustimmen, dass es sehr beunruhigend war, welche Aussagen dort von Frau Dr. Ruep gemacht wurden.

Also: Sind Sie mittlerweile einen Schritt weiter, und können Sie konkret sagen, wie die Empfehlungen dieses Fachbeirats in den Bildungsplan einfließen werden?

Danke schön.

**Staatssekretär Jürgen Walter:** Vielen Dank für die Nachfrage. Ich weiß nicht mehr, ob Sie ein bisschen früher gegangen sind. Am Ende hatte Kollege Staatssekretär Mentrup nochmals zusammengefasst, was aus seiner Sicht zu tun ist. Dabei hat er klare Aussagen gemacht, und zwar klare Aussa-

*(Staatssekretär Jürgen Walter)*

gen dahin gehend, dass zukünftig zwei Vertreter dieses Fachbeirats in dem Beirat, der die Bildungspläne erarbeitet, Mitglied sein werden. Natürlich kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen, was da konkret einfließt, denn das ist ein Prozess, der jetzt erst einsetzt. Aber die Kulturschaffenden sind zukünftig in diesem Beirat vertreten.

Das Zweite, was Staatssekretär Mentrup zugesagt hat – darauf beziehe ich mich in meinen Aussagen –: Wenn der Beirat für die Bildungspläne getagt hat, wird es wieder eine Sitzung des Fachbeirats Kulturelle Bildung geben, und dann wird noch einmal im gesamten Fachbeirat darüber gesprochen, inwieweit wir damit zufrieden sind oder welche Änderungen wir möchten.

Vonseiten des Kultusministeriums liegen da also zwei ganz klare Aussagen vor. Deswegen können wir der Sache beruhigt entgegensehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen ganz zum Schluss noch eine Botschaft für das neue Jahr mitgeben; denn wir müssen ja auch im nächsten Jahr wieder Kulturhaushaltsverhandlungen führen. Ich beziehe mich auf Jens Jessen in einer Ausgabe der „Zeit“ vom Juli 2011. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident:

> *Es muss möglich sein, und zwar für jedermann, den Weg zu ermessen, den die Kunst von Velásquez bis Rothko zurückgelegt hat; wer ihn nicht kennt, weiß weder, aus welcher Welt wir kommen, noch, in welcher wir heute leben.*

In diesem Sinn: Frohe Weihnachten!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das Geld wird erst nach der dritten Lesung ausgegeben!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2614. Die hierzu vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Wir kommen zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung. Ich schlage vor, die Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 1 und Abschnitt I Ziffer 2 der Beschlussempfehlung, also Kapitel 1401 – Ministerium – und Kapitel 1402 – Allgemeine Bewilligungen –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 1401 und Kapitel 1402

Wer den beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit hat die Mehrheit diesen beiden Kapiteln zugestimmt.

Wir kommen zu Abschnitt I Ziffer 3 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 1403

Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen

Zu diesem Kapitel liegen der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2714-6, sowie der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2714-1, und der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2714-4, vor.

Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt worden.

Als Nächstes stelle ich den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2714-1, zur Titelgruppe 71 zur Abstimmung. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Entschließungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle nun den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2714-4, zur Titelgruppe 78 zur Abstimmung. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 1403 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1403 mit den soeben beschlossenen Änderungen zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1403 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 4 bis 7 – Kapitel 1405 – Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten – bis Kapitel 1408 – Ausbildungsförderung – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 1405 bis Kapitel 1408

Wer den vier Kapiteln 1405 bis 1408 in den Ziffern 4 bis 7 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 8 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studierenden im Hochschulwesen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1409 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 9 bis 61 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 1410 – Universität Freiburg einschließlich Klinikum – bis Kapitel 1480 – Württembergische Staatstheater Stuttgart – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 1410 bis Kapitel 1480

Wer den 53 Kapiteln 1410 bis 1480 gemäß der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit einstimmig zugestimmt.

*(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)*

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 62 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Dazu gibt es den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2714-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 1481 abzustimmen. Wer stimmt Kapitel 1481 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit ist diesem Kapitel zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 63 bis 72 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 1482 – Staatliche Kunsthalle Karlsruhe – bis Kapitel 1495 – Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 1482 bis Kapitel 1495

Wer diesen zehn Kapiteln 1482 bis 1495 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 73 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allg. Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

Dazu liegen der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2714-3, und der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2714-5, vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 1499 abzustimmen. Wer dem Kapitel 1499 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2614, abzustimmen. Hier schlägt Ihnen der Finanz- und Wirtschaftsausschuss vor, Kenntnis zu nehmen, soweit der Einzelplan 14 berührt ist. – Sie stimmen dem zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Ich rufe die **Punkte 3 c bis f sowie 4 und 5** der Tagesordnung auf:

**Punkt 3 c:**

**Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2606**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

**Punkt 3 d:**

**Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2607**

**Berichterstatterin für den Bereich allgemeine Wirtschaftspolitik: Abg. Andrea Lindlohr**

**Berichterstatter für die Bereiche Wohnungswesen, Städtebau und Denkmalpflege: Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke**

**Punkt 3 e:**

**Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2612**

**Berichterstatter: Abg. Tobias Wald**

**Berichterstatter für den Bereich Kommunaler Finanzausgleich: Abg. Andreas Schwarz**

**Berichterstatter für den Bereich Staatlicher Hochbau: Abg. Karl-Wolfgang Jägel**

**Punkt 3 f:**

**Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – Drucksache 15/2560**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2616**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

**Punkt 4:**

**a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2013/14 – Drucksache 15/2561**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2617**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da geht es um die Schuldenbremse! Das interessiert die Regierung nicht so arg!)

**b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/503**

*(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)*

**c) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/632**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/2626**

**Berichterstatter: Abg. Jürgen Filius**

**Punkt 5:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 20. November 2012 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016 – Drucksachen 15/2562, 15/2618**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung der Tagesordnungspunkte 3 c bis f sowie 4 und 5 eine Gesamtredezeit von 20 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass in einer ersten Runde zunächst Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft) – und in einer zweiten Runde die beiden anderen Einzelpläne einschließlich der Gesetzentwürfe und der mittelfristigen Finanzplanung erörtert werden.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Nein.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler für die CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU bringt das Spiel „Spitz, pass auf!“ mit an das Rednerpult. – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Er bringt ein Tischfeuerwerk mit!)

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftsmotor in Baden-Württemberg läuft gut. Die Schwellenländer fragen unsere Industriegüter verstärkt nach. Zusätzlich beflügelt der Werteverfall des Euro den Außenhandel. Die private Nachfrage treibt die Binnenkonjunktur.

Die Vorgängerregierung, aber auch die Große Koalition auf Bundesebene in Berlin haben nach der weltweiten Finanzkrise die richtigen Impulse für ein gleichgewichtiges binnenwirtschaftliches und exportorientiertes Wachstum gesetzt.

Mit dem konjunkturellen Höhenflug könnte es bald vorbei sein. Mit höheren Hartz-IV-Sätzen, Garantierenten, Bürgerversicherungen und gesetzlichen Mindestlöhnen gepaart mit einer ausufernden Staatsverschuldung und noch mehr Bürokratie – wie durch das Tariftreuegesetz – werfen Grüne und Sozialdemokraten Sand ins Getriebe.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Quatsch! Das ist doch Quatsch!)

Der Mittelstand darf sich auf Steuererhöhungen einstellen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Quatsch!)

Der Spitzensteuersatz wird angehoben. Die steuerlichen Vergünstigungen für Betriebsvermögen sollen gekappt werden. Mit einer Vermögensabgabe wollen die Grünen in zehn Jahren 100 Milliarden € einsammeln – neben den Einnahmen aus der Vermögensteuer, versteht sich. Mit einer Verdopplung des Erbschaftsteuersatzes soll Kasse gemacht werden. Die Aussichten für unsere Wirtschaft sind wie die für das Wetter: trüb und frostig.

(Beifall bei der CDU)

Die Politik muss den Wirtschaftsmotor tunen und darf den Wagen nicht auf den Felgen fahren lassen. Leider dreht der Einzelplan 07 auch noch den Benzinhahn zu. Die Mittel für die Erschließung ausländischer Märkte und für Firmenansiedlungsprojekte, ein Standbein unserer Wirtschaft, werden um 25 % bis 50 % gekürzt. Bei der Förderung der Eigenkapitalausstattung, von Existenzgründungen und von Firmenübernahmen wird mit dem Rotstift mehr als die Hälfte des Fördervolumens gestrichen. Eine solide Eigenkapitalbasis ist nach Basel II und III wichtiger denn je. Haben Sie das vergessen?

Schlimmer noch: Die Förderung der Existenzgründerberatung wird 2014 völlig auf Eis gelegt. Gerade Existenzgründer, die ohnehin mit strikten Regulierungen, einem schwierigen Zugang zu Wagniskapital und hoher Steuerlast kämpfen, schmerzt dies besonders. Es schmerzt, dass Grün-Rot das Potenzial von Existenzgründerinnen, die bei uns noch „weiße Raben“ sind, völlig ausblendet.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht sind Einsparungen unabwendbar. Aber dann, bitte schön, sind die Verwaltungskosten – sowohl die Sachausgaben als auch die Personalausgaben – in gleichem Maß zu reduzieren. Genau das passiert jedoch nicht. Im Gegenteil: Sie steigen in manchen Branchen sogar über die Hälfte des bisherigen Ansatzes.

Die Kosten für Dienstreisen bleiben nahezu unverändert. Es wird offenbar ein zusätzlicher Wandertag im Ministerium eingeschoben.

Trotz Rekordeinnahmen wird die Wirtschaft kurzgehalten. Aber der Finanzminister hat eine glänzende Idee: Datendiebe sollen für Geld Informationen über Steuersünder besorgen. Als staatlicher Hehler stellen wir jedes Jahr 200 000 € bereit.

(Abg. Peter Hauk CDU: Hört, hört!)

Das freut das Petzer- und Denunziantenherz. Aber warum so wenig? Nicht nur Schwarzgeldsünder, auch Schwarzseher, Schwarzfahrer und Schwarzarbeiter nehmen dem Staat Einkünfte weg.

Herr Minister, ich habe Ihnen ein Nikolausgeschenk mitgebracht: das Spiel „Spitz, pass auf!“.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Damit können Sie mit Ihrer Tochter schon einmal ins Trainingscamp.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich dachte schon, das sei das Tischfeuerwerk von heute Morgen!)

*(Dr. Reinhard Löffler)*

Zu Steuerdaten-CDs kann man rechtsstaatlich unterschiedliche Positionen einnehmen. Ich bin nicht der Gralshüter der Wahrheit, und Juristerei ist eine Geisteswissenschaft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist gewiss wahr!)

Aber eines geht nicht: mit unseren Schweizer Nachbarn Gespräche und Verhandlungen zu führen und von ihnen Zugeständnisse einzufordern, die auch gemacht wurden, obwohl auf Seite 81 des Entwurfs des Einzelplans 06 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – in Titel 546 49 – Vermischte Verwaltungsausgaben – seit Monaten ein Judaslohn steht. Gab es mit unseren Schweizer Nachbarn vielleicht ein Kommunikationsdefizit? Mittag, Nachmittag oder Mittwoch? Wir kennen das schon von heute Morgen. Haben Sie mit falschen Karten gespielt oder Verhandlungsbereitschaft nur vorgetäuscht? Aus Ihrer Fraktion kenne ich das ja in anderem Zusammenhang.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

Verhandeln hat mit Glaubwürdigkeit zu tun. Die haben Sie enttäuscht. Sie haben den Ministerpräsidenten ins Messer laufen lassen und unserem Land geschadet. Ich fremdschäme mich für Ihr Verhalten, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Technologietransfer soll künftig ein Schwerpunkt sein. Bitte schön. Aber warum wird dann die institutionelle Förderung um mehr als die Hälfte reduziert, das Fördervolumen von 24 Millionen € auf 45 Millionen € angehoben und die Zahl der Bewilligungen um 40 % zurückgefahren?

Nur in einem ist Grün-Rot konsequent: Bei weniger Anträgen und weniger Bewilligungen steigen die Verwaltungskosten überproportional. Haben wir da ein Managementproblem?

Der Einzelplan 07 trägt auch Bildungskosten. Hätten wir noch einen Juliusturm, wäre das eine schöne Sache. Den haben wir aber seit Erhards Zeiten nicht mehr.

Unter der Überschrift „Mittelstandsförderung“ leisten wir es uns, mit 2,5 Millionen € eine internationale Schule in Freiburg zu fördern,

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

das United World College – trotz der Mahnungen des Rechnungshofs.

3,2 Millionen € fließen in Weiterbildungsmaßnahmen für bildungsferne Gruppen, und für 700 000 € werden zusätzliche Ausbildungsplätze durch Betriebskooperationen gefördert, obwohl es mehr offene Ausbildungsplätze als Auszubildende gibt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Von dem Spiel „Spitz, pass auf!“ machen wir nachher noch ein Bild!)

Macht das Sinn? Aber bei den örtlichen Leistungsschauen im klassischen Binnenmarkt regiert der Rot-Grün-Stift: Sie gehen leer aus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Um Gottes willen! – Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Die kleinen Handwerker vor Ort sollen sehen, wie sie klarkommen. Die zählen nicht zur rot-grünen Klientel. Die wird eher bei der Kreativwirtschaft vermutet. Diese darf sich freuen. Ihre Werbebroschüren werden mit Innovationsgutscheinen gefördert. Innovationsgutscheine waren eine Erfolgsgeschichte der alten Landesregierung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Löffler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Gern, ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ihre vorhergehenden Einwürfe haben mich doch verwundert, denn die Maßnahmen, die jetzt zur Förderung der beruflichen Bildung aufgesetzt werden, gehen auf eine Empfehlung der Enquetekommission „Berufliche Schulen“ des Landtags zurück. Ihre Kollegin hat heute Morgen zu Recht betont, dass es wichtig ist, die Beschlüsse dieser Enquetekommission weiter umzusetzen. Ihre Kritik daran verstehe ich nicht.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Das United World College ist nicht Bestandteil der Arbeit dieser Enquetekommission gewesen, und Sie waren nicht bei den Beratungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft dabei. Dort sind die Ausgaben vom Rechnungshof kritisiert worden.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Der war nicht bei der Enquetekommission dabei!)

– Ja, dann tut es mir leid. Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Löffler, nachdem Sie gerade eine Zwischenfrage beantwortet haben, möchte ich jetzt Gäste auf der Zuhörertribüne begrüßen, weil ich nicht weiß, wie lange Sie noch reden werden. Sie haben nämlich eine lange Redezeit. Das muss ich nun machen. – Danke für Ihr Verständnis.

Unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Willkommensgruß der Premierministerin der Provinz Westkap der Republik Südafrika, Frau Helen Zille.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Zille stattet mit ihrem Mann und einer Delegation mit Vertretern der Reinhold-Maier-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung dem Land Baden-Württemberg in diesen Tagen einen Besuch ab. Anlass für den Besuch ist, dass ihr am morgigen Samstag hier in Stuttgart von Herrn Professor Dr. Goll für ihre Verdienste um den Liberalismus die Reinhold-Maier-Medaille der Stiftung verliehen wird.

Sehr verehrte Frau Premierministerin, sehr geehrte Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserem Bundesland Baden-Württemberg mit interessanten Begegnungen und Gesprächen. Noch einmal herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sie haben wieder das Wort, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Danke schön. – Diesen Wünschen schließe ich mich gern an.

Die Kreativindustrie ist ohne Frage ein wichtiger Dienstleistungsbereich. Aber die Privilegierung ihres Vertriebs ist beihilferechtlich bedenklich und nicht nachvollziehbar.

Bei Städtebau und Denkmalpflege erhöhen Sie die Personalausgaben um 500 000 € – das kennen wir schon – und reduzieren die Zuschüsse um 20 Millionen €. Mir tut es leid, dass die Heuneburg zugeschüttet und das Freilichtmuseum geschlossen wird. Der heutige grüne Kulturstaatssekretär hat seinerzeit mit dicken Backen von der alten Landesregierung vehement und zu Recht den Ausbau der ältesten Keltensiedlung nördlich der Alpen gefordert, doch kürzlich hat er seine Backen bei der Eröffnung der Großen Landesausstellung „Die Welt der Kelten“ mit Schaumwein gefüllt, und heute kam auch nicht viel mehr.

(Vereinzelt Beifall – Minister Franz Untersteller: Was? Er hat doch gesagt, dass er etwas gibt!)

Bei der Landeswohnraumförderung bleibt die Landesregierung trotz voluminöser Umstrukturierungen hinter den eigenen Erwartungen zurück. Gefördert werden soll der soziale Mietwohnungsbau. Der Pferdefuß liegt aber in den energetischen Anforderungen, die weit über das übliche Maß hinausgehen. Gerade das ist bei einem sozial ausgerichteten Programm kontraproduktiv. Das Ziel der Mietwohnraumförderung muss sein, die schwierige Situation am Wohnungsmarkt zu verbessern, und nicht, den Klimaschutz zu fördern.

Zudem ist völlig unklar, ob die EU-Kommission dieses Null-Zins-Programm auch so zulassen wird und ob die Zusagen überhaupt eingehalten werden können. Das Ministerium hat schlichtweg vergessen, dieses Programm mit der EU-Kommission abzustimmen. Peinlich. Wie es weitergeht, wissen wir nicht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Ich sehe es aber auch als kritisch an, dass der Ausbau der Mietwohnraumförderung zulasten der Eigentumsförderung durchgeführt werden soll. Wohnungseigentum ist eine der zentralen Sicherungen im Alter, aber auch junge Familien wollen ein besseres und großzügigeres Wohnen ermöglicht bekommen. Das Ziel, einkommensschwache junge Familien in eigenen Wohnraum zu bringen, wird leider verfehlt. Herr Minister, ich bin gespannt, wie Sie das den Menschen im Land erklären.

Der Einzelplan 07 lässt eine klare strategische Hand vermissen. Er unterstützt unsere Wirtschaft nicht, er schadet ihr vielmehr. Denkmalschutz und Wohnungsbau sind Rohrkrepierer.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Vor Weihnachten haben die Menschen vor lauter Vorfreude glänzende Augen. Bitte zeigen Sie ihnen diesen Einzelplan nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein hoch innovatives Land.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Es nimmt den Spitzenplatz unter den Regionen der Europäischen Union ein. 86 Regionen wurden auch in diesem Jahr wieder beim Innovationsindex 2012, der vor zwei Wochen veröffentlicht wurde, verglichen. Baden-Württemberg ist auf Platz 1.

4,8 % beträgt hier der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt. Das ist wirklich eine sehr beachtliche Quote. Das wird natürlich von der Privatwirtschaft und dem Staat gemeinsam geleistet. Wir, das Land, befinden uns auf einem sehr hohen Niveau. Aber andere Regionen in Europa, die mit unserem Land im Wettbewerb stehen, machen sich auf den Weg. Deswegen ist Baden-Württemberg – weil diese Regionen verständlicherweise etwas aufgeholt haben – beim Dynamikindex innerhalb dieser Innovationsmessung nur im Mittelfeld. Hier liegt z. B. Österreich vor uns.

Das heißt, wir müssen in Baden-Württemberg etwas tun, um innovativ zu bleiben. Das wissen unsere Unternehmen ohnehin, und sie arbeiten natürlich hart an ihrer Innovationsfähigkeit. Sie haben mit uns, der grün-roten Koalition, hierfür die richtigen Partner.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn wir tun mit diesem Haushalt, auch mit dem Einzelplan 07, der Ihnen jetzt vorliegt, etwas für die Innovationsfähigkeit des Landes.

Wir haben bei uns im Land 13 Fraunhofer-Institute und drei Fraunhofer-Projektgruppen. Die wirtschaftsnahe Forschung, die den Technologietransfer sichert, ist für uns sehr wichtig. Die Fraunhofer-Einrichtungen finanzieren wir zusammen mit dem Bund. Es wurde ein Pakt geschlossen, wonach die Betriebsmittel hier jährlich um 5 % aufwachsen sollen. Daneben gibt es noch ein Sonderprogramm für Investitionen.

Diese Ausrichtung an der Innovationsfähigkeit des Landes schlägt sich im Einzelplan 07 nieder. Der Landeszuschuss für die Fraunhofer-Gesellschaften wird 2014 bei 24,8 Millionen € liegen. Zum Vergleich: 2011 waren es noch 15 Millionen €. Sie sehen, wie hier in die Innovationsfähigkeit des Landes investiert wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Für die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land sind natürlich die Institute der Innovationsallianz, die nur von uns, dem Land, grundfinanziert werden, entscheidend. Hier gibt es die KMU-Prämie. Hier besteht auch Offenheit dafür, viele kleine Aufträge zu übernehmen, damit der Technologietransfer, die Wissensübertragung von denen, die forschen, zu denen, die das Produkt konkret entwickeln, auch im Handwerk und bei kleinen Unternehmen tatsächlich ankommt.

*(Andrea Lindlohr)*

Wir haben hier ganz hervorragende Institute. Wir gratulieren z. B. ganz herzlich einem Forscherteam des NMI dazu, dass es vor Kurzem Preisträger bei einem Wettbewerb des Bundes, dem sogenannten GO-Bio-Wettbewerb, geworden ist. 1,7 Millionen € vom Bund hat dieses Institut, das ich auch in diesem Jahr besucht habe, eingeworben. Dies zeigt: Wir sichern die Substanz, und diese Institute arbeiten selbst an ihrer Exzellenz und leisten Herausragendes.

Auch das schlägt sich im Einzelplan 07 sehr stark nieder. In diesem Bereich findet ein großer Aufwuchs statt. 2014 werden die Mittel für Investitionen und Betrieb für die Institute der Innovationsallianz bei 37,5 Millionen € liegen. 2011 waren es noch 26 Millionen €. Bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss haben wir mehrheitlich noch einen weiteren Zuschuss von 1 Million € für das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung beschlossen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es gibt aber auch neue Themenschwerpunkte bei der Innovation. Deswegen bin ich sehr zufrieden damit, dass die grün-rote Landesregierung vor sechs Wochen die Landesagentur Leichtbau auf den Weg gebracht hat. Dies haben das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemeinsam mit Unternehmen und Verbänden der Wirtschaft auf den Weg gebracht. Wir gehen hier zwei Themen auf einmal an. Das eine ist die Ressourceneffizienz. Aber das Thema Leichtbau ist natürlich auch ein Thema des Strukturwandels in der bei uns sehr wichtigen Branche der Automobilwirtschaft. Die Arbeit dieser Agentur wird aber weit über das Thema Automobil hinausgehen und soll gerade auch für KMUs den Technologietransfer sichern. Ich möchte mich herzlich bei den Verbänden und den Unternehmen bedanken, dass sie bei der Landesagentur Leichtbau mit dem Land an einem Strang ziehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Einzelplan 07 als klassischer Wirtschaftshaushalt wird auch immer mehr ein Bildungshaushalt. Das halte ich für völlig richtig. Die Fachkräftesicherung wird eine der großen Herausforderungen, gerade für die kleineren Unternehmen, an denen vorbei die großen Unternehmen oft die Fachkräfte vom Markt schöpfen. Es gibt hier einige Veränderungen. Zur Umsetzung von Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben“ gibt es hier einen Mittelübertrag aus dem Einzelplan 12.

Ein Thema, das im Bereich des Wirtschaftsministeriums verankert wird, ist die Stärkung der beruflichen Weiterbildung und der Weiterbildungsbeteiligung von bildungsfernen Gruppen. Es ist gerade für das Handwerk wichtig, dass die Weiterbildung hier gesichert wird und dass wir die Fachkräfte, die wir schon haben, weiter im Technologiewandel mitnehmen. Auch das Meister-BAföG, das gemeinsam mit dem Bund finanziert wird, nimmt einen immer größeren Raum ein, weil die Zahl der Fälle steigt. Das ist auch sehr gut.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft hat mit der Allianz für Fachkräfte ein breites Bündnis aufgesetzt, um diese Themen voranzubringen. Auch das Programm „Kontaktstellen Frau und Beruf“ wurde in diesem Haushalt gesichert. Diese Kontaktstellen werden sich in Zukunft stärker danach ausrichten, Wiedereinsteigerinnen den Weg in den Beruf zu bahnen.

(Beifall bei den Grünen)

Kollege Löffler, die Existenzgründungen sind weiterhin ein Schwerpunkt dieser Koalition, und das bildet sich auch im Haushalt ab. Ich weiß nicht genau, was Sie gelesen haben. Ich sage es Ihnen: In Kapitel 0710 Titel 686 78 waren für dieses Jahr 2,1 Millionen € angesetzt, für die Jahre 2013 und 2014 liegen die Ansätze bei jeweils 2,04 Millionen €. Ich glaube, es handelt sich um eine reine Rundungsfrage. Hier findet keine Kürzung statt. Im Gegenteil, es kommen etwa 2 Millionen € dazu, nämlich aus dem Bereich des Europäischen Sozialfonds. Die tatsächliche Zahl der Fälle für die vom Land geförderte Existenzgründungsberatung kann sich damit verdoppeln.

(Zuruf von der SPD: So ist es! Verdoppelt!)

Das ist schon angelaufen. Wir haben das System insoweit verändert, als es eine Ausschreibung für die Institute gibt, damit sie an der Beratung teilnehmen können. Es gibt jetzt mehr Fälle. Sie haben eine Kürzung im Kopf. Ich glaube, Sie haben den Haushaltsentwurf an dieser Stelle nicht richtig gelesen. Die Mittel selbst sind nicht gekürzt worden, und die ESF-Mittel kommen in gleicher Höhe dazu. Es erfolgt also eine Verdopplung. Da waren Sie leider nicht richtig im Bilde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist aber richtig, dass wir auch etwas sparen – selbstverständlich sparen wir auch etwas ein –, denn man muss Schwerpunkte und Prioritäten setzen. Unsere Prioritäten habe ich Ihnen genannt. Wir sparen die geförderte Gruppenbeteiligung an Auslandsmessen für Unternehmen ein. Wenn es so ist, dass in diesem Jahr von diesen Messen mit geförderten Beteiligungen 87 % in Westeuropa und gut die Hälfte im deutschsprachigen Raum stattfanden, dann halte ich es für eindeutig, dass die Unternehmen ihre Messebeteiligung selbst auf die Beine stellen können und dass deutschsprachige Räume und auch Westeuropa keine so fernen Märkte sind, dass wir mit einer Subvention helfen müssten. Deshalb ist es völlig richtig, diesen Punkt im Programm einzustellen und dafür auf unsere Schwerpunkte Innovation und Fachkräfte zu setzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Noch ein paar Anmerkungen zur Wohnraumförderung: Gerade die FDP/DVP kritisiert sehr stark, die soziale Mietwohnraumförderung würde nicht gut genug laufen. In der Tat ist es schwierig, in einer Zeit, in der durch die Eurokrise das Zinsniveau so niedrig ist, wie wir uns das früher gar nicht vorstellen konnten, ein Zinszuschussprogramm zum Laufen zu bringen. Deshalb gehen wir einen neuen Weg. Wir wollen mit einem höheren Zuschuss an die Träger, die überhaupt noch Sozialwohnungen bauen wollen, vorankommen.

Wenn wir schauen, was 2012 ausweislich der Blauen Broschüre des Ministeriums überhaupt passiert ist, sehen wir: Im Jahr 2012 gab es 217 geförderte Mietwohneinheiten. Sicherlich hätten wir gern mehr gehabt. Aber wie war es denn 2011, als wir noch ein FDP/DVP-geführtes Wirtschaftsministerium hatten? Da waren es 203 Mietwohneinheiten. Wir haben also von 2011 nach 2012 ein Plus von immerhin 7 % zu verzeichnen.

*(Andrea Lindlohr)*

Wenn Sie sagen, unser Programm sei ein Flop, dann war Ihr Förderprogramm ja wohl ein Doppelflop. Wenn ich dann noch bedenke, dass 2007 und 2008 die Kommunen und die Wohnungsbauträger von Ihrer früheren Mehrheit absolut alleingelassen worden sind und dieses Programm auf null gesetzt wurde, dann wäre, wenn die Zahl 217 ein Flop ist, null nach mathematischen Regeln ein unendlicher Flop.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Deshalb liegt die Differenz gar nicht im Verfahren, sondern in der Sache.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie waren jetzt sehr anschaulich!)

In der Sache ist es so – das dokumentiert die FDP/DVP-Fraktion über den Antrag, den sie hier einbringt –: Sie halten gar nichts davon, dass wir seitens des Landes sozial gebundenen Mietwohnungsbau fördern. Sie wollen das schlichtweg nicht. Sie sagen, das sei unnötig und wir sollten auch die anderen Städte in den Ballungsräumen wieder aus der Gebietskulisse herauswerfen. So steht es in Ihrem Antrag.

Das sehen wir nicht so. Sie setzen voll auf die Eigentumsförderung. Wir setzen auch darauf, dass für die einkommensschwachen Haushalte, die in den Ballungsräumen nur noch schwer zum Zuge kommen, das Land die Kommunen und die Wohnungsbauträger unterstützt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Schluss: Wir unterstützen den Wandel in der Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs hin zu mehr Nachhaltigkeit. Wir nehmen das Thema Ressourceneffizienz auf die Agenda und haben dafür eine Form gefunden, wie dieses Thema gemeinsam mit der Wirtschaft vorankommen kann.

Wir wollen die Stärken, die das Land hat, die unsere Unternehmen haben, ausbauen und unterstützen, und wir wollen die Trends hin zum grünen Wirtschaften weiter zum Blühen bringen.

Die FDP/DVP-Fraktion verfolgt dabei zum Teil andere Ziele. Das ist selbstverständlich legitim, und es ist hier auch durch Anträge dokumentiert. Von den Kollegen der CDU-Fraktion gab es zum Einzelplan 07 – ich habe extra noch einmal geschaut – nicht nur hier im Plenum, sondern bereits im Finanzausschuss keinen einzigen Antrag. Daraus schließe ich: Eigentlich möchten Sie hier gern zustimmen. Denn Sie haben in der Sache gar keine Änderungen vorgeschlagen. Falls Sie sich angesichts der Grundstimmung an Ihrem heutigen Klamauktag noch nicht ganz trauen, das zu tun, sage ich: gern beim nächsten Mal.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Storz.

**Abg. Hans-Peter Storz** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Als im März 2011 die Wahlergebnisse auf dem Tisch lagen

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da haben Sie sich gefreut!)

und klar war, dass es eine neue Landesregierung geben würde, kam recht schnell der Aufruf aus Bayern an die baden-württembergischen Unternehmerinnen und Unternehmer: „Kommt doch zu uns nach Bayern! Denn unter der neuen Regierung werdet ihr keine Grundlage für ein erfolgreiches Wirtschaften haben.“

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das stimmt doch auch!)

Soviel ich weiß, ist kein Unternehmen abgewandert. Wenn man heute mit den Verantwortlichen aus Handwerk und Industrie spricht, wird klar: Sie fühlen sich gut begleitet und wertgeschätzt. Es geht den Unternehmen, es geht der Wirtschaft in Baden-Württemberg unter der neuen Landesregierung gut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn es der Wirtschaft in Baden-Württemberg gut geht, so liegt dies an vielen richtigen Entscheidungen, die Tag für Tag in den Betrieben getroffen werden. Doch klar ist auch: Es geht der Wirtschaft gut, wenn die Unternehmen Gewinne machen und wenn sie ihre Mitarbeiter durch faire und gerechte Löhne an dem Erfolg des Betriebs beteiligen. Beide Seiten gehören zusammen. Ohne eine zukunftsorientierte Führung, aber ebenso ohne findige Ingenieure und tüchtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen keine Produkte, die im In- und Ausland ihre Abnehmer finden.

Der Einzelplan 07 gehört nicht zu den größten Brocken im Landeshaushalt. Er enthält aber viele Elemente, von denen die Wirtschaft unseres Landes unmittelbar profitiert. Der Wirtschaftshaushalt fördert Programme und Projekte, die darauf ausgerichtet sind, dass aus wissenschaftlichen Erkenntnissen schneller marktfähige Produkte werden.

Die Unterstützung des Landes sorgt so dafür, dass Neues an den Mann bzw. die Frau gebracht werden kann. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen waren hier bislang benachteiligt, weil sie nicht in teure Forschung investieren können. Die Landesregierung hat hier gehandelt und unterstützt die neuen Beauftragten für Technologietransfer bei den Kammern. So wird die Lücke zwischen den kleinen und mittleren Unternehmen auf der einen Seite und den Forschungseinrichtungen auf der anderen Seite geschlossen, und beide Seiten profitieren gegenseitig von ihrer Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Immer wieder erreichen mich Klagen, wie schwer es nicht nur für junge Unternehmen ist, aus der Vielzahl der Förderangebote das Richtige herauszufinden und auszuwählen. Für neue Aufgaben erfinden wir daher keine neuen Projekte und Förderlinien – Herr Löffler, Sie haben das deutlich gemacht –, sondern wir entwickeln bestehende Instrumente weiter. Es geht darum, die bestehenden Förderebenen sinnvoll miteinander zu verknüpfen.

Die bewährten Innovationsgutscheine sind ein Beispiel dafür. Im Haushalt 2012 haben wir erstmals Mittel für den Innovationsgutschein B verankert, der sich vor allem an technologieorientierte Unternehmen richtet. Ab dem nächsten Jahr ergänzen wir dieses Angebot durch einen Innovationsgut-

*(Hans-Peter Storz)*

schein C, der gezielt auf die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft zugeschnitten ist.

(Vereinzelt Beifall)

In weiten Teilen Baden-Württembergs herrscht annähernd Vollbeschäftigung. Trotz einiger Warnzeichen ist die Arbeitsmarktlage in unserem Land sehr gut. In vielen Regionen zeigt sich allerdings auch schon eine Kehrseite. Mittlerweile klagen nämlich nicht nur bei mir im Kreis die Unternehmen, dass sie nicht mehr genügend qualifizierte Arbeitskräfte finden und daher sogar Aufträge ablehnen müssen. Die bange Frage „Wer macht morgen die Arbeit?“ wird zum drängenden Problem der Wirtschaftspolitik in unserem Land. Auch diese Herausforderung nimmt die Landesregierung an.

Unser Minister Nils Schmid hat die Allianz für Fachkräfte auf Landesebene ins Leben gerufen, in der alle wichtigen Akteure an einem Strang ziehen. Wir ergänzen diese Arbeit, indem wir regionale Bündnisse für Fachkräfte anregen und auch finanziell unterstützen. So werden vor Ort maßgeschneiderte Lösungen entwickelt. Dies ist wichtig, weil z. B. bei uns am See oder am Hochrhein durch die Konkurrenz mit der Schweiz am Arbeitsmarkt andere Konzepte benötigt werden als hier im mittleren Neckarraum.

Aus dem Wirtschaftshaushalt finanzieren wir zwei wichtige und nachhaltige Investitionsprogramme, die große Beiträge zur Förderung der Beschäftigung in unserem Land leisten: die Städtebauförderung und die Wohnungsbauförderung.

Die Städtebauförderung ist ein Klassiker. Wer hier im Land kommunale Erfahrung hat, weiß, wie viel Sinnvolles wir im ganzen Land dadurch ermöglichen können. Keine andere öffentliche Investition regt so viele weitere Investitionen an wie der Städtebau. Wir treffen hier zukunftweisende Entscheidungen, wenn wir die Quartierspolitik oder die Erneuerung von Industriebrachen ins Auge fassen.

In der Wohnungspolitik setzt die Regierung aus Grünen und SPD neue Schwerpunkte. Vor allem in den Groß- und Universitätsstädten erleben wir, wie sich die Knappheit auf dem Wohnungsmarkt beinahe täglich verschärft. Die Folge ist: Die Mieten steigen so stark an, dass selbst Normalverdiener aus den Städten vertrieben werden. Wer mit Kindern eine Wohnung sucht, hat es besonders schwer. Hier baut sich ein gewaltiger sozialer Sprengstoff auf.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Herr Löffler, die einseitige Politik von CDU und FDP/DVP in den vergangenen Jahren rächt sich hier. Wie immer zahlen Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen die teuren Rechnungen für Ihre unsoziale Denkweise.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Wie im letzten Jahr ist der Opposition auch bei diesem Haushalt nicht wirklich viel eingefallen. Zwei Änderungsanträge haben Sie gestellt. Einer davon verdient besondere Betrachtung: Die FDP/DVP will die Mittel für den sozialen Wohnungsbau kürzen, und Sie, die CDU, haben im Finanzausschuss zugestimmt. Da muss ich sagen: Sie haben nichts gelernt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sonst behauptet ihr doch immer, wir würden keine Vorschläge machen!)

Ich darf Ihnen versprechen: Überall im Land, wo Wohnungen knapp und teuer sind, werden wir berichten, dass Sie den sozialen Wohnungsbau bei uns im Land behindern.

Wir haben im Dialog mit den Verantwortlichen in der Wohnungswirtschaft nachgearbeitet. Wir haben die Förderung für den Mietwohnungsbau mehr als verdoppelt. Wohnungsbauunternehmen erhalten mit dem nächsten Wohnungsbauprogramm zinslose Darlehen. Eine energiesparende Bauweise ist für uns selbstverständlich. Daher enthält das Förderprogramm auch dieses Element. Dieses Element ist wichtig, weil die zweite Miete gerade für Menschen mit geringeren Einkommen eine deutliche Kürzung ihrer finanziellen Mittel darstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir wissen: Wohnungspolitische Fehler kann man nicht in einem einzigen Doppelhaushalt beheben. Soziale Wohnungspolitik wird eine Aufgabe unserer Regierung bleiben.

Meine Damen und Herren, wir haben mit Nils Schmid einen Finanz- und Wirtschaftsminister, der bei den Unternehmen vor Ort ist und mit ihnen in der Welt unterwegs ist, um neue Kontakte zu knüpfen. Wir haben mit Peter Hofelich einen Mittelstandsbeauftragten, der enge Kontakte zum Handwerk pflegt. So schaffen wir die Basis, dass sich Unternehmen in Baden-Württemberg wohlfühlen und hier gern investieren.

Eines der Plakatmotive des vergangenen Landtagswahlkampfs zeigt den jetzigen Minister Nils Schmid mit der Ankündigung: „Wir werden nicht alles, aber vieles besser machen.“ Nicht nur im Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft) – beweisen wir: Wir halten Wort.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion darf ich Herrn Abg. Grimm das Wort erteilen.

**Abg. Leopold Grimm** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte ein Zitat:

> *Für eine intakte Innovationskultur schnüren wir ein Innovationspaket für den Mittelstand. Vom Innovationspaket profitieren kleine und mittlere Unternehmen in den drei Bereichen Innovationskultur, Energieeffizienz, Fachkräftesicherung.*

Dies hat am 1. Februar 2011 der damalige Wirtschaftsminister Ernst Pfister angekündigt.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ich denke, es ehrt das heutige Finanz- und Wirtschaftsministerium, dass es die bewährte Politik der Vorgängerregierung übernommen hat. Was hätte diese Regierung auch anderes tun können, als den ehemaligen Wirtschaftsminister Ernst Pfister hier zu loben?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich schließe mich dem natürlich auch sehr gern an.

*(Leopold Grimm)*

Natürlich begrüßen wir den Innovationsgutschein C, ist er doch so etwas wie unsere eigene Erfindung. Damit wird ein Anreiz für die Entwicklung von innovativen und kreativen Unternehmen gegeben.

Unseren Stempel trägt auch weiterhin die sogenannte KMU-Prämie. Mit dieser Prämie wird Forschungsinstituten ein Anreiz gegeben, auch Anträge von kleinen und mittleren Unternehmen anzunehmen. Das wurde auch von Herrn Storz so gesagt.

Wenn die Erhöhung der Mittel für Innovation und Technologietransfer ein Zeichen für die Vertiefung eines politischen Schwerpunkts sein soll, dann trifft das zwar für den Innovationsgutschein C und die KMU-Prämie zu. Unter dem Strich aber sinken die Ausgaben im nächsten Jahr im Vergleich zu 2012, danach steigen sie 2014 wieder an. Ich denke, das sieht eher aus wie eine Achterbahn, das sieht nicht aus wie eine eigenständige grün-rote Wirtschaftspolitik. Dabei ist Baden-Württemberg – da sind wir uns sicher – doch das Vorzeigeland mittelständischer Wirtschaft.

Die von Ihnen angekündigte neue Gründerwelle ließ einen Tsunami erwarten, welcher das Land überrollt. Sie kündigten die Unterstützung von Gründernetzwerken an, Sie wollten das Angebot an Mikrokrediten erhöhen. Die Liste an geplanter wirtschaftlicher Entwicklungshilfe grün-roter Couleur für eine Weltmarke wie Baden-Württemberg ist nach wie vor endlos. Der Tsunami kam nicht; es war ein Fehlalarm. Sie haben es nicht einmal zum Sturm im Wasserglas gebracht. Heißt das Landesmotto wieder: „Wir können alles nicht. Außer uns.“? Dass Sie Wirtschaft können, diesen Beweis sind Sie uns immer noch schuldig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Bereich der Förderung internationaler Wirtschaftsbeziehungen einschließlich europäischer Aktivitäten – das haben Sie vorhin angesprochen – reduzieren Sie die Mittel. Sie begründen dies damit, dass insbesondere die Gruppenbeteiligung an Messen im europäischen Raum ohne Förderung geleistet werden kann. Gerade das aber ist die klassische Mittelstandsförderung. Es geht dabei nicht nur ums Geld, Frau Lindlohr, sondern es geht darum, dass die Marke Baden-Württemberg mit den Unternehmen in Europa präsent ist. Das ist eine Gemeinschaftsleistung von Land und Wirtschaft. Da kann ich aus eigenen Erfahrungen sehr wohl sagen – und das können auch sehr viele andere Unternehmen –, dass solche Messen für uns in Baden-Württemberg das Schaufenster zur Welt sind. Hier begegnen sich die Menschen, hier findet der globale Handel statt. Das ist das B2B der Mittelständler gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg.

Es war bedauerlich, dass schon im ersten Haushalt dieser Regierung die bescheidenen Zuschüsse für die Förderung der kommunalen Leistungsschauen gestrichen worden sind. Die Förderung wird wiederum verwehrt. Diese Förderung von örtlichen Gemeinschaftsausstellungen der Gewerbe- und Handelsvereine und von Veranstaltungen in den Bereichen Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien hat sich in all den Jahren doch bewährt. Wer Wirtschaftsförderung sagt, muss natürlich auch Leistungsschau sagen. Daher fordern wir die Regierung auf, sich unserem Antrag zur Förderung solcher Leistungsschauen anzuschließen.

Die Entscheidung, diese Finanzmittel zu streichen, war auch damals schon aus der Sicht des Bundes der Selbständigen Baden-Württemberg ein völlig falsches Signal für den Mittelstand und für die ehrenamtlich Tätigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein negatives Symbol!)

Deshalb fordern wir die Landesregierung zum wiederholten Mal auf, die Förderung der kommunalen Leistungsschauen wieder einzuführen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sehr gut!)

Vorgeschlagen wird, mit diesen Mitteln örtlichen Handels- und Gewerbevereinen in einem Dreijahresturnus einen Zuschuss von 1 500 € für die Durchführung von Leistungs-, Handels- und Gewerbeschauen zu gewährleisten. – Herr Hofelich, hören Sie zu.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Meine Damen und Herren, sind die Leistungsschauen des Mittelstands, der mehr als 90 % aller Arbeitsplätze schafft, keinen Euro wert?

(Zuruf von der SPD)

Womit wollen Sie denn alle Ihre Wohltaten bezahlen? Tun Sie dies denn nicht mit dem Geld der Bürger dieses Landes?

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Diese Bürger verdienen ihren Lebensunterhalt vorwiegend im Mittelstand, und der ist Ihnen nicht einmal eine kleine Messe wert?

(Staatssekretär Ingo Rust: Das findet doch alles statt!)

Setzen Sie ein positives Signal. Auch der Ministerpräsident wird gewusst haben, warum er in seiner Regierungserklärung Bertolt Brecht zitiert hat, der von den „Mühen der Ebene“ gesprochen hat. Bemühen Sie sich ernsthaft weiter. Sie haben ja nicht in einer Ebene beginnen müssen. Für Sie kommt es darauf an, dass Sie nicht nur den Weg bergab kennen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid.

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich zunächst bei den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft für die angenehme Beratung bedanken, insbesondere beim Vorsitzenden, Herrn Klein, für die souveräne Sitzungsleitung.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu Abg. Karl Klein CDU: Karl, hast du gehört?)

*(Minister Dr. Nils Schmid)*

Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei den Mitarbeitern des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, insbesondere bei den Mitarbeitern der Haushaltsabteilung, die uns und vor allem auch mich als Minister sicher durch diese Haushaltsberatungen gesteuert haben. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Schließlich richte ich auch ein Dankeschön an den Kollegen Löffler für das Spiel „Spitz, pass auf!“. Dieses Geschenk hat eine gewisse Doppeldeutigkeit.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Ich interpretiere es einmal so, lieber Herr Löffler: „Spitz, pass auf!“ heißt: „Steuersünder, passt auf! Unsere Steuerfahnder schnappen zu.“

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich kann es aber auch ganz pragmatisch sehen: Die Altersangabe bei diesem Spiel lautet: „Ab drei Jahren“. Meine Tochter wird demnächst drei Jahre alt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das passt doch!)

Insofern werden wir das Spiel über die Weihnachtsferien gleich einweihen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der im Entwurf vorliegende Landeshaushalt ist ein Konsolidierungshaushalt. Wir sanieren im Einklang mit der grundgesetzlichen Schuldenbremse den Haushalt des Landes Baden-Württemberg. Wir sparen konsequent, ohne Baden-Württemberg kaputtzusparen, ohne seine Stärke zu gefährden und vor allem ohne unsere gemeinsame Innovationsstärke zu gefährden.

Deshalb setzen wir für die Technologie- und Innovationsförderung sowie für die E-Mobilität im Doppelhaushalt insgesamt über 190 Millionen € ein. Wir stärken damit die wirtschaftsnahe Forschung. Denn hier entsteht Innovation. Hier stärken wir gerade auch unseren Mittelstand.

Ganz konkret geht es um die Fraunhofer-Gesellschaft, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt, die WAK, das ZSW und einige mehr. Ich will mich auch ganz herzlich bei den Regierungsfraktionen dafür bedanken, dass sie das ZSW nochmals zusätzlich unterstützen. Das zeigt auch, dass die Regierungsfraktionen auch im wirtschaftspolitischen Bereich Gestaltungswillen an den Tag legen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gleiches gilt für die Innovationsgutscheine, die sich bewährt haben und die wir deshalb fortentwickeln. Es war gerade auch ein Impuls von unserem Mittelstandsbeauftragten Peter Hofelich, dass wir jetzt einen Innovationsgutschein C für die Kreativwirtschaft eingeführt haben. Denn hier hat Baden-Württemberg ein großes Potenzial, das viel zu lange nicht aktiviert worden ist. Wir stärken mit dem Innovationsgutschein C auch die Einrichtungen der wirtschaftsnahen Forschung und das Innovationsland Baden-Württemberg, und davon profitieren alle, unser Mittelstand, unser Handwerk und ganz entscheidend auch die Beschäftigten hier im Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben mit der Fachkräfteallianz ein Musterbeispiel dialogorientierter Wirtschaftspolitik auf den Weg gebracht. Damit gehen wir im Dialog mit allen Akteuren – den Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften, den kommunalen Trägern, der Arbeitsagentur – diese zentrale Herausforderung für den Wirtschaftsstandort an. Wir werden diesen Dialog auch zur Stärkung der Regionen fortführen. Wir haben die Chance, über den Regionalwettbewerb die Stärkung der Regionen voranzubringen, und auch dazu sind wir mit den verschiedenen Raumschaften und Wirtschaftsräumen des Landes im Dialog. Denn wir glauben, dass Baden-Württemberg seine wirtschaftliche Stärke, seine Stärke insgesamt aus der Fläche zieht.

Eine gleichgewichtige Entwicklung aller Regionen des Landes ist wichtig. Diese leben davon, dass wir einen gut ausgeformten, breit gefächerten Mittelstand in allen Regionen des Landes haben, mit Handwerksbetrieben, Dienstleistungsbetrieben und selbstverständlich auch den größeren produzierenden Betrieben, die gleichmäßig über die Fläche des Landes verteilt sind und dort Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze und Wertschöpfung schaffen und damit ihren Beitrag zur 60-jährigen Erfolgsgeschichte des Landes Baden-Württemberg geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir wollen aber auch in Bildung und Ausbildung investieren. Wir hatten vor Kurzem den letzten Ausbildungsgipfel hier im Land. Dabei ist deutlich geworden: Jawohl, es geht voran. Die Ausbildungsplätze sind in hoher Zahl vorhanden. Die Schere öffnet sich eher in die andere Richtung: mehr Angebote als Nachfrager. Besonders erfreulich ist, dass die Bugwelle der Altbewerber langsam abgebaut wird.

Trotzdem sind noch viele junge Menschen in der Warteschleife. Deshalb investieren wir dauerhaft 5 Millionen € mehr in den Bereich der Aus- und Weiterbildung. Insbesondere Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs sollen damit unterstützt werden, gerade auch bei kleinen und mittleren Unternehmen. Denn eines ist klar: Ein Ausbildungsplatz für die jungen Menschen ist der erste Einstieg in das Wirtschafts- und Arbeitsleben, und dieser Einstieg muss gelingen. Da muss das Land mithelfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir setzen die Innovationspolitik fort, indem wir die Landesagentur Leichtbau auf den Weg gebracht haben – das ist schon genannt worden –, bei der wir ebenfalls alle Akteure zusammenspannen, um diese wichtige Querschnittstechnologie für unseren Wirtschaftsstandort voranzubringen.

Wir wollen aber auch über den Rohstoffdialog, den wir im Jahr 2013 planen, den Megatrend der Rohstoffsicherung, der Rohstoffeffizienz aufgreifen.

Wir werden vor allem – das ist auch verschiedentlich angemahnt worden – unsere Gründungsoffensive fortsetzen. Hier ist es uns gelungen, die Förderung der Existenzgründungsberatung in den ESF zu integrieren und mithilfe der ESF-Mittel – es ist schon darauf hingewiesen worden – nahezu zu verdoppeln. Damit wollen wir zum einen einer größeren Anzahl von Existenzgründerinnen und Existenzgründern als bisher Unterstützung geben. Zum anderen wollen wir aber auch in

*(Minister Dr. Nils Schmid)*

die wachstumsorientierten Gründungen stärker investieren. Diese haben aufgrund der Komplexität ihrer Vorhaben einen höheren Beratungsbedarf als der Durchschnitt der Gründungen. Darüber hinaus wurde das Förderverfahren dahin gehend verändert, dass eine niederschwellige, unbürokratische Beratungsförderung mit Beratungsgutscheinen eingeführt worden ist. Dies alles zusammengenommen sind gute Nachrichten für das Gründerland Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nur weiter so!)

Wir engagieren uns unverändert stark im Bereich der Außenwirtschaft. Deshalb ist die Kritik, dass wir an einem Punkt Mittel nicht mehr zur Verfügung stellen, aus meiner Sicht völlig unberechtigt und auch in der Sache an dem konkreten Punkt unbegründet. Diese Gemeinschaftsstände, Gruppenbeteiligungen an Auslandsmessen – es wurde schon darauf hingewiesen – sind in der Realität maßgeblich für Messen in Westeuropa wahrgenommen worden, wo nun wirklich kein Bedarf an Förderung durch das Land besteht.

Ich habe hier die Zahlen. Im Jahr 2011 wurden aus diesem Haushaltstitel 29 Gruppenbeteiligungen gefördert, davon 24 in Westeuropa, elf im deutschsprachigen Raum. Für das Jahr 2012 sehen die Zahlen ähnlich aus, sodass man sich schon die Frage stellen muss, ob das nicht Mitnahmeeffekte waren. Deshalb glaube ich, wir haben die Förderung hier zu Recht eingestellt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Das ist das Schaufenster! Das ist Identifikation mit dem Land!)

Gleiches gilt für die Leistungsschauen. Auch dort hat der Rechnungshof festgestellt, dass es Mitnahmeeffekte gibt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aha!)

Jetzt haben wir ein Jahr lang Erfahrungen mit dem Wegfall der Landeszuschüsse gesammelt. Die Aktivitäten des BDS, der Gewerbevereine waren unverändert rege. Es gab und gibt Leistungsschauen, Gewerbeausstellungen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es geht um die psychologische Anerkennung der Leistung!)

Diese werden auch ohne Unterstützung des Landes durchgeführt. Ich begrüße das Engagement.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Tatsächlich?)

Aber dieses Engagement ist nicht darauf angewiesen, dass es wenige Hundert Euro Landeszuschuss gibt, sondern das Engagement der Mittelständler und der Handwerker ist vorhanden, weil sie wissen, dass diese Präsentation ihres Dienstleistungs- und Produktspektrums unverzichtbar ist, um die Kundenbindung zu steigern und neue Kundenkreise hinzuzugewinnen.

(Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Es geht um die Vereine! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wer es mit der Haushaltssanierung ernst meint, der muss auch bereit sein, die Förderung von Aktivitäten, die bisher aus dem Landeshaushalt finanziert wurde, irgendwann einmal einzustellen. Sonst kommen wir nie auf einen grünen Zweig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei 150 000 € Förderung 3,5 Milliarden € Schulden machen! Das ist ja wohl ein Witz!)

Wir haben die Interessen der Unternehmen, aber auch die der Beschäftigten bei unserer Wirtschaftspolitik im Blick. Deshalb war das Jahr 2012 dadurch geprägt, dass wir das Tariftreuegesetz vorbereitet haben. Dieses kommt nächsten Mittwoch in die parlamentarischen Beratungen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Da sehen wir uns wieder!)

Entscheidend für uns ist, dass wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten einer Medaille sind. Man kann das an dem Tariftreuegesetz deutlich demonstrieren. Das Tariftreuegesetz schützt die Beschäftigten vor Dumpingkonkurrenz, aber es hilft auch dem ehrlichen Mittelständler, dem ehrlichen Handwerker, der eben nicht von den Tarifverträgen abweicht, sondern der bereit ist, sich an Tarifverträge zu halten. Genau dies wollen wir unterstützen.

Wir werden auch unsere Bemühungen bei der Wohnraumförderung fortsetzen; denn erschwinglicher Wohnraum ist für viele Menschen in Baden-Württemberg – in den Ballungsräumen, in den Großstädten, in den Universitätsstädten – ein großes Problem. Nicht umsonst hat Peer Steinbrück die Notwendigkeit eines nationalen Aktionsplans „Wohnen und Stadtentwicklung“ hervorgehoben. Wir brauchen lebenswerte Innenstädte.

Innenstädte und Ballungsräume müssen allen Bevölkerungsschichten erschwinglichen Wohnraum bieten. Wir sind darauf angewiesen, das soziale Miteinander gerade in den Städten zu stärken. Deshalb haben wir die Mittel für die Wohnraumförderung schon im letzten Haushalt erhöht. Daran werden wir festhalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Staatssekretär Ingo Rust: Bravo!)

Wir haben die Erfahrungen des laufenden Programms ausgewertet; wir haben nachgesteuert und insbesondere den Subventionswert deutlich erhöht. Dies bedeutet auch, dass wir einige Punkte mit der EU-Kommission klären müssen, um Rechtssicherheit zu schaffen. Es ist noch gar nicht ausgemacht, ob überhaupt ein Beihilfefall vorliegt. Aber wir wollen gerade im Interesse der Abnehmer der Leistungen dieses Programms – das sind ja vorwiegend kommunale Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften – Rechtssicherheit herstellen. Deshalb war es unvermeidlich, diesen Weg zu gehen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das hätten Sie schon längst machen können!)

Ansonsten haben wir gerade im Dialog mit der Wohnungswirtschaft viele Anregungen aufgenommen, um die soziale Wohnraumförderung und gerade auch die Mietwohnraumför-

*(Minister Dr. Nils Schmid)*

derung zu stärken. Ich glaube, das tut dem sozialen Klima in Baden-Württemberg gut.

Ich will zum Schluss noch auf einen Schwerpunkt unserer Arbeit im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft eingehen, einen Schwerpunkt, den Herr Kollege Staatssekretär Rust exzellent bearbeitet. Das ist das Feld „Archäologie und Denkmalpflege“. Es wurde die Heuneburg angesprochen. Richtig ist, dass die Landesregierung aus ganz grundsätzlichen haushaltspolitischen Erwägungen nicht bereit ist, als Mitbetreiber in eine laufende Finanzierung eines neuen Museums zur Heuneburg einzusteigen. Falsch ist aber, dass sich das Land aus der Verantwortung für diese wichtige archäologische Stätte zurückziehen wird. Wir, das Land, haben uns zu dieser Verantwortung bekannt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das zu hören freut mich!)

500 000 € nimmt das Land für die Präsentation des Steintors in die Hand. Rund 500 000 € sind seit 2010 in die Bergung und Erforschung des dortigen Fürstinnengrabs geflossen. Rund 100 000 € jährlich investiert das Land in die Grabungsarbeiten mit den damit verbundenen Kosten auf der Heuneburg. Damit ist klar: Wir haben schon sehr viel Geld in die Hand genommen. Wir pflegen dieses wertvolle archäologische Erbe. Wir werden nicht etwa das Steintor zuschütten, sondern wir werden es für zukünftige Generationen sichern. Wir werden das Steintor durch eine Nachbildung des Steingrundrisses mit einer Stahlsilhouette – dort im vorderen Bereich – aufwerten. Wir wollen damit deutlich machen, dass wir – nach Möglichkeit gemeinsam mit der Gemeinde Herbertingen – dafür sorgen, dass dieses kulturelle Erbe auch in Zukunft zugänglich bleibt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sehr gut!)

Wir haben aber die Pflicht, auch die Folgekosten eines echten Museumsbetriebs für den Landeshaushalt in Rechnung zu stellen. Deshalb stehen wir ab November 2013 – wenn sich die Gemeinde nach ihrer bisherigen Beschlusslage davon zurückgezogen haben wird – als verantwortlicher Grundstückseigentümer, aber auch in Verantwortung für das kulturelle Erbe unseres Landes bereit, die Präsentation dieser wichtigen Spuren des Keltentums in Baden-Württemberg weiter voranzutreiben. Auch in diesem Punkt bekennen wir uns zu unserer Verantwortung, die sich gerade aus der langen Geschichte des Landes speist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der CDU)

In allen Bereichen ergibt sich dasselbe Bild: Durch intelligente Lösungen stärken wir den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, Wertschöpfung, Arbeitsplätze und damit die Einkommen der Familien. Das ist wichtig, denn ohne eine florierende Wirtschaft lässt sich kein Haushalt dieser Welt sanieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So ist es!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kößler das Wort.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr verehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Von Friedrich Merz stammt der Satz: „Wir haben in Deutschland kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem.“ Dieser Satz trifft für Baden-Württemberg erst recht zu.

Ich nenne Ihnen jetzt einmal die Höhe der Steuereinnahmen ab dem Jahr 2010. 2010 beliefen sie sich auf 24,8 Milliarden € und 2011 auf 27,3 Milliarden €. 2012 betragen sie – nach der neuesten Steuerschätzung – 29,7 Milliarden €, 2013 werden sie bei 30,2 Milliarden € und 2014 bei 31,5 Milliarden € liegen.

Damit erhöhen sich die Steuereinnahmen von 2010 bis 2014 um 6,7 Milliarden € bzw. um 27 %, im Durchschnitt um 1,7 Milliarden € pro Jahr. Trotzdem gelingt es dieser Regierung nicht, den Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden auszugleichen. Sie nehmen noch 3 Milliarden € Schulden auf.

Nehmen Sie sich hinsichtlich der Verschuldung ein Beispiel an anderen Ländern: Bayern tilgt 500 Millionen €, Sachsen und Thüringen tilgen 100 Millionen €, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern legen eine Nullneuverschuldung hin.

Ich will jetzt nicht alle Länder aufzählen, die einen viel strikteren Konsolidierungskurs fahren als Baden-Württemberg. Aber auf ein Land will ich noch eingehen, und zwar auf Berlin. Berlin nimmt 2013 wohl noch Schulden auf, hat sich aber fest entschlossen, 2016 eine Nullneuverschuldung zu fahren.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Muhterem Aras GRÜNE)

Wir stehen am Ende dieser Bundesliga der Konsolidierung,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Warum?)

und zwar gemeinsam mit Rheinland-Pfalz und mit Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, schauen Sie einmal die Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2011 an. Ich nenne sie Ihnen einmal kurz: Nordrhein-Westfalen 10 652 € Schulden pro Kopf, Schleswig-Holstein 10 667 € Schulden pro Kopf, Rheinland-Pfalz 9 400 € Schulden pro Kopf.

Ich will jetzt nicht alle Länder aufzählen. Es folgen Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen, Niedersachsen, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern. An drittletzter Stelle kommt Baden-Württemberg mit 6 000 € Schulden pro Kopf, und dann kommen Bayern und Sachsen mit 2 500 € Schulden pro Kopf. Bei Bayern muss man allerdings noch berücksichtigen, dass dort die Kommunen eine höhere Verschuldung haben.

(Zuruf: Ja!)

Ich weiß, dass Sie im Grunde ein gutes Land übernommen haben.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie werden jetzt sagen, Sie hätten eine Erblast übernommen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist doch wahr!)

*(Joachim Kößler)*

Sie haben tatsächlich Pensionsverpflichtungen übernommen. Aber ich sage Ihnen eines: Wir haben im Gegensatz zu Ihnen im Jahr 2008 damit angefangen, Vorsorge zu treffen, indem wir einen Versorgungsfonds mit einem Grundkapital von 500 Millionen € eingerichtet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben ab 2009 für jeden neu eingestellten Beamten 500 € pro Monat zurückgelegt. Was haben Sie gemacht?

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Der Rechnungshof hat Sie ermahnt und hat gesagt, Sie sollten jeden Monat 1 300 € für jeden neu eingestellten Beamten zurücklegen. Dem sind Sie – auch nach unserem Vorschlag – nicht gefolgt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das haben Sie aber auch nicht gemacht!)

Sie begründen alles mit der Erblast. Den Hinweis auf die Erblast tragen Sie vor sich her wie eine Monstranz. Ich frage mich: Warum übernehmen Sie dann überhaupt das Erbe? Im Privatbereich hätte man das Erbe ausgeschlagen.

(Beifall der Abg. Arnulf Freiherr von Eyb und Klaus Burger CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das hätten Sie gern!)

Aber Sie haben es nicht ausgeschlagen. Sie haben unserer Ansicht nach ein bestelltes Haus übernommen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Oh ja!)

Vergleicht man die mittelfristige Finanzplanung vom Februar 2011 – damals wurde die Regierung noch von CDU und FDP/DVP getragen – mit den jetzigen Steuerzahlen, kommt man zu folgendem Schluss:

(Abg. Karl Zimmermann CDU zu Grünen und SPD: Zuhören!)

Wenn man die Deckungslücken abzieht, dann haben Sie 3 Milliarden € mehr, als 2011 prognostiziert war.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Was machen Sie aus dem Haushalt? Ich habe es vorhin schon einmal gesagt: Sie haben 3 Milliarden € mehr und nehmen trotzdem 3 Milliarden € Schulden auf.

(Zuruf: Falsch!)

Herr Finanzminister, Sie haben in dem neuen Haushalt nicht die Steuerschätzung vom November 2012 berücksichtigt. Sie haben sich ein Polster von 1,4 Milliarden € geschaffen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Oh!)

1,4 Milliarden € mehr im Vergleich zur Steuerschätzung vom Mai 2012. Das heißt, Sie haben im Grunde nicht die echten Zahlen vorgelegt. Wenn wir das getan hätten und Sie noch in der Opposition und finanzpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion wären, hätten Sie uns vorgehalten, dass wir die Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit nicht einhalten würden.

Ich will noch einmal auf Ihre Forderung eingehen, die Sie auch im Verbund mit Ihrem SPD-Bundesvorsitzenden immer wieder propagieren: Sie wollen die Einnahmen erhöhen. Da ist immer wieder die Rede von der Erhöhung der Spitzensteuersätze, von der Vermögensabgabe – Kollege Löffler hat es ja vorhin schon genannt –, von der Erhöhung der Erbschaftsteuer usw.

Ich sage Ihnen: Die überwiegende Zahl der Wirtschaftswissenschaftler spricht sich dagegen aus. Professor Feld von der Universität Freiburg verweist auf die Rekordeinnahmen und sagt, dass Steuermehreinnahmen in diesem Fall nicht begründet seien.

Ich nenne Ihnen einmal ein paar Daten über die Steuerquote in der Bundesrepublik. Sie liegt 2012 bei 22 % und wird bis 2016 aller Voraussicht nach ohne Steuererhöhungen auf 23 % ansteigen und damit auf ein höheres Niveau als im Boomjahr 1990.

Im internationalen Vergleich liegen wir damit nicht in der Spitzenklasse, aber wir liegen in der Spitzenklasse, was die Abgabenquote betrifft.

Es gibt eine Berechnung der Weltbank, die besagt, dass die Belastung der mittelständischen Unternehmen – von diesen sind wir natürlich entscheidend geprägt – jetzt bei 46,7 % liegt. Im europäischen Durchschnitt beträgt die Belastung 43 %. Das heißt, jede weitere Erhöhung von Steuern und sonstigen Abgaben stört und verhindert das Wachstum der mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg.

Die einzige Lösung, um die Einnahmen zu erhöhen – Sie haben es vorhin sogar selbst angedeutet –, ist Wirtschaftswachstum. Daraus erwachsen Steuermehreinnahmen, und damit lassen sich letztlich auch Haushalte konsolidieren. Bei 1 % Wirtschaftswachstum kommen bundesweit 6 Milliarden € an zusätzlichen Steuereinnahmen herein.

Eine Erhöhung der Steuersätze – ich will das noch einmal betonen – trifft vor allem die Steuerehrlichen; diejenigen, die die Steuern „gestalten“ können, trifft sie nicht. Aus diesem Grund sind die Erstgenannten die Dummen, wenn die Steuersätze erhöht werden.

Im Zusammenhang mit der Konsolidierung des Haushalts – ich will das nur noch einmal kurz sagen – hat Sie der Rechnungshof gerügt. Sie sind dabei, die Haushaltskonsolidierung bis 2020 auf den letzten Drücker zu verschieben. Sie haben bis 2020 insgesamt ungefähr 6,8 Milliarden € neue Schulden eingeplant. Der Rechnungshof spricht sogar von 8,8 Milliarden €. Sie verschieben damit die Nullneuverschuldung auf den letzten Drücker.

Die Bundesbank hat davor gewarnt, dass die Länder erst 2020 mit der Konsolidierung auf eine Nullneuverschuldung hinsteuern.

Es gibt Risiken. Das erste Risiko ist das Zinsänderungsrisiko, und das zweite Risiko ist eine Abschwächung der Konjunktur. Aus diesem Grund müssen wir Ihr Vorgehen auch rügen.

Die Rüge geht aber noch weiter. Es gibt ein Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der IHK Region Stuttgart. Der Arbeitstitel lautet:

*(Joachim Kößler)*

„Analyse der Nachhaltigkeit und der Wirtschaftsorientierung des Landeshaushalts Baden-Württemberg“. Der Untertitel lautet – passen Sie auf! –: „Vom Musterschüler zum Problemfall?“. Der Musterschüler war die vorherige Regierung, und die Probleme haben Sie geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen einmal in Kurzform, was in dem Gutachten steht.

Erstens heißt es, es sei ein Rückschritt, hinter die Verschuldungsgrenze der Landeshaushaltsordnung zurückzugehen. Die strukturellen Defizite hätten rascher abgebaut werden müssen.

Zweitens heißt es, die angekündigten Einsparungen reichten nicht aus. Ökonomisch sinnvoll wäre es, die Konsolidierungsschritte viel strikter vorzunehmen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo sind denn Ihre Schritte?)

Drittens ist zu lesen – ganz wörtlich, Frau Kollegin –:

> *Irritierend ist allerdings, dass die Landesregierung einen von der Vorgängerregierung hinterlassenen „Sanierungsstau“ ... und „haushaltswirtschaftliche Versäumnisse“ ... beklagt. Solche Kritiken an der Politik der Vorgängerregierung sind zwar in den politischen Auseinandersetzungen nicht unüblich, sie verkennen aber, dass die Vorgängerregierungen andere Prioritäten gesetzt haben können und dass es nicht unüblich ist, dass strukturelle Ausgaben nicht dauerhaft ausfinanziert werden, wie es die aktuelle Landesregierung offensichtlich einfordert ..., sondern auch im Laufe der Zeit durch Anpassungen bzw. Umschichtungen finanziert werden können.*

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Machen Sie das nach dem Prinzip Hoffnung, oder wie?)

– Hören Sie zu!

> *Entscheidend ist nur,*

– das sagt das Institut –

> *dass solche Anpassungen auch erfolgen und nicht auf die „lange Bank“ geschoben werden. Die Kritik an der Vorgängerregierung*

– dieser Satz steht im Gutachten –

> *verstellt jedenfalls eher den klaren Blick auf die anstehenden Erfordernisse ...*

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Aras.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oje!)

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Ich hoffe, Sie freuen sich, Herr Zimmermann.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser haushaltspolitisches Ziel für Baden-Württemberg ist die Nullneuverschuldung. Wir machen Ernst mit dem Abbau der Neuverschuldung.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Das geht nicht mit einem sofortigen finanzpolitischen Kahlschlag, sondern nur mit einer seriösen mittelfristigen Finanzplanung. Wir haben schließlich eine Deckungslücke von immerhin 2,5 Milliarden € zu schließen.

(Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Das kennen wir schon!)

Der Rechnungshof gibt uns recht. Ich zitiere noch einmal aus der Denkschrift 2010:

> *Die Bewältigung ...*

– der Haushaltskonsolidierung –

> *setzt eine mehrjährige Strategie voraus. Die Politik darf dabei nicht stehen bleiben, die einzelnen Haushaltsjahre nur punktuell zu betrachten, ... Mit Beginn der neuen Legislaturperiode sollten Haushaltsaufstellung und mittelfristige Finanzplanung mit einer perspektivischen Betrachtung bis 2020 (Erreichen der Schuldengrenze) verknüpft werden.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Oppositionsfraktionen, genau dieser Aufforderung des Rechnungshofs kommt die Landesregierung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs und der mittelfristigen Finanzplanung nach. Der Weg bis 2020 ist in weiten Teilen skizziert und wird im ersten Halbjahr 2013 hier öffentlich vorgestellt werden.

Wir investieren, sanieren und konsolidieren. Das sind die grün-roten Leitgedanken bei der Aufstellung des Landeshaushalts. Wir ducken uns nicht weg, sondern stellen uns dieser schwierigen und mehrjährigen Herausforderung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, dass 2008 und 2009 von Schwarz-Gelb keine neuen Schulden gemacht worden sind. Das sind aber zwei absolute Ausnahmejahre. In Ihrer restlichen Regierungszeit – immerhin insgesamt 58 Jahre –

(Abg. Winfried Mack CDU: 56!)

interessierte Sie die Nullverschuldung in keinster Weise.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Horch einmal! Was war denn 2008 und 2009?)

– Ich habe 2008 und 2009 erwähnt, lieber Kollege.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und 2010?)

– Ganz ruhig! Zuhören! 2008 und 2009 habe ich erwähnt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In keinster Weise! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei weniger Einnahmen!)

*(Muhterem Aras)*

Die Bilanz Ihrer Regierungszeit weist, wenn man die Pensionsverpflichtungen, den Sanierungsstau und die Kreditmarktdarlehen zusammenrechnet,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt geht die alte Leier wieder los! – Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Das kennen wir!)

einen Schuldenberg von 140 Milliarden € aus.

(Zuruf: Pro Jahr zwei Milliarden! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie könnten einmal eine neue Rede machen! Nicht wieder die gleiche zum fünften Mal vorlesen! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben über Jahrzehnte bestellt, aber nicht bezahlt. Das Ergebnis Ihrer CDU-Politik sind exorbitante Zinsverpflichtungen, die jedes Jahr fällig werden. Es handelt sich immerhin um jährlich gut 1,9 Milliarden €. Wir können froh sein, dass die Zinssätze aufgrund der Eurokrise gerade sehr niedrig sind, denn sonst wären die Zinsaufwendungen noch sehr viel höher.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir können froh sein, dass wir 3 Milliarden € mehr bekommen!)

Das sind 1,9 Milliarden €, die wir nicht in die Bildung stecken können, 1,9 Milliarden €, die uns bei der Energiewende fehlen, 1,9 Milliarden €, die wir als Fördermittel in innovative Unternehmen in unserem Land geben könnten. Diese Gestaltungsspielräume stehen uns nicht zur Verfügung, weil wir die Zinsen für Ihre Kredite aufbringen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Wie sah denn Ihre Finanzkompetenz aus? Sie haben nach folgendem Motto regiert: Heute auf Kosten zukünftiger Generationen konsumieren, bei Bedarf Haushaltskosmetik betreiben, vergessen, verleugnen, verdrängen und damit keine Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen nur ein Stichwort – wenn Sie wollen, führe ich das gern weiter aus, aber ich wollte es Ihnen eigentlich ersparen –: Zerobonds. Der Kredit wurde 1986 zur Regierungszeit von Lothar Späth aufgenommen. Wann ist die letzte Zahlung fällig? 2026! Die Lasten tragen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist Leben auf Kosten zukünftiger Generationen. Damit ist zum Glück Schluss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ministerpräsident Kretschmann hat heute Morgen sinngemäß gesagt, Haushaltsberatungen seien eigentlich die Sternstunde der Opposition. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das die Sternstunde war, was haben wir dann noch zu erwarten?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nur Strohsterne!)

Wahrscheinlich war diese Aussage in der Vergangenheit richtig, aber auf die aktuellen Oppositionsfraktionen trifft sie leider nicht zu.

Wenn ich die Haushaltsberatungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zusammenfassen darf, dann bleibt unterm Strich ein trauriges Fazit für die Opposition. Vor allem von Ihnen, Herr Kößler und Herr Herrmann, als seriösen Finanzexperten habe ich wirklich mehr erwartet. Ich habe mich wirklich auf das angekündigte Gesamtdeckungskonzept gefreut. Ich war gespannt; denn ich wollte mit Ihnen wirklich inhaltlich diskutieren, weil wir im Finanz- und Wirtschaftsausschuss eigentlich eine gute Sachpolitik betreiben. Ich bedaure es, dass wir uns inhaltlich nicht auseinandersetzen konnten, weil Sie einfach nichts geliefert haben. Die einzigen zwei, drei Anträge, die Sie eingebracht haben,

(Abg. Karl Rombach CDU: Waren es zwei oder drei?)

waren Anträge mit Luftbuchungen als Ziel. „Knalltütenanträge“ hat Kollege Schmiedel vorgestern gesagt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Wenn man sich die eingebrachten Anträge genau anschaut, sieht man: Es gab zwei oder drei reale Kürzungsvorschläge oder Einsparvorschläge.

(Abg. Karl Rombach CDU: Zwei oder drei?)

– Ich nenne Ihnen drei: Einmal wollten Sie 10 Millionen € bei der Polizeistrukturreform kürzen, weiter wollten Sie bei der Gemeinschaftsschule und beim Lebensarbeitszeitkonto Einsparungen von 100 Millionen €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ergebnisse dieser Anträge wären weniger innere Sicherheit, weniger Investitionen in Bildung und ein zinsloser Kredit bei den Beschäftigten. Sie würden also wieder auf Pump leben. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie kalkulieren mit einer Reform des Länderfinanzausgleichs, die bereits 2014  100 Millionen € bringen soll. Wie soll das gehen? Der derzeitige Länderfinanzausgleich gilt bis 2019. Wollen Sie gegen geltendes Recht verstoßen? Wir nicht. Wir sind froh, wenn wir bis 2019 eine neue Regelung gefunden haben, von der wir wirklich profitieren können.

Noch ein Wort zum gescheiterten Steuerabkommen mit der Schweiz. Ihr Antrag Drucksache 15/2712-2 hat ungefähr den Tenor: Aufgrund der geografischen Nähe unseres Bundeslands zur Schweiz sei es, so Ihre Vermutung, sehr naheliegend, dass mehr Baden-Württemberger ihr Geld illegal in der Schweiz deponiert haben als andere Bundesbürger. Das hätte ich mir an Ihrer Stelle sehr genau überlegt. Erstens: Welches Verhältnis haben Sie zu den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land? Die meisten sind nämlich ehrliche Steuerzahler.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wieso kaufen Sie dann die CDs, wenn Sie das glauben?)

Zweitens: Wenn Sie schon diese Einstellung haben, dass es in unserem Land mehr Steuerhinterzieher als im Bundesdurchschnitt gibt, warum war Baden-Württemberg dann hinsichtlich der personellen Ausstattung der Steuerprüfung zu Ihrer Regierungszeit jahrelang Schlusslicht unter allen Bundesländern? Das ist doch die interessante Frage. Wenn Ihnen diese

*(Muhterem Aras)*

Einsicht erst jetzt gekommen sein sollte: Wo bleiben dann Ihre Vorschläge für mehr Personal in der Steuerverwaltung? Im Gegensatz zu Ihnen stärken wir die Steuerverwaltung. Wir stellen jährlich 100 neue Steuerprüfer ein. So erhöhen wir die Steuereinnahmen, gelangen zu Steuermehreinnahmen und schaffen mehr Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lustlos, unkreativ, orientierungslos – so, wie Sie sich in der Ausschussarbeit präsentiert haben, sind auch Ihre restlichen Entschließungsanträge, die Sie hier eingebracht haben. Sie machen keine Vorschläge zur Gegenfinanzierung und verfahren damit nach dem Motto „Wünsch dir was“.

Ehrlich gesagt: Ich bin erst seit eineinhalb Jahren hier im Parlament, bin hier also noch relativ neu. Aber ich war zwölf Jahre lang im Stuttgarter Gemeinderat. Dort war es Usus, dort war es die Regel, dass man für jeden Antrag eine Gegenfinanzierung vorgelegt hat. Ich habe mich wirklich gefragt, wo ich hier gelandet bin. Was sind denn das für Haushaltsberatungen, die wir hier als Vollzeitparlamentarier zu führen haben? Ich bin verwundert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich kann nur sagen: Diese Arbeitsweise – keine inhaltliche Auseinandersetzung – war leider keine Sternstunde der Opposition. Das ist, finde ich, die reine Bankrotterklärung, was konstruktive Oppositionsarbeit betrifft.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung geht mit diesem Haushaltsplanentwurf den Weg in Richtung Nullneuverschuldung jedoch konsequent weiter. Wie gesagt: Die Leitgedanken – Investieren, Sanieren und Konsolidieren – werden damit realisiert.

Ich möchte nur einige Stichworte zu den Bereichen Investieren und Sanieren nennen. Wir haben Umschichtungen vorgenommen, und wir haben Einsparungen vorgenommen. Hierzu haben wir für die Bereiche Bildung, Naturschutz und Energiewende sowie für die Sanierung von Landesvermögen Mittel zur Verfügung gestellt. Denn die Sanierung von Landesvermögen ist nämlich ebenfalls eine Maßnahme zur Schuldentilgung.

Sie wissen ja: Die Bilanz hat zwei Seiten, nämlich Aktiva und Passiva. Auf der Seite der Passiva stehen die Schulden. Wenn man sein Vermögen – die Aktiva – verlottern lässt, weil man nicht darin investiert, dann nimmt die Bilanzsumme ab, und das Vermögen schrumpft ebenfalls. Herr Kößler, Sie wissen das genau. Deshalb tut es mir fast leid: Sie wissen es, aber Sie können sich in Ihrer Fraktion wahrscheinlich leider nicht durchsetzen.

Aber, wie gesagt: Sanieren ist Schuldenabbau. Wir nehmen im Doppelhaushalt aus der Sanierungsrücklage allein 264 Millionen € für die Sanierung von Landesvermögen in die Hand – Hochschulen, Landesstraßen und vieles andere.

Daneben konsolidieren wir. Auf die einzelnen Punkte gehe ich dabei nicht ein; wir haben über die Einzelpläne bereits beraten. Konsolidierung ist immer schwierig; deshalb haben Sie sich in der Vergangenheit davor gedrückt. Aber wir sagen: Wer wirklich gestalten will und wer auch der nächsten Generation Gestaltungsspielraum lassen will, der muss auch konsolidieren.

Wenn wir unseren Landeshaushalt mit seinem Personalkostenanteil von 40 % anschauen, dann stellen wir fest, dass wir nicht umhinkommen werden, auch diesen Bereich zu berücksichtigen. Alles andere wäre unseriös und nicht nachhaltig. Deshalb müssen wir auch dort Maßnahmen ergreifen. Das ist nicht immer einfach, und das macht auch nicht immer Spaß. Wir erfahren dabei auch viel Gegenwind; das ist schon klar.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das brauchen Sie uns nicht zu erzählen! Den haben wir 58 Jahre lang verspürt!)

Aber wichtig ist doch, dass die Politik hinsteht und sagt: Wenn wir die Forderung nach Nachhaltigkeit ernst nehmen, wenn wir das Gebot der Generationengerechtigkeit ernst nehmen, müssen wir auch dann hinstehen, wenn der Gegenwind stark ist. Wir werden hinstehen, und wir werden diese Debatte mit der Mehrheit der Bevölkerung gewinnen. Denn die Mehrheit der Bevölkerung will mit dem Motto „Leben auf Kosten kommender Generationen“ Schluss machen. Davon sind wir überzeugt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie fordern wieder einmal die Nullneuverschuldung sofort, bringen aber keinen Vorschlag, wie diese 2,5 Milliarden € eingespart werden sollen. Lieber Kollege Kößler, Sie müssen hinstehen und sagen, wo Sie in unserer Landesverwaltung 10 000 Stellen streichen wollen. Wollen Sie keine Polizei? Wollen Sie 10 000 Lehrerstellen zusätzlich streichen? Heute Morgen hat Ihre Fraktion noch herumgejammert und beklagt, dass wir innerhalb von zwei Jahren 2 000 Lehrerstellen streichen, abbauen wollen, und sie hat deshalb sogar die Entlassung der Kultusministerin beantragt. Ihnen fehlt einfach die Orientierung. Sie müssen sich wirklich entscheiden, was Sie wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun zur Schuldenbremse. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schuldenbremse der LHO, der Schuldendeckel, ist nicht mehr aktuell. Denn dieser Deckel ist vor der grundgesetzlichen Schuldenbremse eingeführt worden. Damals war Baden-Württemberg Vorreiter; das war richtig, und zwar mit Ihrer Unterstützung und unter Ihrer Federführung; auch das war richtig und gut so. Aber jetzt ist die Situation eine andere. Der Schuldendeckel der LHO passt nicht mehr, weil er rein punktuell auf einen einzelnen Haushalt fokussiert ist. Wir betreiben keine solche Kosmetik. Auch wir könnten sagen: Wir haben 2011 keine Schulden gemacht, und wir haben auch 2012 keine Schulden gemacht.

(Abg. Joachim Kößler CDU: 2013, 2014!)

Aber das wäre reine Kosmetik; es wäre kein struktureller Abbau. Auch der Rechnungshof sagt uns das. Vorgestern haben wir hier doch alle noch einhellig die Arbeit des Rechnungshofs wertgeschätzt und gesagt, wie wichtig dieser ist. Vor allem Kollege Löffler hat dies zum Ausdruck gebracht und gesagt, der Rechnungshof sei das schlechte Gewissen der Regierung und wir sollten ihm daher folgen. Folgen S i e doch einmal dem Rechnungshof! Der Rechnungshof sagt: „Die

*(Muhterem Aras)*

Schuldenbremse muss in die Landesverfassung.“ Er sagt aber nicht: „sofort“. Er sagt, der vorgesehene Pfad zum Abbau der Neuverschuldung sei nicht ambitioniert – da kann man unterschiedlicher Meinung sein –, aber die Schuldenbremse müsse in die Landesverfassung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Joachim Kößler CDU: 2015, 2016, 2017, 2018!)

Dann noch zwei Sätze – ich habe noch eine Minute Zeit; das freut mich –

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alexander Throm CDU: Mehr Gas geben! Das schaffen Sie!)

zum Vergleich mit unserem schönen Nachbarland Bayern. Lieber Kollege Kößler, Bayern tilgt 500 Millionen €. Ich sage Ihnen: Bayern hat ein Haushaltsvolumen – zur Vereinfachung nehme ich nur das Haushaltsjahr 2013 – von 47 Milliarden €, wir haben ein Haushaltsvolumen von rund 40 Milliarden €. Bayern hat 21 Milliarden € Kreditmarktschulden, wir haben 43 Milliarden € Kreditmarktschulden. Bayern zahlt 630 Millionen € Zinsen, wir zahlen 1,9 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Joachim Kößler CDU)

Das heißt, wenn wir diese Zinsaufwendungen nicht hätten,

(Zuruf: Ja!)

dann hätten wir sogar richtig viel Geld.

Zu den Zuführungen in die Pensionsrücklage: Sie haben gesagt, das sei zu wenig. Haben Sie einen Antrag gestellt, diese zu erhöhen, und auch gesagt, wie wir das finanzieren sollen? Bayern hat diesen Beitrag auf 100 Millionen € gedeckelt, während wir im Doppelhaushalt über 1 Milliarde € in diese – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ein Quatsch! Das sind keine Haushaltsmittel!)

– Natürlich sind es 1 Milliarde €; Sie können es nachlesen.

Meine Redezeit ist vorbei. Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelt Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

**Abg. Klaus Maier** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werfe zunächst einmal einen Blick auf den Einzelplan 06, den Haushalt des Finanzministeriums. Das ist ein Personalhaushalt. In diesem Haushalt steigert sich die Zahl der Stellen: um 147 im Jahr 2013 und um 182 im Jahr 2014. Diese Personalaufstockung begrüßen wir, die SPD-Fraktion, ausdrücklich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind verantwortlich für das Steueraufkommen des Landes. Sie machen eine gute Arbeit. Unsere Fraktion spricht dafür herzlichen Dank aus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir bedanken uns auch ganz herzlich bei den Beamtinnen und Beamten, die die Steuerkriminalität bekämpfen. Allein im dritten Quartal dieses Jahres sind in Baden-Württemberg 972 Selbstanzeigen eingegangen. Hochgerechnet auf das Bundesgebiet werden die Steuereinnahmen aufgrund der Selbstanzeigen auf etwa 2,5 Milliarden € geschätzt. Es gibt also eine sehr erfolgreiche Bekämpfung der Steuerkriminalität, obwohl man in den letzten zehn Jahren in diesem Bereich 2 000 Stellen abgebaut hat. Wir drehen jetzt den Spieß um, wir stoppen diesen Trend, wir steigern die Zahl der Ausbildungsplätze – es gibt zusätzlich 150 Anwärter –, wir stellen in beiden Haushaltsjahren je 100 neue Mitarbeiter ein, und wir verbessern die Beförderungschancen. Eine gute und leistungsfähige Steuerverwaltung macht sich mehr als bezahlt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Der Einzelplan 12 ist der letzte Einzelplan, den wir in diesen langen Beratungen bearbeiten, besprechen und diskutieren. Wir haben uns sechs Tage im Finanz- und Wirtschaftsausschuss und jetzt drei Tage im Plenum mit dem Staatshaushaltsplan 2013/2014 beschäftigt.

Mir ging es ähnlich wie Frau Kollegin Aras: Wir sind jeden Morgen hier zusammengekommen und haben uns überlegt: Heute steht ein großer Einzelplan auf der Tagesordnung – Innenministerium, Wissenschaftsministerium, Kultusministerium usw. –, jetzt müssten sie doch kommen, diese Einsparvorschläge der Opposition, seitenweise Konzepte, wie man von dieser Deckungslücke in Höhe von 2,5 Milliarden € herunterkommt,

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Das könnte Ihnen so passen!)

wie man es ohne Schulden schafft. Im Vorfeld hat es ja monatelang Kritik an der Verschuldung gegeben; in der Ersten Beratung wurde beißende Kritik geübt. Wir haben immer gewartet, und nichts ist gekommen.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Es ist tatsächlich nichts gekommen!)

Ich habe diese Beratungen sehr interessiert verfolgt. Nach den Reden der Opposition habe ich eher das Gefühl, dass man bei den Ausgaben eher noch etwas hinzufügen müsste. Das eine oder andere ist kritisiert worden. Vorhin gab es beispielsweise die Kritik, dass man bei der Kunst, der Wirtschaft zu wenig mache.

Wir haben hier von der Opposition keine Anträge und auch keine Lösungsvorschläge für das Problem bekommen. Ich weiß auch, warum: 2,5 Milliarden € Deckungslücke zu schließen würde einen Kahlschlag bedeuten, einen Kahlschlag bei den Investitionen des Landes – wir müssten an den kommunalen Finanzausgleich mit den Städten und Gemeinden herangehen –, und es würde einen Kahlschlag auch bei den freiwilligen Leistungen bedeuten. Einfach ist es nicht, seitens des Landes zu sparen. Es gibt sehr festgezurrte Aufgaben, wir haben Gesetze, wir haben Verpflichtungen. Wenn wir aus dem Haushalt zweieinhalb Milliarden Euro herausschneiden würden, hätte das Land Baden-Württemberg ein ganz großes Problem. Wir wollen das Land Baden-Württemberg nicht an die Wand fahren. Das machen andere Länder auch nicht. Der Bund hat einen Abbaupfad für seine Schulden, Hessen – ich nehme ein CDU-regiertes Land – hat genauso einen Abbaupfad bis 2019 entwickelt wie wir.

Die Opposition bringt aber eine zweite Sache ins Spiel, und zwar die Mär von den sprudelnden Steuerquellen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo? In Hessen? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Es ist richtig, dass bei uns die Steuern sehr gut eingehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also ist das doch keine Mär!)

Wenn man die Jahre 2010 und 2013 vergleicht, beträgt die Steigerung des Steueraufkommens, wie wir es jetzt oft gehört haben, etwa 5 Milliarden €. Man macht bei diesem Vergleich aber einen Fehler – Herr Kößler hat den Fehler wieder gemacht –:

(Zuruf des Abg. Joachim Kößler CDU)

Wir dürfen nicht das Jahr 2010 als Ausgangspunkt nehmen. Denn im Jahr 2010 waren wir wegen der Krise bei den Steuereinnahmen ganz unten. Wir müssen das Jahr 2008 als Vergleichsmaßstab heranziehen.

(Zurufe von der CDU)

Im Jahr 2008 hatten wir schon 28 Milliarden € Steuereinnahmen.

(Zuruf von der CDU: Keine Schulden!)

Im Jahr 2012 waren es 29 Milliarden € – 1 Milliarde € Zuwachs gegenüber 2008 –, und im Jahr 2013 sind es 29,8 Milliarden €.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 1,5 Milliarden € Schulden!)

Da sieht man schon: Die Kurve geht nicht so steil nach oben, sondern die Kurve ist flacher, als man immer glauben machen will.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber es sind trotzdem 3 Milliarden € mehr!)

Auf der anderen Seite sind die Ausgaben weiter gestiegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ja das Problem!)

Die Ausgaben haben im Jahr 2008 bei 34,4 Milliarden € gelegen, und sie sind trotz der Krise nicht nach unten gegangen, sondern sind weiter gestiegen.

(Zuruf: Wir haben ein Ausgabenproblem!)

Wir haben seitdem eine Lücke von etwa 10 Milliarden €, und diese Lücke zwischen Steuern und Ausgaben kann man nur schwer, in harter Arbeit und durch strukturelle Maßnahmen in den Griff bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Das sagt auch das Gutachten der Hertie School of Governance. Dieses Gutachten sollte man studieren, dann sieht man auch die Problematik. Es ist nicht so einfach, wie Sie das mit der Mär von den Steuereinnahmen darstellen.

Außerdem müssen wir bei den Steuereinnahmen natürlich immer Brutto und Netto sehen. Beim Brutto hört sich die Zahl gut an; der Nettobetrag ist niedriger, weil das Land in den Länderfinanzausgleich einzahlt und großzügig 23 % an die Gemeinden abgibt. Auch hierzu ein Vergleich mit Bayern: Da sind die Bayern nicht so großzügig wie wir. Aus diesem Grund ist es uns nur möglich, einen Teil einzusparen.

Wir brauchen – obwohl das niemand gern will – für 2013 und für 2014 eine Kreditermächtigung, und wir stimmen dieser Kreditermächtigung zu. Wir stimmen auch zu, dass wir unsere Probleme mittels eines Abbaupfads lösen.

Wir stimmen aber nicht Anträgen der CDU zu, die ins Reich der Träume und auf die Schatzsuche in die Schweiz gehen und beim Haushaltsausgleich auf ein Abkommen setzen, das im Bundesrat mit 48 : 21 Stimmen abgelehnt wurde – die sechs Stimmen des Landes Baden-Württemberg waren hier nicht ausschlaggebend –, das keine Grundlage hat und jetzt im Vermittlungsausschuss endgültig durchgefallen ist. Das ist reine Spekulation.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Spekuliert wird auch hier auf Steuereinnahmen, die wahrscheinlich nur zu einem Bruchteil eingehen, und spekuliert wird hier auch mit einem Abkommen, das große Lücken erwarten lässt. Anonyme Stiftungen versuchen schon wieder, andere Lösungen zu finden, damit wir diese Steuereinnahmen nicht bekommen.

Mit dieser Milliarde aus der Schweiz ist es nun leider nichts geworden. Die CDU sagt selbst im Antrag, niemand sei in der Lage, eine seriöse Aussage darüber zu machen, wie viel unversteuertes Vermögen deutscher Steuerpflichtiger bei Kreditinstituten in der Schweiz angelegt ist. Auf eine solche Aussage hin 1 Milliarde € in den Haushalt einzustellen ist unseriös, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, der Länderfinanzausgleich – auch ein wichtiger Posten – kostet das Land Baden-Württemberg leider wieder sehr viel Geld. Das Ärgerliche an diesem Finanzausgleichssystem ist, dass das Land Baden-Württemberg bei den Steuereinnahmen vor dem Länderfinanzausgleich über dem Länderdurchschnitt liegt und in seiner Finanzkraft nach dem Länderfinanzausgleich leicht unter dem Länderdurchschnitt liegt. Das ist nicht leistungsgerecht.

Das ist aber keine Erfindung von Grün-Rot, sondern das ist die Hinterlassenschaft der alten Landesregierung. Jetzt eine Klage einzufordern und für das Jahr 2014 nach dem Prinzip Hoffnung 100 Millionen € einzustellen ist genauso unseriös wie die Nummer mit dem Geld aus der Schweiz. Wie eine solche Klage ausgehen würde, ist äußerst ungewiss. Die Sache kann ins Auge gehen, weil die Steuerkraft unserer Kommunen derzeit nicht voll angerechnet wird. Darauf verwies kürzlich auch Professor Dr. Feld – wir haben schon von Herrn Kößler von ihm gehört; das ist einer der Wirtschaftsweisen – beim Forum für nachhaltige Finanzpolitik des Rechnungshofs

in Karlsruhe. Seine Aussage dazu war: Baden-Württemberg läuft bei einer Klage Gefahr, mehr zu zahlen. Also: Aufgepasst!

Meine Damen und Herren, zu diesen unseriösen Verbesserungen der Einnahmeseite gehört auch das Lebensarbeitszeitkonto. Kurzfristigen Einsparungen durch Mehrarbeit stehen in der Zukunft Ausgaben durch deren Ausgleich gegenüber. Dafür muss man eine Rücklage bilden. Macht man das nicht, entsteht ein strukturelles Defizit. Bildet man diese Rücklage, dann wird aus dem Einsparvorschlag eine Nullnummer. Also gilt auch da: Ab damit in den Papierkorb.

Meine Damen und Herren, ich unterstreiche, was meine Kollegin Aras gesagt hat: Wir geben 1 Milliarde € in eine Rücklage. Auch das muss man in diesem ganzen Kontext sehen. In den Jahren 2013 und 2014 geben wir mit 1 Milliarde € weitaus mehr als Bayern in die Rücklage. Wenn Sie das berücksichtigen und ferner berücksichtigen, wie die Zinslast aussehen würde, wenn wir die Verschuldung von Bayern hätten, wenn Sie dann auch noch eine Nullrunde für die Beamten, wie es sie in Bayern gibt, hinzurechnen, wenn Sie also das alles auf Baden-Württemberg übertragen würden, dann könnten wir ebenfalls 500 Millionen € tilgen.

Eine gewisse Reserve – das gebe ich zu – sind die prognostizierten Steuereinnahmen aus der Steuerschätzung vom November 2012. Ob die in Aussicht gestellten 420 Millionen € Mehreinnahmen erzielt werden, wird man abwarten müssen. In den Haushalt werden diese Einnahmen nicht eingestellt. Das ist eine seriöse und vorsichtige Finanzpolitik. Ein Doppelhaushalt bringt immer Unsicherheiten und Unwägbarkeiten mit sich. Die Eintrübung der Konjunktur macht sich auch in Baden-Württemberg bemerkbar, und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs birgt Risiken. Auch die Tarifabschlüsse sind ein großes Risiko. Wenn so abgeschlossen wird wie

(Zuruf von der SPD: Gefordert!)

gefordert, dann kostet uns das 1 Milliarde €. Deshalb müssen wir vorsichtig sein. Wenn es dann keine Unsicherheiten mehr gibt, können wir die ganze Sache im Nachtragshaushalt regeln.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Einzelplan 12 zu.

Ich komme zum Staatshaushaltsgesetz und verweise dazu auf die Stellenabbauprogramme. Sie werden weitergeführt. Ich verweise vor allem darauf, dass auch wieder 54 Stellen durch ein Einsparprogramm zur Refinanzierung von Stellen aufgrund der Regierungsbildung abgebaut werden. Wir sind hier auf einem guten Weg. Ich unterstreiche auch eine Initiative „Gute Arbeit“. Wir haben befristete Arbeitsverhältnisse

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

finanztechnisch neutral so gestaltet, dass wir Hunderten von derzeit befristet Beschäftigten einen unbefristeten Arbeitsvertrag geben können. Das ist eine gute und wichtige Sache.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Haushaltsbegleitgesetz ist u. a. der Pakt mit den Kommunen geregelt. Die Verwaltungskostenpauschale, die Förderung der Jugendkunstschulen, das Privatschulgesetz und die Landeshaushaltsordnung werden geändert. § 18 der Landeshaushaltsordnung wird entsprechend den gefassten Beschlüssen angepasst. Wir haben damit die Möglichkeit, die Lücke von 2,5 Milliarden € Schritt für Schritt über einen Abbaupfad über mehrere Jahre bis 2019 zu schließen.

Niemand macht gern Schulden, meine Damen und Herren. Wir versuchen aber, unsere Finanzpolitik seriös und verantwortungsvoll zu machen. Deshalb halten wir das für den richtigen Weg. Wir bieten gern an, das auch in die Verfassung zu schreiben. Bringen Sie uns ein paar gute Einsparvorschläge. Vielleicht können wir dann die Schulden in Zukunft verringern. Aber wir sind nicht bereit, die Anträge der CDU und der FDP/DVP mitzutragen.

Die Landesregierung versucht derzeit, den Haushalt systematisch und langfristig zu konsolidieren, und zwar mit einem riesigen Arbeitspensum. Es gibt eine Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur. Sie wird unterstützt von einem Lenkungskreis und von den Ministerien. Sie ist dabei, einen Weg festzulegen, mit dem die Verschuldung nachhaltig gesenkt wird. Dort werden sinnvolle Sparvorschläge eingebracht. Wir nehmen viele alte Denkschriftbeiträge des Rechnungshofs wieder auf und berücksichtigen natürlich auch die aktuellen. Stellenkürzungen kommen hier zur Sprache, auch Verbesserungen bei der IT sind geplant. Die Verwaltungsstrukturen werden durchleuchtet, ein Controlling wird eingerichtet und ein Finanzplan bis zum Jahr 2020 aufgestellt, der dem Parlament dann im Sommer vorgelegt wird.

Ich glaube, das ist ein richtiger Weg, ein Weg, mit dem wir vernünftig und zielgerichtet sparen. Wir werden es schaffen, 2013 etwa 800 Millionen € und 2014 etwa 1 Milliarde € einzusparen.

Den Gegenbeweis ist uns die Opposition schuldig geblieben. Wir haben von ihr keine Sparvorschläge bekommen. Wenn wir all das, was wir von ihr in den Haushaltsberatungen gehört haben, umsetzen würden,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dann hätten wir die Deckungslücke von 2,5 Milliarden € nicht einmal ansatzweise geschlossen, sondern dann hätten wir weitere 2,5 Milliarden € Schulden aufgenommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Märchen!)

Die Regierung hat Mut bewiesen und auch bittere Entscheidungen getroffen. Wir haben bei den Mitarbeitern gespart. Wir haben bei den Beamten Entscheidungen getroffen, zu denen uns viel Protest entgegengeschlagen ist. Was von der Opposition kam, waren Krokodilstränen. Herr Rülke, wahrscheinlich gehen Sie dann im Sommer zusammen mit den Beamten demonstrieren. Aber das trägt nicht dazu bei, unsere Probleme zu lösen.

Wir bringen noch einen kleinen Antrag ein. Er betrifft den Zuschlag von 10 %, der bei einer freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit gewährt wird. Diesen Antrag Drucksache 15/2717-1 – er wurde gestern ausgeteilt – beziehen wir auf die Besoldungsgruppen B 2 bis B 11, R 3 bis R 8, W 3 und C 4 k.w. Wir sagen einfach: Wer 9 000 € und mehr verdient und länger arbeiten will, der braucht diese 10 % nicht; der ist

in einer guten finanziellen Situation. Deswegen umfasst die Kürzung diese Besoldungsgruppen.

Meine Damen und Herren, die mittelfristige Finanzplanung zeigt noch einmal auf, dass wir Konsolidierungsbedarf haben. Wir werden auch die künftigen Haushalte 2015 und 2016 mit Krediten ausgleichen. Die mittelfristige Finanzplanung ist aber wie der Doppelhaushalt 2013/2014 ein deutlicher Einstieg in den Abbau des Haushaltsdefizits. Der Weg des Abbaupfads wird fortgesetzt. In der mittelfristigen Finanzplanung wurde dokumentiert, wie man nach und nach bis 2019 zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik gelangt. Wir stimmen dieser Finanzplanung zu. Wir nehmen sie positiv zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber heute Abend ein bisschen ruhiger!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt ist ein Haushalt, der Baden-Württemberg immer weiter in die Verschuldung führt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Zahlen lügen hier nicht, und sie sind eindeutig. Der Staatshaushaltsplan für das Jahr 2010 hatte ein Volumen von knapp 35 Milliarden €, der Staatshaushaltsplan für 2011 in der Fassung des Vierten Nachtrags ein Volumen von knapp 36,8 Milliarden €. Das ist eine Steigerung um 5,2 %. Der Staatshaushaltsplan für 2012 umfasst 38,85 Milliarden €; das entspricht einer Steigerung um 5,7 % gegenüber 2011. Beim Staatshaushaltsplan für 2013 sind es 40,7 Milliarden €; das entspricht einer Steigerung um 4,8 % gegenüber 2012.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das Haushaltsvolumen jedes Jahr um 5 %, um 2 Milliarden €, steigern, ist es kein Wunder, dass wir nicht aus der Neuverschuldung herauskommen. Das ist Ihr Problem, und nichts anderes.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die den einzelnen Ressorts aus dem allgemeinen Steueraufkommen zur Verfügung gestellten Mittel sind – ohne Berücksichtigung des kommunalen Finanzausgleichs und des Länderfinanzausgleichs – von 19,06 Milliarden € im Jahr 2011 um mehr als 1,5 Milliarden € auf 20,63 Milliarden € im Jahr 2012 angewachsen. 2013 liegt dieser Zuwachs deutlich über dem Zuwachs der Steuereinnahmen, der netto, nach dem Abzug der Mehrleistungen für den kommunalen Finanzausgleich und den Länderfinanzausgleich, mit etwa 600 Millionen € veranschlagt ist. Brutto sind es nach der Steuerschätzung vom Mai 2012 924 Millionen €.

Auch hier wird deutlich: Sie haben ein Ausgabenproblem. Das wird auch deutlich, wenn man sich die einzelnen Ressorts anschaut. Das Staatsministerium gibt 3,2 Millionen € mehr aus. Beim Innenministerium sind es 80,7 Millionen € mehr, beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport 253,2 Millionen €, beim Justizministerium 10,4 Millionen €, im Bereich Wirtschaft 23 Millionen €, beim Ministerium für Ländlichen Raum 22 Millionen €, beim Sozialministerium 95,5 Millionen €, beim Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft 28,4 Millionen €, beim Verkehrsministerium 94,4 Millionen €, beim Wissenschaftsministerium 131,8 Millionen € und beim Integrationsministerium 17,4 Millionen €, meine Damen und Herren. In all diesen Bereichen gibt es Mehrausgaben. Auch hier wird deutlich: Dieser Haushalt hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

In diesen Ausgaben ist der steigende Personalaufwand aufgrund von Gehaltserhöhungen noch nicht enthalten. Dieser ist im Wesentlichen nicht bei den einzelnen Ressorts, sondern in Kapitel 1212 als globale Mehrausgabe veranschlagt. Sie ist 2013 um 152 Millionen € höher angesetzt als 2012.

Betrachtet man die Steigerungsraten, mit denen der Zuschuss zu den einzelnen Ressorthaushalten bezogen auf den jeweiligen Gesamtzuschuss wächst – das ist ein guter Indikator für die Prioritätensetzung innerhalb des Haushalts –, dann stellt man fest, dass der Haushalt des Integrationsministeriums mit 18,8 % deutlich vorn liegt. Dann kommen der Haushalt des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur mit einer Steigerung um 10,9 %, der Haushalt des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft mit 10,4 %, der Haushalt des Sozialministeriums mit 7,7 % und der des Staatsministeriums mit 6,8 %.

Meine Damen und Herren von Grün und Rot, es ist Ihr gutes Recht, Prioritäten zu setzen. Nur: Die Prioritäten, die Sie setzen, sehen so aus, dass Sie überall mehr ausgeben. Das funktioniert im Endeffekt nicht. Genau das ist das Problem.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So kann man keinen Haushalt konsolidieren. Um von diesen Fakten abzulenken, halten die Exponenten von Grün und Rot ständig Reden über die Erblasten, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hinterlassen habe, und behaupten, die Opposition habe keinerlei Alternativen zur Haushaltspolitik von Grün-Rot anzubieten.

Heute haben wir auch wieder solche Beispiele erlebt. Sie schaffen es, in derselben Debatte wiederholt mit Krokodilstränen zu beklagen, die FDP/DVP beantrage die Streichung des Mietwohnungsbauprogramms. Anschließend – nach vielleicht fünf oder sechs Minuten – verfallen Sie in den Zustand der kollektiven Demenz, vergessen dies und behaupten: „Ihr macht ja überhaupt keine Vorschläge.“ Man kann Ihnen immer und immer wieder vortragen, was wir vorschlagen – nicht nur unseren Antrag zum Mietwohnungsbauprogramm.

(Staatssekretär Ingo Rust: Aber nicht über 3,3 Milliarden €, Herr Rülke! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

– Es ist immer wieder dieselbe Leier, Herr Rust.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ach ja?)

Es geht um einzelne Punkte. Wenn man Ihnen diese einzelnen Punkte vorhält, dann erklären Sie:

(Staatssekretär Ingo Rust: Aber in der Summe passt das nicht!)

„Ach, das ist ja nicht viel. Damit kann man keinen Haushalt konsolidieren. Die Studiengebühren machen ja bloß 180 Millionen € aus.“

(Staatssekretär Ingo Rust: In der Summe passt das nicht, Herr Rülke!)

– Ich habe es Ihnen doch gerade vorgetragen. In jedem einzelnen Ressort geben Sie deutlich mehr aus. Das ist der Grund und nichts anderes.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Durch die Kompensation der Studiengebühren entsteht eine strukturelle Belastung des Haushalts von 180 Millionen €. Das Konzept der Schaffung freiwilliger Lebensarbeitszeitkonten – man kann es Ihnen nur immer wieder sagen –, die Streckung des Stellenabbauprogramms des Doppelhaushalts 2010/2011,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Hunderte zusätzlicher Stellen in den Ministerien: Sie müssen endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass auch das Geld kostet.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Diese Versorgungspatronage hat doch nicht die Opposition betrieben, sondern die haben Sie betrieben.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Es gibt unsinnige Doppelstrukturen im Bereich G 8/G 9. Dann statten Sie Ihre Gemeinschaftsschulen aus. Da fahren Sie das Geld mit dem Schubkarren hin, damit die Leute diese Schulen auch wirklich annehmen.

Ich verweise zudem auf eine unsinnige und regional unausgewogene Polizeireform, die einen Haufen Geld kostet.

Ich sage es so lange, bis Sie es kapiert haben: Egal, was Sie ausrechnen: Wenn Sie das Steuerabkommen mit der Schweiz gemacht hätten, hätten Sie mehr Geld im Haushalt. Das können Sie doch gar nicht bestreiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn mein Pferd eine Katze wäre, könnte es den Baum hochklettern!)

Sie setzen die Schuldenbremse nicht um und lehnen sämtliche Kompromissangebote der Opposition ab.

Was besonders unseriös ist, meine Damen und Herren: Nachdem deutlich ist, dass Sie in diesem Haushalt kein Einnahme-, sondern allein ein Ausgabenproblem haben, erklären Sie noch, Sie müssten, um den Haushalt in der Zukunft konsolidieren zu können, Steuererhöhungen im Bund abwarten. Dann kalkulieren Sie in Ihrem Haushalt schon 400 Millionen € aus Steuererhöhungen nach einer Bundestagswahl ein, von der noch kein Mensch das Ergebnis kennt, meine Damen und Herren. Auch das ist in höchstem Maß unseriös.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wir können hinsichtlich der Umsetzung der Schuldenbremse – ich kann Ihnen das immer und immer wieder anbieten – gern über Kompromisse reden. Denkbar wäre etwa ein Abbaupfad mit Schritten von 500 Millionen €, sodass Sie beispielsweise im Jahr 2013 noch 1,78 Milliarden € neue Schulden machen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ach, auf einmal!)

– Ja, wenn man über Kompromisse redet, Frau Aras, müssen sich alle bewegen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Sie haben in der Vergangenheit hier wahrscheinlich mit Ohropax gesessen.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Wir haben Ihnen schon öfter angeboten, dass wir über Kompromisse reden. Ich trage erneut einen solchen Kompromiss vor. Nur: Sie verstehen eben unter Kompromiss, dass wir uns dem unterwerfen, was Sie sich vorstellen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Aber das wird bei einem Kompromiss eben nicht passieren.

Nach diesem Abbaupfad läge die Neuverschuldung 2014 bei 1,28 Milliarden €, 2015 bei 0,78 Milliarden € und 2016 bei 0,28 Milliarden €. Das wären insgesamt immer noch 4,12 Milliarden € neue Schulden. Das wäre ein Kompromissangebot. Aber Sie sind überhaupt nicht an einem Kompromiss interessiert,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

sondern Sie sind nur daran interessiert, dass das, was Sie uns vortragen, bis zum Jahr 2020 von uns so abgesegnet wird. Aber das ist nun einmal leider kein Kompromiss. Deshalb stehen wir dafür nicht zur Verfügung. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die CDU-Fraktion für so etwas zur Verfügung steht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Der Ministerpräsident hat uns mehrfach schriftlich ermahnt, für einen Kompromiss zur Verfügung zu stehen. Wir haben dann immer geantwortet,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

haben Vorschläge gemacht. Darauf erhält man dann vom Ministerpräsidenten keine Antwort mehr. Auch er stellt sich eben unter einem Kompromiss vor, dass man sich dem unterwirft, was Sie sagen.

Sie reden immer von strukturellem Sparen, auch in diesem Haushalt. Meine Damen und Herren, die Entnahme aus den kommunalen Finanzmassen für die beiden Doppelhaushalte 2013/2014 und 2015/2016 – so, wie es mit den kommunalen

Landesverbänden abgesprochen ist – ist kein strukturelles Sparen, zumal sowohl Grün als auch Rot im Wahlkampf den völligen Verzicht auf diese Entnahmen angekündigt hatten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da sehen Sie einmal, wie gut wir sind! Das haben wir wieder zurückgeholt! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir stellen uns der Auseinandersetzung!)

Auch hier sind Sie Ihren eigenen Wahlversprechen untreu geworden. Die sogenannte Limitabsenkung in der Haushaltsaufstellung wie auch die globale Minderausgabe sind in keiner Weise nachhaltig, weil Aufgaben und Ausgaben damit nicht verschwinden, sondern nur in Bezug auf den jeweiligen Haushalt gedeckelt werden.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Der Gipfel ist, dass Sie die Ausschüttungen der LBBW als Sparbeitrag Ihrer Landesregierung verkaufen wollen, meine Damen und Herren.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Steuerabkommen mit der Schweiz, 1 Milliarde €! Das ist Sparen?)

Damit sind schon einmal 500 Millionen € der von der Landesregierung dargestellten Einsparungen nicht dauerhaft belastbar und damit auch nicht als nachhaltig und nicht als strukturell darzustellen.

Die nach den von der Landesregierung am 25. September vorgelegten Übersichten wirklich verbleibenden strukturellen Einsparungen belaufen sich noch auf 81,5 Millionen € bzw. 141,6 Millionen € in den Jahren 2013 und 2014.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Und was ist 2019?)

Das sind die Beträge, die Sie strukturell wirklich sparen: 81,5 Millionen € und 141,6 Millionen €. Gleichzeitig aber sattelt Grün-Rot denselben Übersichten zufolge 186,4 Millionen € im Jahr 2013 und 202,9 Millionen € im Jahr 2014 obendrauf, also jeweils etwa 100 Millionen € zwangsläufige Mehrausgaben und etwa 80 Millionen € für politische Schwerpunktsetzungen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir halten uns an Recht und Ordnung!)

Am Ende wird das strukturelle Defizit des Haushalts also nicht kleiner, sondern es wächst weiter. Es steigt.

Ihr Sparpaket ist eine Mogelpackung, meine Damen und Herren. Denn der einzige Bereich, in dem Grün-Rot tatsächlich zu sparen gedenkt, ist der Bereich des öffentlichen Dienstes. Hier sind Sie auch in keiner Weise an Kompromissen oder Verhandlungen mit dem Beamtenbund interessiert –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

anders, als wir das in der Vergangenheit immer hinbekommen haben.

Wenn die gegenwärtige Landesregierung den gleichen Weg eingeschlagen hätte wie die damalige Regierung aus CDU und FDP/DVP unter Ministerpräsident Oettinger, hätte dies erneut zu einem Konsens auf der Basis einer längerfristigen Vereinbarung führen können. Aber mein sicherer Eindruck ist, dass die Landesregierung, jedenfalls die Landesregierung insgesamt, dies gar nicht gewollt hat.

Fazit: Grün und Rot, die in der Opposition gern mit Vokabeln wie Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Haushaltswirtschaft um sich geworfen haben, versagen vor den eigenen Ansprüchen. So gut wie nichts ist strukturell wirksam, nachhaltig und generationengerecht.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sehr gut!)

Auch vor dem Anspruch, die Motive der Zukunftsorientierung mit Haushaltskonsolidierung und mit Bildungsinvestitionen vereinbaren zu können, versagt Grün-Rot. Die Ankündigungen im Koalitionsvertrag zum Ausbau der Ganztagsschulen, zur Einführung inklusiven Unterrichts an allen Schulen, zur verstärkten individuellen Förderung, zum weiteren Ausbau der Krankheitsvertretungsreserve und zum Ausbau der Gemeinschaftsschulen sind mit dem Abbau von 11 600 Lehrerstellen qualitativ und quantitativ nicht zu vereinbaren.

Grün-Rot wird hier sehr bald – spätestens mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 – wieder einen Offenbarungseid leisten müssen. Es bleibt eine Politik, die viel, viel stärker klientelorientiert ist, als es die der Vorgängerregierungen je war. Auf Ausgaben wird nicht verzichtet, und deshalb wird immer wieder bei Steuererhöhungsfantasien Zuflucht genommen werden müssen. Bei der Erbschaftsteuer, bei der Vermögensteuer und bei einem deutlich höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer müssen Sie Zuflucht suchen, um überhaupt noch in der Lage zu sein, auch in der Zukunft den Haushalt auszugleichen.

Wenn die Bundestagswahl nicht so ausgeht, wie Sie sich das erhoffen, dann ist Ihre gesamte mittelfristige Finanzplanung ohnehin Makulatur.

Letztlich ergibt sich ein wahrhaft vernichtendes Bild dessen, was Sie sich unter Haushaltspolitik vorstellen. Kein vernünftiger Mensch kann einem solchen Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid das Wort.

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei all den hitzigen Diskussionen und Debatten droht manchmal fast in Vergessenheit zu geraten, worum es beim Thema Haushalt eigentlich geht.

(Abg. Heribert Rech CDU: Weihnachtsmann!)

Worum es uns allen – gleich, welcher politischen Couleur – gehen sollte, ist, Baden-Württemberg in eine erfolgreiche Zukunft zu führen, in eine Zukunft ohne Schulden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

*(Minister Dr. Nils Schmid)*

Mit diesem Doppelhaushalt stellen wir die Weichen dafür, um das Ziel der grundgesetzlichen Schuldenbremse bis 2020 zu erreichen. Allein mit diesem Haushalt werden wir 861 Millionen € strukturelle Einsparungen mit der Zielmarke 2020 erbringen. Dies macht auch deutlich, dass das große Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts nicht mit einem großen Sprung, sondern nur mit vielen kleinen konsequenten Schritten erreicht werden kann. Jeder, der sich an den Beratungen – gerade auch im Finanzausschuss – beteiligt hat, weiß genau, wie schwer dieser Weg ist. Die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 ergab eine jährliche Deckungslücke von rund 2,5 Milliarden €. Niemand hier kann also allen Ernstes leugnen, dass die Ausgangslage äußerst schwierig war.

Genauso klar ist, dass auch die relativ guten Steuereinnahmen bei Weitem nicht ausreichen werden, um die strukturelle Schieflage des Landeshaushalts kurzfristig zu beheben. All jene, die sagen, mit diesen Steuermehreinnahmen könnte man doch locker die Nullnettoneuverschuldung schaffen, pflegen entweder einen etwas leichtfertigen Umgang mit der Wahrheit oder vergessen schlicht und ergreifend den Unterschied zwischen brutto und netto. Denn im Vergleich mit 2011 steigen 2014 die bereinigten Einnahmen brutto um 3,7 Milliarden €. Entscheidend ist aber, was netto zusätzlich in der Kasse ist, und das sind gerade einmal 1,8 Milliarden €.

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es!)

Wir alle hier im Saal sollten also den feinen Unterschied zwischen Umsatz und Gewinn verinnerlichen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja! – Abg. Manfred Groh CDU: Wo gehen die dann hin?)

Übrigens gehen im gleichen Zeitraum die übrigen Einnahmen um 3 Milliarden € zurück. Dazu lässt sich mitnichten sagen, dass die Finanzkrise haushalterisch bzw. haushaltspolitisch überwunden wäre. Denn im Vergleich mit 2008 steigen die bereinigten Einnahmen 2014 zwar um 3,8 Milliarden €, die bereinigten Ausgaben aber im gleichen Zeitraum um sage und schreibe 6,5 Milliarden €. Im selben Zeitraum – ich will das noch einmal deutlich machen – steigen die Steuereinnahmen netto um 2,7 Milliarden €, hingegen allein die Personalausgaben um 3,2 Milliarden €. Sie sehen also: Diese strukturelle Entwicklung des Haushalts ist nicht auf einen Schlag zu beheben.

Deshalb können wir am Ende der Beratungen auch feststellen: Wir, die grün-rote Landesregierung, haben von Anfang an gesagt, dass wir angesichts dieser strukturellen Schieflage die Nettonull für 2013 und 2014 nicht erreichen können. Aber auch Sie, sehr verehrte Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, haben kein Konzept vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie Sie in den Jahren 2013 und 2014 die Nettonull erreichen wollen.

Es ist auch bezeichnend, dass Sie heute kaum über Ihre konkreten Deckungsvorschläge geredet haben. Denn diese sind äußerst dünn. Die Vorschläge der FDP/DVP beinhalten konkret eine Deckung von 15 Millionen € im Jahr 2013 und 3 Millionen € im Jahr 2014. Sehr geehrter Herr Rülke, wie wollen Sie damit die Verschuldung des Landes in den Jahren 2013 und 2014 auf null herunterführen?

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Bei den Studiengebühren hat Sie dann der Mut endgültig verlassen. Zum letzten Haushalt haben Sie noch den konkreten Antrag gestellt, Studiengebühren wieder einzuführen. Inzwischen begnügen Sie sich mit einem Entschließungsantrag und fordern eine Kommission ein, in der man diskutieren soll, wie die Studiengebühren aussehen sollen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Sie haben es doch gewusst. Sie hatten doch Studiengebühren eingeführt. Warum wollen Sie sie nicht wieder einführen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie können sie gern einführen! Das wird an uns nicht scheitern!)

Auch hier besteht Mutlosigkeit auf Ihrer Seite. Sie wollen Studiengebühren, aber Sie sagen nicht die Wahrheit und sind nicht bereit, einen konkreten Antrag hierzu zu stellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wir haben sogar einen Gesetzentwurf gemacht!)

Überhaupt sind sehr viele Anträge von CDU und FDP/DVP in den Haushaltsberatungen gar keine konkreten Umschichtungsanträge, sondern reine Entschließungsanträge. Vor allem haben Sie die Themen, die Ihnen wohl wichtig sind, nicht mit konkreten Deckungsvorschlägen hinterlegt. Vielmehr haben Sie immer nur Entschließungsanträge formuliert, die aber unheimliche Ausgabenwirkungen nach sich ziehen. Sie waren nämlich nicht in der Lage, eine vernünftige Deckung zu organisieren und gleichzeitig die Nullneuverschuldung darzustellen.

Insofern kann ich nur sagen: Sie haben in dieser Haushaltsberatung gezeigt, dass Sie nicht in der Lage sind, eine Nullverschuldung im Haushalt zu erreichen. Daher sollten Sie uns dankbar sein, dass wir den Rechtsrahmen entsprechend anpassen. Denn Sie haben Ihr selbst gestecktes Ziel verfehlt.

Wenn Sie, die CDU, in Ihrem Deckungskonzept dann noch die Einstellung von 1 Milliarde € an Einnahmen aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz in den Haushalt vorsehen, führen Sie die Haushaltspolitik völlig ad absurdum. Denn erstens liegt es nicht in der Macht des Landes, diesem Steuerabkommen zum Durchbruch zu verhelfen. Sie kennen die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und wissen, dass es hier gar nicht auf die Stimmen von Baden-Württemberg ankommt.

Zweitens hat nicht einmal Bundesfinanzminister Schäuble, der wohl größte Verfechter dieses Abkommens, die Chuzpe besessen, von einer Aufkommenswirkung von 10 Milliarden € bei seinem Bundeshaushalt auszugehen. Vielmehr hat er sich wohlweislich darauf beschränkt, nur die Einnahmen in seinen Bundeshaushalt einzustellen, die auch durch das Abkommen garantiert sind, nämlich den Bundesanteil aus der Zahlung von 2 Milliarden Schweizer Franken, die in dem Abkommen garantiert ist.

Wenn Sie meinen, Sie könnten locker 1 Milliarde € in den Landeshaushalt einstellen, dann zeigen Sie, dass Sie keine seriöse Finanzpolitik betreiben und nicht verstanden haben, dass diese 1 Milliarde € auf reinen Spekulationen beruht. Das sind Zahlen aus Fantasialand. Mit seriöser Haushaltspolitik hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

*(Minister Dr. Nils Schmid)*

Insofern erledigen sich die ganzen unsachlichen Anwürfe, die Sie in den letzten Wochen vor sich hergetragen haben, von selbst. Es ist klar ersichtlich, dass die Landesregierung bei der Konsolidierung des Haushalts entschlossen handelt. Wir schaffen es gleichzeitig – auch in der originären Zuständigkeit des Finanz- und Wirtschaftsministeriums –, zu investieren. Konsolidieren und Investieren gehören zusammen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Denn wer den Schuldenabbau konsequent vorantreiben will, muss auch die indirekten Schulden des Landes, nämlich den Sanierungsstau, ins Auge fassen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Sehr richtig!)

Deshalb machen wir Ernst und sanieren unseren Gebäudebestand; wir setzen in den Jahren 2013 und 2014 Rücklagen ein, um die dringend benötigten Investitionen bei Hochschulgebäuden, bei Landesstraßen endlich leisten zu können.

Vor allem sind wir bei unserem eigenen Gebäudebestand in einer Pionierrolle in Sachen Klimaschutz. Wir haben für energetische Sanierungsmaßnahmen zusätzlich zu den normalen Sanierungsmitteln Contractingmaßnahmen im Umfang von 50 Millionen € für 2012 bis 2014 auf den Weg gebracht. Wir haben allein für die energetische Sanierung über 120 Millionen € im Doppelhaushalt bereitgestellt. Damit ist klar: Es wurde noch nie so viel Geld in die Hand genommen, um die Landesgebäude energetisch zu sanieren.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir setzen 60 Millionen € pro Jahr ein. Das ist eine Vervierfachung im Vergleich zu dem langjährigen Schnitt, den Sie gepflegt haben, nämlich 15 Millionen € pro Jahr. Wir können stolz darauf sein, hier eine Vorreiterrolle übernommen zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Gleichzeitig werden wir die Haushalte nicht sanieren können, wenn wir nicht auch auf der Einnahmeseite ansetzen. Wir machen das, indem wir die Steuerverwaltung stärken. Sie ist die Einnahmeverwaltung unseres Landes. Wir gehen weiter voran in der Einstellung von Anwärtern in der Steuerverwaltung, und wir wollen dafür sorgen, dass die Steuerverwaltung des Landes auch in Zukunft die Millionen, die Milliarden Euro eintreibt, die notwendig sind, um den Haushalt zu konsolidieren.

In Ihrer Regierungszeit wurden viele, viele Stellen in der Steuerverwaltung abgebaut. Wir gehen den umgekehrten Weg. Wir stehen zu unserer Steuerverwaltung. Wir stehen auch zu unseren Steuerfahndern, die dafür sorgen, dass Steuergerechtigkeit im Tagesgeschäft durchgesetzt wird. Deshalb sind wir stolz darauf, dass wir mit diesem Doppelhaushalt weitere Stellen für die Steuerverwaltung schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss will ich darauf hinweisen: Es bleiben Risiken, konjunkturelle Risiken und Steuerrechtsänderungsrisiken. Deshalb ist es für uns ein Gebot der Vorsicht gewesen, dass wir die erwarteten Mehreinnahmen aus der Steuerschätzung vom Oktober bzw. November nicht in den Haushalt übernommen haben. Noch nie war das konjunkturelle Umfeld so volatil wie dieses Mal. Ging man im Oktober noch von einer Entwicklung des BIP von plus 1 % für das Jahr 2013 aus, so hat die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Dezember die Prognose schon auf 0,4 % nach unten korrigiert. Das zeigt an, dass wir enorme Unsicherheiten bei der Konjunktur haben.

Hinzu kommen ungeheure Steuerrechtsänderungsrisiken, die in der Vergangenheit bei Steuerschätzungen nicht in diesem Ausmaß vorhanden waren. Ich verweise insbesondere auf den Gesetzentwurf von Herrn Schäuble zu den Streubesitzdividenden. In diesem Gesetzentwurf werden Einnahmeausfälle von über 1 Milliarde € prognostiziert. Wir haben in Baden-Württemberg Zahlen, die deutlich machen, dass die Einnahmeausfälle noch höher liegen. Die Finanzämter im Land melden uns eine Anmeldung von geforderten Steuernachzahlungen allein für Baden-Württemberg von über einer halben Milliarde Euro.

Insofern ist klar, dass Herr Schäuble das Einnahmeausfallrisiko seiner Gesetzgebung systematisch unterschätzt. Deshalb war es notwendig, dass wir hier mit Vorsicht vorgegangen sind. Wir werden also die nächste Steuerschätzung abwarten müssen, bevor wir dann die möglichen Mehreinnahmen endgültig veranschlagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Mit diesem Haushalt bringen wir die Strukturen des Landeshaushalts in Ordnung. Wir investieren gleichzeitig in die Zukunft unseres Landes. Wir pflegen die Quellen des Wohlstands von morgen.

Ein Anfang ist gemacht. Ich lade Sie alle herzlich ein, mitzumachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Klein das Wort.

(Zurufe von den Grünen: Was? Jetzt?)

**Abg. Karl Klein** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser etwas aufregenden und langen Sitzung heute zum Anfang einige versöhnliche Bemerkungen: Auch ich als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft möchte mich bei allen Mitgliedern des Ausschusses für die sehr sachliche und vor allem konstruktive Beratung des Doppelhaushalts bedanken.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei Ihnen, Herr Finanzminister, sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums für die fachliche Begleitung bei den Vorberatungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Wenn ich mir aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Plenarberatung, die Beratungen im Finanz- und Wirt-

*(Karl Klein)*

schaftsausschuss sowie die Beratungen in den letzten beiden Tagen hier im Plenum über diesen Doppelhaushalt vor Augen führe und wenn ich mir die Reden zu den Einzelplänen noch einmal ins Gedächtnis rufe, die von den Vertretern der Koalitionsfraktionen gehalten worden sind, sowie die Haushaltsreden von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und von Ihnen, Herr Minister Dr. Schmid, dann komme ich aufgrund der Details zu dem Schluss, dass Sie nur immer wieder von erdrückenden Kreditverpflichtungen, von erdrückenden Pensionsverpflichtungen und einem erdrückenden Sanierungsstau gesprochen haben und dass Sie zudem von einer „bösen" Bundesregierung geredet haben, die das Land finanziell angeblich benachteiligt, sowie von einer Opposition, die nicht mit entsprechenden Anträgen Ihren Haushalt in Ordnung bringt.

Ich mache mir deshalb schon etwas Sorgen und frage mich, ob Sie bei der Aufstellung dieses Haushalts – hier meine ich insbesondere die Regierung und die sie tragenden Fraktionen – womöglich in eine Novemberdepression verfallen sind und aus ihr bis zum heutigen Tag nicht wieder herausgekommen sind.

Spaß beiseite. Meine Damen und Herren, ich mache mir ernsthaft Sorgen, dass mit diesem Doppelhaushalt und vor allem mit den darin geplanten Kreditaufnahmen eine echte Haushaltskonsolidierung bei uns im Land Baden-Württemberg nicht stattfindet. Ich habe den Eindruck, Sie verschieben diese Aufgabe einfach in die Zukunft.

Sorgen mache ich mir ernsthaft auch darüber, meine Damen und Herren, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen in dieser Frage derzeit noch völlig ratlos und ideenlos, vielleicht sogar willenlos sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Stimmt nicht!)

Es war nichts oder nur sehr wenig von einem Land Baden-Württemberg zu hören, auf das wir doch alle stolz sein dürfen. Es war, Herr Ministerpräsident – jetzt ist er weg –,

(Minister Dr. Nils Schmid: Er kommt gleich wieder!)

nicht viel von der Freude zu spüren, ein solch tolles Bundesland

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Regieren zu dürfen!)

führen zu dürfen. Ebenso war auch nichts oder nur wenig, meine sehr geehrten Damen und Herren, davon zu hören, dass wir hier eine gute Infrastruktur haben, die in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurde, und dass diese Infrastruktur bereits von vielen Generationen in unserem Land genutzt werden konnte und auch zukünftig genutzt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Es war auch nicht von den vielen fleißigen und vor allem auch intelligenten Bürgern die Rede, die dieses Land mit uns gestalten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nur Chaos! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gar nicht wahr!)

Es war auch nur sehr wenig zu hören von einer Wirtschaft und einem Mittelstand, um die uns die ganze Welt beneidet, von einer Wirtschaft, die Ihnen Steuereinnahmen in bisher nicht gekannter Größenordnung beschert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Da hätte ich mir auch einmal ein kleines Dankeschön an die Wirtschaft und an die Steuerzahler gewünscht.

Es war auch nichts von einer Beschäftigungsquote zu hören, um die uns eigentlich ganz Europa beneidet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Es war auch nicht viel zu hören von hoch qualifizierten, engagierten Beamten und Angestellten, die, etwa als Lehrer in unserem Land – bisher zumindest –, für ein hohes Bildungsniveau gesorgt haben oder die für einen hohen Sicherheitsstandard und vor allem auch für eine funktionierende Verwaltung gesorgt haben.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war auch nicht sehr viel von den Steuereinnahmen zu hören, über die Sie tatsächlich verfügen können: 31,5 Milliarden € – ein Plus von 4,3 Milliarden € gegenüber dem Jahr 2011.

Während die Kommunen in Baden-Württemberg – zumindest der Großteil – sowie ein Großteil der Länder in Deutschland mit den vorhandenen Steuereinnahmen ausgeglichene Haushalte ohne neue Schulden erreichen oder sogar Schulden abbauen, brauchen Sie 3,3 Milliarden € an Krediten noch on top. Das sollte Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu denken geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist nach außen einfach nicht zu erklären. Das kann man keinem Bürger erklären.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Vor allem: Wenn diese Kreditaufnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich so einträten, wäre das beschämend für unser Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ihr habt doch auch keine Vorschläge gemacht!)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dass ich sage: Sie verweigern sich mit diesem Doppelhaushalt einem verantwortungsvollen Regierungshandeln.

Damit will ich nicht verhehlen, dass die Kreditverpflichtung von 43 Milliarden € schon eine erhebliche Belastung für den Haushalt ist. Aber wir haben die betreffenden Mittel in den letzten fünf Jahrzehnten nicht verkonsumiert, sondern sie vor allem in die Infrastruktur gesteckt. Wir haben ein Land aufgebaut, das – so möchte ich sagen – zu einem erfolgreichen Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist.

*(Karl Klein)*

Vor allem ist es auch das Bundesland mit der drittniedrigsten Verschuldungsquote unter allen Bundesländern.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ohne Pensionen! Sonst wäre es mehr! – Glocke des Präsidenten)

– Die Pensionsverpflichtungen will ich nicht hintanstellen. Sie sind auch eine entsprechende Belastung, meine Damen und Herren. Aber das gilt für den Bund, für die Länder und für die Kommunen ebenso.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die Kommunen haben es nicht! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Für lange Zeit galt das ebenso. – Man muss der Wahrheit halber auch dazusagen, dass Baden-Württemberg das erste Bundesland war, das überhaupt in eine Rücklagenbildung eingetreten ist.

Zur Wahrheit zählt aber auch: Wenn Sie das Geld aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz nicht haben, dann geht das zulasten der jungen Generation. Genauso ist es bei den vielen Bereichen, in denen Sie, wie 2011 und 2012, jetzt auch mit diesem Doppelhaushalt vielfältige Klientelpolitik betreiben, Förderungen, Subventionierungen aufgenommen haben. Auch dies geht zulasten der jungen Generation, wenn es über Kredite erfolgt.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Klein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rösler?

**Abg. Karl Klein** CDU: Zum Schluss. – Zur Wahrheit gehört auch, dass Sie, wenn Sie auf Studiengebühren verzichten, dies ebenfalls, solange Sie Kredite brauchen, auf Pump tun, zulasten der jungen Generation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie schließen Pakte nicht auf Augenhöhe, sondern Sie schütten bei dem einen oder anderen Pakt das Geld geradezu üppig aus.

Sie geben also in vielen Bereichen zusätzlich Geld aus, das Ihnen nicht als Steuereinnahmen zur Verfügung steht. Sie finanzieren dies über Kredite, und das geht deshalb zulasten der jungen Generation.

Deshalb möchte ich sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen gemeinsam bei zukünftigen Reformen generell sehr gut überlegen – ich denke hier an die Polizeireform, die in weiten Teilen überzogen ist –, ob diese nicht auch eine Effizienzrendite für den Haushalt erbringen sollten. Vor allem muss man eine vernünftige regionale Schulplanung auf den Weg bringen, die ebenso unseren Haushaltsverhältnissen gerecht wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was haben Sie denn?)

Abschließend möchte ich sagen: Ebenso wie es Ihnen schon Herr Dr. Rülke angeboten hat, ist auch die CDU-Fraktion bereit, in einen vernünftigen Dialog über einen strukturellen Schuldenabbau einzutreten – dieser Dialog muss aber offen und ehrlich sein –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Es waren keine Vorschläge da!)

und dabei auch über einen Zeitraum zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung zu sprechen; diese darf aber nicht erst 2019, sondern muss schon früher erfolgen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist eine Forderung, die Sie selbst erhoben haben: Lieber heute als morgen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Klein, kommen Sie allmählich zum Ende.

**Abg. Karl Klein** CDU: Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte ich um Verständnis, wenn wir diesem Doppelhaushalt und dem Staatshaushaltsgesetz in der vorgelegten Form nicht zustimmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Dr. Rösler hat jetzt noch eine Frage.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Nein. Sie haben innerhalb Ihrer Redezeit keine Zwischenfrage zugelassen. Sie haben das an das Ende Ihrer Rede verschoben.

**Abg. Karl Klein** CDU: Gut.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Sie kennen die neue Geschäftsordnung. Sie besagt: Wenn die Redezeit vorbei ist, gibt es keine Zwischenfrage mehr.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

**Abg. Karl Klein** CDU: Dann schlage ich vor, dass ich das mit ihm privat regle.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ja, natürlich. Das können Sie jederzeit machen. Da brauchen Sie mich nicht zu fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr generös, Herr Präsident!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wir behandeln jetzt alle restlichen Tagesordnungspunkte hintereinander. Die Redezeiten sind verbraucht.

Wir kommen zunächst zur A b s t i m m u n g über Tagesordnungspunkt 3 c: Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2606.

(Zuruf – Unruhe)

– Ich komme dann zum Antrag, wenn es so weit ist. Zu diesem Einzelplan gibt es keinen Antrag.

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 15 – Kapitel 0601 – Ministerium – bis Kapitel 0624 – Staatsweingut Meersburg – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0601 bis Kapitel 0624

Wer den 15 Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Genussfeindlich!)

Wer enthält sich? – Damit hat die Mehrheit diesen Kapiteln zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 15/2606 abzustimmen. Hier schlägt Ihnen der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft vor, Kenntnis zu nehmen, soweit der Einzelplan 06 berührt ist. – Sie stimmen dem zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft.

Wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 3 d: Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft). Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2607. Hierzu vorliegende Änderungsanträge werde ich bei den jeweiligen Kapiteln aufrufen.

Zunächst kommen wir zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung. Ich schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 3

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

Kapitel 0707

Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Kapitel 0708

Innovation und Technologietransfer

zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Wer diesen drei Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit hat die Mehrheit zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 4 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 0710

Mittelstandsförderung

Zu diesem Kapitel liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2707-1, vor. Hierzu ist beantragt, eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So macht man sich beliebt! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Hat dieser Antrag auf namentliche Abstimmung die nach § 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Danke.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Gerade so! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nur vier erhobene Hände! – Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen Sie auch ein bisschen ruhig sein.

Wer stimmt dem Antrag auf namentliche Abstimmung zu? – Sieben. Das sagte ich doch.

(Abg. Konrad Epple CDU hebt am Schriftführerplatz die Hand. – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP deutet auf Abg. Konrad Epple CDU. – Abg. Manfred Groh CDU: Acht! – Heiterkeit – Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Schriftführer Epple hat nicht in der Sache zugestimmt, sondern die Hand gehoben, weil er den Namensaufruf vornehmen will.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Dies als Stimme zu zählen ist ein übler Trick.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn Herr Epple vorliest, stimme ich auch zu! – Heiterkeit – Unruhe)

Wir sollten jetzt ein bisschen Disziplin halten, damit wir das in einer einigermaßen vernünftigen Zeit über die Bühne bekommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dann müssen wir Frau Schriftführerin Boser nehmen!)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2707-1, zustimmt, der möge bitte mit Ja antworten, wer ihn ablehnt, mit Nein. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte jetzt Herrn Schriftführer Epple, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben J.

Ich bitte um Ruhe, damit der Schriftführer feststellen kann, wer Ja, wer Nein und wer „Enthaltung“ sagt. – Bitte, Herr Schriftführer.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Beifall – Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Abstimmung haben sich 111 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt,*
*mit Nein haben 62 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2707-1, abgelehnt.

(Zuruf: Haarscharf!)

*(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)*

*

Mit J a haben gestimmt:

CDU: Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Elke Brunnemer, Klaus Burger, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Bernd Hitzler, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Winfried Mack, Ulrich Müller, Claus Paal, Matthias Pröfrock, Werner Raab, Nicole Razavi, Heribert Rech, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Viktoria Schmid, Peter Schneider, Katrin Schütz, Dr. Monika Stolz, Alexander Throm, Karl Traub, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Leopold Grimm, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppeler, Ernst Kopp, Klaus Maier, Dr. Frank Mentrup, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Ingo Rust, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Florian Wahl, Alfred Winkler, Sabine Wölfle.

*

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 0710 – Mittelstandsförderung – abzustimmen. Wer stimmt Kapitel 0710 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 5 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0711

Wohnungswesen

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2707-2, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 0711 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 6 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0712

Städtebau und Denkmalpflege

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt worden.

In Abschnitt II der Beschlussempfehlung empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft:

*Kenntnis zu nehmen:*

1. *Von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 13. November 2012 betr. Wohnungspolitik 2013 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksache 15/2563.*

2. *Von der Mitteilung der Landesregierung vom 15. Oktober 2012 betr. Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen – Artikel 1 Landesgesetz zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartierstrukturen (Landeswohnraumförderungsgesetz – LWoFG) – Drucksache 15/2492.*

– Sie stimmen der Kenntnisnahme zu.

Damit sind wir am Ende der Beratungen des Einzelplans 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft).

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Tagesordnungspunkt 3 e: Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2612. Die hierzu vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 1 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1201

Steuern

Zu diesem Kapitel liegen der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2712-2, mit den Abschnitten I und II sowie der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2712-1, vor.

Ich lasse zunächst über Abschnitt II des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2712-2, abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II des Antrags abgelehnt.

Nun lasse ich über Abschnitt I des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2712-2, abstimmen, der ein Ersuchen an die Landesregierung enthält. Wer diesem Abschnitt zustimmen will, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt I des Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2712-1, abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 1201 abstimmen. Wer Kapitel 1201 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1201 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 2 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 3 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Zu diesem Kapitel liegt der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2712-3, mit den Abschnitten I und II vor.

Ich lasse zunächst über Abschnitt II dieses Antrags der Fraktion der CDU abstimmen. Wer Abschnitt II des Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II dieses Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über Abschnitt I des Antrags der Fraktion der CDU abstimmen, der ein Ersuchen an die Landesregierung enthält. Wer Abschnitt I des Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt I ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich lasse nun über Kapitel 1204 abstimmen. Wer Kapitel 1204 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Heiterkeit der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Dem Kapitel 1204 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Anhaltende Heiterkeit der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

– Frau Kollegin Aras, soll ich Ihnen ein Glas Wasser reichen lassen?

(Heiterkeit)

– Nein. Gut.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 4 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

Zu diesem Kapitel liegt der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/2712-4, vor. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich lasse nun über Kapitel 1205 abstimmen. Wer Kapitel 1205 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1205 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 5 bis 8 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – bis Kapitel 1210 – Versorgung – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 1206 bis Kapitel 1210

Wer den vier Kapiteln 1206 bis 1210 gemäß der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 9 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 1212

Sammelansätze

Zu dem Kapitel gibt es zwei Änderungsanträge. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2712-6, zu Titel 461 01 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2712-5, zu Titel 462 01 N abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt noch über das Kapitel 1212 abstimmen. Wer dem Kapitel 1212 mit den beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1212 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich schlage Ihnen nun vor, die Abstimmung über die Ziffern 10 bis 15 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 1220 – Zukunftsoffensive II – bis Kapitel 1245 – Landesinfrastrukturprogramm und Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 1220 bis Kapitel 1245

Wer den sechs Kapiteln 1220 bis 1245 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln einstimmig zugestimmt worden.

Damit sind wir am Ende der Beratungen zum Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Vielen Dank.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den unter Punkt 3 f der Tagesordnung aufgeführten Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes 2013/14, Drucksache 15/2560. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2616. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Paragrafen aufrufen.

*(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)*

Ich rufe zunächst Abschnitt I auf:

§ 1

Aufgrund der bei Einzelplan 02, Einzelplan 12 und Einzelplan 14 in Zweiter Beratung angenommenen Änderungsanträge Drucksachen 15/2702-1, 15/2702-2, 15/2712-6 und 15/2714-6 muss der dem Staatshaushaltsgesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan wie folgt geändert werden:

Im Gesamtplan muss in Ziffer 1 – Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2013 – in der Spalte „Personalausgaben“ der Betrag bei Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – auf 935 215 300 € sowie die Summe auf 15 947 565 200 € angepasst werden.

In der Spalte „Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen“ muss der Betrag bei Einzelplan 02 – Staatsministerium – auf 4 997 900 € sowie die Summe auf 17 369 421 200 € angepasst werden.

In der Spalte „Gesamtausgaben“ muss der Betrag bei Einzelplan 02 – Staatsministerium – auf 49 161 800 € und bei Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – auf 15 783 303 000 € angepasst werden.

In der Spalte „Überschuss/Zuschuss“ muss bei Einzelplan 02 der Betrag auf 46 850 700 € und bei Einzelplan 12 der Betrag auf 21 363 932 700 € angepasst werden.

Im Gesamtplan muss in Ziffer 1 – Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2014 – in der Spalte „Personalausgaben“ der Betrag bei Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – auf 1 166 120 500 € sowie die Summe auf 16 267 082 000 € angepasst werden.

In der Spalte „Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen“ muss der Betrag bei Einzelplan 02 – Staatsministerium – auf 4 997 900 € sowie die Summe auf 17 710 298 000 € angepasst werden.

In der Spalte „Gesamtausgaben“ muss der Betrag bei Einzelplan 02 – Staatsministerium – auf 45 937 900 € und bei Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – auf 16 335 769 400 € angepasst werden.

In der Spalte „Überschuss/Zuschuss“ muss bei Einzelplan 02 der Betrag auf 43 679 100 € und bei Einzelplan 12 der Betrag auf 21 504 077 300 € angepasst werden.

Damit Sie das noch verfolgen können, werden die geänderten Anlagen soeben an Sie verteilt. Dann können Sie es noch nachlesen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es hat alles gestimmt!)

– Es hat alles gestimmt; das ist klar.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir hätten es ja kontrollieren können!)

– Ja, klar. Das wäre schlecht. Da passe ich schon auf.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Genau gelesen, Herr Vizepräsident!)

– Ja, danke.

Wer § 1 mit diesen Änderungen zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Da stimmen wir trotzdem dagegen!)

Wer enthält sich? – Damit ist § 1 mehrheitlich so zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2716-2. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über § 2 abstimmen. Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3 a

Wer § 3 a zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 3 a ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2716-1. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2716-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über § 4 abstimmen. Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über § 5 und § 6 zusammen vorzunehmen. – Damit sind Sie einverstanden.

Ich rufe auf

§ 5 und § 6

Wer § 5 und § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diesen beiden Paragrafen wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über § 6 a bis § 8 zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

§ 6 a bis § 8

Wer diesen Paragrafen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diesen Paragrafen wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 9

Wer § 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über § 10 und § 11 zusammen vorzunehmen. – Sie sind einverstanden.

Ich rufe auf

§ 10 und § 11

Wer § 10 und § 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diese beiden Paragrafen sind einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 12

Wer diesem Paragrafen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 12 ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über § 13 und § 14 zusammen vorzunehmen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

§ 13 und § 14

Wer diesen beiden Paragrafen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Niemand. Sehr schön. Diese beiden Paragrafen sind einstimmig angenommen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich rufe auf

§ 15

Wer § 15 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 15 ist mehrheitlich zugestimmt.

In Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 15/2616 empfiehlt Ihnen der Finanz- und Wirtschaftsausschuss, von dem Schreiben des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 8. November 2012 betr. Reduzierung von Kettenarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Zweite Beratung des Entwurfs des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 abgeschlossen. Vielen Dank.

Wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den unter Punkt 4 a der Tagesordnung aufgeführten Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/14, Drucksache 15/2561. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2617. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen dort in Abschnitt I, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in den Artikeln 5 und 10 zuzustimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I. Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über Artikel 1 – Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – und Artikel 1 a – Weitere Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

Artikel 1 und Artikel 1 a

Wer den Artikeln 1 und 1 a zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Artikeln 1 und 1 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes

Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage vor, die Abstimmung über Artikel 3 – Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes – und Artikel 4 – Änderung des Zweiten Hochschulrechtsänderungsgesetzes – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Artikel 3 und Artikel 4

Wer den Artikeln 3 und 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Artikeln mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Hierzu liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2717, vor. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun über Artikel 5 mit den soeben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 5 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung des Jugendbildungsgesetzes

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 6 ist einstimmig zugestimmt worden.

*(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)*

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über Artikel 7 – Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg – bis Artikel 9 – Änderung der Beihilfeverordnung – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Artikel 7 bis Artikel 9

Wer den drei Artikeln 7 bis 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Artikeln mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Artikel 10

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Wer Artikel 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 10 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 11

Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes

Wer Artikel 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 11 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 12

Änderung des Landesbeamtengesetzes

Wer Artikel 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 12 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 13

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

Hierzu liegt Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2717, vor. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun über Artikel 13 mit den soeben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer Artikel 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 14. Dezember 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsbegleitgesetz 2013/14“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetzentwurf mehrheitlich zugestimmt worden.

In Abschnitt II der Beschlussempfehlung empfiehlt Ihnen der Finanz- und Wirtschaftsausschuss, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 19. November 2012 betr. Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission, Drucksache 15/2734, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 a beendet.

Wir kommen unter Punkt 4 b der Tagesordnung in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg –, Drucksache 15/503. Abstimmungsgrundlage ist Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/2626. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen aufrufe. – Vielen Dank. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/503 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt worden.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 b abgeschlossen.

Wir kommen jetzt unter Punkt 4 c der Tagesordnung in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg –, Drucksache 15/632. Abstimmungsgrundlage ist Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/2626. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass wir auch diesen Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stellen. – Danke. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/632 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun noch zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung von Punkt 5 der Tagesordnung: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 20. November 2012 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016 –, Drucksachen 15/2562, 15/2618. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Ihnen vor, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung beendet.

(Vereinzelt Beifall)

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 19. Dezember 2012, um 9:30 Uhr statt.

Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

**Schluss: 19:05 Uhr**